Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

16. Oktober 1978
Jg. 6 Nr. 42

Bezirksausgabe für Kiel/Holstein. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
D 21060 C

Italien: Nudelpreis jetzt „frei“

z.ulg.Rom. Warum, hat sich die italienische Regierung gefragt, sollen die Nudeln billig sein, wenn die Volksmassen sich eh kaum was anderes leisten können? Bereits vor einigen Monaten hatte den italienischen Imperialisten ihr Statistisches Amt bescheinigt, daß sie es in den letzten Jahren durch Lohnsenkung geschafft haben, zunehmend im Konsum der Arbeiterbevölkerung das Fleisch durch die „traditionellen“ Nudeln zu ersetzen. Jetzt hat die Ministerkommission für Wirtschaftsplanung beschlossen, die Genehmigungspflicht für Preiserhöhungen bei den wichtigen Grundnahrungsmitteln aufzuheben. Auch mit ministerieller Aufsicht war der Preis im letzten Jahr um fast ein Fünftel gestiegen. Jetzt also ist er „frei“. Doch die Arbeiterklasse wird die beschleunigte Teuerung in den anstehenden Tarifkämpfen in Rechnung zu stellen haben.

Steigende Lebensmittelpreise – gesunkene Agrarpreise

z.gab. 23,9 Mio. Tonnen Getreide wurden in der BRD 1978 eingebracht, so lauten die neuesten Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums. Für die kleinen und mittleren Bauern bedeutet Ertls „Rekordernte“: „Rekord“verschuldung. Um 7,6% sind die Agrarpreise im August 78 gegenüber dem Vorjahresmonat gesenkt, vermeldet dazu die „Wirtschaftswoche“ (Nr. 41). Den tiefsten Stand seit 1975 haben die Erlöse der Bauern aus dem Ernteertrag damit erreicht. Den „zweiten Erfolg“ meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Günstige Saisoneinflüsse“ hätten vor allem die Nahrungsmittel verbilligt. „Günstige Saisoneinflüsse“ – gemeint ist Ertls „Rekord“ gegen die Bauern. Ist auch die Teuerungsrate im September 2,2% und im August 2,4, so sind die Lebenshaltungskosten, die die Volksmassen zahlen müssen, selbst nach den amtlichen Statistiken des Bundeswirtschaftsministeriums seit 1970 um über 50% gestiegen, und das stetig.

Guatemala: Massenkämpfe gegen Ausplünderung

z.hef. Die 80000 Staatsbeschäftigten in Guatemala sind seit dem letzten Wochenende im Streik. Am 2. Oktober hatten Arbeiter und Studenten Demonstrationen gegen die Erhöhung der Buspreise um 100% begonnen. Aufgerufen wurde von Gewerkschaften und Studentenvereinigung. Nach großen Massendemonstratio-

Steigende Lebensmittelpreise – gesunkene Agrarpreise

z.gab. 23,9 Mio. Tonnen Getreide wurden in der BRD 1978 eingebracht, so lauten die neuesten Schätzungen des Landwirtschaftsministeriums. Für die kleinen und mittleren Bauern bedeutet Ertls „Rekordernte“: „Rekord“verschuldung. Um 7,6% sind die Agrarpreise im August 78 gegenüber dem Vorjahresmonat gesenkt, vermeldet dazu die „Wirtschaftswoche“ (Nr. 41). Den tiefsten Stand seit 1975 haben die Erlöse der Bauern aus dem Ernteertrag damit erreicht. Den „zweiten Erfolg“ meldet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“: „Günstige Saisoneinflüsse“ hätten vor allem die Nahrungsmittel verbilligt. „Günstige Saisoneinflüsse“ – gemeint ist Ertls „Rekord“ gegen die Bauern. Ist auch die Teuerungsrate im September 2,2% und im August 2,4, so sind die Lebenshaltungskosten, die die Volksmassen zahlen müssen, selbst nach den amtlichen Statistiken des Bundeswirtschaftsministeriums seit 1970 um über 50% gestiegen, und das stetig.

Guatemala: Massenkämpfe gegen Ausplünderung

z.hef. Die 80000 Staatsbeschäftigten in Guatemala sind seit dem letzten Wochenende im Streik. Am 2. Oktober hatten Arbeiter und Studenten Demonstrationen gegen die Erhöhung der Buspreise um 100% begonnen. Aufgerufen wurde von Gewerkschaften und Studentenvereinigung. Nach großen Massendemonstratio-

nen, schweren Kämpfen und Barrikadenerrichtung gegen die Polizei und nach einem einstündigen Generalstreik am 4. Oktober wurde die Erhöhung zurückgenommen. Die Gewerkschaft der Staatsbeschäftigten fordert die Freilassung verhafteter Arbeiter und Studenten, die Wiedereinstellung entlassener Arbeiter und den Rücktritt des Polizeichefs von Guatemala-Stadt. Unter seinem Kommando wurden in der vorletzten Woche mindestens 15 Demonstranten erschossen. Telefon, Post und andere Staatseinrichtungen, wie z.B. Krankenhäuser, sind durch den Streik lahmgelegt.

Australien: Aus dem Uranbergbau ist nichts geworden

z.mat. Keine Woche, nachdem die australische Regierung hocherfreut den erfolgreichen Abschluß eines Vertrages mit den Ureinwohnern über die Aufnahme des Uranbergbaus im Ranger-Gebiet verkündet hatte (siehe KVZ Nr. 39/78), war die Freude der Imperialisten schon wieder vorbei. Mehrere Ureinwohner-Gruppen erklärten, daß die staatliche Eingeborenenbehörde NLC nicht für sie gesprochen hat und die NLC-Unterschrift daher ungültig ist. Die Gefahr handgreiflicher Auseinandersetzungen bewog ein Gericht, den Abbaubeginn zu stoppen. Jetzt soll das Abkommen dem Oenpelli-Volk von Rechtsanwälten „erklärt“ werden, sagt NLC. Später soll eine Versammlung stattfinden, auf der die Oenpelli ihre Entscheidung bekanntgeben sollen. Ein Datum dafür konnte der NLC nicht durchsetzen. Vor Ende der Regenzeit im April ist an eine Aufnahme des Uranbergbaus durch Peko-Wallsend and EZ Industries nicht zu denken.

Mit 2%-Lohnabschlüssen „das Zentrum Europas erweitern“

Vorstoß von Kanzler-Freund Klasen

z.hku. Nach den Winkel- und Schachzügen der Steuerreform und der Diskussion um die Lebens(arbeits)zeitverkürzung haben die westdeutschen Kapitalisten sich erstmals präziser zu ihren Absichten in den diesjährigen Tarifauseinandersetzungen geäußert. In einem Interview mit der „Bild“-Zeitung hat Klasen, Ex-Bundesbank präsident, Partei- und Busenfreund von Helmut Schmidt, geäußert, wie der die Lage sieht: „Wir können die Durststrecke nur überstehen, wenn die Unternehmer sich bei Preiserhöhungen zurückhalten, um wenigstens einigermaßen konkurrenzfähig zu bleiben. Dabei dürfen ihnen die Gewerkschaften nicht in den Rücken fallen. Sie sollten bei den kommenden Tarifauseinandersetzungen verantwortungsbewußt handeln und äußerste Zurückhaltung zeigen. Richtschnur müßte die jetzige Preissteigerungsrate von gut zwei Prozent sein.“ Überschrieben ist das Interview: „Nächstes Jahr: Nur zwei Prozent Lohnerhöhung?“ (9.10.)

2% mehr auf Lohn und Gehalt – für die Siemens AG zum Beispiel wären das nach unseren Berechnungen im Durchschnitt 45 DM im Monat mehr; für die unteren Lohngruppen nicht mehr als 28 bis 30 DM, und für die höheren Facharbeiter höchstens 60 DM. Das alles brutto. Im Monat September sollen die Preise um 2,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen sein. Wir haben mehrfach nachgewiesen, daß es eine einheitliche Inflationsrate nicht gibt, sondern daß gerade die Lebensmittel und Gebrauchsgüter schlechterer Qualität, die die Massen sich kaufen müssen, sich erheblich schneller verteuern als die Gegenstände des Luxuskonsums. Für Anfang nächsten Jahres, wenn der Großteil der Tarife zur Entscheidung steht, steht außerdem jetzt schon fest: die Versicherungskapitalisten werden die Kfz-Versicherungsprämien erhöhen; die Mieten werden steigen, als Folge des „Modernisierungs programms“ der Bundesregierung; der rasante Anstieg der Tarife für Verkehrsmittel, Strom, Gas usw. wird sich fortsetzen, denn dort gibt es kein Ausweichen für den Arbeiter.

„Der Preis für ungelernte Arbeit ist in unserem Land zu hoch“, hat Biedenkopf (CDU) erklärt (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 27.9.). Der Preis für ungelernte Arbeit wäre kräftig gedrückt, wären die Absichten der Kapitalisten durchgesetzt, die Klasen verkündet. Für Teile der Facharbeiter könnte sich zu Jahresbeginn durch die Steuerreform die Lage noch ausgeglichen darstellen; auch das ist Absicht, auf Spaltung berechnet. Spätestens mit der Mehrwertsteuererhöhung im Juli 1979 wird aber auch für diese Arbeiter offensichtlich sein, daß sie nicht nur mehr Arbeit für die Kapitalisten verausgaben müssen, sondern auch der Preis für ihre Arbeitskraft gedrückt wäre.

Daß dies unbedingt notwendig sei, hat Klasen aus der Durststrecke erklärt, die durch den Dollarverfall entsteht. „Bild: Welche Folgen hat der Dollarsturz für uns? – Klasen: Besonders für die Exportindustrie wird es ganz schlimm. Sie ist auf dem Weltmarkt häufig gar nicht mehr konkurrenzfähig. Deutsche Maschinen und Schiffe sind inzwischen bis zu 30% teurer als ausländische.“

Am Donnerstag letzter Woche wurde der Dollar mit 1,86 DM gehandelt. Soviel mußte der deutsche Kapitalist zahlen für einen Dollar, den er für Käufe in den USA oder auf Märkten für Rohstoffe, auf denen Dollarzahlung üblich ist, benötigt. Für die DM, die den Wert von Waren repräsentiert,

Fortsetzung Seite 2

Die Bauern Perus fordern Land und Staatsmacht



Mehr als 10000 Bauern haben sich Anfang September in der alten Inka-Hauptstadt Cuzko zum 5. Kongreß des Peruanischen Bauernbundes (CCP) versammelt. Der Peruanische Bauernbund und der Nationale Landwirtschaftsbund (CNA) haben sich auf diesem Kongreß unter der Parole „Land und Staatsmacht“ zusammengeschlossen und damit die Spaltungsabsichten der Imperialisten vereitelt. 50% des Exports von Peru kassieren die Imperialisten für Schuldendienste, mit 8 Mrd. Dollar steht Peru bei ihnen in der Kreide. Im Mai hat der Internationale Währungsfonds Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln von 100% verfügt, worauf die Arbeiter und Bauern Perus am 22. und 23. Mai mit dem größten Generalstreik ihrer Geschichte geantwortet haben.

andersetzungen verantwortungsbewußt handeln und äußerste Zurückhaltung zeigen. Richtschnur müßte die jetzige Preissteigerungsrate von gut zwei Prozent sein.“ Überschrieben ist das Interview: „Nächstes Jahr: Nur zwei Prozent Lohnerhöhung?“ (9.10.)

2% mehr auf Lohn und Gehalt – für die Siemens AG zum Beispiel wären das nach unseren Berechnungen im Durchschnitt 45 DM im Monat mehr; für die unteren Lohngruppen nicht mehr als 28 bis 30 DM, und für die höheren Facharbeiter höchstens 60 DM. Das alles brutto. Im Monat September sollen die Preise um 2,4% gegenüber dem Vorjahr gestiegen sein. Wir haben mehrfach nachgewiesen, daß es eine einheitliche Inflationsrate nicht gibt, sondern daß gerade die Lebensmittel und Gebrauchsgüter schlechterer Qualität, die die Massen sich kaufen müssen, sich erheblich schneller verteuern als die Gegenstände des Luxuskonsums. Für Anfang nächsten Jahres, wenn der Großteil der Tarife zur Entscheidung steht, steht außerdem jetzt schon fest: die Versicherungskapitalisten werden die Kfz-Versicherungsprämien erhöhen; die Mieten werden steigen, als Folge des „Modernisierungs programms“ der Bundesregierung; der rasante Anstieg der Tarife für Verkehrsmittel, Strom, Gas usw. wird sich fortsetzen, denn dort gibt es kein Ausweichen für den Arbeiter.



Mehr als 10000 Bauern haben sich Anfang September in der alten Inka-Hauptstadt Cuzko zum 5. Kongreß des Peruanischen Bauernbundes (CCP) versammelt. Der Peruanische Bauernbund und der Nationale Landwirtschaftsbund (CNA) haben sich auf diesem Kongreß unter der Parole „Land und Staatsmacht“ zusammengeschlossen und damit die Spaltungsabsichten der Imperialisten vereitelt. 50% des Exports von Peru kassieren die Imperialisten für Schuldendienste, mit 8 Mrd. Dollar steht Peru bei ihnen in der Kreide. Im Mai hat der Internationale Währungsfonds Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln von 100% verfügt, worauf die Arbeiter und Bauern Perus am 22. und 23. Mai mit dem größten Generalstreik ihrer Geschichte geantwortet haben.

Callaghan's Lohnleitlinienpolitik unter Druck

Fordarbeiter streiken die vierte Woche / Kapitalisten machen 8%-Angebot

z.hef.London. Der jetzt drei Wochen dauernde Streik der 57000 Ford-Arbeiter trifft die Kapitalisten empfindlich. Am Montag, 9. Oktober, gaben sie bekannt, daß sie ein Angebot außerhalb der 5-%-Lohnleitlinie machen würden. „Ford teilt die Besorgnis der Regierung über die nötige Kontrolle der Inflation“, sagte der Ford-Kapitalist Sir Terence Beckett zur Begründung. „Ford muß sich aber auch darum sorgen, im Interesse des Geschäfts auf den Inlands- und Auslandsmärkten zu handeln.“ Der Streik hat alle 23 Werke lahmgelegt. Die Unterstützungsaktionen der Hafenarbeiter verhindern die Einfuhr von Ford-Wagen und die Ausfuhr von Teilen. Am 6. Oktober mußte in Köln der erste Wagen mit einer Sonderausführung unfertig auf die Halde gefahren werden, weil Teile aus Großbritannien fehlten. Am Dienstag nach ihrer Bekanntgabe forderten die Kapitalisten die Beendigung des Streiks, bevor sie ihr Angebot vorlegen würden. Die Verhandlungskommission der Gewerkschaften lehnte ab. Am Freitag fanden neue Verhandlungen statt. Ohne daß der Streik beendet worden wäre, legten die Ford-Kapitalisten jetzt ein Angebot von 6,5% vor und erhöhten es während der Verhandlungen auf 8%. Falls der Streik beendet werde, könne es noch zusätzliches Geld geben. Die Verhandlungskommission der Gewerkschaften lehnte ab, den Arbeitern den Abbruch des Streiks zu empfehlen, und sieht keine Grundlage für weitere Verhandlungen, ehe nicht die Kapitalisten ein anderes Angebot auf die 8-Punkte-Forderung der Gewerkschaften (vgl. KVZ Nr. 41, Seite 7) gemacht haben. Der erste Punkt ist die Forderung nach 20 Pfund Mindestlohnerhöhung pro Woche.

Der Streik steht fest. 8000 Arbeiter aus Halewood bei Liverpool haben am 6. Oktober ihre erste Streikversammlung durchgeführt. Streikversammlungen während des Streiks, außer zum Zweck der Abstimmung über Beendigung oder Weiterstreiken, waren bisher nicht üblich. Die Vertrauensleute hatten diese einberufen. Sie erstatteten Bericht über die Organisierung der Boykottaktionen gegen Ford durch die Hafenarbeiter und die Unterbindung des Versuchs der Kapitalisten, während des Streiks Reparaturen durch Fremdfirmen durchführen zu lassen. Die Versammlungen sollen alle ein bis zwei Wochen einberufen werden. Die Versammlung beschloß, die Maßnahmen der Vertrauensleute zu billigen und bis zur nächsten Versammlung auf jeden Fall im Streik zu bleiben. In London demonstrierten am 11. Oktober ungefähr 750 Arbeiter, vor allem Ford-Arbeiter, gegen die 5%-Leitlinie. An der Demonstration der Ford-Arbeiter beteiligten sich Delegationen verschiedener British-Leyland-Werke.

Der bisherige Verlauf des Lohnkampfes und dabei des Kampfes gegen die 5-%-Lohnleitlinie der Regierung bereitet den britischen Imperialisten große Probleme. Der Ford-Streik, zu diesem Zeitpunkt gegen die Empfehlung der Gewerkschaftsführung begonnen, sorgte entscheidend mit dafür, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer auf dem Labour-Parteitag am 2. Oktober eine Resolution gegen die Lohnleitpolitik mit ihren Blockstimmen durchbrachten. Callaghan hat am Tag darauf seine zentrale Lüge für die Lohnleitlinien erneut vorgebracht: „Wir haben im Weißbuch (zur Lohnpolitik, Red.) gesagt, daß 5% ein ehrgeiziges Ziel ist... Aber in vielen unser konkurrierenden Länder waren die Abschlüsse unter dieser Höhe... In Deutschland hat die Metallarbeitergewerkschaft im letzten April einen Vertrag für alle Metallarbeiter in der Bundesrepublik, darunter auch die Ford-Automobilarbeiter, geschlossen, das waren 5%. 5%! Ich will keine Vergleiche ziehen – das sollen andere tun – aber ich fordere diejenigen, die verantwortungsbewußt verhandeln wollen, auf, nicht nur die einheimische Lage, sondern auch die Wettbewerbsumstände zu berücksichten. Ich erkenne an und stelle fest, daß die deutsche Inflationsrate niedriger war als die britische – 8% hier, um die 4% in Deutschland –, so daß ein deutscher Arbeiter mit seinen 5% besser dran sein würde als wir hier mit unseren 5%. Aber worum geht es? Es geht darum, uns selbst in eine Position zu versetzen, mit der unsere Arbeiter den gleichen Lebensstandard wie die deutschen Arbeiter haben können, ohne Inflation, das ist das Ziel.“

Callaghan will die „Wettbewerbsumstände“ berücksichtigt haben und für eine Verbesserung der Konkurrenzposition die Arbeiter gewinnen. Die Ford-Arbeiter machen genau das Gegenteil und suchen die Unterstützung der Arbeiter anderer Länder für den Kampf gegen die Kapitalisten. Die Internationale Metallarbeiterföderation hat die Unterstützung des Streiks und die Unterbindung aller Sonderschichten und Überstunden beschlossen, die gegen den Ford-Streik eingesetzt werden sollen. Die IGM-Vertrauensleute in Köln haben einstimmig eine Solidaritätsresolution verabschiedet, in der sie sagen: „Auch wir stehen in Westdeutschland vor harten Auseinandersetzungen um Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und andere Fragen. Euer Streik ist eine große Unterstützung für uns. Im gemeinsamen Interesse der Arbeiter aller Länder wünschen wir euch viel Erfolg bei der vollen Durchsetzung eurer Forderungen.“

Callaghan führt eine Reihe von Verhandlungen mit hohen Gewerkschaftsführern über einen möglichen Kompromiß. Moss Evans, Generalsekretär der TGWU, der größten (auch bei Ford größten) Gewerkschaft, sagte: „Ich bin optimistisch, daß es eine Basis für eine Verhandlungsrealität gibt. Wir wollen ungehinderte Verhandlungen, aber das heißt nicht, daß wir nicht verantwortungsbewußt verhandeln wollen.“

Mit 2%-Lohnabschlüssen „das Zentrum Europas erweitern"

Fortsetzung von Seite 1

von westdeutschen Arbeitern geschaffen, kann der Kapitalist durch den Kursfall des Dollar jetzt mehr Produkte US-amerikanischer Herkunft oder Rohstoffe kaufen. Will er die gekauften Waren verarbeiten, sinken für ihn die Kosten. Umgekehrt aber sinken auch die Chancen des westdeutschen Kapitalisten, der in den USA seine Waren lossschlagen will: Denn der amerikanische Kapitalist, der westdeutsche Waren kaufen will, muß dafür jetzt mehr hinlegen und das überlegt er sich.

Der Verfall des Dollarkurses ist Ergebnis von Veränderungen im weltweiten Kräfteverhältnis. Nach dem 2. Weltkrieg waren die US-Imperialisten durch ökonomische und politische Vormachtstellung in der Lage, den Wert des Dollars künstlich hoch zu halten. Dadurch zahlten sie, sozusagen mit links, die mächtigen Ausgaben für den weltweiten Militär- und Besatzungsapparat und kauften sich in die Wirtschaften ihrer Konkurrenten und der Völker der Dritten Welt ein. Die imperialistischen Konkurrenten suchten ihr Heil im Export, allen voran die BRD und Japan, wo sie Vorteile hatten durch den hohen Dollarkurs. Nach den schweren Schlägen, die der Befreiungskampf der Völker dem US-Imperialismus verpaßt hatte, weiter durch den großen Aufschwung der Kämpfe der Arbeiter und unterdrückten Nationalitäten in den USA selbst, andererseits durch die verschärfte imperialistische Konkurrenz wurde die Vorherrschaft des Dollar gebrochen. Im Wert rapide gesunken, strömten jetzt die Dollarmassen zurück und steigerten weltweit die Inflation. Betroffen sind vor allem die rohstoffexportierenden Länder, die durch den Verfall des Dollar um riesige Werte betrogen und beraubt wurden.

Jetzt halten die US-Imperialisten den Zeitpunkt für gekommen, den niedrigen Dollar-Kurs ihrerseits für eine Exportoffensive zu nutzen. Allerdings, entscheidende Voraussetzung wäre, daß ihnen ein Einbruch in den Lohnstandard der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Kernindustrien gelingt. Die ersten Übersichten über die Lohnabschlüsse 1978 bestätigen, daß die Carterschen Lohnleitlinien von 6,5% in den meisten Fällen durchbrochen worden sind. Eben deshalb will und will die Exportoffensive auch bisher nicht vom Fleck kommen.

Mit Klasens 2%-Abschlüssen könnten die BRD-Imperialisten die anhaltenden äußeren und inneren Schwierigkeiten ihres Konkurrenten zielstrebig nutzen, um weitere Anteile am Weltmarkt an sich zu reißen. Mit 10,7% Weltexportanteil und einem Handels überschuß von 20 Mrd. DM in diesem Jahr haben sie sich bereits im Welthandel vor den USA an die Spitze geschoben. Aus den erzielten Profiten haben sie allein 1978 für 3,9 Mrd. DM Kapital exportieren können, zu einem beträchtlichen Anteil in die USA selbst.

Durch die Einigung mit dem europäischen Hauptrivalen Frankreich sind die westdeutschen Imperialisten auch dem Ziel der Errichtung eines eigenen Europäischen Währungsfonds nahe gekommen. Für die kommende Woche hat sich Englands Premier Callaghan in Bonn angemeldet, um über die Beitrittsbedingungen zu verhandeln, obwohl die britische Bourgeoisie wohl weiß, daß diese Währungsunion auf eine DM-Zone hinauslaufen soll, mit dem Ziel, die Vorherrschaft der westdeutschen Imperialisten abzusichern, wo es nur geht. Der Kommentator der „Welt" erklärt, wie das gehen soll. Die Beitrittskandidaten müßten Garantien geben können für „Stabilitätspolitik". „Vor allem für die BRD ist der Gedanke völlig indiskutabel, auf einen starken Disziplinierungszwang innerhalb der Gemeinschaft zu verzichten ... Im Interesse einer politischen Einigung in Europa wäre es richtiger, die nach unserer Vorstellung noch nicht beitrittsreifen Kandidaten zunächst draußen zu lassen und ihnen die Möglichkeit zum Anschluß zu geben, sobald sie die Normen des Währungsverbundes erreicht haben" (9.10.).

Wollen die BRD-Imperialisten der Offensive der USA und dem Druck der Supermächte insgesamt standhalten, und sogar ihre Vorherrschaft einmal abschütteln, müssen sie den „Raum des Zentrums zu erweitern" suchen, wie Schmidt sich vor der NATO-Gesellschaft ausgedrückt hat. Die BRD-Imperialisten rechnen sich dabei eine besondere Trumpfkarte aus mit ihren bereits ausgedehnten Wirtschaftsbeziehungen in die Länder des RGW, vor allem der Sowjetunion und der DDR. Dazu ist gerade das Wirtschaftsabkommen mit der SU abgeschlossen worden, das dazu „angetan ist, die deutschen Exporte in die Sowjetunion langfristig abzusichern. Umgekehrt erhalte die deutsche Wirtschaft Zugang zu den enormen Rohstoff- und Energieressourcen der Sowjetunion" (H. Schmidt, zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.). Dem Warenexport soll der Kapitalexport folgen, um einen Teil der Länder im Marktbereich des Sozialimperialismus näher an das „Zentrum Europas" heranzuziehen.

Das Geheimnis der relativen Stärke des westdeutschen Imperialismus liegt in seiner Fähigkeit, die Arbeiterklasse auszubeuten. Die Kapitalisten nennen das „Konkurrenzfähigkeit", denn sie müssen sich zwangsläufig an der gleichen Fähigkeit der anderen Ausbeuter messen. Je mehr Arbeitskraft der Arbeiter verausgaben muß, und je weniger der Kapitalist dem Arbeiter für seine Arbeitskraft zahlt, desto größer die Konkurrenzfähigkeit. Die Kapitalisten haben die Lohnstückkosten in diesem Jahr bereits senken können. Das genügt ihnen für ihre hochfliegenden Pläne nicht.

SALT II: Ziemlich durchsichtiges Ablenkungsmanöver zur Vorbereitung des Krieges um Europa

z.erb. Zur Feier der US-sowjetischen Verhandlungen über SALT II am 30.9. und 1.10. hat der US-Senat gleichzeitig drei Milliarden Dollar (knapp 6 Mrd. DM) für neue Kernwaffen bewilligt, darunter die Mittel für die Neutronenwaffe, deren Bau Carter ausdrücklich ans Herz gelegt wurde. Ende Oktober sollen Vance und Gromyko die Verhandlungen in Moskau zu Ende bringen.

Einige Punkte, über die bereits Einigkeit bestehen soll, sind schon bekanntgeworden. Danach versichern sich die beiden Supermächte gegenseitig, je eine landgestützte Interkontinentalrakete zu entwickeln und zu erproben. Seit Jahren fordern die Länder der Dritten Welt das Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen und als nächsten Schritt die Errichtung kernwaffenfreier Zonen. Jetzt haben sich die beiden Supermächte „zur Begrenzung der strategischen Rüstung" darauf geeinigt, daß auf den Weltmeeren die nukleare Erpressung auch weiter keine Schranken kennen soll. „Auf diese Weise können die USA ihre Raketen der Muster ‚Trident I' und ‚Trident II' entwickeln, die in den gleichnamigen atomkraftgetriebenen Großunterseebooten mitgeführt werden und Reichweiten bis zu 6000 km haben" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7.10.). Damit jederzeit der passende Anlaß zum Losschlagen unter großem Gebrüll von „Vertragsverletzung" der Gegenseite bereitliegt, hat Carters „Sicherheitsberater" Brzezinski betont, natürlich müsse die Einhaltung der Salt-Abkommen „ausreichend nachgeprüft werden können".

Einig sind sich die Supermächte nur, wenn es darum geht, mit „strategischer Abrüstung" à la Salt von ihren wirklichen Kriegsvorbereitungen abzulenken, vor allem in Europa, worauf sie ihre Kräfte – auch mit Hilfe von Salt – konzentrieren. Gerade deshalb könnte das schöne Friedenswerk zu guter Letzt noch am Streit um die amerikanischen „cruise missiles" scheitern. „Cruise missiles" sind Lenkflugkörper mit oder ohne atomaren Sprengköpfen, die von den Bombern der strategischen Luftflotte oder auch von Land gestartet werden können und gegen die die Sozialimperialisten offensichtlich noch nicht über eine wirksame Gegenwaffe verfügen. Um so lauter ist ihr Geschrei, die „cruise missiles" seien „gleichgewichtsstörend", und deshalb müßte in Salt II eine Beschränkung ihrer Zahl und Reichweite festgelegt werden. Das ist ziemlich durchsichtig. Die „cruise missiles" gefährden die konventionelle Überlegenheit der Sozialimperialisten im Kampf um Europa, weil sie ihr Aufmarschgebiet und ihre Verbindungswege verletzen könnten. Das ist dann „gleichgewichtsstörend". 31 Divisionen haben die Sozialimperialisten in den von ihnen unterjochten Ländern Osteuropas stationiert, davon allein 20 in der DDR, die US-Imperialisten halten Westdeutschland und Westberlin mit fast 200000 Mann besetzt.

Die BRD-Imperialisten führen Klage, bei den Salt-Verhandlungen werde immer eine „graue Zone" ausgespart. In Wirklichkeit wurmt sie, daß sie selber von den Supermächten „ausgespart" werden. Die „graue Zone" besteht aus sogenannten „taktischen" Atomwaffen, vor allem der Neutronenbombe, und was Herrn Schmidt ganz irr macht, ist, daß noch nicht einmal daran die US-Imperialisten die westdeutschen Konkurrenten lassen wollen. Um so lauter kündigen die BRD-Imperialisten an, wenigstens über die „graue Zone" wollten sie künftig mitreden, und die atlantische „Frankfurter Allgemeine Zeitung" fordert: „Salt III könnte das Bündnis erheblich festigen, wenn Washington mit den Waffen der Grauzone zugleich auch seine Verbündeten in die Verhandlungsrunde einbeziehen würde." Und wenn nicht?

„Stadtväter"

r.kej. „Die Gefahren, vor denen unsere Stadt in diesen Tagen steht, gehören mit Sicherheit zu den ernsthaftesten ihrer nunmehr fast 600jährigen Geschichte. Sie zielen unterschiedslos auf Arbeiter, Angestellte und Mittelständler der verschiedensten Konfessionen und politischen Richtungen. Sie erfordern deshalb die einheitliche und geschlossene Gegenwehr aller. Wort und Tat ganz Nordhorns müssen jetzt dafür eintreten, daß Povel erhalten bleibt."

Diese Gemeinsamkeitsrufe stammen aus der Feder des Kreissekretärs der Revisionisten in der Grafschaft Bentheim. Tatsache ist: Povel geht Pleite. Der Nordhorner Betrieb Povel, wo 1100 Arbeiter ausgebeutet werden, ist Teil der Deldengruppe. Durch bloße Zentralisierung von Kapital in ihren Händen und maßlose Ausbeutung der Arbeiter mit altem Maschinengelumpe hatte sich van Delden zum größten westdeutschen Textilkonzern aufgeschwungen. Das hat für den Konkurrenzkampf nicht ausgereicht. „Managementfehler" und „Mißwirtschaft" nennen die christlichen Reaktionäre, die Reformisten und Revisionisten einhellig diese Folgen der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise. „Landesbürgschaft ja", sagt die Bankdirektorstochter Breuel aus Hannover, aber nur, „wenn sie wirklich zur Gesundung des Unternehmens angelegt wird", und nicht, „um die Mißwirtschaft des Managements zu finanzieren". Da klatschen alle Beifall: der Oberstadtdirektor, der SPD Oberbürgermeister, der revisionistische Stadtrat Deymann und je ein Pastor von jeder Konfession.

Die Textilkapitalisten beherrschen Nordhorn. Über 70% der Industriearbeiter sind in der Textilindustrie. Die Stammväter der drei größten Kapitalisten waren schon als Ausbeuter zum Anfang des letzten Jahrhunderts in Nordhorn tätig. Den Grundsätzen, die die Väter damals hochhielten, sind die Söhne treu geblieben: „Weiter halfen der Nordhorner Industrie die günstigen Arbeitsverhältnisse über die schwierigen Krisenjahre hinweg... ihr boten sich billige, willige und strebsame Kräfte an... Bei 70stündiger Arbeitszeit stieg der Wochenlohn von 1866 bis 1888 nur von 5 auf 9 Mark" (Wirtschaftsgeschichte der Stadt Nordhorn, S.284, Oldenburg 1941). Die niedrigen Löhne der Textilarbeiter bestimmen in Nordhorn das Lohnniveau. 9,90 DM in der Stunde, das gehört so zu dem höchsten, was ein Kapitalist für den Ankauf von Arbeitskraft zahlt.

Den Stadtrat setzen sie für ihre Absichten ein. Durch die Errichtung des Gewerbe- und Industrieparks hat der jetzt Pleite gehende Kapitalist noch einmal kräftig durch Grundstücksverkäufe abgesahnt. Das hat Geschichte. Sowohl gleich zu Beginn des ersten Weltkrieges, wie des zweiten Weltkrieges nahm einer aus dem Clan derer van Delden direkt das Amt des Oberbürgermeisters in seine Hände – es galt Zwangsarbeit zu organisieren. Wenn jetzt alle von Sanierung reden, planen sie die Verschärfung der Ausbeutung – der Staat soll das vorantreiben. Vom gemeinsamen Kampf „für den Erhalt der Arbeitsplätze reden", heißt das Geschäft der Kapitalisten betreiben.

„Die US-Regierung versucht, Smith in letzter Minute zu retten..."
Interview mit Tirivafi Kangai, Vertreter der ZANU bei den Vereinten Nationen
großen Aufschwung der Kämpfe der Arbeiter und unterdrückten Nationalitäten in den USA selbst, andererseits durch die verschärfte imperialistische Konkurrenz wurde die Vorherrschaft des Dollar gebrochen. Im Wert rapide gesunken, strömten jetzt die Dollarmassen zurück und steigerten weltweit die Inflation. Betroffen sind vor allem die rohstoffexportierenden Länder, die durch den Verfall des Dollar um riesige Werte betrogen und beraubt wurden.
Jetzt halten die US-Imperialisten den Zeitpunkt für gekommen, den niedrigen Dollar-Kurs ihrerseits für eine Exportoffensive zu nutzen. Allerdings, entscheidende Voraussetzung wäre, daß ihnen ein Einbruch in den Lohnstandard der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in den Kernindustrien gelingt. Die ersten Übersichten über die Lohnabschlüsse 1978 bestätigen, daß die Carterschen Lohnleitlinien von 6,5% in den meisten Fällen durchbrochen worden sind. Eben deshalb will und will die Exportoffensive auch bisher nicht vom Fleck kommen.
Mit Klasens 2%-Abschlüssen könnten die BRD-Imperialisten die anhaltenden äußeren und inneren Schwierigkeiten ihres Konkurrenten zielstrebig nutzen, um weitere Anteile am Welt-
handlungen über SALT II am 30.9. und 1.10. hat der US-Senat gleichzeitig drei Milliarden Dollar (knapp 6 Mrd. DM) für neue Kernwaffen bewilligt, darunter die Mittel für die Neutronenwaffe, deren Bau Carter ausdrücklich ans Herz gelegt wurde. Ende Oktober sollen Vance und Gromyko die Verhandlungen in Moskau zu Ende bringen.
Einige Punkte, über die bereits Einigkeit bestehen soll, sind schon bekanntgeworden. Danach versichern sich die beiden Supermächte gegenseitig, je eine landgestützte Interkontinentalrakete zu entwickeln und zu erproben. Seit Jahren fordern die Länder der Dritten Welt das Verbot und die Vernichtung aller Kernwaffen und als nächsten Schritt die Errichtung kernwaffenfreier Zonen. Jetzt haben sich die beiden Supermächte „zur Begrenzung der strategischen Rüstung" darauf geeinigt, daß auf den Weltmeeren die nukleare Erpressung auch weiter keine Schranken kennen soll. „Auf diese Weise können die USA ihre Raketen der Muster ‚Trident I' und ‚Trident II' entwickeln, die in den gleichnamigen atomkraftgetriebenen Großunterseebooten mitgeführt werden und Reichweiten bis zu 6000 km haben" (Frankfurter Allgemeine Zeitung,
laß zum Losschlagen unter großem Gebrüll von „Vertragsverletzung" der Gegenseite bereitliegt, hat Carters „Sicherheitsberater" Brzezinski betont, natürlich müsse die Einhaltung der Salt-Abkommen „ausreichend nachgeprüft werden können".
Einig sind sich die Supermächte nur, wenn es darum geht, mit „strategischer Abrüstung" à la Salt von ihren wirklichen Kriegsvorbereitungen abzulenken, vor allem in Europa, worauf sie ihre Kräfte – auch mit Hilfe von Salt – konzentrieren. Gerade deshalb könnte das schöne Friedenswerk zu guter Letzt noch am Streit um die amerikanischen „cruise missiles" scheitern. „Cruise missiles" sind Lenkflugkörper mit oder ohne atomaren Sprengköpfen, die von den Bombern der strategischen Luftflotte oder auch von Land gestartet werden können und gegen die die Sozialimperialisten offensichtlich noch nicht über eine wirksame Gegenwaffe verfügen. Um so lauter ist ihr Geschrei, die „cruise missiles" seien „gleichgewichtsstörend", und deshalb müßte in Salt II eine Beschränkung ihrer Zahl und Reichweite festgelegt werden. Das ist ziemlich durchsichtig. Die „cruise missiles" gefährden die konventionelle Über-
Kampf um Europa, weil sie ihr Aufmarschgebiet und ihre Verbindungswege verletzen könnten. Das ist dann „gleichgewichtsstörend". 31 Divisionen haben die Sozialimperialisten in den von ihnen unterjochten Ländern Osteuropas stationiert, davon allein 20 in der DDR, die US-Imperialisten halten Westdeutschland und Westberlin mit fast 200000 Mann besetzt.
Die BRD-Imperialisten führen Klage, bei den Salt-Verhandlungen werde immer eine „graue Zone" ausgespart. In Wirklichkeit wurmt sie, daß sie selber von den Supermächten „ausgespart" werden. Die „graue Zone" besteht aus sogenannten „taktischen" Atomwaffen, vor allem der Neutronenbombe, und was Herrn Schmidt ganz irr macht, ist, daß noch nicht einmal daran die US-Imperialisten die westdeutschen Konkurrenten lassen wollen. Um so lauter kündigen die BRD-Imperialisten an, wenigstens über die „graue Zone" wollten sie künftig mitreden, und die atlantische „Frankfurter Allgemeine Zeitung" fordert: „Salt III könnte das Bündnis erheblich festigen, wenn Washington mit den Waffen der Grauzone zugleich auch seine Verbündeten in die Verhandlungsrunde einbeziehen würde." Und wenn nicht?
desbürgschaft ja", sagt die Bankdirektorstochter Breuel aus Hannover, aber nur, „wenn sie wirklich zur Gesundung des Unternehmens angelegt wird", und nicht, „um die Mißwirtschaft des Managements zu finanzieren". Da klatschen alle Beifall: der Oberstadtdirektor, der SPD Oberbürgermeister, der revisionistische Stadtrat Deymann und je ein Pastor von jeder Konfession.
Die Textilkapitalisten beherrschen Nordhorn. Über 70% der Industriearbeiter sind in der Textilindustrie. Die Stammväter der drei größten Kapitalisten waren schon als Ausbeuter zum Anfang des letzten Jahrhunderts in Nordhorn tätig. Den Grundsätzen, die die Väter damals hochhielten, sind die Söhne treu geblieben: „Weiter halfen der Nordhorner Industrie die günstigen Arbeitsverhältnisse über die schwierigen Krisenjahre hinweg... ihr boten sich billige, willige und strebsame Kräfte an... Bei 70stündiger Arbeitszeit stieg der Wochenlohn von 1866 bis 1888 nur von 5 auf 9 Mark" (Wirtschaftsgeschichte der Stadt Nordhorn, S.284, Oldenburg 1941). Die niedrigen Löhne der Textilarbeiter bestimmen in Nordhorn das Lohnniveau. 9,90 DM in der Stunde, das gehört so zu dem höchsten, was ein Kapitalist für den

„Die US-Regierung versucht, Smith in letzter Minute zu retten..."

Interview mit Tirivafi Kangai, Vertreter der ZANU bei den Vereinten Nationen

z.gek. Der Sicherheitsrat der UNO hat am 10. Oktober mit 11:0 Stimmen bei 4 Enthaltungen die Regierung der USA verurteilt, weil die angeblich „private Besuchsreise" von Smith, dem Häuptling des illegalen weißen Siedlerregimes in Zimbabwe, und seiner Marionette Sithole „eine Verletzung der Resolution 253 des Sicherheitsrats vom Jahr 1968 sowie der Verpflichtungen ... der UN-Charta darstellt". Nigeria, Indien, Kuwait und Mauritius haben den Antrag eingebracht, die USA selbst, Großbritannien, Kanada und natürlich die BRD-Delegation haben sich „enthalten". Das folgende Interview mit dem Vertreter der ZANU bei den Vereinten Nationen wurde am 12. Oktober gemacht.

Genosse Kangai, welche Absichten verfolgen die US-Imperialisten mit dieser Reise von Smith?

Kangai: Die US-Regierung versucht, Smith in letzter Minute zu retten, da er dabei ist, durch unsere Streitkräfte militärisch besiegt zu werden. 37 konservative Senatoren haben ihn eingeladen, damit er um Waffen, moralische Unterstützung und auch Söldner werben kann. Natürlich mußten sie das bemänteln. Deshalb haben sie versucht, Genossen Mugabe und Nkomo nach hierhin einzuladen, um eine „Allparteien-Konferenz" in Washington abzuhalten. Aber wie ihr wißt, hat die US-Regierung ja keinerlei verfassungsmäßige Zuständigkeit für die Entkolonialisierung unseres Landes, „Südrhodesien", Zimbabwe, ist eine britische Kolonie, und nur Großbritannien kann eine Verfassungskonferenz einberufen. Ian Smith in die USA hinterherlaufen? Nein, das werden wir bestimmt nicht tun.



Vom 1. bis zum 22. Oktober führt das Zimbabwe-Komitee Belgien in Brüssel eine Bilder- und Fotoausstellung unter dem Motto „Von Rhodesien – zu Zimbabwe" durch. Viele Schulklassen besuchen diese Ausstellung mit ihren Lehrern. Das Zimbabwe-Komitee unterstützt die Patriotische Front. Ende Juli organisierte es eine Kleidersammlung: sechs Tonnen Kleider konnten nach Zimbabwe geschickt werden. Zu Veranstaltungen während der Ausstellung sind Vertreter der ZANU eingeladen. Bis November ist eine Geldsammlung zum Kauf von zwei bis drei Tonnen Kinderschuhen sowie die Weiterführung der Kleidersammlung geplant.

Kannst du kurz die neu aufgetischten britisch-amerikanischen Vorschläge umreißen, und die Position von ZANU demgegenüber?

Kangai: Diese neuen Vorschläge liegen noch nicht auf dem Tisch, aber soweit wir sehen, wollen sie jetzt vor allem an Wahlen vorbeikommen und irgendeine provisorische interne Regierung schaffen, die sie legalisieren und ohne Wahlen anerkennen wollen. Das ist ein neues Manöver, weil sie jetzt entdeckt haben, daß ZANU freie und demokratische Wahlen gewinnen würde. Unsere Position ist unverändert, daß das Smith-Regime seine Macht an das Volk abtreten muß, die rhodesische Armee und Polizei demobilisiert und dann in Zimbabwe eine Übergangsregierung gebildet werden muß, in der natürlich die Patriotische Front die Mehrheit haben muß. Unsere Truppen müssen die Masse der Truppen der Nationalarmee von Zimbabwe stellen. UN-Truppen können dazu kommen, aber ihre Rolle wird sehr spezifisch sein, nämlich die demokratischen und fairen Wahlen zu überwachen. Die andere Alternative, die wir vorziehen, ist, daß wir den Krieg bis zum vollständigen Sieg fortsetzen und unsere eigene Regierung, ohne Einmischung von Großbritannien oder wem immer, errichten können, eine Regierung aus ZANU und ZAPU.

In einer Presseerklärung habt ihr von 1000 US-Söldnern in Zimbabwe gesprochen. Kannst du uns näheres darüber sagen?

Kangai: Heute abend spricht Smith vor der „Süd-Rhodesien-Gesellschaft", die hier die Söldner für Zimbabwe rekrutiert. Diese Söldner dienen als Piloten, andere in der regulären Armee oder in Söldnerformationen. Wir fragen uns, wie können über 1000 solcher Leute nach Zimbabwe kommen ohne Kenntnis des Außenministeriums? Wir sagen, die US-Regierung selbst ist in diese Sache verwickelt. Andere Söldner kommen aus Belgien, Westdeutschland, Großbritannien und anderen imperialistischen Ländern. Wir stehen also nicht mehr gegen das Smith-Regime allein, wir kämpfen gegen den internationalen Imperialismus.

Was sind die letzten Nachrichten von der Front in Zimbabwe?

Kangai: Der Krieg entwickelt sich gut, wir gewinnen Tag für Tag an Boden. Smith verliert den Krieg, und deshalb rennt er jetzt um Hilfe in letzter Minute. Wir rufen euch auf, uns gerade in dieser letzten entscheidenden Phase unseres Kampfs weiterhin zu unterstützen.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 31, Telex 4 13 080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer

Redaktion: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 1, Telefon 0611/73 02 38 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Telefon 0511/81 40 45 / Redakteur: Helga Rosenbaum

Bezirksredaktion Kiel/Holstein, Schulstraße 12, 2300 Kiel, Telefon 0431/73 14 71 / Redakteur: Brigitte Balzer

Druck: Kühl-Druck, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/73 02 34, Telex 4 13 080 kuehl d – Gedruckt in Hamburg

Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 11 91 51, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/73 02 34 – Jahresabonnement (incl. Porto): 36 DM

Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 42: 32 000

„Zypern muß entmilitarisiert werden"

Staatspräsident Kyprianou vor der UNO / Blockfreie Staaten fordern Abzug aller fremden Truppen

z.anb. Eile war in der letzten Woche das Gebot der Stunde für die US-Imperialisten, denn am Donnerstag sollten die Verhandlungen in Washington über den ägyptisch-israelischen Friedensvertrag „ungestört" beginnen können, ohne daß „die Ergebnisse von Camp David durch die Welle des Krieges im Libanon hinweggespült werden" (Washington Post, 3.10.78). Carter hatte sich für den Sicherheitsrat der UNO einen gewagten Vorstoß überlegt, in Absprache mit den französischen Imperialisten, deren Botschafter Lefrette soeben den Vorsitz des Sicherheitsrats übernommen hat. Gemeinsam wollten sie einen „Friedensplan" für den Libanon abstimmen lassen, „dem Israel und Ägypten offensichtlich in Camp David prinzipiell zugestimmt haben" (Christian Science Monitor, 4.10.78). Es wundert inzwischen nicht, daß die US-Imperialisten Camp David als Blankoscheck für einen umfassenden Feldzug gegen die arabische Sache ausschlachten. Carters Plan für den Libanon sieht die Einberufung einer „internationalen Konferenz" vor, die völlige Entwaffnung der libanesischen Massen sowie die Überwachung des „Waffenstillstandes" durch ein maßgeblich erweitertes „Engagement" der französischen Imperialisten im Rahmen der UNIFIL (UNO-Kontingent). Nach zahlreichen geheimen Konsultationen der Imperialisten hat der Sicherheitsrat am 6.10. eine Resolution verabschiedet, die alle Beteiligten an den Kämpfen im Libanon nachdrücklich zur Einhaltung des Waffenstillstandes aufruft und die Hoffnung bekräftigt, die Souveränität Libanons wiederherstellen zu können. Das ist alles andere als Carter und die französischen Imperialisten vorhatten. Ebenfalls in der letzten Woche haben die Spaltungsversuche beider Supermächte gegen das arabische Lager eine entscheidende Niederlage erlitten. 16 arabische Staaten, darunter Saudi-Arabien, Libanon, Syrien sowie die PLO, haben dem Vorschlag des Irak zugestimmt, in Bagdad ein erneutes Gipfeltreffen durchzuführen, um eine gemeinsame Front gegen die Camp David-Beschlüsse zu errichten. Damit sind auch die Pläne der UdSSR, über Syrien die „progressiven" arabischen Staaten in einen Verteidigungspakt zu schleusen und damit der arabischen Einheit den Todesstoß zu versetzen, gescheitert. Auch wenn sich Ägypten an dieser Konferenz nicht beteiligt, schließen die Bemühungen der arabischen Völker um ihre Einheit Ägypten ein. Saudi-Arabien, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate haben am 17.9. in Kairo ein Abkommen unterzeichnet, das den Aufbau eines gesamtarabischen Rüstungszentrums vorsieht, finanziert aus einem gemeinsamen Fonds der Unterzeichner. Tatsache ist weiterhin, daß die Delegation Ägyptens vor Beginn der Washingtoner Verhandlungen erklärt hat, die Frage Palästinas sei untrennbarer Bestandteil der Verhandlungen mit Israel.

Auf dem Hintergrund der Verschärfung der Widersprüche im Nahen Osten hat der zyprische Staatspräsident Kyprianou seine Rede vor der Generalversammlung auf die ungelöste Frage Zyperns gelenkt. Er hat an die UNO-Beschlüsse erinnert, die auf der Grundlage der Verhandlungen zwischen dem Führer der türkischen Zyprioten, Rauf Denktasch, und dem verstorbenen zyprischen Staatspräsidenten Makarios Anfang 1977 geführt worden waren: Beide Volksgruppen müssen ohne jegliche Einmischung von außen miteinander verhandeln, eine gemeinsame bewaffnete Formation soll unter UNO-Kontrolle die Sicherheit Zyperns garantieren. Kyprianou hat die vollständige Entmilitarisierung Zyperns gefordert, das als Waffenträger der Supermächte für den Krieg im Mittelmeer und im Nahen Osten mißbraucht wird. Ein bedeutender Teil seines Territoriums wird allein von den beiden Luftbasen der britischen Imperialisten eingenommen, die der US-Supermacht Nutzungsrechte vermacht haben. Ein riesiges Luftwarnsystem und Funkabhöranlagen spionieren den gesamten Raum des Nahen und Mittleren Ostens aus.



Demonstration in der Türkei gegen Imperialismus und Hegemonismus (1976). Auf den Transparenten wird gefordert: „Weder Amerika noch Rußland! Unabhängige Türkei!" und die Losungen nach Unabhängigkeit, Freiheit und Revolution erhoben.

Obwohl beide Volksgruppen wiederholt ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erklärt haben, sind die UNO-Beschlüsse von den Imperialisten zu Papierfetzen degradiert worden. Die Supermächte setzen alles daran, bestehende Differenzen in unlösbare Widersprüche zu verwandeln, indem sie jeweils eines der beiden in den Konflikt verwickelten Länder Griechenland und Türkei politisch verleumden, wirtschaftlich erpressen und militärisch bedrohen.

Während derzeit die Sozialimperialisten gegenüber Griechenland massive Vorstöße unternehmen (siehe KVZ 39, S. 12), haben die US-Imperialisten eine Woche nach Aufhebung ihres Waffenembargos gegen die Türkei begonnen, vier ihrer seit drei Jahren stillgelegten Stützpunkte wieder auf Vordermann zu bringen. Die türkische Regierung hat das auf ein Jahr vorläufig erlaubt, zwei der Stützpunkte gedenkt sie sogleich nach Abschluß der Instandsetzungsarbeiten selbst zu übernehmen.

Carters Strategen vom IWF setzen auf den Schraubstock der 2,5 Mrd. Dollar, die die Bankmonopole zur Zeit sperren, um die Türkei in die Knie zu zwingen. Schließlich geht es nicht um vier, sondern 26 Militäreinrichtungen der US-Supermacht in der Türkei, die in den für Ende des Monats angekündigten Verhandlungen über ein neues „Verteidigungsabkommen" mit der Türkei gesichert werden sollen. Die türkische Regierung solle „erklären", was sie damit meine, wenn sie den NATO-Stützpunkt Incirlik südlich des Marmara-Meeres nur „zur begrenzten Nutzung freigebe und zu keinem anderen Zweck als die türkische Regierung erlaubt" (Christian Science Monitor, 6.10.78).

Das abgekartete Spiel der Supermächte zwecks Spaltung Zyperns, Aufhetzung der Volksgruppen durch Schüren reaktionärer faschistischer Umtriebe und Vertiefung bestehender Widersprüche hat sich auch in der UNO fortgesetzt. Gemeinsam mit den EG-Imperialisten, die ihr Handelsherz für Zypern entdeckt haben, sind sie dagegen aufgetreten, daß Vertreter beider Volksgruppen vor der Generalversammlung Rederecht erhalten. Auch wenn vor der UNO grundsätzlich das Prinzip der Einheit des Staates gilt, wäre in dieser besonderen Lage keinem Land der Dritten Welt der Gedanke gekommen, man betreibe damit die Teilung Zyperns in zwei Staaten. Weil aber die Widersprüche zwischen Griechen und Türken von den Imperialisten planmäßig geschürt werden, haben die Länder der Dritten Welt mehrheitlich dafür gestimmt, daß beide Volksgruppen vor einem Sonderausschuß Stellung nehmen können und der Generalversammlung darüber berichtet wird. Die USA, Großbritannien und die BRD haben sich bei der Abstimmung über diesen Kompromiß erneut hervorgetan – „aus verfahrenstechnischen Gründen", erklärte Rüdiger von Wechmar für die BRD, habe man sich enthalten. Auf solche schmutzigen Tricks beschränken sich die Aktivitäten der Imperialisten in der UNO, sie sind deshalb nicht weniger zu verachten. Zu durchkreuzen sind sie von der Front der Länder der Dritten Welt. Und Zypern wird auf den Tisch der Generalversammlung kommen, so oder so. Die Forderung der Blockfreienbewegung nach einer Friedenszone im Mittelmeer, nach vollständigem Abzug aller fremden Truppen und Auflösung der Stützpunkte wird unter dem Punkt „Ergebnisse der UNO-Sondertagung zu Abrüstungsfragen vom Juni 1978" eingebracht. Die Entmilitarisierung Zyperns ist ein Bestandteil davon.

Schuldenerlaß? Raubvorbereitung!
Regierung erläßt der Dritten Welt 4,3 Mrd. DM / Hebung der Zinsen auf Privatkredite / Sudan kämpft um Unabhängigkeit
z.mif. Am 4. Oktober beschloß die Bundesregierung, 4,3 Mrd. DM Schulden, die die 30 ärmsten Entwicklungsländer beim westdeutschen Staat haben, zu erlassen. Dem Bundeshaushalt entgehen dadurch Einnahmen von
ster für wirtschaftliche Zusammenarbeit Offergeld vor die Fernsehkameras und verkündete, 4,3 Mrd. DM stünden den dreißig betroffenen sehr armen Ländern jetzt mehr zur Verfügung, die sie sonst bis zum Jahr 2028 hätten zu-



mit:
15,9 Mio. Einwohner
1 DM = 0,19 sud. Pfund
Bruttosozialprodukt 1970: 1850 Mio. sud. Pfund
Bruttosozialprodukt 1976: 4610 Mio. sud. Pfund
Export 1977: 661 Mio. US-$
Baumwolle 396,9 Mio. US-$, Erdnüsse 75,4 Mio. US-$
Import 1977: 1059,6 Mio. US-$
Saldo: – 398,6 Mio. US-$
Auslandsverbindlichkeiten Ende 1976: 942 Mio. US-$
Schuldendienst 1977: 176 Mio. US-$
Deutsche Ausfuhr nach Sudan 1977: 299 Mio. DM
Deutsche Einfuhr aus Sudan 1977: 122 Mio. DM
Deutsche Direktinvestitionen Ende 1977: 7
jetzt exportieren die westdeutschen Kapitalisten fast doppelt so viel in den Sudan wie der Sudan in die BRD, also ist die laufende Verpflichtung des Sudan, Kredite aufzunehmen und Zinsen zu zahlen, erheblich.
Zwischen September 1977 und heute hat der Sudan gegenüber der DM auf 78% abwerten müssen, statt 5,25 müssen jetzt 6,66 sudanesische Pfund für die DM hingelegt werden. Immer mehr sudanesische Arbeitskraft eignen sich damit die westdeutschen Kapitalisten an.
Der BDI hat festgestellt, daß die „deutschen Direktinvestitionen in Sudan von 1975 bis 1977 um 500% gestiegen" sind, das Volumen aber „noch bescheiden" sei. Präsident Numeiri hat zustimmen müssen, den Deutschen Entwicklungsdienst ins Land zu lassen; Scheel hat bei dieser Gelegenheit den Sudan als „Brücke zwischen dem arabischen und dem zentralen Afrika" bezeichnet: daraufrumtrampeln wollen die westdeutschen Bourgeois auf dieser „Brücke", und die Entwicklungshelfer sollen sie für die westdeutschen Kapitalisten bewachen und ausbauen.
Verkehrsverhandlungen: Offensive gegenüber der DDR
z.krk. Am 5.10. behandelte der Bundes- Stuttgart, betrieben von den Alliierten.
lution verabschiedet, die alle Beteiligten an den Kämpfen im Libanon nachdrücklich zur Einhaltung des Waffenstillstandes aufruft und die Hoffnung bekräftigt, die Souveränität Libanons wiederherstellen zu können. Das ist alles andere als Carter und die französischen Imperialisten vorhatten. Ebenfalls in der letzten Woche haben die Spaltungsversuche beider Supermächte gegen das arabische Lager eine entscheidende Niederlage erlitten. 16 arabische Staaten, darunter Saudi-Arabien, Libanon, Syrien sowie die
denten Makarios Anfang 1977 geführt worden waren: Beide Volksgruppen müssen ohne jegliche Einmischung von außen miteinander verhandeln, eine gemeinsame bewaffnete Formation soll unter UNO-Kontrolle die Sicherheit Zyperns garantieren. Kyprianou hat die vollständige Entmilitarisierung Zyperns gefordert, das als Waffenträger der Supermächte für den Krieg im Mittelmeer und im Nahen Osten mißbraucht wird. Ein bedeutender Teil seines Territoriums wird allein von den beiden Luftbasen der britischen Impe-
Supermächte setzen alles daran, bestehende Differenzen in unlösbare Widersprüche zu verwandeln, indem sie jeweils eines der beiden in den Konflikt verwickelten Länder Griechenland und Türkei politisch verleumden, wirtschaftlich erpressen und militärisch bedrohen.
Während derzeit die Sozialimperialisten gegenüber Griechenland massive Vorstöße unternehmen (siehe KVZ 39, S. 12), haben die US-Imperialisten eine Woche nach Aufhebung ihres Waffenembargos gegen die Türkei begonnen,
zwingen. Schließlich geht es nicht um vier, sondern 26 Militäreinrichtungen der US-Supermacht in der Türkei, die in den für Ende des Monats angekündigten Verhandlungen über ein neues „Verteidigungsabkommen" mit der Türkei gesichert werden sollen. Die türkische Regierung solle „erklären", was sie damit meine, wenn sie den NATO-Stützpunkt Incirlik südlich des Marmara-Meeres nur „zur begrenzten Nutzung freigebe und zu keinem anderen Zweck als die türkische Regierung erlaubt" (Christian Science Monitor,
verachten. Zu durchkreuzen sind sie von der Front der Länder der Dritten Welt. Und Zypern wird auf den Tisch der Generalversammlung kommen, so oder so. Die Forderung der Blockfreienbewegung nach einer Friedenszone im Mittelmeer, nach vollständigem Abzug aller fremden Truppen und Auflösung der Stützpunkte wird unter dem Punkt „Ergebnisse der UNO-Sondertagung zu Abrüstungsfragen vom Juni 1978" eingebracht. Die Entmilitarisierung Zyperns ist ein Bestandteil davon.

Schuldenerlaß? Raubvorbereitung!

Regierung erläßt der Dritten Welt 4,3 Mrd. DM / Hebung der Zinsen auf Privatkredite / Sudan kämpft um Unabhängigkeit

z.mif. Am 4. Oktober beschloß die Bundesregierung, 4,3 Mrd. DM Schulden, die die 30 ärmsten Entwicklungsländer beim westdeutschen Staat haben, zu erlassen. Dem Bundeshaushalt entgehen dadurch Einnahmen von jährlich rund 80 Millionen. Akt der Barmherzigkeit?



Von rechts nach links: Bayern-Hypo, Deutsche Bank, Commerzbank, Dresdner Bank, Bayerische Vereinsbank, S. Oppenheimer, Westbank Hamburg, Bankhaus Delbrück. Das Bild stammt von 1974, der Vertreter der Dresdner Bank wurde inzwischen todeshalber ausgewechselt. Wer zuletzt lacht, lacht am besten.

Die Länder der Dritten Welt erheben schon lange die Forderung nach Schuldenerlaß durch die Imperialisten. Die Forderung ist bescheiden, teilweise setzen sie sie durch Nichtzahlen durch. Die Imperialisten haben ein vielfaches der Kredite an Reichtümern aus den Ländern der Dritten Welt geraubt, und die Kredite dienen der weiteren Bereicherung, neokolonialen Durchdringung und Begründung von Interventionen der Imperialisten.

Die UNO-Konferenz über Handel und Entwicklung (UNCTAD) behandelte vom 6. bis 11. März 1978 in Genf das Thema Schuldenerlaß für Entwicklungsländer. Die Imperialisten pochten auf ihre Schuldscheine als heiliges Recht. Die Konferenz „ging mit einem mühseligen Kompromiß zu Ende, mit welchem sich die westlichen Marktwirtschaftsländer nicht viel vergaben", schrieb die Zeitschrift „Vereinte Nationen" in ihrer April-Ausgabe. Lediglich 20 Mrd. der insgesamt über 200 Mrd. US-Dollar Schulden der Länder der Dritten Welt erklärten sich die Imperialisten bereit zu streichen.

Ein weiteres halbes Jahr hat die Bundesregierung die Sache hinausgezögert. Jetzt trat mit Tränen der Rührung über die eigene Großmut in den Augen und vor Gier triefenden Lefzen der Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit Offergeld vor die Fernsehkameras und verkündete, 4,3 Mrd. DM stünden den dreißig betroffenen sehr armen Ländern jetzt mehr zur Verfügung, die sie sonst bis zum Jahr 2028 hätten zurückzahlen müssen. Dies ist in mehrerer Hinsicht gelogen.

Erstens stehen sie nicht jetzt zur Verfügung, sondern die Regelung tritt nicht vor nächstem Jahr in Kraft, und alle bis dahin fälligen Zahlungen müssen getätigt werden, alle fälligen Schulden will die Regierung eintreiben. Zweitens stehen die Gelder auch künftig den betreffenden Ländern nicht „zur Verfügung", sondern die Bundesregierung wird jeden einzelnen Fall sorgfältig prüfen, wie sie glaubhaft versichert hat. „Kein Schuldenerlaß für Idi Amin", meldet die „Wirtschaftswoche" befriedigt, wobei die Bourgeois so tun, als gehöre Uganda zu den ärmsten Ländern der Welt, aus lauter Wut, daß sie Präsident Idi Amin weder zur Marionette machen noch stürzen konnten, auch nicht durch Kaffeeboykott.

„Prüfung des Einzelfalls", das bedeutet: Diktat eines längeren Protokolls der Waren- und Kapitalexportwünsche der westdeutschen Imperialisten. Sie wird dadurch erleichtert, daß die Weltbank, die Bundesstelle für Außenhandelsinformation und jede bessere Bank einen Nachrichtenapparat über die Länder der Dritten Welt unterhalten, der sich gewaschen hat. Zum Beispiel teilt die Commerzbank in ihren Außenhandelsblättern vom September 1978 über den *Sudan* folgendes mit:

15,9 Mio. Einwohner
1 DM = 0,19 sud. Pfund
Bruttosozialprodukt 1970: 1850 Mio. sud. Pfund
Bruttosozialprodukt 1976: 4610 Mio. sud. Pfund
Export 1977: 661 Mio. US-$
Baumwolle 396,9 Mio. US-$, Erdnüsse 75,4 Mio. US-$
Import 1977: 1059,6 Mio. US-$
Saldo: – 398,6 Mio. US-$
Auslandsverbindlichkeiten Ende 1976: 942 Mio. US-$
Schuldendienst 1977: 176 Mio. US-$
Deutsche Ausfuhr nach Sudan 1977: 299 Mio. DM
Deutsche Einfuhr aus Sudan 1977: 122 Mio. DM
Deutsche Direktinvestitionen Ende 1977: 7 Mio. DM

Die westdeutschen Imperialisten halten den Sudan für ein fettes Opfer. Aber er ist ihnen zu lebendig, und die Konkurrenz ist auch gierig. Außerdem: Der Sudan hat Freunde, und er ist nicht wehrlos. Zwei Kredite von insgesamt 350 Mio. Dollar hat Saudi-Arabien im September dem Sudan gewährt, um die sudanesische Wirtschaft und die Zahlungsbilanz zu unterstützen. Aus dem mit Hilfe arabischer Staaten finanzierten Bewässerungsprojekt Kenana ist der britische Lonrho-Konzern, der ursprünglich 15% finanzieren und alles managen wollte, hinausgesetzt worden.

Im Mai 1977 hat Staatspräsident Numeiri 90 „Berater" der sozialimperialistischen Sowjetunion ausgewiesen und „nur die Freiheit von jeder Art ausländischer Einmischung" für die afrikanischen Länder gefordert. Präsident Numeiri ist gegenwärtig Vorsitzender der Organisation für afrikanische Einheit (OAU).

Die Berechnung der westdeutschen Bourgeoisie läuft folgendermaßen: Der jetzige Schuldenerlaß von 337 Mio. DM und 80 Mio. „verlorener Zuschuß" an den Sudan werden aus der Lohnsteuer finanziert. Der Sudan wird dadurch verpflichtet, weitere *private* Kredite in Westdeutschland aufzunehmen, die ja mit Zins und Zinseszins zurückgezahlt werden müssen. Der Bundesfinanzminister hat bereits zugesichert, sich für eine Verbesserung der „Hermesgarantien" einzusetzen, also der staatlichen Garantien für Warenexporte (Hermes ist der griechische „Gott des sicheren Geleits"). Bereits jetzt exportieren die westdeutschen Kapitalisten fast doppelt so viel in den Sudan wie der Sudan in die BRD, also ist die laufende Verpflichtung des Sudan, Kredite aufzunehmen und Zinsen zu zahlen, erheblich.

Zwischen September 1977 und heute hat der Sudan gegenüber der DM auf 78% abwerten müssen, statt 5,25 müssen jetzt 6,66 sudanesische Pfund für die DM hingelegt werden. Immer mehr sudanesische Arbeitskraft eignen sich damit die westdeutschen Kapitalisten an.

Der BDI hat festgestellt, daß die „deutschen Direktinvestitionen in Sudan von 1975 bis 1977 um 500% gestiegen" sind, das Volumen aber „noch bescheiden" sei. Präsident Numeiri hat zustimmen müssen, den Deutschen Entwicklungsdienst ins Land zu lassen; Scheel hat bei dieser Gelegenheit den Sudan als „Brücke zwischen dem arabischen und dem zentralen Afrika" bezeichnet: daraufrumtrampeln wollen die westdeutschen Bourgeois auf dieser „Brücke", und die Entwicklungshelfer sollen sie für die westdeutschen Kapitalisten bewachen und ausbauen.

Verkehrsverhandlungen: Offensive gegenüber der DDR

z.krk. Am 5.10. behandelte der Bundestag auf Antrag der CDU die „Vertragsverletzungen der DDR". Unmittelbar bezog sich die Debatte auf die jüngst erfolgten Festnahmen von Menschenschmugglern westdeutscher Staatsangehörigkeit auf den Transitwegen. Gemeint war damit jedoch mehr, nämlich die „offensivere Vertretung deutscher Interessen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.10.78).

Der BRD-Imperialismus verstärkt seine Offensive gegenüber der DDR. Die Verhandlungen um den Bau der neuen Nordtrasse zwischen Westberlin und Hamburg sollen Ende Oktober abgeschlossen sein, 1980 soll der Bau beginnen. Die BRD fordert bei den Verhandlungen zusätzlich eine Stichstraße in Richtung Niedersachsen, nach Lüchow-Dannenberg. Verhandelt wird auch über die Wiedereröffnung des Teltow-Kanals im Süden Westberlins, um den Wasserweg aus Westdeutschland, der bisher über den Osten der Stadt führte, abzukürzen. Außerdem über den Ausbau des Grenzübergangs Wartha (es bestehen 16 Grenzübergänge), über die Reparatur der Transit-Wasserstraßen und über die „Verbesserung des nichtkommerziellen Geldtransfers". Gleichzeitig soll der Transitverkehr über Staaken-Lauenburg in Richtung Hamburg beibehalten werden – wenn es nach den Wünschen der BRD geht. Außer dieser Straße bestehen z.Z. zwei Transitautobahnen zwischen der BRD und Westberlin, eine nach Hannover über Helmstedt und eine über Rudolfstein nach Nürnberg, mit einer Abzweigung nach Nürnberg und München. Im Luftverkehr gibt es drei sogenannte Luftkorridore, nach Hamburg, Düsseldorf-Köln, Bonn mit Abzweigung nach Frankfurt und nach München-Stuttgart, betrieben von den Alliierten. Man sieht, ein dichtes Netz von Transitstrecken umspinnt den Westen der DDR.

Für diese Transitstrecken gelten die Bestimmungen des „Viermächte-Abkommens" und des Transitvertrags von 1971. Die Existenz dieser Wege bedeutet von vornherein die Einschränkung der Souveränität der DDR. Genau die Tatsache ermöglicht solche Einmischungen in die inneren Angelegenheiten der DDR, wie die zitierte Menschenrechtskampagne, oder auch die von der Berliner CDU unlängst aufgestellte Forderung, nach einer „begleitenden Qualitätskontrolle" beim Bau der Nordtrasse, die notwendig und „für Ostberlin zumutbar" sei. (Berliner Abendschau, 29.9.) Diese Einmischungsmöglichkeiten werden noch dadurch verstärkt, daß der Bau von Straßen von der BRD mitfinanziert wird. Die Rekonstruktion der Helmstedter Autobahn wurde entsprechend dem Verkehrsabkommen zu 60% von der BRD finanziert, gleichzeitig wurde die DDR dazu verpflichtet, „Baumaschinen im Werte von 56 Millionen DM aus der BRD zu beziehen." (Verkehrsvertrag) Bei den gegenwärtig laufenden Verhandlungen besteht die BRD aus diesem Grund auf die Übernahme des Transitabkommens auf die Nordtrasse, das „durch einen Briefwechsel der vier Siegermächte abgesichert werden" soll. (Berliner Morgenpost, 28.9.78) Die DDR verlangt ein Abkommen zwischen den beiden Staaten.

Vor einigen Wochen ließ Peter Lorenz in offensichtlichem Einverständnis mit der Supermacht USA einen Versuchsballon hochgehen über ein notwendiges, neues Viermächteabkommen, das den Weg zum „zusätzlichen Flugverkehr außerhalb der alliierten Korridore" öffnen soll.

IAO-Konferenz: Norm für uneingeschränkte Nachtarbeit

z.mav. In Genf tagte bis Anfang letzter Woche eine Konferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO, eine Unterorganisation der UNO) mit Vertretern verschiedener Regierungen, Kapitalisten- und Gewerkschaftsvertretern, deren Ziel es ist, „die internationalen Normen für Nachtarbeit zu verbessern". Die Imperialisten beabsichtigen sich eine Legitimation zur Ausweitung der Nachtarbeit zu holen, um sie dann in den einzelnen Ländern gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen.

Auf der Konferenz in Genf haben die Kapitalisten erklärt, daß es keinen Grund gäbe, die Nachtarbeit einzuschränken oder gar abzuschaffen, da „bislang noch keine eindeutigen Beweise" vorlägen, daß Nachtarbeit gesundheitsschädlich sei. Die Beweise werden für die Kapitalisten nie „eindeutig" werden, da die Ausbeutung des Arbeiters rund um die Uhr ihnen größere Profite bringt und sie die Nächte ja auch nicht von der Arbeit her kennen, sondern nur von ihren Gelagen. Gewerkschaftsvertreter haben auf der Konferenz gefordert: Einschränkung der Schichtarbeit bei vollem Lohnausgleich, medizinische Überwachung der Nachtarbeit und „das Recht jedes einzelnen, Schichtarbeit zu verweigern". Was nützt den Arbeitern das individuelle Recht, zu verweigern, wenn der niedrige Lohn zur Schichtarbeit zwingt? Statt die Arbeiter im Kampf für das gesetzliche Verbot der Schichtarbeit zu einen, schüren die Sozialdemokraten die individuelle Konkurrenz unter den Arbeitern, worüber es den Kapitalisten gelingt, die Löhne weiter zu senken.

Zu weit vorgewagt – Remmers muß Faschistenlehrer suspendieren

„Am Ende... kann durchaus auch eine Rehabilitierung stehen"?

r.pel. Bundeskanzler Schmidt hat in seiner Rede auf dem 32. Deutschen Historikertag am 4. Oktober besorgt geäußert: „Walter Scheel hat vor zwei Jahren vor Ihnen die Sorge ausgesprochen, wir könnten im Begriffe sein, ein geschichtsloses Land zu werden. Solche Besorgnisse teile ich." Und er hat dann den Geschichtslehrern und -forschern die Aufgabe zugewiesen: „(Sie) sollten uns aus der Enge nationalgeschichtlicher Perspektiven herausführen und uns allen die Augen öffnen für die Vielfalt der geschichtlichen Konstellationen Europas."

In Hannoversch-Münden, am Grotefend-Gymnasium, haben mehrere Lehrer diese Sorge geteilt und sich bemüht, der gestellten Aufgabe gerecht zu werden: „Die nordische Rasse, die schlanke, langköpfige, blonde, blauäugige Rasse unserer germanischen Vorfahren ist als die eigentliche Trägerin aller schöpferischen Kultur im alten und neuen Europa und seinen Nachbargebieten anzusehen."

Dies ist ein Auszug aus dem Buch „Kurzer Abriß der Rassenkunde", das die Studienräte Krah und Luthardt zusammen mit Schriften wie „Grundgedanken der nationalsozialistischen Weltanschauung" ihren Schülern „nahebrachten". Jeder Schüler erhielt vollständige Fotokopien für den Unterricht mit handschriftlichen Verweisen auf „die Gaskammer-Lüge" oder die „6-Millionen-Legende", die das Auffinden der wichtigsten Passagen erleichterten. Keine Kosten wurden gescheut, die Schüler mit dem braunen Material zu versorgen, und die Zustimmung des Direktors der Schule, Dr. Kausch, war gewiß.

Kausch, Gründer der örtlichen Gruppe des „Vereins für das Deutschtum im Ausland", schreibt ein Vorwort zu dem Buch „Ein anderer Hitler" und erklärt später dazu: „Ich hatte mir vorgenommen, ein Buch, das ein Autor schreiben würde, der zu seiner Tätigkeit während des 3. Reiches voll stehen würde, zu ermöglichen, und habe versucht, die Perspektive der damaligen Zeit durchzusetzen." In diesem Buch des Hitler-Baumeisters Giesler wird Adolf Hitler als Klassenkämpfer, Sozialrevolutionär und Europäer gefeiert.

Ein skurriler Einzelfall? Die Bourgeoisie hat vor einiger Zeit die HitlerWelle lanciert („Hitler, eine Karriere"). Die Meldungen über faschistische Propaganda an den Schulen häufen sich. Faschistische Banden treten offener als früher hervor. Das Finanzkapital läßt den Faschismus aufpolieren und beginnt, eine faschistische Bewegung zu fördern. Es soll die Möglichkeit geschaffen werden, die faschistische Form der Diktatur der Bourgeoisie errichten zu können für den Fall, daß mit Reformbetrug und sozialchauvinistischer Hetze einer SPD/FDP-Regierung das Programm des Finanzkapitals nicht gegen das Volk durchgesetzt werden kann. Das Programm heißt Expansion und Krieg, schärfste Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die Durchsetzung dieses Programms erfordert, die Erfahrungen der Massen mit dem Faschismus zuzuschütten, die Lehren, die gezogen wurden, zu vernebeln. Lüge, Geschichtsfälschung und faschistische Propaganda ist notwendig.

Wenn Hitler heute den Schülern als Sozialrevolutionär und Europäer verkauft wird, so wird angeknüpft an der Verelendung der Massen und ihnen eine bessere Zukunft versprochen bei Unterstützung der eigenen Bourgeoisie gegen die imperialistischen Konkurrenten. Wenn heute über Thüringer und Sachsen verbreitet wird: „Der ostischen Rasse fehlt es an Verständnis für den Flug der nordischen Gedanken, gleichwohl ist der Wert der ostischen Menschen für den Staat als arbeitsame... Staatsbürger nicht zu unterschätzen", dann soll das den Weg bereiten für ein Europa unter der Herrschaft der westdeutschen Imperialisten. Helmut Schmidt hat sich vor dem Historikertag so geäußert: „Wir können Europa nicht und wir dürfen Europa nicht einengen auf seinen westlichen Teil, geistig nicht, geschichtlich nicht, politisch nicht."

In Hannoversch-Münden hat sich die Reaktion zu weit vorgewagt. Ende Juli hatten Schüler in einem ersten Flugblatt die faschistischen Lehrer angegriffen. Das Verteilen des Flugblattes an der Schule wurde von Direktor Kausch verboten. Das hat nichts genutzt. Mit einem weiteren Flugblatt ist der Angriff in der Stadt geführt worden. Die Gewerkschaften im DGB haben sich gegen die faschistische Propaganda gewandt, die DAG-Jugend hat die Entlassung der Direktors gefordert. Nachdem die Bezirksregierung sich wochenlang tot stellte, hat am 6.10. Kultusminister Remmers die Suspendierung des Direktors verfügt. Die bürgerliche Presse rät, auf seine Untersuchung zu vertrauen, er sei bekannt als Nazigegner. „Minister Remmers tat gut daran, die Angelegenheit einer so emotionalisierten Öffentlichkeit zu entziehen", lobt das „Göttinger Tageblatt". „Am Ende der Vorermittlungen kann durchaus auch eine Rehabilitierung der Betroffenen stehen", meint Remmers. Daher pfeift der Wind. Ein paar Figuren sollen zunächst aus der Schußlinie gezogen werden, später kann man über eine Wiederverwendung reden.

Am 7. Oktober hat der KBW zusammen mit dem Spielmannszug des Soldaten- und Reservistenkomitees eine Kundgebung durchgeführt und eine Ausstellung über die Kriegspropaganda in den 30er Jahren, über den Kampf der Arbeiter gegen den Faschismus und die revolutionäre Rolle der Roten Armee. Insgesamt über 200 Menschen verfolgten die Kundgebung. Der Faschismus ist eine besondere *Form* der Diktatur der Bourgeoisie, er muß mit dem Imperialismus bekämpft werden. Darüber ist diskutiert worden und wie die Einheit der Volksmassen im Kampf gegen die Reaktion hergestellt wird.

Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen

z.ges. Die hessischen Landtagswahlen haben alles in allem ein ganz erfreuliches Ergebnis gebracht. Die Kommunisten konnten nicht unter einer Welle von Opportunismus ertränkt werden. Die Versuche, unter grünem Markenzeichen eine opportunistische Sammelbewegung zustandezubringen, sind bereits gescheitert. Die Sozialdemokratie erscheint eindeutig als die Kraft, mit der die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei die Auseinandersetzung vor allem führen muß. Die DKP hat gezahlt: angesichts ihrer altbackenen Versöhnlerei mit der Bourgeoisie hat sie an den grünen Opportunismus verloren, angesichts ihrer Rolle als Handlanger der Sozialimperialisten hat sie an die SPD verloren. Sie hat gerade noch die Hälfte ihrer Stimmen zu den Landtagswahlen 1974 erhalten. Die KPD, zwischen verschiedenen Spielarten des Opportunismus schwankend, hat diesmal aufgerufen, die Grüne Liste zu wählen. Dadurch hat sie sich die Quittung für ihren Opportunismus nur indirekt, d.h. im Rahmen des grünen Debakels, holen können. Ihre bisherige Stimmentwicklung in Hessen zeigt aber, wo es mit ihr ohne Unterschlupf hätte enden können. 4168 Stimmen bei den Landtagswahlen 1974, 2568 Stimmen bei den Bundestagswahlen 1976, und 358 Stimmen bei den Kommunalwah-

Gegen Kurzarbeit und Lohnkürzungen bei AG Weser

Interview mit einem Werftarbeiter

Welchen Umfang hat die Kurzarbeit? Was hat das im Minimum bzw. Maximum für Auswirkungen auf den Lohn der Arbeiter der AG Weser?

Bisher wurde im Maschinenbau größtenteils 60% kurzgearbeitet, im Stahlbau teilweise 40%, Schiffbau 20 bis 60%. Bei der jetzt angekündigten Kurzarbeit von 95% werden die Kollegen bis 40% Lohneinbuße haben. Von dieser neuen Kurzarbeit ist dann praktisch der ganze Maschinenbau betroffen, das sind ungefähr 500 Kollegen.

Wie ist die Betriebsversammlung verlaufen? Was hat Direktor Ache zu den Ursachen der „Anpassungsmaßnahmen" gesagt und was ist ihm geantwortet worden?

Ache hat auf der Versammlung zwar nicht gesagt, daß die Entlassung von 2000 Kollegen seit 1975 eine „Anpassungsmaßnahme" sei, das hat er sich nicht getraut. Der Rausschmiß sei aber notwendig, sonst hätte der Betrieb dichtgemacht werden müssen. Außerdem hat er noch einmal bestärkt, daß bis Ende des Jahres die Belegschaft von 3300 auf 3000 reduziert werden

in ihren Diskussionsbeiträgen unterstützt.

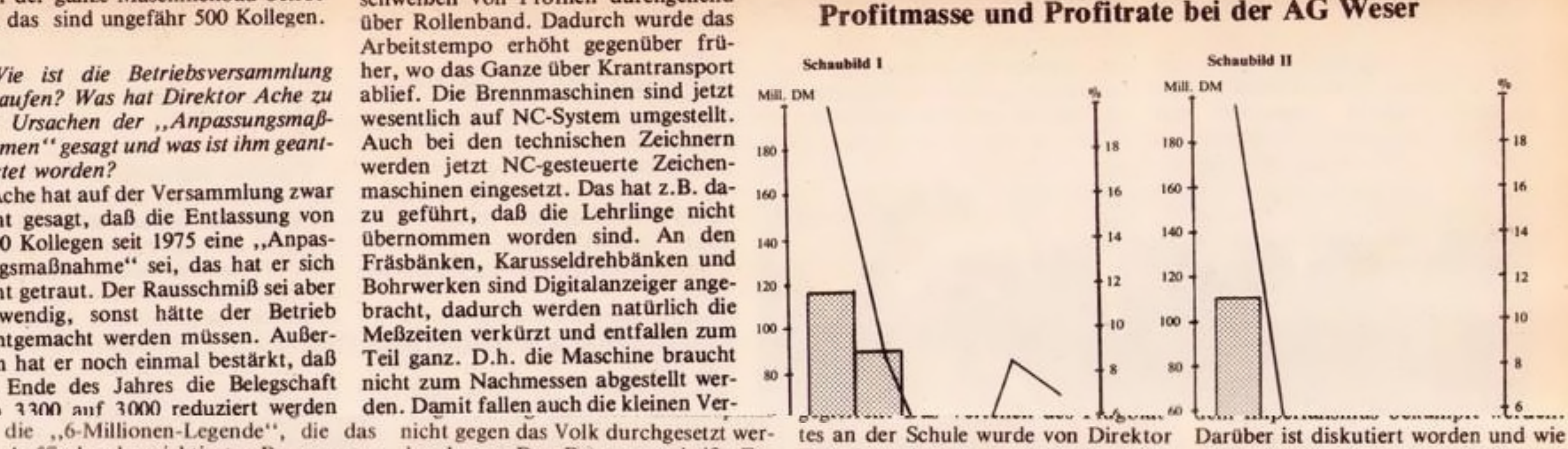
Mit welchen Maßnahmen ist der Vorsprung in der Ausbeutung der westdeutschen Werftarbeiter in den letzten Jahren auf der AG Weser errungen worden?

Zum Beispiel ist da die Sache mit den Platten. Heute laufen sie vom Plattenlager über die Entzunderungsanlage zum Brennen und zum Aufschweißen von Profilen durchgehend über Rollenband. Dadurch wurde das Arbeitstempo erhöht gegenüber früher, wo das Ganze über Krantransport ablief. Die Brennmaschinen sind jetzt wesentlich auf NC-System umgestellt. Auch bei den technischen Zeichnern werden jetzt NC-gesteuerte Zeichenmaschinen eingesetzt. Das hat z.B. dazu geführt, daß die Lehrlinge nicht übernommen worden sind. An den Fräsbänken, Karusseldrehbänken und Bohrwerken sind Digitalanzeiger angebracht, dadurch werden natürlich die Meßzeiten verkürzt und entfallen zum Teil ganz. D.h. die Maschine braucht nicht zum Nachmessen abgestellt werden. Damit fallen auch die kleinen Ver-

rung ein Ultimatum gestellt, was ist jetzt daraus geworden? Was werden die nächsten und in Vorbereitung begriffenen Kampfschritte der Belegschaft sein?

Es gibt das Gerücht, daß die 95% Kurzarbeit erst einmal zurückgenommen sein sollen. Meiner Meinung nach muß man den Kampf um die Forderung nach vollem Lohnausgleich organisieren. Das reicht aber nicht allein. Daß die Vulkan-Arbeiter in ihrem Streik die Forderung nach Abschaffung des Akkordsystems erhoben haben, ist völlig richtig. Davon sollten wir lernen, denn der Programmlohn ist ja im Prinzip das gleiche. Überhaupt ist die Lohnfrage das Grundlegende. Auf der Betriebsversammlung hat ein Arbeiter festgestellt: „Die Lage des Betriebs ist uns scheißegal. Wir kommen nicht mit einem Drittel Lohn hin."

Profitmasse und Profitrate bei der AG Weser



die „6-Millionen-Legende", die das Auffinden der wichtigsten Passagen erleichterten. Keine Kosten wurden ge- nicht gegen das Volk durchgesetzt werden kann. Das Programm heißt Expansion und Krieg, schärfste Ausbeu- tes an der Schule wurde von Direktor Kausch verboten. Das hat nichts genutzt. Mit einem weiteren Flugblatt ist Darüber ist diskutiert worden und wie die Einheit der Volksmassen im Kampf gegen die Reaktion hergestellt wird.

lingt, die Löhne weiter zu senken.

Ergebnisse der Landtagswahlen in Hessen

z.ges. Die hessischen Landtagswahlen haben alles in allem ein ganz erfreuliches Ergebnis gebracht. Die Kommunisten konnten nicht unter einer Welle von Opportunismus ertränkt werden. Die Versuche, unter grünem Markenzeichen eine opportunistische Sammelbewegung zustandezubringen, sind bereits gescheitert. Die Sozialdemokratie erscheint eindeutig als die Kraft, mit der die revolutionäre Arbeiterbewegung im Kampf für den Aufbau der Kommunistischen Partei die Auseinandersetzung vor allem führen muß. Die DKP hat gezahlt: angesichts ihrer altbackenen Versöhnlerei mit der Bourgeoisie hat sie an den grünen Opportunismus verloren, angesichts ihrer Rolle als Handlanger der Sozialimperialisten hat sie an die SPD verloren. Sie hat gerade noch die Hälfte ihrer Stimmen zu den Landtagswahlen 1974 erhalten. Die KPD, zwischen verschiedenen Spielarten des Opportunismus schwankend, hat diesmal aufgerufen, die Grüne Liste zu wählen. Dadurch hat sie sich die Quittung für ihren Opportunismus nur indirekt, d.h. im Rahmen des grünen Debakels, holen können. Ihre bisherige Stimmentwicklung in Hessen zeigt aber, wo es mit ihr ohne Unterschlupf hätte enden können. 4168 Stimmen bei den Landtagswahlen 1974, 2568 Stimmen bei den Bundestagswahlen 1976, und 358 Stimmen bei den Kommunalwahlen 1977. Für Revolutionäre zahlt sich Opportunismus nicht aus.

Erfreulich ist auch, daß Dregger die Wahlen verloren hat. Schon allein wie dieser reaktionäre Demagoge im Fernsehen an seiner Niederlage geschluckt hat, war sehenswert.

Die Sozialdemokratie wird ihren Wahlerfolg als Mandat nutzen, um die Politik der Krankenhauskostendämpfung und Ausplünderung, ihre Politik der Einführung von Zwangsarbeit unter dem Deckmantel der Phrase vom Recht auf Arbeit, ihre Politik der Schulunterdrückung und der Polizeiaufrüstung fortzusetzen. Im Kampf gegen jede dieser Maßnahmen wird es möglich sein, die Aktionseinheit der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung zu suchen und herzustellen.

Der KBW hat in diesen Wahlen 22 Stimmen weniger als 1974, nämlich 2710 Stimmen erhalten. Gegenüber den letzten Landtagswahlen hat der KBW in den Städten Stimmen verloren, auf dem Land und in den Industrievororten hat er Stimmen gewonnen. Im Vergleich mit den Landtagswahlen 1974 und den Bundestagswahlen 1976 zeigt sich erneut, daß es der Bourgeoisie zwar gelungen ist, den KBW teilweise von der revolutionären Intelligenz zu isolieren. Auf Grundlage der Unterstützung aller Kämpfe der Arbeiterbewegung und der demokratischen Bewegung wird der KBW als revolutionäre Arbeiterorganisation diese Schwächen Schritt für Schritt überwinden. In bestimmten Situationen kommt es vor allem darauf an, sich von allen bürgerlichen Positionen abzugrenzen und gegenüber dem Opportunismus standzuhalten. Eine solche Situation war bei den Landtagswahlen in Hamburg, Niedersachsen und Hessen gegeben. Wir haben sie durchaus gemeistert.

Gegen Kurzarbeit und Lohnkürzungen bei AG Weser

Interview mit einem Werftarbeiter

Welchen Umfang hat die Kurzarbeit? Was hat das im Minimum bzw. Maximum für Auswirkungen auf den Lohn der Arbeiter der AG Weser?

Bisher wurde im Maschinenbau größtenteils 60% kurzgearbeitet, im Stahlbau teilweise 40%, Schiffbau 20 bis 60%. Bei der jetzt angekündigten Kurzarbeit von 95% werden die Kollegen bis 40% Lohneinbuße haben. Von dieser neuen Kurzarbeit ist dann praktisch der ganze Maschinenbau betroffen, das sind ungefähr 500 Kollegen.

Wie ist die Betriebsversammlung verlaufen? Was hat Direktor Ache zu den Ursachen der „Anpassungsmaßnahmen" gesagt und was ist ihm geantwortet worden?

Ache hat auf der Versammlung zwar nicht gesagt, daß die Entlassung von 2000 Kollegen seit 1975 eine „Anpassungsmaßnahme" sei, das hat er sich nicht getraut. Der Rausschmiß sei aber notwendig, sonst hätte der Betrieb dichtgemacht werden müssen. Außerdem hat er noch einmal bestärkt, daß bis Ende des Jahres die Belegschaft von 3300 auf 3000 reduziert werden soll. Ache nennt das das „Konzept 3000". Er sagte: Die Leute könnten froh sein, daß sie kurzarbeiten können, bei der Weltlage. Selbst in Japan hätten 80 Werften geschlossen werden müssen. Ein Arbeiter hat die Forderung aufgestellt nach vollem Lohnausgleich bei Kurzarbeit. Das hat Unterstützung gefunden. Er hat gesagt, daß man die Lohneinbuße von 40% nicht hinnehmen kann. Schließlich hätte er noch seine Familie zu ernähren. Der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß hat der Geschäftsleitung Kampfmaßnahmen angedroht. Das haben einige Kollegen in ihren Diskussionsbeiträgen unterstützt.

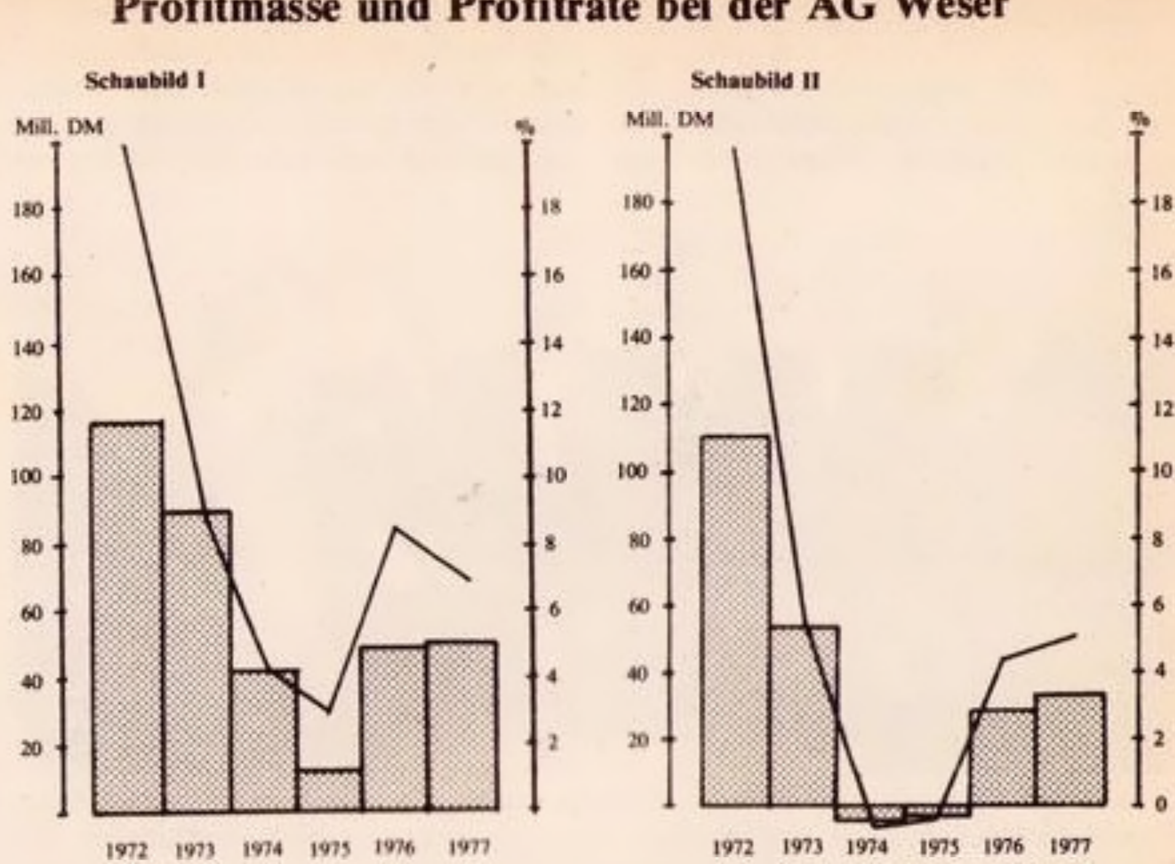
Mit welchen Maßnahmen ist der Vorsprung in der Ausbeutung der westdeutschen Werftarbeiter in den letzten Jahren auf der AG Weser errungen worden?

Zum Beispiel ist da die Sache mit den Platten. Heute laufen sie vom Plattenlager über die Entzunderungsanlage zum Brennen und zum Aufschweißen von Profilen durchgehend über Rollenband. Dadurch wurde das Arbeitstempo erhöht gegenüber früher, wo das Ganze über Krantransport ablief. Die Brennmaschinen sind jetzt wesentlich auf NC-System umgestellt. Auch bei den technischen Zeichnern werden jetzt NC-gesteuerte Zeichenmaschinen eingesetzt. Das hat z.B. dazu geführt, daß die Lehrlinge nicht übernommen worden sind. An den Fräsbänken, Karusseldrehbänken und Bohrwerken sind Digitalanzeiger angebracht, dadurch werden natürlich die Meßzeiten verkürzt und entfallen zum Teil ganz. D.h. die Maschine braucht nicht zum Nachmessen abgestellt werden. Damit fallen auch die kleinen Verschnaufpausen weg. Die andere Seite, das ist der Programmlohn. Mit der Einführung dieser Lohnform wurde der ganze Arbeitsablauf besser kontrolliert und planbar. Man hat damit erreicht, daß Bereiche, wo früher kein Akkord möglich war, jetzt vom Programm erfaßt sind, z.B. die Reparatur. Wir haben jetzt auf der Werft die verrückte Lage, daß auf der einen Seite kurzgearbeitet wird und in anderen Bereichen Überstunden gemacht werden.

Der Betriebsratsvorsitzende Ziegenfuß hatte bis zum 6.10 der Betriebsführung ein Ultimatum gestellt, was ist jetzt daraus geworden? Was werden die nächsten und in Vorbereitung begriffenen Kampfschritte der Belegschaft sein?

Es gibt das Gerücht, daß die 95% Kurzarbeit erst einmal zurückgenommen sein sollen. Meiner Meinung nach muß man den Kampf um die Forderung nach vollem Lohnausgleich organisieren. Das reicht aber nicht allein. Daß die Vulkan-Arbeiter in ihrem Streik die Forderung nach Abschaffung des Akkordsystems erhoben haben, ist völlig richtig. Davon sollten wir lernen, denn der Programmlohn ist ja im Prinzip das gleiche. Überhaupt ist die Lohnfrage das Grundlegende. Auf der Betriebsversammlung hat ein Arbeiter festgestellt: „Die Lage des Betriebs ist uns scheißegal. Wir kommen nicht mit einem Drittel Lohn hin."

Profitmasse und Profitrate bei der AG Weser



Die beiden Schaubilder stellen die Profitrate und die Profitmasse der AG Weser dar. Schaubild I zeigt Gesamtprofit (Blöcke) und Gesamtprofitrate (durchgezogene Linie), Schaubild II zeigt Unternehmerprofit und Unternehmerprofitrate. (Die Daten sind den Geschäftsberichten der jeweiligen Jahre entnommen. Unternehmerprofit plus Zinsen plus Steuern gleich Gesamtprofit. Die Profitrate haben wir als Verhältnis von Unternehmerprofit bzw. Gesamtprofit zu den Passiva des jeweiligen Rechnungsjahres minus den abgeführten Gewinnen des Vorjahres berechnet.)

Ersetzung des Schadens – nie und nimmer

z.bil. Empfiehlt es sich, den Hersteller auch für Produktfehler haften zu lassen, die bei der Herstellung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik noch nicht erkennbar waren? Mit dieser Frage befaßt sich die Bundesregierung. Offen ist, ob der „Entwurf eines Europäischen Abkommens über die Produktenhaftung vom 27.1.78" übernommen werden soll. Bislang haftet der Kapitalist nur für Produktionsfehler, die ihm nachgewiesen werden können. Das ist bekanntermaßen schier unmöglich. Das Maschinenschutzgesetz von 1968 entlastet den Kapitalisten von jeglicher Haftung, wenn er nachweist, daß er sich an die Regeln der Technik gehalten hat. Das Arzneimittelgesetz von 1976 – direkte Antwort auf die Verstümmelung der Volksmassen durch das Medikament Contergan – sieht für pharmazeutische Konzerne eine Haftung vor. Allerdings nur, „wenn das Arzneimittel bei bestimmungsgemäßem Gebrauch schädliche Wirkungen hat, die über ein nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft vertretbares Maß hinausgehen und ihre Ursache im Bereich der Entwicklung oder Herstellung haben". Das europäische Abkommen sieht eine generelle Haftung für das Produkt vor. Allerdings, auch wenn die westdeutsche Kapitalistenklasse jetzt dagegen Sturm läuft, es weist auch den Ausweg: Die Haftung wird auf alle Erzeuger von Grundstoffen bzw. Naturprodukten und Zulieferer ausgedehnt. Das sind die kleinen Bauern und Produzenten und die Länder der Dritten Welt.

„Bei Luftpiraterie ein erster Ansatzpunkt"

z.hku. Das schrieb die „Welt", als die sieben Imperialistenhäupter im Juli beschlossen, ihre weitgehende Beherrschung der zivilen Luftfahrt als Waffe gegen den Befreiungskampf der Völker und dessen weltweite Unterstützung einzusetzen. (18.7.78) Ihre Flughäfen wollen sie sperren für den gesamten Verkehr mit Staaten, die sich weigern, nach der Mogadischu-Melodie der Imperialisten zu tanzen. Die Bundesregierung versäumt es jetzt nicht, gleich eine Generalklausel mit zu beschließen, die ihnen Widerruf von Ein- und Ausfluggenehmigungen gestattet, „wenn dies im Interesse der Sicherheit und Ordnung sowie der Landesverteidigung der BRD notwendig ist". (Bundesrats-Drucksache 433/78) Und wird es im gegebenen Fall nicht der Sicherheit der Imperialisten widersprechen, wenn Vertreter der PLO oder der ZANU Flugzeuge für ihre Tätigkeit benutzen?

Protestaktionen gegen die Ausweisung Astrid Prolls

z.hef. Zwischen 50 und 100 Demonstranten führten in den letzten Wochen Kundgebungen vor dem Polizeigericht Bowstreet in London durch, als Astrid Proll jeweils wöchentlich zur Verlängerung des vorläufigen Ausweisungshaftbefehls vorgeführt wurde. Verhaftet wurde sie am 15. September auf Grundlage des Auslieferungsvertrages zwischen den britischen und den westdeutschen Imperialisten. Die westdeutsche Regierung hat als vorläufige Begründung für die Forderung nach Auslieferung die angebliche Teilnahme an einem „zweifachen Mord" während der Entführung Schleyers im letzten Jahr genannt. Astrid Proll war 1971 wegen der Mitgliedschaft in der RAF verhaftet worden. 1974 mußte der Staatsapparat sie während des Verfahrens freilassen. Offiziell wurde das mit der Krankheit Astrid Prolls begründet. Krankheit von politischen Gefangenen hat den imperialistischen Staatsapparat noch nie an der Aburteilung gehindert. Offensichtlich waren die Beweise *zu dünn*. Bis zum 16. Oktober muß die westdeutsche Regierung dem englischen Gericht Material vorlegen, das den britischen Imperialisten den Beschluß der endgültigen Ausweisung ermöglicht. Das Komitee, das sich zur Unterstützung Astrid Prolls gebildet hat und u.a. die Protestaktionen vor dem Gericht organisiert, fordert die sofortige Freilassung und Nicht-Ausweisung Astrid Prolls.

Benzinpreiserhöhung für Erdölbevorratung der Imperialisten

z.diz. Im Dezember wollen die westdeutschen Imperialisten beginnen, ihre strate-

Dienstrechtsreform auf schwankendem Boden

Vielfältige Kämpfe der Belegschaften gegen Einführung der analytischen Arbeitsplatzbewertung

r.her. Auf der letzten Personalversammlung des Landesversorgungsamtes Niedersachsen lehnte die Belegschaft geschlossen die Einführung der gleitenden Arbeitszeit ab. Vor etwa einem Jahr hatte der Präsident der Anstalt die „Anregung“ gemacht. Erarbeitete Plusstunden dürfen abgefeiert werden, natürlich, wenn es der Arbeitsanfall erlaubt. Eine Anordnung und Anerkennung der Bezahlung von Überstunden erübrigt sich damit. In einer Abstimmung Anfang Oktober wurde im Landesversorgungsamt nochmals die „Anregung“ des Dienstherrn mit 157 zu 31 Stimmen einhellig abgelehnt; einhellig, denn in diesem Verhältnis drückt sich das Verhältnis der Dienstaufsicht zu Beschäftigten aus. Die Einführung der Gleitzeit sollte selbstverständlich mit der Aufstellung von Stechuhren gekoppelt sein. „Ein freiheitliches Modell der Selbstbestimmung“, so der Amtsvorsteher, ist damit erstmal gescheitert.

Im Krankenhaus Neukölln, Westberlin, kämpfte die Belegschaft erfolgreich gegen die Einführung von Kontrollbüchern für Stations- und Reinigungskräfte. Wie bekannt, ist es dem Westberliner Senat nicht gelungen, die Einführung von Stechuhren durchzusetzen. Hintenherum versucht er jetzt dasselbe: Zweimal pro Woche sollte die „selbständige“ Buchführung des Stations- und Reinigungspersonals von der Dienstaufsicht kontrolliert werden. Diese Pläne wurden auf einer Personalversammlung zurückgewiesen. Reinigungspersonal und Stationsschwestern standen fest zusammen. Der Personalrat hat die Krankenhausleitung aufgefordert, mit sofortiger Wirkung die Kontrollbücher zurückzuziehen. Dem mußten sich die Dienstherrn beugen.

Die Personalversammlung des Pädagogischen Zentrums, ebenfalls Westberlin, faßte Beschluß über ein „Organisationsgutachten“, das der Senat eingeholt hatte, um den Schreibdienst „zentralisieren“ zu lassen. Das Gutachten wurden von der Belegschaftsversammlung abgelehnt. Der Gewerkschaft ÖTV mußte der Senat zusichern, vorläufig keine Rationalisierungen mehr durchzuführen. Allerdings ist damit die Sache nicht aufgehoben. Der Senat hat es verstanden, die reformistische Gewerkschaftsführung auf die Ergebnisse einer Untersuchung des Bundesinnenministeriums „Zur Humanisierung der Arbeit in Kanzleien“ festzulegen. Liegt die vor, plant der Westberliner Senat, mit verstärkter Rückendeckung erneut zu verhandeln. Wer auch nur in etwa die sog. Reformbestrebungen, langgehegt, dieses Ministeriums kennt, weiß, daß Oberdienstherr Baum über die Einführung einer formalisierten Arbeitsbewertung im gesamten öffentlichen Dienst zu einer „Neu“festsetzung der Lohn- und Gehalts- und Vergütungsgruppen kommen will (siehe auch Broschüre der KVZ, September 78).

„Anforderungsbewertung“ (Tätigkeitsmerkmale des Arbeitsplatzes), „Leistungsmerkmale“ (Arbeitsergebnis) und „Beurteilung der Befähigung“ (Einsatz nach Talent und Neigung) sei zum Schutze der Beschäftigten, beschreibt das ÖTV-Magazin vom Oktober 78 die geplante Baumsche Reform der Lohnsenkung in öffentlichen Diensten. „Ein formalisiertes Beurteilungsverfahren kann für sich in Anspruch nehmen, die Grauzone mit dem ‚Hintenherum‘-Beurteilungen zu beseitigen. (...) So kenne die Praxis nicht wenige Fälle, in denen der Beschäftigte von seinen Vorgesetzten „hochgelobt“ wurde, weil dieser sich von ihm trennen wollte. Aber auch umgekehrte Fälle seien belegbar.“ Ohne solch konstruiertes Beispiel käme der Artikel jedoch nicht zu den gemachten Schlußfolgerungen: Das Fazit sei, nicht der Dienstherr hat ein vordringliches Interesse an dieser Reform, sondern hauptsächlich die Beschäftigten. Ohne dieses neue Verfahren würden sie sich in der Konkurrenz untereinander um Leistungszulagen zerfleischen („Leistungsfetischismus“)

Tatsache ist, daß sich die Einheit der Belegschaften im öffentlichen Dienst, wie das erwähnte Beispiel der Reinigungsfrauen und Stationsschwestern zeigt, gerade im Kampf gegen diese Sorte Reform festigt. Belegschaften schlagen als ganze einzelne Angriffe, wie z.B. auf die Schreibkräfte, zurück. Sie lassen sich nicht für die „Selbstbestimmung“ gewinnen.

Bei der BfA in Westberlin hat das der Dienstherr versucht, indem er eine beschränkte Urlaubserlaubnis für einen Jubiläumszusatzurlaub von einem Tag erließ. Nur ein Teil der Belegschaft sollte ihn nutzen können, um die Feiertage über Weihnachten zu verlängern. Die Beschäftigten sollten unter sich ausmachen, wer kommen muß und wer daheim bleiben darf. Die Belegschaft ließ sich aber nicht spalten und forderte insgesamt die Rücknahme der Urlaubsbeschränkung.

„Dieses Vorhaben (Neuregelung des Beurteilungswesens) ist selbstverständlich nur dann zu verwirklichen, wenn ihm unter anderem die Gewerkschaft ÖTV zustimmt. Ob es dazu kommt, hängt von den Ergebnissen der Diskussion in der Mitgliedschaft ab“, schreibt vorsichtig das ÖTV-Magazin zu Beginn seines Artikels. Sie sind sich also ganz und gar nicht sicher, ob sich diese Reform durchsetzen läßt. Man wird der Gewerkschaftsführung versichern müssen, daß es nicht gehen wird, weder „hinten-“ noch vorneherum.

Für Datapost und Telefax werden die Massen geplündert

z.brp. Ab 1. Januar 1979 beginnt die Deutsche Bundespost mit ihrem Service Datapost, einem Telekopiersystem, über das „blitzschnell“ – in Minuten – „Briefe, Rechnungen, Dokumente“ übersendet werden können. Das Telefax-System dient der Beschleunigung des Zahlungs- und Geldverkehrs. Die Post baut außerdem das Telexnetz aus und will die Auslandsselbstwählverbindungen über Satellit und Tiefseekabel erweitern. Gleichzeitig werden die Grundgebühren für einen Telexanschluß von 80 auf 65 DM und die Telefongebühren für Auslandsgespräche gesenkt. Die BRD-Imperialisten haben bis Ende Juli 1978 für Kapitalbeteiligungen im Ausland und für den Aufbau von Fabriken im Ausland fast 54 Mrd. DM Kapital exportiert. Was sie jetzt brauchen, ist eine Schaltzentrale. Gscheidle hat vorgesorgt. 5,2 Mrd. DM beträgt der Profit der Bundespost 1977, herausgeschunden aus den Postarbeitern durch Überarbeit und ausgeplündert von den Massen, die wegen der Ungleichheit bei den Posttarifen für die Tiefseekabel und Telexverbindungen zahlen müssen. Das soll so bleiben, und der Profit soll mehr werden: Überall, wo die Bundespost den Telefonnahbereich eingeführt hat, kosten die Ferngespräche tagsüber 1,15 DM pro Einheit, ab 18 Uhr 0,69 DM und nach 22 Uhr 0,23 DM. 1979 sollen die allgemeinen Postgebühren erhöht werden. Mit der neuen Maschinerie wird das Fernmelde- und Postwesen umgewälzt, die Arbeit intensiviert. In Wiesbaden wird zur Zeit eine Brieflese-, Sortier-und Verteilmaschine erprobt, die in der Stunde 60000 Briefe lesen und entsprechend dem Bestimmungsort sortieren kann.

Entwaffnung der Eisenbahner

z.brp. Jetzt sind die neuesten Zahlen über die Beschäftigten bei der Bundesbahn veröffentlicht worden: es sind über 28000 weniger als Ende 1977. Mit den verbliebenen 348713 fahren die Bahndirektionen noch nicht „wirtschaftlich“ genug. Gscheidle spurt: Arbeiten werden an Privatkapitalisten vergeben, ein „Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienst“ wird angeboten, die Rationalisierungsschutzfristen und die Leistungszulagen einzelner gekürzt. – Die ÖTV vereinbarte genau zu dem Zeitpunkt den 4,5-Prozent-Lohnabschluß, als die Gewerkschaft der Eisenbahner die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärte. Die Eisenbahner forderten 7,5% mehr Lohn und standen unter dem Druck des Angebots der Bundesbahn von 3,7% und Nichtanrechnung der Lohnerhöhung auf alle Zulagen. So konnten die 7,5% nicht durchgesetzt werden, sondern der Abschluß der ÖTV wurde übernommen. – Die Rationalisierungen waren jetzt Anlaß für den Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner, „dringend“ mehr Personal zu fordern. Das zu tun, ohne ein Wort zum Lohn zu sagen, geschweige denn den Lohnkampf vorzubereiten, ist eine Entwaffnung der Eisenbahner und für die Bundesregierung eine Ermutigung.

Große Besorgnis der französischen Bourgeoisie über die Streikwelle bei Bahn und Post

z.jon.Paris. Der Transportminister bezeichnet die Streikwelle bei den französischen Eisenbahnen als „unerklärlich und unannehmbar“. Der „Figaro“ sieht eine plötzliche „Verdunkelung des sozialen Horizonts“. Die französische Bourgeoisie ist überrascht von der Streikwelle im öffentlichen Dienst, die sich wie ein Steppenfeuer über das ganze Land ausgebreitet hat. Kaum hat ein Streikzentrum die Arbeit wieder aufgenommen, flammt die Bewegung an neuen, unerwarteten Stellen auf. Nach achttägigem Streik erkämpfen die Arbeiter des Postverteilerzentrums Pontoise bei Paris am 6.10. 50 Neueinstellungen. Als sie die Arbeit wieder aufnehmen, streiken u.a. weitere Zentren in Paris, in Marseille, Nizza, Quimper, Bordeaux, Toulouse für einen oder mehrere Tage.

Ähnlich bei den Eisenbahnen. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge meldete die bürgerliche Presse am 6.10., daß die Gewerkschaften einen zweiten allgemeinen Streik des fahrenden Personals vom 9. bis 12.10. abgesagt haben. Eine der Hauptforderungen der Eisenbahner: Keine Streichung der Zugbegleiterstellen in den Postzügen, mußte erfüllt werden. Der Streik vom 2. bis 4.10. war mit – je nach Region – 60 bis 100% Beteiligung der geschlossenste und größte Ei-



Tage, ebenso z.B. die Beschäftigten der Arbeitsämter. Die Streiks und Schulbesetzungen unter Beteiligung der Lehrer an Hunderten von Schulen halten an.

Die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführungen sind von der Streikbewegung ebenso überrascht wie die Dienstherren. Die beiden größten Gewerkschaften, die revisionistisch beherrschte CGT und die reformistisch beherrschte CFDT, haben für die Post zu einer Reihe von Aktionstagen aufgerufen, in denen die verschiedenen Abteilungen der Postbedienste-

Lohnerhöhung, noch etwas anderes. Wir werden streiken, um 10 bis 15000 zusätzliche Arbeitsplätze zu erhalten, die für das Funktionieren der Post unerläßlich sind.“ Scheinbar richtig daran ist, daß fast alle Streiks bei Post und Bahn sich an der Frage der Stellenkürzungen und der damit verbundenen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entzündeten. Vor allem kommt es der Bourgeoisie aber darauf an, zu verhindern, daß die Bewegung sich unter einheitlichen Lohnforderungen zusammenschließt. 27000 Stellen sind in den letzten Jahren bei den Eisenbah-

hat die Regierung im Juli für den ganzen öffentlichen Dienst einen Tarifvertrag abgeschlossen, der alle drei Monate die nachträgliche Anpassung der Löhne an die „Preissteigerungsrate“ vorsieht. Die Gewerkschaften CGT und CFDT haben den Vertrag nicht unterschrieben, weil ihre Forderung nach 2500 F Mindestlohn auf 13 Monate und 300 F mehr für alle nicht erfüllt wurde. Der Staatssekretär für den öffentlichen Dienst hat jetzt bekanntgegeben, daß er unter Beteiligung der Gewerkschaften, die das Lohnraubabkommen unterschrieben haben, eine Kommission zur Reform des Besoldungssystems einrichten will, die vor allem für eine „Vereinfachung der Lohnskalen“ und eine Abschaffung der „Privilegien“ sorgen soll. Die Streiks drohen, diesen Spalterplan im Ansatz zu durchkreuzen.

„Mein Lohn hat sich gegenüber Januar nach diesem System um 4% erhöht“, sagte uns ein CGT-Mitglied am Postscheckamt Paris. „Die Preise sind um mindestens 9% gestiegen. Die Postämter sind heute Pulverfässer. Wir kämpfen gegen die Stellenkürzungen, weil wir da auf betrieblicher Ebene was erreichen können. Sowie die Bewegung endlich zu einem allgemeinen Streik in der Post ausgeweitet wird, geht es sofort um den Lohn.“

Streik des

60000 Briefe lesen und entsprechend dem Bestimmungsort sortieren kann.

Entwaffnung der Eisenbahner

z.brp. Jetzt sind die neuesten Zahlen über die Beschäftigten bei der Bundesbahn veröffentlicht worden: es sind über 28000 weniger als Ende 1977. Mit den verbliebenen 348713 fahren die Bahndirektionen noch nicht „wirtschaftlich“ genug. Gscheidle spurt: Arbeiten werden an Privatkapitalisten vergeben, ein „Anreiz zum freiwilligen Ausscheiden aus dem Dienst“ wird angeboten, die Rationalisierungsschutzfristen und die Leistungszulagen einzelner gekürzt. – Die ÖTV vereinbarte genau zu dem Zeitpunkt den 4,5-Prozent-Lohnabschluß, als die Gewerkschaft der Eisenbahner die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärte. Die Eisenbahner forderten 7,5% mehr Lohn und standen unter dem Druck des Angebots der Bundesbahn von 3,7% und Nichtanrechnung der Lohnerhöhung auf alle Zulagen. So konnten die 7,5% nicht durchgesetzt werden, sondern der Abschluß der ÖTV wurde übernommen. – Die Rationalisierungen waren jetzt Anlaß für den Vorstand der Gewerkschaft der Eisenbahner, „dringend“ mehr Personal zu fordern. Das zu tun, ohne ein Wort zum Lohn zu sagen, geschweige denn den Lohnkampf vorzubereiten, ist eine Entwaffnung der Eisenbahner und für die Bundesregierung eine Ermutigung.

über die Streikwelle bei Bahn und Post

z.jon.Paris. Der Transportminister bezeichnet die Streikwelle bei den französischen Eisenbahnen als „unerklärlich und unannehmbar“. Der „Figaro“ sieht eine plötzliche „Verdunkelung des sozialen Horizonts“. Die französische Bourgeoisie ist überrascht von der Streikwelle im öffentlichen Dienst, die sich wie ein Steppenfeuer über das ganze Land ausgebreitet hat. Kaum hat ein Streikzentrum die Arbeit wieder aufgenommen, flammt die Bewegung an neuen, unerwarteten Stellen auf. Nach achttägigem Streik erkämpfen die Arbeiter des Postverteilerzentrums Pontoise bei Paris am 6.10. 50 Neueinstellungen. Als sie die Arbeit wieder aufnehmen, streiken u.a. weitere Zentren in Paris, in Marseille, Nizza, Quimper, Bordeaux, Toulouse für einen oder mehrere Tage.

Ähnlich bei den Eisenbahnen. Mit einem lachenden und einem weinenden Auge meldete die bürgerliche Presse am 6.10., daß die Gewerkschaften einen zweiten allgemeinen Streik des fahrenden Personals vom 9. bis 12.10. abgesagt haben. Eine der Hauptforderungen der Eisenbahner: Keine Streichung der Zugbegleiterstellen in den Postzügen, mußte erfüllt werden. Der Streik vom 2. bis 4.10. war mit – je nach Region – 60 bis 100% Beteiligung der geschlossenste und größte Ei-

senbahnerstreik seit zwei Jahren. Am 9.10. besetzten die Beschäftigten des Eisenbahnknotenpunktes St. Etienne südwestlich von Lyon Bahnhof und Gleise im Kampf gegen vier Entlassungen. Sie werden von der Polizei vertrieben, besetzen nach deren Abzug erneut. Seitdem breitet sich der Streik über den gesamten Raum Lyon aus und legt vor allem den französischen Ost-West-Verkehr lahm. Die Streikwelle ist nicht auf Bahn und Post beschränkt. Die Pariser Müllabfuhr streikte Anfang Oktober für mehrere



Tage, ebenso z.B. die Beschäftigten der Arbeitsämter. Die Streiks und Schulbesetzungen unter Beteiligung der Lehrer an Hunderten von Schulen halten an.

Die reformistischen und revisionistischen Gewerkschaftsführungen sind von der Streikbewegung ebenso überrascht wie die Dienstherren. Die beiden größten Gewerkschaften, die revisionistisch beherrschte CGT und die reformistisch beherrschte CFDT, haben für die Post zu einer Reihe von Aktionstagen aufgerufen, in denen die verschiedenen Abteilungen der Postbedienste-

ten nacheinander 24-stündige Streiks durchführen sollen: am 24.10. die Postscheckämter, am 25. die Verteilerzentren, am 26. die Beschäftigten an den Fernsprechämtern, am 27. die Belegschaften der Postämter. Die Bourgeoisie hat flugs die gelbe Gewerkschaft FO vorgeschickt, die ihrerseits zu einem einheitlichen, auf einen Tag begrenzten Streik am 25.10. aufruft. Die sowieso schon zersplitterte Front soll noch einmal gespalten werden. Der zuständige Sekretär der FO erklärte: „Wir fordern nichts Neues, keine

Lohnerhöhung, noch etwas anderes. Wir werden streiken, um 10 bis 15000 zusätzliche Arbeitsplätze zu erhalten, die für das Funktionieren der Post unerläßlich sind.“ Scheinbar richtig daran ist, daß fast alle Streiks bei Post und Bahn sich an der Frage der Stellenkürzungen und der damit verbundenen Verschlechterung der Arbeitsbedingungen entzündeten. Vor allem kommt es der Bourgeoisie aber darauf an, zu verhindern, daß die Bewegung sich unter einheitlichen Lohnforderungen zusammenschließt. 27000 Stellen sind in den letzten Jahren bei den Eisenbah-

nen gestrichen worden. Für die Post ist im kommenden Jahr eine Vermehrung der Stellen um 0,5% vorgesehen, während der zu bewältigende Postverkehr um 4% jährlich wächst. In mehreren Verteilerzentren sind die Streiks ausgebrochen, als versucht wurde, die Zahl der Arbeiter zu reduzieren, die die ankommenden Lastwagen entladen.

Bei ihrem direkten Angriff auf den Lohn stützt sich die Bourgeoisie auf gelbe Minderheitsgewerkschaften wie die FO oder die Gewerkschaft der leitenden Angestellten CFTC. Mit ihnen

hat die Regierung im Juli für den ganzen öffentlichen Dienst einen Tarifvertrag abgeschlossen, der alle drei Monate die nachträgliche Anpassung der Löhne an die „Preissteigerungsrate“ vorsieht. Die Gewerkschaften CGT und CFDT haben den Vertrag nicht unterschrieben, weil ihre Forderung nach 2500 F Mindestlohn auf 13 Monate und 300 F mehr für alle nicht erfüllt wurde. Der Staatssekretär für den öffentlichen Dienst hat jetzt bekanntgegeben, daß er unter Beteiligung der Gewerkschaften, die das Lohnraubabkommen unterschrieben haben, eine Kommission zur Reform des Besoldungssystems einrichten will, die vor allem für eine „Vereinfachung der Lohnskalen“ und eine Abschaffung der „Privilegien“ sorgen soll. Die Streiks drohen, diesen Spalterplan im Ansatz zu durchkreuzen.

„Mein Lohn hat sich gegenüber Januar nach diesem System um 4% erhöht“, sagte uns ein CGT-Mitglied am Postscheckamt Paris. „Die Preise sind um mindestens 9% gestiegen. Die Postämter sind heute Pulverfässer. Wir kämpfen gegen die Stellenkürzungen, weil wir da auf betrieblicher Ebene was erreichen können. Sowie die Bewegung endlich zu einem allgemeinen Streik in der Post ausgeweitet wird, geht es sofort um den Lohn.“

Die CGT-Führung hat erklärt, daß ihre Lohnforderung nach 2500 F Mindestlohn und 300 F für alle neben der Forderung nach mehr Neueinstellungen die Hauptforderung der Aktionstage vom 24. bis 27.10. sein wird. Sie hat nicht vor, diese Streiks zu einem einheitlichen, allgemeinen Streik der Postbediensteten auszuweiten und ihre Aktion mit der der Eisenbahner zu verbinden. Sie versteht die Aktionen vor allem als Vorbereitung der Debatte über den Posthaushalt in der Nationalversammlung am 24. November.

Streik des italienischen Hochschulpersonals

z.ulg.Rom. Mit Versammlungen und vorübergehenden Fakultätsbesetzungen hatten die Beschäftigten der größten italienischen Hochschule in Rom in der vorletzten Woche den Kampf gegen die von der Regierung geplanten ersten Maßnahmen zur „Hochschulreform“ aufgenommen. Nach einem entsprechenden Beschluß der Delegiertenversammlung der Gewerkschaften ist seit dem 10. und bis zum 21. Oktober jetzt im ganzen Land jede Lehr-, Prüfungs-und Forschungstätigkeit eingestellt. Für den 18. haben die Gewerkschaften das gesamte Hochschulpersonal zum Vollstreik aufgerufen, am selben Tag findet in Rom eine zentrale Demonstration statt. Die Kampfmaßnahmen richten sich gegen die Absicht der Regierung, einen großen Teil der Hochschullehrer zu entlassen und die verbleibenden zu spalten. Bereits vor drei Jahren waren mehr als 40000 als Lehrpersonal an den Hochschulen beschäftigt, künftig soll die Zahl der Dozenten auf 30000 gedrückt werden. Entlassen werden soll vor allem ein großer Teil der sogenannten „Precari“, die seit Jahren ohne festen Arbeitsvertrag und zu kümmerlichem Lohn einen großen Teil des Hochschulunterrichts als Lehrbeauftragte durchführen. 10000 von ihnen, d.h. längst nicht alle, will die Regierung auf außerplanmäßigen Stellen zunächst weiterbeschäftigen, um dann daraus den Professorennachwuchs auszuwählen. Die Gewerkschaften fordern die sofortige Ausschreibung von mindestens 13400 festen Stellen für die bisherigen „Precari“ und wenden sich außerdem gegen die Absicht der Regierung, die festeingestellten Hochschullehrer in Ordinarien und Assistenzprofessoren zu unterteilen.

---

gischen Erdölreserven auf 15 bis 18 Millionen Tonnen aufzustocken. Das soll für 65 Tage reichen. Die großen Erdölkonzerne wollen außerdem Vorräte für weitere 25 Tage halten. Kosten wird sie das kaum einen Pfennig: Denn zum Zweck der Finanzierung haben sich die Erdölimporteure jetzt in einem Verkaufskartell mit dem Namen „Erdölbevorratungsverband“ zusammengeschlossen. Zum Vorsitzenden haben sie den Esso-Vorstand Kohlmorgen gemacht. Und weil es um die Kriegsinteressen der gesamten Finanzbourgeoisie geht, hat der Verband „öffentlich-rechtlichen Charakter“ bekommen. Kernpunkt der Vereinbarungen: Alle Mitglieder schlagen auf den Benzin-und Heizölpreis 0,6 Pfennig pro Liter auf, und aus diesen Extraprofiten zahlen die Kapitalisten 5 DM pro verkaufte Tonne in den gemeinsamen Fonds. Zusammenkommen sollen auf diese Weise 3,5 bis 4 Milliarden DM.

Springer läßt sich Leo-Baeck-Medaille verleihen

z.diz. Wer kann die Auszeichnungen, Preise, Medaillen und Pokale noch zählen, die sich Springer hat von in- und ausländischen Reaktionären verleihen lassen? Jetzt hat er eine vom Leo-Baeck-Institut bekommen für sein „Verständnis dafür, daß die Erinnerung an eine große Vergangenheit nicht untergehen darf“. Die Medaille ist extra für Springer in die Welt gesetzt worden, wahrscheinlich sogar auf seine Anordnung. Das Leo-Baeck-Institut ist ein imperialistisches Propaganda-Institut für den Zionismus, von Springer und seinesgleichen finanziert. Mit Filialen in London, New York und Jerusalem sammelt es „geistige und künstlerische Leistungen des deutschen Judentums“ der letzten 150 Jahre. Man muß anerkennen: Springer erhält die Medaille zu Recht für seine Leistung, die Propaganda für das zionistische Siedlerregime in seinen Redaktionsstatuten verankert zu haben.

Polizeipanzerwagen, nordirlanderprobt

z.mif. Zunächst für die Bewachung von Botschaften und Ministerien in Bonn wird der britische Panzerwagen „Shorland Mark 3“ angeschafft. Er wird in Nordirland auf Basis des staatlichen Range Rover gebaut. „Shorland“ bedeutet Küstenland; das Gerät „schützt“ die britischen Imperialisten davor, von Nordirlands Küste ins Meer geworfen zu werden. Darum findet es das nordrhein-westfälische Innenministerium bestgeeignet für den Bürgerkrieg (Preis: 116000 DM, Geschwindigkeit: 88 km/h, regendicht und heizbar). Ab Sommer 1979 ist auch ein „geschützter Streifenwagen“ von Thyssen mit Fahrgestell und Motor von Daimler serienreif.

BKA: Tolksdorf und Scheicher ins Cockpit geschickt

z.gab. Am Freitag, 6. Oktober, hat Innenminister Baum die Neuordnung des Wiesbadener Bundeskriminalamts BKA vor der Presse bekanntgegeben. Die beiden Vizepräsidenten des BKA-Präsidenten Herold wurden abgesetzt, der eine pensioniert, der andere per Beförderung kaltgestellt. Schon im Juni hatte Baum bei einer Visite im BKA sein besonderes Augenmerk auf die neuen Führungskräfte, den Zielfahndungsspezialisten Scheicher – der sich besonders bei Fahndungen im Ausland verdient gemacht hat – und den Chef der Datenverarbeitung Tolksdorf, gelegt. Tolksdorf soll nun die Leitung der Abteilung Terrorismus – deren bisheriger Leiter Boeden nach den Fahndungsmißerfolgen bei der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten bei den Bourgeois in Mißkredit gefallen war –, des Ermittlungs- und Erkennungsdienstes zusammen mit der Datenverarbeitung übernehmen, um den Ausbau des BKA zu einer „voll vereinheitlichten Schaltzentrale“ des gesamten Polizeiapparates der Bourgeoisie zügig voranzutreiben. Im Juni hatte Baum den Stand des elektronischen Informationssystems Tolksdorfs in Wiesbaden begutachtet, mit dessen Einsatz die lückenlose Kontrolle der Volksmassen bei künftigen „Fahndungsgroßeinsätzen“ reibungslos ablaufen soll. „Die Fahndungsorganisation in diesem Lande könne sich hier auf kriminalistische Informationstechnologie stützen, die in Europa ihresgleichen suche“, hatte Baum im Juni erklärt. (Innere Sicherheit, Nr. 44)

Nachfolger Christi

z.hku. Die Evangelische Kirche von Hessen-Nassau hält sich 1300 Geistliche zum Gesamtpreis von 75 Mio. DM jährlich. Monatlich macht das die stattliche Summe von 4800 DM pro Stück. Diese weltliche Bürde ein wenig zu erleichtern, haben jetzt ihre Amtsbrüder in Baden-Württemberg begonnen. ,,In Württemberg stellen 350 Pfarrer, Religionslehrer und Lehrer an kirchlichen Gymnasien einen Teil ihres Gehalts zur Verfügung, um zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Sie betrachten dies als Ausgleich dafür, daß viele von ihnen keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen. Monatlich kämen dadurch 14000 DM zusammen.“ (Blick durch die Wirtschaft, 27.9.78) Das wären von jedem Geistlichen 40 DM. Die Stuttgarter Seelenhirten wollen dem nächsten Bischofstreffen vorschlagen, diese Abgabe verbindlich für alle Pfarrer einzuführen. Das geht, denn die Bezahlung der Pfarrer wird nicht nach Tarif, sondern nach kirchlichem Recht geregelt. Die Absicht ist: über die Pfarrer, die Pfarrer im Schuldienst und dann die Lehrer an kirchlichen Schulen die Besoldung im öffentlichen Dienst zu ändern.

Vor zwei Jahren haben die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaft eine Diskussion eingefädelt, ob nicht die Beamten, die keine Beiträge zur Arbeitslosenversicherung zahlen, eine entsprechende Abgabe leisten sollten, aus ,,Solidarität mit den Arbeitslosen“. Über den Dreh einer ,,Not- und Krisengemeinschaft des ganzen Volkes“ wollten sie eine Lohnsenkung durchsetzen und bei den Beamten einen Durchbruch erzielen. Die Einheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit der gesamten Arbeiterklasse, die eine feste materielle und ideologische Grundlage hat, hat diese Absicht zerschlagen. Das Bedürfnis der Bourgeoisie, den Preis der Arbeitskraft im öffentlichen Dienst im Tempo der Kapitalisten zu senken, ist dringend. Jetzt macht sie einen erneuten Anlauf über ihren Außenposten Kirche und spekuliert dabei direkt auf die Verachtung unter den Massen über deren nichtsnutzige Existenz.

Wollte die Kirche übrigens etwas Vernünftiges tun, sollte sie lieber für alle bei ihr Beschäftigten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einzahlen. Dann hätte der Pfarrer, der dies Geschäft aufgeben will, wenigstens Arbeitslosenunterstützung.

Schaukampf um Krebsvorsorge

z.ere. Bei Wirtschaftsberatern mit Erfahrung aus dem Bundespräsidialamt rechnet kein Mensch mit Schwierigkeiten für eine neue Anstellung, und man wird sich auch nicht täuschen lassen, wenn die ,,Krebshilfe“ Dr. Mildred Scheel sich wegen mangelndem ,,Patientenmaterial“ beklagt, eine Praxiseröffnung erwartet sowieso keiner von ihr. Seit einigen Wochen liefert sich die Vorsteherin der ,,Deutschen Gesellschaft für Krebsforschung“ einen Schaukampf mit dem Chirurgie-Professor Hackethal, bei dem es weder um die Qualität der medizinischen Versorgung der Volksmassen noch um die Verbesserung der wissenschaftlich-medi zinischen Forschung geht. Es geht um ,,mehr als eine halbe Krankenkassen-Mil liarde“, die fehlinvestiert sei, wie Rudolf Augsteins ,,Spiegel“ bitter beklagt. Augstein versucht den verhaßten Kostendämpfer Ehrenberg aus der Schußlinie zu kriegen, dem das Prozessieren, wie den Lesern dieser Zeitung bekannt, auch wenig genützt hat. Hackethal, der von der ,,Spiegel“-Journaille als ein hemdsärme lig-polternder ,,Bauernbursche“ hingestellt wird, wendet sich in seiner Kritik gegen die ,,von Ärzten erzeugte und geschürte Krebshysterie“ und gegen die ,,Richtlinien dieser Medizin-Politik“. Diese Art ,,Richtlinien“, wie sie Hacke thal angreift, sind allesamt Bestandteile der im Ehrenberg-Ministerium erarbeiteten Kostendämpfungsstrategie der westdeutschen Finanzbourgeoisie. Weil Hackethal aber an keiner Stelle die Eh renberg-Pläne angreift, verkommt seine Kritik zu einem kraftlosen Getöse. Das Gesundheitsministerium hat inzwischen die Bundesärztekammer ausdrücklich ersucht, bis zum 18. Oktober zu den Vorwürfen Hackethals Stellung zu nehmen. Der Bourgeoisie ist der ,,Apparateaufwand bei der Vorsorge und Behandlung“ der Kassenpatienten zu groß, der ,,Nutzen zweifelhaft“, vor allem, wenn man die ,,geänderte Altersstruktur“ berücksichtigt. Die Kapazitäten müssen frei werden für die Bourgeois, die Mittel aus den Kassen sind ja vorhanden. Wie man von dem Publizisten Sven Kluwe erfährt, stehen ,,rund 24 Mio. Männern und Frauen die Türen zur kassenärztlichen Vorsorge offen“. Abgerechnet werden 28,20 DM pro Kassenpatient. Bei Streichung der Vorsorge für die Volksmassen würden ,,Fehlinvestitionen“ von 676 Mio. DM ,,frei“, abgesehen von den Kosten für eine Krebsbehandlung, die im ,,fortgeschrittenen Stadium etwa 35000 DM kostet“.

,,Die Zahl der Kinder den staatlichen Bedürfnissen anpassen“

Antje Huber – Hans Katzer ,,kontrovers“ über Methoden der ,,Bevölkerungspolitik“

z.alb. Wir Deutschen sterben nicht aus! Das hat Bundeskanzler Schmidt als neue Parole im Mai dieses Jahres herausgegeben. Maihofer, weiland Bundesinnenminister, ist mit einem anderslautenden Gutachten damals aufgetreten. Er hatte die Wissenschaft ausrechnen lassen, daß bis zum Jahr 2030 das deutsche Volk auf die Größe von 1939 zusammengeschrumpft sein wird. Daß dann Lehrer in großer Zahl überflüssig, Autobahnkreuzungen leer, ,,mit nur noch störendem Charakter in der Umwelt“ liegen werden, daß die Arbeiter in bestimmte Regionen ,,evakuiert“ werden müßten, während andere ,,versteppen“ und daß die Bundeswehr ihre Truppenstärke drastisch vermindern muß. – Nämlich wenn das so weitergeht. Wenn die Deutschen weiterhin das ,,Fruchtbarkeitsniveau“ nicht erreichen, das zur ,,Bestandserhaltung“ nötig ist: auf 100 Ehen 220 Kinder. Derzeit werden 150 geboren, und trotz der geburtenstarken Jahrgänge, die jetzt ins entsprechende Alter gekommen sind, ist gerade eben das stärkere Sinken der Geburtenrate aufgehalten, nicht mehr. Maihofers Experten rieten zu Sofortmaßnahmen, um das ,,generative Verhalten“ zu ändern. ,,Es gilt, darauf hinzuwirken, daß wieder mehr Kinder geboren werden.“

Diese Kinderfreundlichkeit bekommen die Volksmassen zu spüren mit allerhand Gesetzen ,,zum Schutz der Familie und des Kindes“. Wir erinnern an den verfassungsmäßig verschärften § 218. Die Reform des Adoptionsrechts – damit mehr Kinder geboren werden, die der Staat den Eltern wegnehmen und verschachern kann. Oder die neuen Landesregelungen zur Familienförderung: Darlehen, die zur Familiengründung – oder auch erst zur Geburt des ersten oder zweiten Kindes ,,unter Angabe aller persönlichen Daten“ bei den Banken beantragt werden können und dann mit Zinsen zurückgezahlt oder mit Kindern abgegolten werden müssen. Insbesondere bei der Vorbereitung der Rentenreform wurden Rechnungen solcher Art gezielt eingesetzt. ,,Der Blick in die Zukunft und damit der Gedanke an Kinder wurde erst in dem Augenblick interessant, als sich die Frage stellte: Wer soll im Jahr 2000 und danach die Renten finanzieren“, schildert die ,,Bundeszentrale für politische Bildung“ in ihrem Juniheft diese Erwägungen der Bourgeoisie. Daß sie auf die Geburtenrate nicht wirkten, erklärt sie damit, daß ,,sich eine Altersversorgung für die Eltern nicht mehr im personalen Bezug innerhalb der Familie abspielt, sondern über eine anonyme staatliche Rentenversicherung“. Man kann sicher sein, daß sich Ehrenberg noch einiges einfallen lassen will, um diesen Zustand durch Abbau der Rentenversicherung ,,kinderfreundlicher“ zu gestalten.

Dennoch, die Debatte über den Geburtenrückgang hat auch ihre unerwünschten Seiten für die Bourgeoisie. Wer läßt sich schon sagen, daß er zu faul ist zum Kinderkriegen, zu bequem und zu wohlstandsfixiert und nimmt das so hin, wo die Erfahrung ganz anders ist. Es sind einige Anstrengungen gemacht worden, diese ideologischen Lügengebäude der Bourgeoisie aufgrund der Tatsachen zu zerstören. Selbst die bürgerliche, durch den § 218 erzwungene Statistik über legale Abtreibungen 1977 steht der bisherigen Propaganda entgegen. Bei ständig steigenden Zahlen ist der Anteil der sozialen Indikation von 50% zu Beginn dieses Jahres auf 63% zum Ende angestiegen, nicht Schülerinnen und Ledige, sondern mit 60% die verheirateten Frauen sind die Hauptbetroffenen und dort wieder die 18- bis 25-jährigen, also die jungen Ehen. Die weitaus meisten ersten Kinder werden inzwischen in Ehen geboren, in denen beide be rufstätig sind und auch bleiben, weil ein Lohn für keine zwei und schon gar nicht für drei reicht. Vor kurzem hat Antje Huber behauptet, das Kindergeld gleiche die Kosten für ein Kind vollständig aus. Selbst dieser plumpe Versuch ist inzwischen offiziell geplatzt. Antje Huber selbst hat dem widersprochen: ,,eine Vollkostendeckung für Kinderkosten sei schon deswegen nicht leistbar, weil der Staat zur Aufbringung der Steuern ja allen Bürgern, auch den Familienvätern, in die Tasche langen muß.“ Sie hat das in einem Artikel geäußert, auf der Seite ,,kontrovers diskutiert“ des Rheinischen Merkur Nr. 40, wo unter der Überschrift ,,Ist Bevölkerungspolitik erwünscht?“ Hans Katzer für die CDU den Gegenpart spielt. Es ist die Kontroverse zwischen Schmidt und Maihofer, nach außen getragen. Antje ist auf Schmidt-Kurs. ,,Gegen Panikmache“, aber nicht ohne Sorge. Sie zitiert eine französische Kommission, ,,daß die Familien nicht gezwungen werden können, die Zahl ihrer Kinder den staatlichen Bedürfnissen anzupassen“. Ihre Frage ist, wie man sie zwingt. Das Mutterkreuz verwirft sie bedauernd. Es war billig – aber gegen eine solche Familienpolitik seien ,,wir“ noch zu ,,sehr sensibel“. Das Konjunkturpaket vielleicht? Nicht die Steuerregelung, die Erhöhung des Kindergeldes sei dessen wichtigster Teil. Mit dem Kindergeld kann man schon direkter steuern. Ziemlich billig ist es auch, weil umso mehr vom Lohn weggesteuert werden kann. Die geplanten Mehrausgaben von 4 Mrd. DM bis 1980 lassen sich locker mit den Steuer*mehr*einnahmen des ersten Halbjahres 1978 decken.

Über die angestrebte ,,mehr Gerechtigkeit“ in der Familienpolitik läßt sich vielleicht auch noch die eine oder andere Steuerreform begründen. Die Hauptsache, kommt Frau Huber zum Schluß, sei ja auch gar nicht das Materielle. Wichtiger sei ,,das Verhalten der Gesellschaft gegenüber Familien mit Kindern“, die ,,kinderfreundliche Umwelt“, die ,,etwas mit Bewußtsein und konkretem täglichem Verhalten zu tun hat.“ Hans Katzer ist für Fortsetzung der bisherigen Linie. So ,,bedrohlich“ darstellen wie es ist. Damit mehr ,,politische Steuerungsmaßnahmen“ begründen und direkte materielle Eingriffsmöglichkeiten zur Kontrolle der Familien.

Spielplätze zur Befriedung und Kontrolle

r.chs. Die Bourgeoisie zerstört durch ihre Profitproduktion Lebensräume, und sie ersetzt sie durch ,,Freizeiträume“. Ein Beispiel: Spielplätze. Spielplätze sind für die Bourgeoisie unprofitable ,,Freizeiträume“; sie prießen daher, im Gegensatz etwa zu Diskotheken, nicht aus dem Boden. 1973 hat die Niedersächsische Landesregierung das Nds. Spielplatzgesetz (NSpPG) verabschiedet. Es regelt im wesentlichen, wann Hausbesitzer und Grundeigentümer *keinen* Spielplatz zu errichten brauchen (in Hannover lag die Spielplatzfläche 1973 bei 36% der staatlichen Richtwerte), und daß Spielplätze ,,gefahrlos nutzbar“ sein müssen. Unser Bild zeigt so einen Spielplatz.

,,Da die Kosten für Spielparks und Spielplätze vergleichsweise gering sind – gemessen an späteren Aufwendungen für notwendige therapeutische Maßnahmen – “, aus dieser Befriedungsabsicht heraus hatte die Stadt Hannover den Spielflächenausbau vor. Aber die Jugend rebelliert gegen solche Befriedung. ,,Rowdys wüteten unbemerkt: Auf Berlins bestbewachtem Spielplatz blieb wenig heil“, trotz ,,unmittelbarer Nachbarschaft des Kriminalgerichts“ (Berliner Morgenpost). Der Zweck der Pressemeldung erweist einmal mehr die gelegentlich geäußerten Ausbauabsichten für Spielplätze als bloße Begleitmusik zunehmender polizeimäßiger Schikane und Unterdrückung der Jugend.



Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung!

Hamburger Berufsschüler im Streik für eine einheitliche Ausbildung



ausbildung gibt es seit ihrer Einführung 1973 Kämpfe. Die Einführung des Blockunterrichts wurde von der Berufsschülerbewegung bekämpft,

stem und Stufenausbildung nach. Die Oberschulräte zogen sich zurück: ,,aber benotet wird nicht!“ Auch diese Lüge konnte mit Unterstützung des

Dienst mit der gesamten Arbeiterklasse, die eine feste materielle und ideologische Grundlage hat, hat diese Absicht zerschlagen. Das Bedürfnis der Bourgeoisie, den Preis der Arbeitskraft im öffentlichen Dienst im Tempo der Kapitalisten zu senken, ist dringend. Jetzt macht sie einen erneuten Anlauf über ihren Außenposten Kirche und spekuliert dabei direkt auf die Verachtung unter den Massen über deren nichtsnutzige Existenz.

Wollte die Kirche übrigens etwas Vernünftiges tun, sollte sie lieber für alle bei ihr Beschäftigten Beiträge zur Arbeitslosenversicherung einzahlen. Dann hätte der Pfarrer, der dies Geschäft aufgeben will, wenigstens Arbeitslosenunterstützung.

Schaukampf um Krebsvorsorge

z.ere. Bei Wirtschaftsberatern mit Erfahrung aus dem Bundespräsidialamt rechnet kein Mensch mit Schwierigkeiten für eine neue Anstellung, und man wird sich auch nicht täuschen lassen, wenn die ,,Krebshilfe“ Dr. Mildred Scheel sich wegen mangelndem ,,Patientenmaterial“ beklagt, eine Praxiseröffnung erwartet sowieso keiner von ihr. Seit einigen Wochen liefert sich die Vorsteherin der ,,Deutschen Gesellschaft für Krebsforschung“ einen Schaukampf mit dem Chirurgie-Professor Hackethal, bei dem es weder um die Qualität der medizinischen Versorgung der Volksmassen noch um die Verbesserung der wissenschaftlich-medi zinischen Forschung geht. Es geht um ,,mehr als eine halbe Krankenkassen-Mil liarde“, die fehlinvestiert sei, wie Rudolf

ten“ zu ändern. ,,Es gilt, darauf hinzuwirken, daß wieder mehr Kinder geboren werden.“

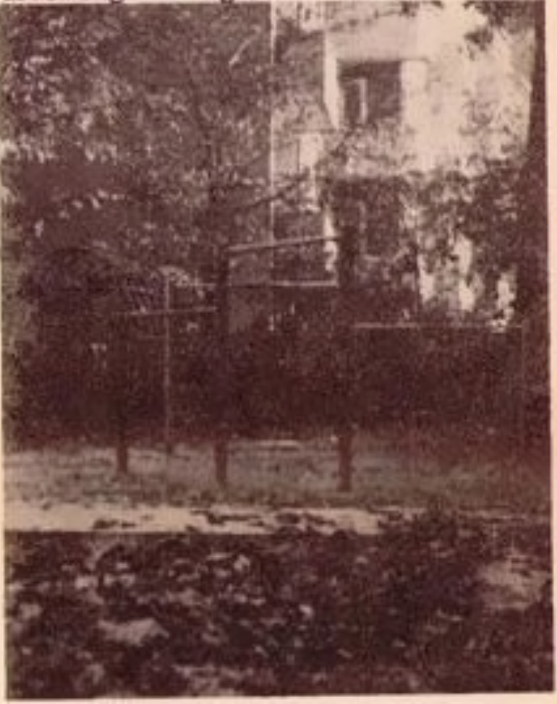
Diese Kinderfreundlichkeit bekommen die Volksmassen zu spüren mit allerhand Gesetzen ,,zum Schutz der Familie und des Kindes“. Wir erinnern an den verfassungsmäßig verschärften § 218. Die Reform des Adoptionsrechts – damit mehr Kinder geboren werden, die der Staat den Eltern wegnehmen und verschachern kann. Oder die neuen Landesregelungen zur Familienförderung: Darlehen, die zur Familiengründung – oder auch erst zur Geburt des ersten oder zweiten Kindes ,,unter Angabe aller persönlichen Daten“ bei den Banken beantragt werden können und dann mit Zinsen zurückgezahlt oder mit Kindern abgegolten werden müssen. Insbesondere bei der Vorbereitung der Rentenreform wurden Rechnungen solcher Art gezielt

Selbst die bürgerliche, durch den § 218 erzwungene Statistik über legale Abtreibungen 1977 steht der bisherigen Propaganda entgegen. Bei ständig steigenden Zahlen ist der Anteil der sozialen Indikation von 50% zu Beginn dieses Jahres auf 63% zum Ende angestiegen, nicht Schülerinnen und Ledige, sondern mit 60% die verheirateten Frauen sind die Hauptbetroffenen und dort wieder die 18- bis 25-jährigen, also die jungen Ehen. Die weitaus meisten ersten Kinder werden inzwischen in Ehen geboren, in denen beide be rufstätig sind und auch bleiben, weil ein Lohn für keine zwei und schon gar nicht für drei reicht. Vor kurzem hat Antje Huber behauptet, das Kindergeld gleiche die Kosten für ein Kind vollständig aus. Selbst dieser plumpe Versuch ist inzwischen offiziell geplatzt. Antje Huber selbst hat dem widersprochen: ,,eine Vollkostendeckung für Kinderkosten sei schon

Profitproduktion Lebensräume, und sie ersetzt sie durch ,,Freizeiträume“. Ein Beispiel: Spielplätze. Spielplätze sind für die Bourgeoisie unprofitable ,,Freizeiträume“; sie prießen daher, im Gegensatz etwa zu Diskotheken, nicht aus dem Boden. 1973 hat die Niedersächsische Landesregierung das Nds. Spielplatzgesetz (NSpPG) verabschiedet. Es regelt im wesentlichen, wann Hausbesitzer und Grundeigentümer keinen Spielplatz zu errichten brauchen (in Hannover lag die Spielplatzfläche 1973 bei 36% der staatlichen Richtwerte), und daß Spielplätze ,,gefahrlos nutzbar“ sein müssen. Unser Bild zeigt so einen Spielplatz.

,,Da die Kosten für Spielparks und Spielplätze vergleichsweise gering sind – gemessen an späteren Aufwendungen für notwendige therapeutische Maßnahmen – “, aus dieser Befriedungsabsicht heraus hatte die Stadt Hannover den Spielflächenausbau vor. Aber die Jugend rebelliert gegen solche Befriedung. ,,Rowdys wüteten unbemerkt: Auf Berlins bestbewachtem Spielplatz blieb wenig heil“,

Kriminalgerichts“ (Berliner Morgenpost). Der Zweck der Pressemeldung erweist einmal mehr die gelegentlich geäußerten Ausbauabsichten für Spielplätze als bloße Begleitmusik zunehmender polizeimäßiger Schikane und Unterdrückung der Jugend.



Weg mit dem Kurssystem! Keiner darf durchfallen! Keine Stufenausbildung!

Hamburger Berufsschüler im Streik für eine einheitliche Ausbildung



Demonstration der Berufsschüler in Hamburg am 13.10.1978

r.uwz. Am 13. Oktober streikten nach einer gemeinsamen Vollversammlung der Hamburger Berufsschulen G10 (Energietechnik) und G16 (Feinwerktechnik) 650 Lehrlinge des B-Blocks. Sie bekräftigten ihre Forderungen:

Sofortige Rücknahme des Beschlusses zur Einführung des Wahlpflichtbereichs und der Stundentafeländerung!
Weg mit dem Kurssystem!
Keiner darf durchfallen!
Keine Stufenausbildung und Kurzausbildungsgänge!
Übernahme aller in die II.Stufe!

Um die Einheit unter den Berufsschülern zu festigen, wurde ein Propagandamarsch zu Fuß und mit der S-Bahn zu den anderen Berufsschulen durchgeführt. Es fanden Kundgebungen auf den Schulhöfen der G5 (Drucktechnik), G1 (Maschinenbau) und G9 (Kfz-Technik) statt. Schüler dieser Schulen schlossen sich dem Zug an, der zur Schulbehörde fortgesetzt wurde. Vor der Schulbehörde forderten die Lehrlinge den Schulsenator auf, Rechenschaft abzulegen: ,,Grolle komm runter, sonst machen wir dich munter!“.

Die Kapitalisten haben vor, einen großen Teil der Jugendlichen als Hilfsarbeiter so früh wie möglich auszubeuten. Dem dient ihr geballter Angriff auf die Ausbildung der Arbeiterjugend durch Stufenausbildung, Blockunterricht und Berufsgrundbildungsjahr (BGJ). Gegen die Stufenausbildung gibt es seit ihrer Einführung 1973 Kämpfe. Die Einführung des Blockunterrichts wurde von der Berufsschülerbewegung bekämpft, ,,zwei arbeitsfreie Berufsschultage“ wurden gefordert. Die Kapitalisten und die Behörde wurden gezwungen, zwei Berufsschultage als mögliche Form zuzulassen. Die Forderung nach zwei arbeitsfreien Berufsschultagen soll von den Schülerräten erneut beraten werden.

Um das System der Auslese zu verfeinern, sollte seit dem 1.8.1978 an allen Hamburger gewerbetechnischen Berufsschulen ein Kurssystem eingeführt werden, mit dessen Hilfe sogenannte ,,leistungsschwächere Schüler“ ausgelesen werden sollen. Das entspricht den Absichten der Kapitalisten: ,,Ein bestimmendes Merkmal (der Schule) muß ein schrittweises Vorgehen sein, mit dem geeignete Teilqualifikationen geschaffen werden. Dafür müssen entsprechende Abschlüsse und berufliche Verwendungen geschaffen werden.“ (Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände, 1976).

Die Lehrlinge der Elektroindustrie an der G10/G16 kennen und hassen die Auslese durch die Stufenausbildung, darum streikten 1000 Lehrlinge im A-Block drei Tage lang gegen die Auslese durch das Kurssystem.

Um die Kampffront zu spalten, lockten die Sozialdemokraten: ,,Die Noten sind so schlecht geworden. Mit dem Kurssystem wollen wir die Schwachen stützen und die Guten fördern.“ Mit diesem Spaltungsmanöver scheiterten sie an der G5, wo sie hofften, einen Durchbruch zu erzielen. Schüler wiesen aufgrund von Untersuchungen den Zusammenhang zwischen Kurssystem und Stufenausbildung nach. Die Oberschulräte zogen sich zurück: ,,aber benotet wird nicht!“ Auch diese Lüge konnte mit Unterstützung des Verbindungslehrers, der gegenteilige Aussagen des Schulleiters aus einem Protokoll zitierte, entlarvt werden. Die Oberschulräte verließen den Raum.

Die Einheit auf der Grundlage von Kenntnissen dokumentieren die Beschlüsse der Vollversammlungen und Gesamtschülerräte von G5, G10 und G16: ,,1. Wir wollen eine Ausbildung, die uns sowohl praktisch wie theoretisch eng verbunden die Grundlagen der Produktion umfassend vermittelt, um unsere Arbeitskraft so teuer wie möglich verkaufen zu können. Wir wenden uns gegen eine Aufteilung und Spezialisierung unserer Ausbildung und fordern eine einheitliche und umfassende Ausbildung. 2. Wir wollen, daß auch beim jetzigen Unterricht keiner durchfallen darf.“

Beschlossen wurde, in Zukunft die Kurse zu boykottieren und in den Klassen zu bleiben. In einem Telegramm der streikenden Lehrlinge vom 13. Oktober wurde die IG Metall aufgefordert, in einem Gespräch mit Senator Grolle die Forderungen zu bekräftigen. Für die Kreisjugendkonferenz des DGB liegt ein Antrag vor, der die Streikforderungen unterstützt.

Es finden in dieser Woche Gesamtschülerratssitzungen statt, um die C-Blöcke an den Berufsschulen zu informieren und die Bewegung weiter zu vereinheitlichen. Eine Gesamtschülerratskonferenz aller Hamburger Berufsschulen wird vorbereitet. Im Blick auf den weiteren Kampf forderte die Vollversammlung der G10/G16 ,,uneingeschränktes Streikrecht! Streikrecht für Schüler und Lehrlinge!“

„Wir fordern die sofortige Abschaffung der Akkordarbeit"

Streik und Demonstration auf der Bremer Vulkan Werft

z.hek. „Zwei Arbeiter abgestürzt – tot! Schweigemarsch von über 1000 Mitarbeitern, Verbesserung der Sicherheitsbestimmungen gefordert"; so und ähnlich lauteten die Schlagzeilen der bürgerlichen Presse. Pro Schiff ein Toter! Das ist die Erfahrung der Werftarbeiter nicht nur auf dem Bremer Vulkan. Diese Erfahrung ist eine konstante. Sie hat sonst nur den Wert einiger Zeilen für die bürgerliche Presse. Die Auftraggeber jener Schreiberlinge wittern Gefahr. Sie gehen aus von den übrigen, *lebenden* Werftarbeitern. Denn diese traten in den Streik – ab Mittag drei Stunden lang. Sie marschierten durch Bremen-Vegesack mit der Forderung: „Zwei Kollegen tot – wir fordern das Akkordverbot!"

Da eine Aktion von 2000 Arbeitern nur schwer totgeschwiegen werden kann, sondern ihre mobilisierende Wirkung auf alle Arbeiter haben kann, zumal unter der Forderung nach dem Akkordverbot und in Verbindung mit den anstehenden Lohnauseinandersetzungen, mußte versucht werden, die Einheit im Keim zu ersticken und jede Lüge ist da recht: „Eine Abordnung Vulkanesen wollte der Geschäftsleitung ihre Anteilnahme an dem Unglück kund tun. Gleichzeitig wurde um eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen auf den Reparaturschiffen *gebeten*. Durch Termindruck seien die Arbeitsumstände ungünstig und müßten wahrscheinlich geändert werden." (Norddeutsche, 11.10.)

Die Empörung der Vulkanarbeiter über diese dreiste Lüge kalkulierten die bürgerlichen Schreiberlinge ein. In Erwägung der Verhinderung eines klareren und festeren Zusammenschlusses aller Arbeiter gegen die Lohnsenkungen und Akkordarbeit, ist das das kleinere Übel. Aus der erhobenen Forderung nach dem Verbot des Akkordsystems wird also „Verbesserung der Arbeitsbedingungen", aus dem unüberhörbaren Eintreten der Arbeiter für dieses Ziel „Schweigemarsch", und aus der kraftvollen Demonstration „Bittgang zur Geschäftsleitung", wobei „eine Abordnung Anteilnahme ausdrücken wolle".

Wen aber sollten die Arbeiter zu *bitten* haben? Eine Betriebsführung, die 1976 mit dem Argument „daß wir Kurzarbeit oder weitaus Schlimmeres abwenden konnten, verdanken wir nicht zuletzt unserer Reparaturabteilung... solche Aufträge konnten nur unter Zusage von Sonntagsarbeit hereingeholt werden...", gegen den Widerstand der Arbeiter und in gemeinsamer Aktion mit dem Gewerbeaufsichtsamt, die Sonntagsarbeit einführte, um, wie das Gewerbeaufsichtsamt attestierte, Arbeitsplätze zu erhalten. Zwangsweise, über den niedrigen Lohn und schrankenlos standen die Arbeiter jeden Tag, zu jeder Uhrzeit zur Ausbeutung frei und die entsprechenden Aufträge schwammen nur so ins Dock. Daran mag sich die Betriebsführung erinnert haben, denn ihre panische Angst vor der Aktion der Arbeiter drückte sich aus in der furchtsamen Verriegelung ihres Betonbunkers, was allemal den Beweis dafür antritt, daß es sich nicht um einen Trauermarsch handelte, der vor dem Gang zum Friedhof schnell noch die Geschäftsleitung abholen wollte, sondern um eine Demonstration, die die Betriebsführung unmißverständlich aufforderte, sofort zu dem Verbot der Akkordarbeit Stellung zu beziehen.

Ohnmächtig sollte diese große spontane Aktion der Arbeiter in der Öffentlichkeit erscheinen um Zeit und Raum für weitere Manöver zu schaffen. Als erstes, wie immer, erschien die Mordkommission, um, wie immer, wenn bei den Kapitalisten von „Arbeitssicherheit" die Rede ist, zu sichern, daß die Schuld an einem Unfall den Arbeitern in die Schuhe geschoben werden kann und auch die Kosten. Der Nachweis über die Verletzung der Arbeitssicherheitsbestimmungen wird sich immer finden lassen. Wird doch der Arbeiter zu schwerster und gefährlichster Arbeit getrieben, durch den Tariflohn, welcher gering ist und nur auf ein erträgliches Reproduktionsmaß gebracht werden kann durch ständige Nacht-, Schicht-, Sonntags- und Überstundenarbeit, sowie durch den täglichen Kampf um die Unterbietung der Akkordvorgaben; um ein solches Maß, das den Tariflohn eines Facharbeiters in Lohngruppe 8 von brutto 8,41 DM bei 35 Prozent Akkord auf 11,35 DM steigen läßt. Das sind die Bedingungen, die die Lebenszeit der Arbeiter verkürzen, die sie mit Mitte Fünfzig in die Frühverrentung treiben, wenn sie nicht schon vorher der kapitalistischen Profitproduktion zum Opfer fallen.

„Verbesserung der Arbeitsbedingungen", wer kann diese „verbesserten Arbeitsbedingungen" aushalten, ohne beträchtliche Steigerung des Lohnes, ohne Verbot der Akkord-, Nacht-, Schicht- und Überstundenarbeit, und ohne Verkürzung des Arbeitstages auf 7 Stunden bei 35 Stunden in der Woche? Das sind die Forderungen, die die Belegschaft des Bremer Vulkan über Jahre aufgestellt hat. Sie treffen die Kapitalisten da, wo diese unter ständiger Verringerung der Zahl der Arbeiter – immerhin 500 von März bis heute – und unter dauernder Intensivierung der Arbeit für den verbleibenden Teil der Arbeiter, auf weitere Lohnsenkung aus ist.

Auch die Sozialdemokraten witterten ein Chance. Statt im Betriebsrat sofort die geforderte Einberufung einer außerordentlichen Betriebsversammlung zu beschließen, stimmten sie gegen diesen Antrag und beschlossen stattdessen, die Betriebsversammlung nicht einzuberufen, bevor nicht mit der Betriebsführung Verhandlungen stattgefunden hätten. Eine Kommission wurde gebildet, die am Freitag mit der Betriebsführung auch verhandelt hat. Daß es dabei nicht um die Forderung der Vulkanarbeiter nach Mindestakkordlohn von 135 Prozent und dem Verbot der Akkordarbeit ging, sondern um „Arbeitssicherheit" ging, nutzte Herr Direktor Huchzermeier in diesem „Gespräch" weidlich aus: Auch ihm läge die Arbeitssicherheit arg am Herzen und er wäre für eine Kompetenzerweiterung der Sicherheitsbeauftragten. Das Gespräch verlief vertraulich. Wie am Samstag auf der Werft zu erfahren war, wollte sich der Herr Direktor dieses Gespräch 50 DM zum Feiern seines Geburtstages kosten lassen.

Auf das „Einlenken" der Betriebsführung gegenüber den Arbeitern, ihnen für den Streik „nur" eine halbe Stunde Ausfallzeit auzurechnen, antworteten die Vertrauensleute der Schlosser auf ihrer Sitzung am Freitag mit dem Bescheid: „Wenn sie schon abziehen, dann ruhig die drei Stunden. Geschenkt wollen wir nichts." In der Schlosserei haben 19 Lehrlinge eine Resolution beschlossen: „... nur dadurch, daß unser Lohn – besonders der Tariflohn – gering und in den letzten Jahren gesenkt wurde, müssen wir diese Bedingungen akzeptieren. Verschärft wird dieser Zustand durch das System der Akkordarbeit... In dem Wissen, daß der Unfall jeden Werftarbeiter hätte treffen können, fordern wir die sofortige Abschaffung der Akkordarbeit und einen abgesicherten Festlohn von 135 Prozent... Die IG-Metall sowie die Große Tarifkommission fordern wir auf, im jetzt anstehenden Lohnkampf einen Festgeldbetrag zu beschließen, der um die 150 DM liegen muß... Ebenso muß das Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme Bestandteil der anstehenden Tarifauseinandersetzungen sein."

Die Betriebsversammlung muß also in dieser Woche stattfinden. Schon deshalb, weil der Vertrauensleutekörper auf dem Bremer Vulkan am 20. 10. die Tarifforderung beschließen will. Das ist die richtige Verbindung im Kampf gegen die Akkordarbeit.

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Bezirksausgabe Bremen-Unterweser
Herausgeber: Kommunistischer Bund Westdeutschland, Bezirksleitung Bremen-Unterweser
Auflage: 13000

Extrablatt
11. Okt. 1978

Dreistündiger Streik auf dem Bremer Vulkan

Kampfansage gegen den niedrigen Lohn, der die Arbeiter in Akkord-, Nacht- und Schichtarbeit treibt

Zwei Gerüstbauer des Bremer Vulkan starben gestern gegen 8.00 Uhr auf der Bremer Vulkan Werft durch einen Betriebsunfall. Beim Montieren eines Arbeitsgerüstes am Lukenrand verrutschte das Gerüst. Die Arbeiter stürzten 17 m tief in das Schiff. Sie waren sofort tot. Schneller mußte das Gerüst angebracht werden unter Aufsicht der Antreiber; die Schlosserkolonne stand schon bereit zur Arbeitsaufnahme. Der Kran mußte losgemacht werden, viele Kolonnen sind vom Krantransport abhängig. Langes Warten geht auf den Akkord, treibt zu neuer Hetze. Die Frage der Schuld? Sie wurde erörtert in den Pausen: Die Vulkanarbeiter beschlossen, nach der Mittagspause die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Für eine halbe Stunde, so war es geplant. Doch um 12.30 Uhr füllte sich der Platz vor der Schiffbauhalle. Fast 2000 Arbeiter versammelten sich. „Es muß Schluß sein mit der Akkordschinderei!" „Die Reparaturschiffe sind die reinsten Ameisenhaufen. Auf dem Umbau ‚Leverkusen' hatten wir in den paar Wochen Liegezeit schon allein 56 Unfälle." „2 Schichten an 10 Stunden wird gearbeitet. Es ist schon vorgekommen, daß ich nur 4 Stunden zwischen den Schichten geschlafen habe." „Überstunden, Sonntagsarbeit und im Akkord, in winzigen verdreckten Löchern schweißen – es ist unerträglich."

Freiwillig ist diese Arbeit nicht verrichtet. Jahr für Jahr dauernde Lohnsenkungen *aller* Arbeiter tun ihre Wirkung, treiben die Arbeiter in immer intensivere Akkord-, Überstunden-, Nacht-und Schichtarbeit. Weidlich nutzen die Kapitalisten das elende Lohnniveau, um die Akkordzeiten zu senken, rund um die Uhr, länger und am Wochenende arbeiten zu lassen. Das macht sie fett und bringt den Arbeitern, die von der Sozialdemokratie gepriesene Lebens(arbeits)zeitverkürzung. Einer der noch nie gearbeitet hat, Ex-Bundesbankpräsident Klasen, hat jetzt 2% Lohnerhöhung für 1979 empfohlen. Die Aktion der Vulkan Arbeiter ist eine wirklich passende Antwort.

Als der Zug über die Werft geht, schließen sich weitere Arbeiter der Demonstration an. Vereinzelt kommt der Ruf auf: „Zwei Kollegen sind tot. Wir fordern das Akkordverbot." Aus dem Betrieb heraus bewegt sich der Zug durch einen Teil Vegesacks, durch Aumund zum Sitz der Betriebsführung. Lauter wird die Forderung nach dem Verbot der Akkordarbeit, bis sie von einigen hundert Arbeitern vor dem Verwaltungsgebäude mit dem Ruf verbunden wird, daß die Betriebsführung sofort zu dieser Forderung Stellung beziehen soll. Diese hat vorsichtshalber in ihrem Betonbunker die Türen verriegeln lassen. Sie erscheint nicht. Lauter schwillt der Sprechchor der Arbeiter an. 5 Minuten werden der Betriebsführung noch zugestanden, dann wird beschlossen, eine zusätzliche Betriebsversammlung durchzuführen. Die Demonstration formiert sich, in Fünferreihen wird zurück in den Betrieb marschiert. Am Schiff, in dem der Unfall geschah, wird einstimmig beschlossen, daß der Betriebsrat sofort die zusätzliche Betriebsversammlung organisieren soll. Die Frage des Lohnes wird die entscheidende Rolle spielen, er reicht nicht aus und zwingt zur Akkordplackerei, Nacht- und Schichtarbeit. Die Lohntarifforderungen müssen gestellt werden, das ist grundlegend, um der Ausbeutung und dem Schlachtopfer der kapitalistischen Profitproduktion Schranken zu setzen.



Streik der Vulkanarbeiter im Juni 1973. Unmittelbar darauf traten ebenfalls in Bremen die Arbeiter der Klöckner-Hütte, bei VFW-Lemwerder, Nordmende und Engelhardt und Förster in den Streik und erkämpften sich in der Mehrzahl eine Erhöhung ihrer Löhne.

der Forderung: „Zwei Kollegen tot – wir fordern das Akkordverbot!"
Da eine Aktion von 2000 Arbeitern nur schwer totgeschwiegen werden
es sich nicht um einen Trauermarsch handelte, der vor dem Gang zum Friedhof schnell noch die Geschäftsleitung abholen wollte, sondern um eine

Sie waren sofort tot. Schneller mußte das Gerüst angebracht werden unter Aufsicht der Antreiber; die Schlosserkolonne stand schon bereit zur Arbeitsaufnahme. Der Kran mußte losgemacht werden, viele Kolonnen sind vom Krantransport abhängig. Langes Warten geht auf den Akkord, treibt zu neuer Hetze. Die Frage der Schuld? Sie wurde erörtert in den Pausen: Die Vulkanarbeiter beschlossen, nach der Mittagspause die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Für eine halbe Stunde, so war es geplant. Doch um 12.30 Uhr füllte sich der Platz vor der Schiffbauhalle. Fast 2000 Arbeiter versammelten sich. „Es muß Schluß sein mit der Akkordschinderei!" „Die Reparaturschiffe sind die reinsten Ameisenhaufen. Auf dem Umbau ‚Leverkusen' hatten wir in den paar Wochen Liegezeit schon allein 56 Unfälle." „2 Schichten an 10 Stunden wird gearbeitet. Es ist schon vorgekommen, daß ich nur 4 Stunden zwischen den Schichten geschlafen habe." „Überstunden, Sonntagsarbeit und im Akkord, in winzigen verdreckten Löchern schweißen – es ist unerträglich."
Freiwillig ist diese Arbeit nicht verrichtet. Jahr für Jahr dauernde Lohnsenkungen *aller* Arbeiter tun ihre Wirkung, treiben die Arbeiter in immer intensivere Ak-
Sozialdemokratie gepriesene Lebens(arbeits)zeitverkürzung. Einer der noch nie gearbeitet hat, Ex-Bundesbankpräsident Klasen, hat jetzt 2% Lohnerhöhung für 1979 empfohlen. Die Aktion der Vulkan Arbeiter ist eine wirklich passende Antwort.
Als der Zug über die Werft geht, schließen sich weitere Arbeiter der Demonstration an. Vereinzelt kommt der Ruf auf: „Zwei Kollegen sind tot. Wir fordern das Akkordverbot." Aus dem Betrieb heraus bewegt sich der Zug durch einen Teil Vegesacks, durch Aumund zum Sitz der Betriebsführung. Lauter wird die Forderung nach dem Verbot der Akkordarbeit, bis sie von einigen hundert Arbeitern vor dem Verwaltungsgebäude
Minuten werden der Betriebsführung noch zugestanden, dann wird beschlossen, eine zusätzliche Betriebsversammlung durchzuführen. Die Demonstration formiert sich, in Fünferreihen wird zurück in den Betrieb marschiert. Am Schiff, in dem der Unfall geschah, wird einstimmig beschlossen, daß der Betriebsrat sofort die zusätzliche Betriebsversammlung organisieren soll. Die Frage des Lohnes wird die entscheidende Rolle spielen, er reicht nicht aus und zwingt zur Akkordplackerei, Nacht- und Schichtarbeit. Die Lohntarifforderungen müssen gestellt werden, das ist grundlegend, um der Ausbeutung und dem Schlachtopfer der kapitalistischen Profitproduktion Schranken zu setzen.





Streik der Vulkanarbeiter im Juni 1973. Unmittelbar darauf traten ebenfalls in Bremen die Arbeiter der Klöckner-Hütte, bei VFW-Lemwerder, Nordmende und Engelhardt und Förster in den Streik und erkämpften sich in der Mehrzahl eine Erhöhung ihrer Löhne.

lief vertraulich. Wie am Samstag auf der Werft zu erfahren war, wollte sich der Herr Direktor dieses Gespräch 50 DM zum Feiern seines Geburtstages
auf dem Bremer Vulkan am 20. 10. die Tarifforderung beschließen will. Das ist die richtige Verbindung im Kampf gegen die Akkordarbeit.

Die Vulkanarbeiter führen einen zähen, bereits langandauernden Kampf gegen das Akkordsystem

1972 setzen sich die Schweißer gegen den Akkorddruck zur Wehr. Sie waren stundenmäßig um 14 Tage versackt. Der Kampf endete mit einem Teilerfolg.

1973 stand erneut diese Frage an. Nachdem sie zwei Monate zusätzliche Stunden forderten, traten sie in den Streik und erzwangen die Durchsetzung sämtlicher Forderungen. Gleichfalls 1973 traten die Gerüstbauer in den Streik. Ihre Forderung nach 23 Pfennig Zulage wurde durchgesetzt.

1973 beschloß der Vertrauenskörper die Abschaffung des Akkordsystems.

1974: Die Kapitalisten jubelten: „Rekord! ‚Liotina' 4 Monate schneller fertig als die ‚Lagena'". Ihre Antreiber setzten sie auf die Arbeiter an. Jeder, der früher Pause oder Feierabend machte, wurde notiert. Daraufhin lehnten die Schweißer die Überstunden ab. Sie forderten 15 Minuten Waschzeit vor Pausen und Feierabend. Die Betriebsführung wurde gezwungen, dies einzuhalten.

1975 wurde bei Reparaturarbeiten auf der „Bartenstein" solange gestreikt, bis die Anordnung der Betriebsführung nach gleichzeitiger Sandstrahl- und Reparaturarbeit zurückgenommen wurde.

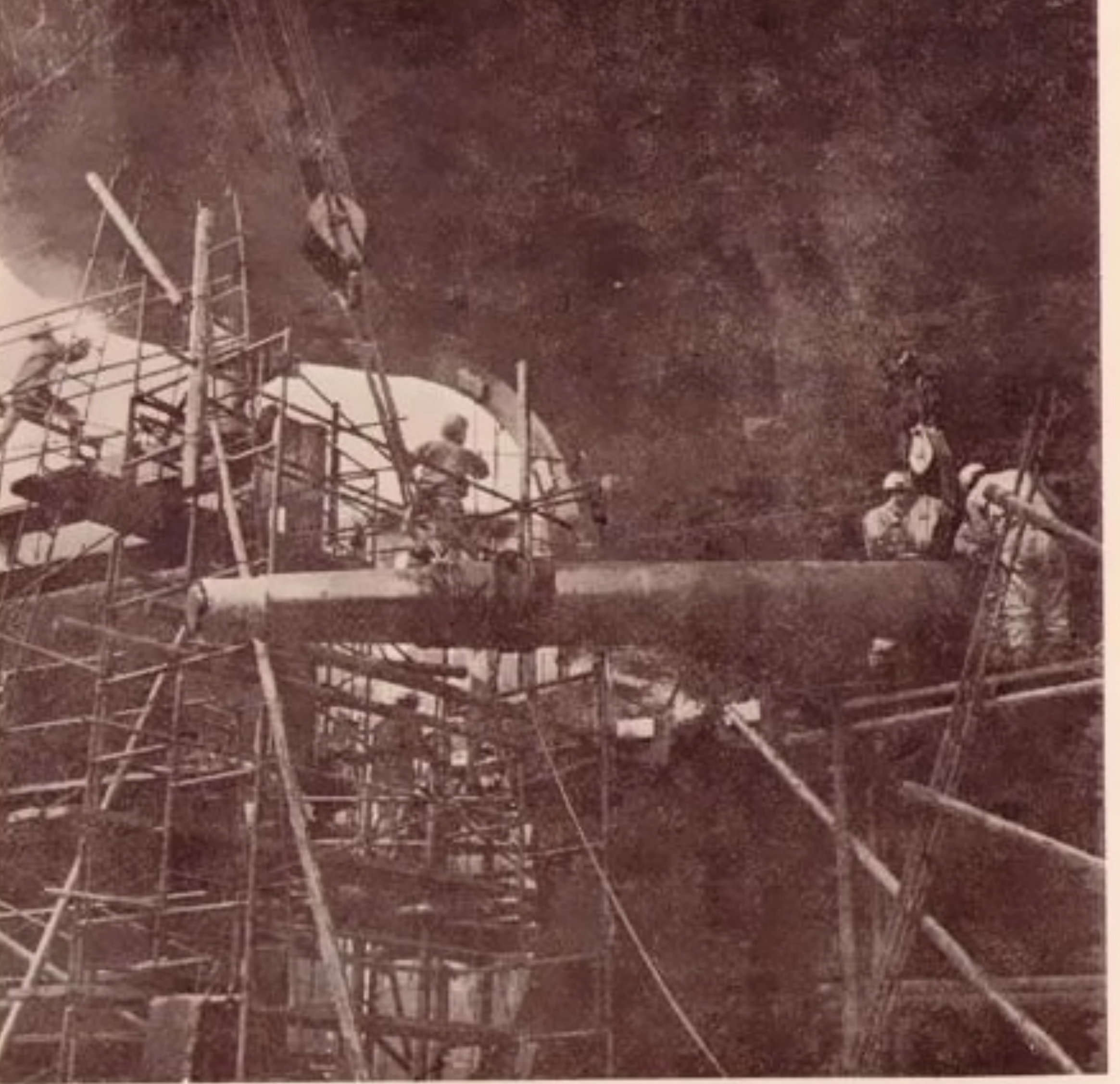
1976 trat der Werkzeugbau und die Dreherei gegen Akkordkürzungen wegen Einführung NC-gesteuerter Drehbänke in den Streik. Nachdem andere Branchen ebenfalls in den Streik treten wollten, erfüllte die Betriebsführung die Forderungen der Arbeiter.

1978 streikten die Gerüstbauer gegen die Kürzung der Erschwerniszulage. Sie erreichten, daß bis Ende des Jahres keine Kürzung vorgenommen wurde.

Zum 1. Mai 1977 und 78 beschloß der Vertrauenskörper „Verbot des Akkordsystems und aller akkordähnlichen Systeme – Verbot der Nacht und Schichtarbeit! 35-Stunden-Woche, 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich. 1500 DM monatlicher Steuerfreibetrag! Festgeldforderungen im Lohnkampf!

Die Vulkanarbeiter führen einen zähen, bereits langandauernden Kampf gegen das Akkordsystem

1972 setzen sich die Schweißer gegen den Akkorddruck zur Wehr. Sie waren stundenmäßig um 14 Tage versackt. Der Kampf endete mit einem Teilerfolg.
1973 stand erneut diese Frage an. Nachdem sie zwei Monate zusätzliche Stunden forderten, traten sie in den Streik und erzwangen die Durchsetzung sämtlicher Forderungen. Gleichfalls 1973 traten die Gerüstbauer in den Streik. Ihre Forderung nach 23 Pfennig Zulage wurde durchgesetzt.
1973 beschloß der Vertrauenskörper die Abschaffung des Akkordsystems.
1974: Die Kapitalisten jubelten: „Rekord! ‚Liotina' 4 Monate schneller fertig als die ‚Lagena'". Ihre Antreiber setzten sie auf die Arbeiter an. Jeder, der früher Pause oder Feierabend machte, wurde notiert. Daraufhin lehnten die Schweißer die Überstunden ab. Sie forderten 15 Minuten Waschzeit vor Pausen und Feierabend. Die Betriebsführung wurde gezwungen, dies einzuhalten.
1975 wurde bei Reparaturarbeiten auf der „Bartenstein" solange gestreikt, bis die Anordnung der Betriebsführung nach gleichzeitiger Sandstrahl- und Reparaturarbeit zurückgenommen wurde.
1976 trat der Werkzeugbau und die Dreherei gegen Akkordkürzungen wegen Einführung NC-gesteuerter Drehbänke in den Streik. Nachdem andere Branchen ebenfalls in den Streik treten wollten, erfüllte die Betriebsführung die Forderungen der Arbeiter.
1978 streikten die Gerüstbauer gegen die Kürzung der Erschwerniszulage. Sie erreichten, daß bis Ende des Jahres keine Kürzung vorgenommen wurde.
Zum 1. Mai 1977 und 78 beschloß der Vertrauenskörper „Verbot des Akkordsystems und aller akkordähnlichen Systeme – Verbot der Nacht und Schichtarbeit! 35-Stunden-Woche, 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich. 1500 DM monatlicher Steuerfreibetrag! Festgeldforderungen im Lohnkampf!



Im Bild links oben schweißt ein Arbeiter neue Zinkelektroden an. Ein anderer bessert den Außenhautanstrich aus, während unten mehrere andere mit dem Ausmessen, Drehen und Richten des Lagers für die Schraubenwelle befaßt sind. Zwei andere bugsieren mit Hubzug und schrägziehendem Kran die Welle durch die Außenhaut in den Wellentunnel. Wie auf den Gerüsten an der Außenhaut, so an Bord; die Reparaturschiffe quellen über vor Dreck und dahinein abkommandierten Arbeiter. Gearbeitet wird rund um die Uhr, das Wochenende durch. Je kürzer die Reparaturzeit, die eine Werft den Reedern anbieten kann, umso eher den Auftrag und umso mehr Arbeiter werden zur gleichen Zeit mit den verschiedensten Arbeitsaufträgen an Bord kommandiert. Auf dem Umbau „Leverkusen" gab es bei einer Liegezeit von zwei bis drei Wochen allein 56 gemeldete Unfälle. Zwei Tage nach den tödlichen Unfällen brachte der Weser Kurier einen Bericht über den Umbau des angealterten Luxusdampfers „Kungsholm" mit der Überschrift: „Bremer Vulkan als Jungbrunnen". Das Reparaturgeschäft des Vulkan floriert. Die greisen Kuponschneider feiern jugendliche Orgien mit der ihnen eigenen Perversion des Blutopfers.

USA- und EG-Stahlkapitalisten tauschen Drohungen aus

z.mat. Anfang des Monats fand in Colorado Springs (USA) die Konferenz des internationalen Eisen- und Stahlinstituts statt. Die Stahlkapitalisten der USA und der EG trafen sich dabei zu mehreren „informellen Gesprächen", aber – so die „Financial Times" am 4. Oktober – „es erwies sich als schwierig, eine gemeinsame Grundlage zu finden".

Gemeinsam war den versammelten Herren die Absicht, bei ihrem Streben nach Höchstprofit ihre jeweiligen Konkurrenten aus dem Feld zu schlagen. Der Stahlexport der EG-Kapitalisten in die USA hat mit 750000 Tonnen monatlich zwischen 17 und 20 Prozent des USA-Stahlmarkts erreicht und ist im ersten Halbjahr 1978 gegenüber dem Vorjahr um 43 Prozent gestiegen. Der Importzuwachs aus der BRD betrug in dieser Zeit 72,5 Prozent. Bei solchen Zahlen konnte auch der Trick des Thyssen-Managers Spethmann, an der Lage auf dem USA-Stahlmarkt seien weder Europa noch Japan schuld, sondern die Länder der Dritten Welt, nicht mehr verfangen.

In Colorado Springs ließen die EG-Kapitalisten keinen Zweifel daran, daß sie fest entschlossen sind, ihre erreichte Position nicht aufzugeben. Der Vorsitzende des Verbands der westeuropäischen Stahlkapitalisten und Präsident des französischen Stahlverbandes Jacques Ferry sagte vor seiner Abreise, die westeuropäischen Stahlverkäufe würden im Oktober auf gar keinen Fall reduziert. William Verity, Vorsitzender des USA-Konzerns Armco, entgegnete darauf, daß Armco, Bethlehem Steel und National Steel alle Vorbereitungen getroffen hätten für ein ganzes Bündel von Maßnahmen gegen eine Reihe großer europäischer Stahlkonzerne. Der Sprecher der USA-Regierung Solomon teilte mit, daß über 200 Voruntersuchungen dazu bereits abgeschlossen seien.

Der Armco-Sprecher forderte von der Regierung eine Änderung des Schwellenpreissystems, mit dem die ausländische Konkurrenz vom USA-Stahlmarkt ferngehalten werden soll. Der Schwellenpreis, bei dessen Unterschreiten um mehr als 5 Prozent die Regierung Anti-Dumping-Verfahren einleitet, wird nach den Produktionskosten der japanischen Stahlindustrie berechnet, durch die Änderungen in den Wechselkursen und das Steigen des japanischen Yen ist er in den letzten Monaten kräftig gestiegen. Auf diese Weise brachten es die USA-Konzerne innerhalb von sechs Monaten bei nahezu konstantem Absatzvolumen auf eine Profit-

westeuropäischen Stahlkapitalisten und Präsident des französischen Stahlverbandes Jacques Ferry sagte vor seiner Abreise, die westeuropäischen Stahlverkäufe würden im Oktober auf gar keinen Fall reduziert. William Verity, Vorsitzender des USA-Konzerns Armco, entgegnete darauf, daß Armco, Bethlehem Steel und National Steel alle Vorbereitungen getroffen hätten für ein ganzes Bündel von Maßnahmen gegen eine Reihe großer europäischer Stahlkonzerne. Der Sprecher der USA-Regierung Solomon teilte mit, daß über 200 Voruntersuchungen dazu bereits abgeschlossen seien.
Der Armco-Sprecher forderte von der Regierung eine Änderung des Schwellenpreissystems, mit dem die ausländische Konkurrenz vom USA-Stahlmarkt ferngehalten werden soll. Der Schwellenpreis, bei dessen Unterschreiten um mehr als 5 Prozent die Regierung Anti-Dumping-Verfahren einleitet, wird nach den Produktionskosten der japanischen Stahlindustrie berechnet, durch die Änderungen in den Wechselkursen und das Steigen des japanischen Yen ist er in den letzten Monaten kräftig gestiegen. Auf diese Weise brachten es die USA-Konzerne innerhalb von sechs Monaten bei nahezu konstantem Absatzvolumen auf eine Profit-

steigerung von 60 Prozent. Jetzt wollen sie die Berechnung des Schwellenpreises nach europäischen Produktionspreisen, also eine neue kräftige Steigerung. Entsprechende Überlegungen würden im Weißen Haus schon angestellt, heißt es.

Produktionsschlacht

z.hku. In einem ihrer Lageberichte vermerkt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", daß die Produktion von Walzstahlerzeugnissen in der BRD im September von 2635 Mio. Tonnen auf 2827 Mio. Tonnen gestiegen ist. Da die Zahl der Produktionstage im September geringer war, ist die produktionstägliche Leistung erheblich gesteigert worden, von 100850 auf 113000 Tonnen. Bei Klöckner Bremen wurde den Arbeitern des 80" Dressiergerüstes angekündigt, die Samstagfrühschicht und die Sonntagnachtschicht werde in den regulären Schichtplan miteinbezogen werden. Bei den Stahlwerken Südwestfalen Siegen/Geisweid wurde an der Stabstahlstraße die 6-Tagewoche mit Freizeitplan eingeführt, der Freizeitplan nach vier Wochen wieder gestrichen. An den E-Öfen versuchen die Kapitalisten das Problem von Energieengpässen zu bestimmten Tageszeiten dadurch zu lösen, daß sie zu diesen Zeiten Kurzarbeit machen lassen, um dafür in Nachtschichten mehr Öfen als vorher mit der gleichen Besatzung in Betrieb zu nehmen.

Rentenkürzungsverhandlung

z.mif. Am 26./27. Oktober finden über die neuesten Pläne zur Kürzung der Renten im öffentlichen Dienst Verhandlungen zwischen Regierung und ÖTV statt. Die ÖTV sagt, die Regierung mache diese Verhandlungen zur Bedingung für künftige Tarifverhandlungen. Seit mindestens eineinhalb Jahren arbeiten die Gerechtigkeitsexperten des Ehrenberg-Ministeriums an der Beseitigung von „Disparitäten" bei den Renten im öffentlichen Dienst. Sie bescheiden sich jetzt nicht mehr damit, den „Auswuchs" zu beseitigen, daß infolge von Zusatzversorgung gelegentlich die Rente höher als der Nettolohn lag. Jetzt ist laut Mitteilung der ÖTV Köln geplant: 1. Alle Zulagen zum Tariflohn, die bis zu einem Drittel des Lohn ausmachen, werden aus der Berechnungsgrundlage herausgenommen.
2. Entsprechend wird die Rente nicht vom Bruttolohn, sondern nach einer Umrechnungstabelle der Bundesregierung berechnet, von einem „fiktiven Netto". Bei 2200 DM brutto wäre das fiktive Netto 1808 DM, bei 75% Rente hieße das 1356 DM statt 1650 DM, also 300 DM Kürzung. Aus der 75-Prozent-Rente wird damit eine 62-Prozent-Rente, aus der 35-Prozent-Rente eine von 29%. 3. Auch den bereits Verrenteten wird die Rente gekürzt: Ausgleichszahlung zwischen der jetzigen und der nach dem neuen Prinzip errechneten Rente, und dann werden von jeder allgemeinen Rentenerhöhung nur noch 50% ausgezahlt.

Folgen für Ehrenberg

z.lij. Die Wahrheit zu sagen, läßt die Bourgeoisie bestrafen, und sei sie noch so offensichtlich, daß selbst ein höherinstanzliches Gericht sie nicht mehr unter den Teppich kehren kann. Das Landgericht München hat am 4.10. das Urteil des Amtsgerichts gegen den Genossen Baumann bestätigt, mit dem dieser wegen der Bezeichnung Ehrenbergs als „Schreibtischmörder" auf einer SPD-Wahlveranstaltung zu 2100,- DM Geldstrafe verurteilt wurde – allerdings mit für Ehrenberg pikanten Folgen. An den Erfahrungen der Massen mit den Ehrenberggesetzen kam das Gericht nicht vorbei, es hat auf die Beweisanträge des Angeklagten hin, mit denen die Folgen der Kostendämpfungs- und Rentengesetze angegriffen wurden, z.B. als wahr unterstellt, daß diese Gesetze die Gesundheitsversorgung verschlechtern und auch den früheren Tod von Menschen herbeiführen. Es hat nicht ausschließen wollen, daß die Gesetze „materiell rechtswidrig" seien und nur mit Mühe des Gerichts konnte der Staatsanwalt dazu bewegt werden, seine Stellungnahme für Wahrunterstellung der Kenntnis und bewußten Inkaufnahme dieser Folgen durch Ehrenberg zurückzunehmen. Das Urteil erging mit der Begründung, daß der Ausruf „Schreibtischmörder" ohne erläuternden Zusatz eine „Formalbeleidigung" sei. Man muß sich das merken. Hält die schriftliche Urteilsbegründung, was die mündliche verspricht, dann könnte bei passender Gelegenheit der eine oder andere Satz nicht zuviel gesprochen sein.

Zwangsenteignungen und Zwangsversteigerung von Land

Bauern kämpfen gegen Landraub in Schleswig-Holstein

z.brb. Die Zwangsenteignungen und Zwangsversteigerungen haben in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Grund dafür ist die verstärkte Kapitalisierung der Landwirtschaft und der Aufbau von Industrieansiedlungen und Verkehrswegen, um die Expansion der westdeutschen Bourgeoisie voranzutreiben. Seit 1953 fördert die Landesregierung mit dem Programm Nord systematisch die Ruinierung der Bauern, den Aufbau kapitalistischer Großbetriebe in der Landwirtschaft und den Ausbau von Touristikzentren.

Können die Bauern die Schulden bei den Banken und den Landmaschinen- und Futterkapitalisten nicht mehr zahlen, wird zwangsversteigert. Solche Zwangsversteigerungen sind vom Amtsgericht Itzehoe für den 31.Oktober und 12.Dezember anberaumt für Grundstücke von 7 und 25 Viertelhektar, die Nebenerwerbsbauern gehören.

Zugleich mit der Kapitalisierung der Landwirtschaft hat die Bourgeoisie über die Landesregierung den Ausbau der Industriezentren vorangetrieben. Einen Schwerpunkt haben sie dabei auf Brunsbüttel gelegt, weil dort über den Nordostseekanal und den Elbehafen der Kapital- und Warenexport nach Großbritannien, Skandinavien und die Länder der 3. Welt mit niedrigen Transportkosten abgewickelt werden kann. Für den Ausbau dieses Industriegebietes, für den Bau von Autobahnen, Landstraßen und Versorgungsleitungen enteignen die Kapitalisten jedes Grundstück, das ihnen im Weg ist. 1962 haben in Brunsbüttel zunächst die Hamburger Elektrizitätswerke Gelände aufgekauft und das Kernkraftwerk gebaut, dann folgten Bayer, Veba, Schelde AG, und andere.

Konnten die Bauern anfangs noch eine Bezahlung des Bodens durchsetzen, mit der sie neue Höfe kaufen konnten, so gingen die Kapitalisten Anfang der 70er Jahre zu Zwangsent eignungen über. Brunsbüttel wurde zum Mittelzentrum erklärt, erhielt einen Entwicklungsplan und fiel damit unter das Städtebauförderungsgesetz, das die Enteignung von Grund und Boden regelt. In Brunsbüttel wurde bei 12 Höfen, in Averlak bei 4 Höfen mit 85 ha und in Büttel bei 21 von 24 Höfen mit 462 ha die Enteignung, Zwangsumsiedlung und Aufgabe der Höfe von der Landesregierung betrieben. Eine fünf Jahre alte Siedlung in Ostermoor wurde ebenfalls für die Bayer-Kapitali sten abgerissen. Ein Bauer in Kudensee sollte 10 von 22 ha Land abtreten, weil ein Rangierbahnhof und die Brücke über den Nordostseekanal über sein Land gehen und die Bayer-Kapitalisten dort eine Wasserleitung durchlegen wollen. Von den 22 ha konnte der Bauer gerade noch leben, nicht aber von den verbleibenden 12 ha. Die Kapitalisten sollten entweder alles kaufen zu einem Preis, von dem der Bauer einen neuen Hof hätte kaufen können, oder gar nichts kriegen. Die Bayer-Kapitali sten haben ein Zwangsenteignungsverfahren angestrengt, mußten dann aber, weil sie unter Zeitdruck standen, zahlen.

Am 13.Juli 78 hat der Innenminister Titzck eine neue Landesverordnung bekannt gemacht, in der die Ausdehnung von Brunsbüttel festgelegt, die Nachbargemeinden ringsherum ebenfalls in den Entwicklungsbereich einbezogen und das Land damit zur Zwangsenteignung freigegeben ist. Eins dieser Enteignungsverfahren eines Flurstücks in Büttel hat der Innenminister für den 9. November in Wilster angesetzt, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, in der Hoffnung, den Kampf der Bauern damit unterdrücken zu können.

Der Kampf der Bauern hat sich zugespitzt gegen die Mülldeponie Ecklack, die der Landrat Brümmer den Bayer-Kapitalisten schon 1973 für die Ablagerung des Chemie-Mülls versprochen hatte. Durch den Bau der Deponie bzw. der Zufahrtsstraße soll den Bauern das Land weggenommen und z.T. diagonal durchschnitten werden. 50 Bauern waren zur Gerichtsverhandlung erschienen, wo die Klage der betroffenen Gemeinden und Sielverbände verhandelt wurde. Auf der Strecke zwischen der Haseldorfer Marsch bis hin zur Stör haben die Bauern unter Androhung von Zwangsenteignung Landstücke für Stromleitungsmasten verkaufen müssen, was mit Flurschäden auf dem übrigen Land verbunden ist. In Großnordende bei Elmshorn hat diese Leitung allerdings einen Knick, weil die Bauern sich geweigert haben zu verkaufen.

Es ist kein Widerspruch, sondern bedingt einander: das Privateigentum als höchstes Gut der Bourgeoisie und Enteignung von Privateigentum im Interesse und für die Bourgeoisie. Artikel 14 Grundgesetz regelt beides. Genauer ist im Bundesbaugesetz (BBauG) und Städtebauförderungsgesetz festgelegt, wie – als Bedingung der Zwangsent eignung – das „Wohl der Allgemeinheit", das Interesse der Bourgeoisie an unbeschränkter Ausbeutung, durchgesetzt werden soll. Um die Vertreibung der Bauern vom Land zügig abzuwickeln, ist in §108, 1 BBauG festgelegt: „Das Enteignungsverfahren soll beschleunigt durchgeführt werden." Die Enteignung soll auf *einem* Verhandlungstermin abgewickelt werden. Gleichzeitig wird in der Ladung zum Verhandlungstermin dem Bauern mitgeteilt, „daß auch bei Nichterscheinen über den Enteignungsantrag und andere im Verfahren zu erledigende Anträge entschieden werden kann". Geht auch das „aus Gründen des Wohls der Allgemeinheit" noch nicht schnell genug, „kann die Enteignungsbehörde den Antragsteller auf Antrag durch Beschluß in den Besitz des von dem Enteignungsverfahren betroffenen Grundstücks einweisen." (§116) Über hundertjährige Tradition haben diese Zwangsenteignungen durch die Bourgeoisie: Noch heute gilt das „Preußische Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11.Juni 1874".

Aktionen gegen Mehrwertsteuererhöhung und Lohnstopp in Dänemark



z.bag.Aarhus. Am 1. Oktober trat die von der neuen sozialdemokratischen-liberalen Regierung beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 20,25% in Kraft. Gleichzeitig wurde – im Zuge der EG-Harmonisierung – das Essen in den Kantinen des öffentlichen Dienstes mit Mehrwertsteuer belegt. Gegen diese Maßnahmen boykottierten in Aarhus die Studenten und Angestellten der Universität die Kantinen und die Beschäftigten in den Kantinen schlossen sich an. Am 2. Oktober war der 6. Jahrestag des Beitritts Dänemarks zur EG. Überall im Land fanden Kundgebungen und Demonstrationen und Veranstaltungen statt unter der Forderung „Raus aus der EG!". In den letzten Wochen haben 14 Gewerkschafts- und Betriebsgruppen die Aufnahme in die „Volksbewegung gegen die EG" beantragt, darunter der Typografenverband, die Gewerkschaft der Werftarbeiter und der Maschinenarbeiter, der Dachverband der Hafenarbeiter und Betriebsgruppen von Tuborg (Kopenhagen) und der Dannebrog-Werft.

US-Besatzer „Hell on wheels" in Garlstedt

r.jös. „Hell on wheels", zu deutsch „Hölle auf Rädern", nennt sich die zweite US-Panzerdivision aus Fort Hood/Texas, die am 1. Oktober ihre dritte Brigade nach Garlstedt vorausgeschickt hat.

Die Brigade ist Teil der 2nd. Armored Division (fwd). fwd ist die Abkürzung für forward, also Voraustruppe und „Speerspitze". Voraustruppe für den Kampf des US-Imperialismus mit dem Sozialimperialismus um die Weltherrschaft und für die Niederhaltung des bewaffneten Aufstandes in Westdeutschland.

In der Niederhaltung von Revolutionen haben die Gründer und Führer dieser Division Tradition. General George Smith Patton: 1914 bis 1916 war er die rechte Hand vom General Pershing bei der Niederhaltung der mexikanischen nationalen Revolution, danach erster Kommandant eines Panzercorps. 1923 wurde er in den Generalstab geholt, 1940 wurde er zum Kommandeur der 2nd. Armored Division ernannt. Nach dem Eintritt des US-Imperialismus in den Zweiten Weltkrieg befehligte er die Truppen in Marokko, Tunesien und Sizilien. 1944 hatte er den Oberbefehl über die 3. Armee, zu der

verspricht: 1947 bis 1951 als Besatzer in Deutschland, 1953 bis 1954 in Korea, 1958 bis 1960 rechte Hand des Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte in Euro-



pa, 1960 bis 1961 Straubing/Westdeutschland, 1962 bis 1963 Vietnam, 1968 bis 1969 wieder in Vietnam als Befehlshaber eines Regiments.

Nach der Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam wurde er nicht arbeitslos, sondern von 1975 bis 1977 Kommandeur der 2nd. Armored Division. Die einheimische Bourgeoisie von Osterholz-Scharmbeck bittet jetzt zu ihrer Aktion

gen Transportkosten abgewickelt werden kann. Für den Ausbau dieses Industriegebietes, für den Bau von Autobahnen, Landstraßen und Versor-
nem Preis, von dem der Bauer einen neuen Hof hätte kaufen können, oder gar nichts kriegen. Die Bayer-Kapitali sten haben ein Zwangsenteignungsver-
verkaufen müssen, was mit Flurschäden auf dem übrigen Land verbunden ist. In Großnordende bei Elmshorn hat diese Leitung allerdings einen Knick,
Zwangsenteignungen durch die Bourgeoisie: Noch heute gilt das „Preußische Gesetz über die Enteignung von Grundeigentum vom 11.Juni 1874".

z.lij. Die Wahrheit zu sagen, läßt die Bourgeoisie bestrafen, und sei sie noch so offensichtlich, daß selbst ein höherinstanzliches Gericht sie nicht mehr unter den Teppich kehren kann. Das Landgericht München hat am 4.10. das Urteil des Amtsgerichts gegen den Genossen Baumann bestätigt, mit dem dieser wegen der Bezeichnung Ehrenbergs als „Schreibtischmörder" auf einer SPD-Wahlveranstaltung zu 2100,- DM Geldstrafe verurteilt wurde – allerdings mit für Ehrenberg pikanten Folgen. An den Erfahrungen der Massen mit den Ehrenberggesetzen kam das Gericht nicht vorbei, es hat auf die Beweisanträge des Angeklagten hin, mit denen die Folgen der Kostendämpfungs- und Rentengesetze angegriffen wurden, z.B. als wahr unterstellt, daß diese Gesetze die Gesundheitsversorgung verschlechtern und auch den früheren Tod von Menschen herbeiführen. Es hat nicht ausschließen wollen, daß die Gesetze „materiell rechtswidrig" seien und nur mit Mühe des Gerichts konnte der Staatsanwalt dazu bewegt werden, seine Stellungnahme für Wahrunterstellung der Kenntnis und bewußten Inkaufnahme dieser Folgen durch Ehrenberg zurückzunehmen. Das Urteil erging mit der Begründung, daß der Ausruf „Schreibtischmörder" ohne erläuternden Zusatz eine „Formalbeleidigung" sei. Man muß sich das merken. Hält die schriftliche Urteilsbegründung, was die mündliche verspricht, dann könnte bei passender Gelegenheit der eine oder andere Satz nicht zuviel gesprochen sein.

Aktionen gegen Mehrwertsteuererhöhung und Lohnstopp in Dänemark



z.bag.Aarhus. Am 1. Oktober trat die von der neuen sozialdemokratischen-liberalen Regierung beschlossene Erhöhung der Mehrwertsteuer von 18 auf 20,25% in Kraft. Gleichzeitig wurde – im Zuge der EG-Harmonisierung – das Essen in den Kantinen des öffentlichen Dienstes mit Mehrwertsteuer belegt. Gegen diese Maßnahmen boykottierten in Aarhus die Studenten und Angestellten der Universität die Kantinen und die Beschäftigten in den Kantinen schlossen sich an. Am 2. Oktober war der 6. Jahrestag des Beitritts Dänemarks zur EG. Überall im Land fanden Kundgebungen und Demonstrationen und Veranstaltungen statt unter der Forderung „Raus aus der EG!". In den letzten Wochen haben 14 Gewerkschafts- und Betriebsgruppen die Aufnahme in die „Volksbewegung gegen die EG" beantragt, darunter der Typografenverband, die Gewerkschaft der Werftarbeiter und der Maschinenarbeiter, der Dachverband der Hafenarbeiter und Betriebsgruppen von Tuborg (Kopenhagen) und der Dannebrog-Werft.

Den Kapitalisten in Dänemark genügt die Mehrwertsteuererhöhung nicht. Die Regierung hat deshalb weitere Steuererhöhungen geplant (Zinsen für private Schulden können nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden) und zum Lohnverzicht aufgerufen. Dieser Angriff auf die Reproduktionsbedingungen der Volksmassen wurde mit einer breiten Streikbewegung beantwortet. In Kopenhagen (Bild) demonstrierten 20000 zum Sitz des Parlaments unter den Forderungen „Weg mit der Regierung", „Sofortige Auszahlung der eingefrorenen Teuerungszuschläge", „Keine Eingriffe der Regierung in die Tarifverhandlungen". 10000 Arbeiter streikten bis zu 24 Stunden.

US-Besatzer „Hell on wheels" in Garlstedt
r.jös. „Hell on wheels", zu deutsch „Hölle auf Rädern", nennt sich die zweite US-Panzerdivision aus Fort Hood/Texas, die am 1. Oktober ihre dritte Brigade nach Garlstedt vorausgeschickt hat.
Die Brigade ist Teil der 2nd. Armored Division (fwd). fwd ist die Abkürzung für forward, also Voraustruppe und „Speerspitze". Voraustruppe für den Kampf des US-Imperialismus mit dem Sozialimperialismus um die Weltherrschaft und für die Niederhaltung des bewaffneten Aufstandes in Westdeutschland.
In der Niederhaltung von Revolutionen haben die Gründer und Führer dieser Division Tradition. General George Smith Patton: 1914 bis 1916 war er die rechte Hand vom General Pershing bei der Niederhaltung der mexikanischen nationalen Revolution, danach erster Kommandant eines Panzercorps. 1923 wurde er in den Generalstab geholt, 1940 wurde er zum Kommandeur der 2nd. Armored Division ernannt. Nach dem Eintritt des US-Imperialismus in den Zweiten Weltkrieg befehligte er die Truppen in Marokko, Tunesien und Sizilien. 1944 hatte er den Oberbefehl über die 3. Armee, zu der

auch die „Hell on wheels" gehörte, in Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland. Diese Truppen hatten wesentlichen Anteil daran, daß am Ende des Krieges die Amerikaner über den Rhein kamen.

Der Sohn heißt auch George Smith Patton und hält, was der Name

verspricht: 1947 bis 1951 als Besatzer in Deutschland, 1953 bis 1954 in Korea, 1958 bis 1960 rechte Hand des Oberbefehlshabers der US-Streitkräfte in Euro-



pa, 1960 bis 1961 Straubing/Westdeutschland, 1962 bis 1963 Vietnam, 1968 bis 1969 wieder in Vietnam als Befehlshaber eines Regiments.
Nach der Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam wurde er nicht arbeitslos, sondern von 1975 bis 1977 Kommandeur der 2nd. Armored Division. Die einheimische Bourgeoisie von Osterholz-Scharmbeck bittet jetzt zu ihrer Aktion

„Neue Nachbarn" die Bevölkerung, „die Sache von den damit verbundenen Personen zu trennen" und die Besatzer freundlich zu empfangen. Empfangen werden sie schon mit den Parolen, die überall in der Gegend von Garlstedt ins Auge stechen: Abzug aller fremden Truppen! BRD raus aus der NATO!

„Mit diesem Besteck 81 kann man nicht essen"

z.orb. Zehn Milliarden Gulden sollen bis 1981 nach einer Vorlage „Besteck 81" der niederländischen Regierung van Acht eingespart werden: Vier Milliarden von verschiedenen Etats der Ministerien, insbesondere bei den Ministerien Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung, Bildung, zwei Milliarden durch Senkung der Beamtengehälter und vier Milliarden durch Kürzung der Sozialausgaben. Anfang Juli demonstrierten 50000 gegen die Senkung der Beamtengehälter, am 3. Oktober demonstrierten 5000 Invalide und Arbeitslose in Den Haag dagegen, daß die Sozialleistungen bis 1981 halbjährlich jeweils ein halbes Prozent unter der normalen Lohnerhöhung bleiben sollen. Sie griffen auch die 100 DM Eigenbeteiligung im Jahr für Arztbesuche an sowie die zehn DM Aufnahmegebühr pro Krankenhausaufenthalt.

Am 10. Oktober fand eine Demonstration von verschiedenen Arbeitslosenkomitees in Den Haag statt. Sie hatten in den letzten Wochen Unterschriften gegen das Sparprogramm der Regierung gesammelt unter dem Motto: „Mit diesem Besteck 81 können wir nicht essen." Die Unterschriften sind nach der Demonstration dem Vorsitzenden der Zweiten Kammer (Parlament) überreicht worden. Alle Demonstrationen sind von den beiden größten Gewerkschaftsverbänden unterstützt worden. Im Parlament kracht es auf allen Seiten: Die sozialdemokratische Opposition hat ein Alternativprogramm 81 vorgeschlagen. „Der Volkskrant" vom 12.10. kommentiert das Debakel: „Wer bezahlt zugunsten der Arbeitsbeschaffung, die Arbeitenden (mehr Maßhalten beim Einkommen) oder diejenigen, die angewiesen sind auf Sozialleistungen?"

Bourgeoisie gegen „Verholzung der Personalstruktur"

Die Mehrzahl der Assistenten soll rausfliegen

r.hep. In den Empfehlungen des Wissenschaftsrats (vom 11.11.1977) steht der Kernsatz: „Der Wissenschaftsrat steht auf dem Standpunkt, daß, bezogen auf das gesamte wissenschaftliche Personal der Hochschulen, eine Veränderung des Verhältnisses zwischen Zeit- und Dauerkräften zugunsten der letzteren binnen kurzem zu einer vollständigen Verholzung der Personalstruktur, zur Anpassungsunfähigkeit der Hochschulen an neuere Entwicklungen und jedenfalls auf längere Sicht zu einem Qualitätsverlust in Forschung und Lehre führen würde." Die „neuere Entwicklung" besteht darin, daß das westdeutsche Finanzkapital seit Ende der 60er Jahre mit einer Waren- und Kapitalexportoffensive ohnesgleichen versucht, gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten Boden zu gewinnen. Eine wesentliche Grundlage dieser Offensive bildet die Verschärfung der Ausbeutung und Senkung der Lohnstückkosten durch die umfassende Unterwerfung von Wissenschaft und Technik unter die Zwecke der Profitproduktion. Diesem Ziel dient die zentralisierte Durchsetzung der imperialistischen Hochschulreform durch das Hochschulrahmengesetz sowie die damit verbundene Reorganisation der Personalstruktur.

Wie soll die neue Personalstruktur verwirklicht werden? In Niedersachsen sollen von 3110 Assistenten angeblich 200 auf Professorenstellen übergeleitet werden. Weitere 900 Assistenten sollen in befristete Stellen als Hochschulassistenten übernommen werden. Die übrigen 2000 werden nach dem Auslaufen ihrer Verträge schrittweise entlassen. Über 80 niedersächsische Assistenten haben in einer Zeitungsanzeige vom 15.7. 1978 die Zeit- und Kettenverträge und diese Planungen des Dienstherren angegriffen und gefordert: „Übernahme aller Assistenten in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Ausgestaltung der Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter grundsätzlich als unbefristete Arbeitsverhältnisse."

Seit Semestern war von vielen Assistenten der Kampf für unbefristete Normalarbeitsverträge (auf Basis des uneingeschränkten BAT) geführt worden. Die sozialdemokratische GEW-Führung hat die Spaltung betrieben, als sie auf der Hauptversammlung 1977 die Parole „Alle Assistenten sollen Professoren werden" plazieren ließ. Objektiv hat dies die Bewegung gegen die Zeitverträge geschwächt und der Reaktion einen erfolgreichen Gegenschlag ermöglicht. Per Erlaß vom 14.8.1978 hat das Nds. Ministerium für Wissenschaft und Kunst (MWK) festgelegt, daß alle freiwerdenden Assistentenstellen in der Regel nur noch befristet auf vier Jahre mit wissenschaftlichen Mitarbeitern – also jenen rechtlosen, vollständig weisungsgebundenen Lakaien der Professoren (nach NHG § 65) – besetzt werden sollen; sodann: „Der Abschluß eines befristeten Vertrages mit Personen, die bereits als wissenschaftliche Assistenten im Beamtenverhältnis auf Widerruf stehen oder gestanden haben, ist unzulässig."

Die von der Bourgeoisie gewünschte Verlaufsform der Zerschlagung der Bewegung gegen die Zeitverträge läuft unter dem Stichwort „Überleitung". Am Beispiel der Universität Osnabrück: Für ca. 120 Assistenten werden 61 Hochschulassistentenstellen „in Aussicht gestellt"; ein halbes Dutzend habilitierter und allseitig „bewährter" Assistenten will sich Wissenschaftsminister Pestel persönlich für Professorenstellen aussuchen. Der Rest soll rausfliegen. Aber wer? Wer „neben den allgemeinen beamtenrechtlichen Voraussetzungen eine Promotion von überdurchschnittlicher Qualität oder den Nachweis gleichwertiger wissenschaftlicher oder beruflicher Leistungen" (NHG § 60) nicht erbringt. Bewerbungsfrist ist der 31.1.1979, die endgültige Entscheidung soll im August 1979 fallen. Geht es nach dem Willen des MWK, dann liefern sich also bis Mitte nächsten Jahres in Niedersachsen 3000 Assistenten einen mörderischen Konkurrenzkampf um 900 Hochschulassistentenstellen. Wenn dabei einige buchstäblich auf der Strecke bleiben, so ist dies einkalkuliert. Bereits 1975 hat die von reaktionären Professoren mit hinterhältigen Gutachten und Machenschaften geschürte Konkurrenz um eine Dauerstelle an der Universität Osnabrück einen Assistenten zum Selbstmord getrieben.

Daß in diesem Wolfskampf jeder gegen jeden die Bewegung für den unbefristeten Normalarbeitsvertrag und gegen die Zeit- und Kettenverträge aufgerieben würde, ist wahrscheinlich. Um so notwendiger erscheint es, dieser „Überleitungs"-Strategie der imperialistischen Hochschulpolitiker Einhalt zu gebieten. Verbinden sich die Assistenten mit dem Kampf der besitzlosen Studentenmassen, kann das gelingen.

Bauern kämpfen gegen schlechtes Wetter

r.erm. ,,Eine gute Ernte schien zu erwarten, aber von den Menschen nicht zu versteuernde Unbill hat viele Hoffnungen zerschlagen. Kein Grund zum Jammern zwar, aber ein Hinweis darauf, daß der Mensch eben nicht alles richten und machen kann."

So wird im ,,Bauernblatt" vom 7.Oktober an einer einzigen Stelle berichtet, wie große Teile der Ernte durch das ständige regnerische Wetter im September vernichtet worden sind. Machtlos soll der Bauer gegenüber der Natur erscheinen, nicht jammern und und alles hinnehmen.

Dann wird der Bauer im ,,Bauernblatt" aber doch aufgefordert, etwas zu tun: Er soll jemand anderem eine reiche Ernte bescheren, dem Pastor, durch ein volles Haus am Erntedankfest.

Die Bauern stehen aber weder machtlos da, noch werden sie einfach die Pfaffen mästen, die sie bis in den Ruin mit dem Gebet verfolgen.

Und auch den Kampf gegen die Auswirkungen des schlechten Wetters haben sie geführt. Doch das hat seine Grenze an der klein- und mittelbäuerlichen Produktionsstruktur. Der kleine Bauer kann noch so viel Ausdauer und Geschick aufbringen: einen Mähdrescher hat er nicht, und der Lohnunternehmer fährt erst zu den großen Feldern. Auf die Art und Weise ist unverhältnismäßig mehr Getreide der kleinen Bauern verregnet, vor allem Weizen, Roggen und Sommergerste. Entweder ist das Getreide ausgeweht, bei Hafer oft der Fall, oder ausgewachsen, d.h., daß die Körner auf der Ähre anfangen zu wachsen. Das mindert die Nährstoffqualität des Getreides. Hat der Bauer Lagergetreide, dann ist dieses durch die wochenlange Nässe schon halb angefault und meist wieder grün mit Unkraut durchwachsen. Die meisten Lohnunternehmer haben sich geweigert, diese Felder zu dreschen.

Das letzte Getreide, das Anfang bis Mitte Oktober geerntet wurde, war von schlechter Qualität, zum großen Teil gekeimt, erhöhter Besatz an Verunreinigung und extrem feucht, bis zu 32% (normal ist 16% Feuchtigkeit). Obwohl dies Getreide nicht für Saat- und Ernährungszwecke taugt, zu Futterzwecken verwendbar ist, hat es Schwierigkeiten beim Landhandel und den Mühlen gegeben mit der Abnahme dieses Getreides. Deshalb hat ein Bauer aus Ohrstedt Teile seiner Sommergerste über den Mähdrescher wieder aufs Feld laufen lassen müssen.

Das Ziel des Landhandels ist, den Preis zu drücken und trotzdem dieses Korn später wieder hineinzumischen. Den Bauern wird für Verunreinigung und Trocknungskosten extrem viel abgezogen. Das Trocknen kostet im Durchlauftrockner bei der Mühle pro Durchlauf 2,70 DM. Bei 30% Feuchtigkeit sind mindestens vier Durchläufe erforderlich. Bekam ein Bauer vorher für Weizen ca. 45 DM je Doppelzentner, so können die meisten Bauern jetzt nur mit 30 DM je Doppelzentner rechnen. Die Meldungen der bürgerlichen Zeitungen dagegen lauten: ,,Gute Getreideernte zu erwarten. 10% besser als im Vorjahr." (Husumer Nachrichten vom 7.10.78) Sie sollen das Bild des satten Bauern, der nichts zu fordern hat, vermitteln.

Geringerer Kanalbaubeitrag – Gemeinderat muß Zugeständnisse machen

r.reh. Der Rat der Gemeinde Wrestedt (bei Uelzen) hat bekanntgegeben, daß der Abrechnungsmodus für die Beiträge zum geplanten Abwasserkanal geändert wird. Wir berichteten über den Kampf gegen die geplanten hohen Beiträge (siehe KVZ 36/78). Inzwischen wurde mit dem Verlegen der Druckleitungen begonnen.

Nach der neuen Regelung kommen für die meisten Bauerngrundstücke wesentlich niedrigere Kosten heraus, als es nach der ursprünglichen Berechnung der Fall gewesen wäre. Grundsätzlich wird der Kanalbaubeitrag, den die Anlieger zu zahlen haben, wie folgt errechnet: Länge des Grundstückes an der Hauptleitung in Metern, multipliziert mit der Tiefe des Grundstückes in Metern (bis maximal 50 m), multipliziert mit der Geschoßflächenzahl, multipliziert mit 7 DM pro Quadratmeter. Bei dieser Berechnungsmethode kommt für einen durchschnittlichen Bauernhof zumeist eine Summe von weit über 5000 DM heraus. Konkret errechnet sich für eine durchschnittliche Hofgröße folgende Summe: 65 m Länge mal 50 m Tiefe = 3250 qm, mal Geschoßflächenzahl (0,3) = 975 m³, mal 7 DM/m³ = 6825 DM. Bei der neuen Berechnungsmethode wird nun die heranzuziehende Grundstücksfläche auf maximal 1500 m³ begrenzt, was dann in unserem Durchschnitts-Beispiel 3150 DM zu zahlenden Beitrag bedeuten würde. Also weniger als die Hälfte.

Begründet wird diese deutliche Senkung des vorab zu zahlenden Kanalbaubeitrages vom Gemeinderat mit ,,überraschend hohen Zuschüssen", die er erhalten habe. Der wirkliche Grund ist aber der Widerstand der Bauern gegen die geplante Ausplünderung. Denn in jedem Fall hätte die Gemeinde höhere Kredite in Anspruch nehmen können, um die Baukosten abzudecken. Auch jetzt schon werden die Baukosten hauptsächlich mit Krediten und Zuschüssen finanziert, die so oder so aus den Taschen der Lohnabhängigen kommen.

450000 DM Zuschüsse und 1,3 Mio. DM Kredite aus ABM-Mitteln, also aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung, fließen in das Gesamtprojekt von 3,5 Mio. DM geplanten Kosten. 1,1 Mio. DM sollen die Hausbesitzer direkt zahlen. 650000 DM kommen aus Zuschüssen der Regierung, also aus Steuern. Die weitere Plünderung ist schon dadurch organisiert, daß die Kreditrückzahlung über die Kanalbeiträge geschieht. Was jetzt aufgrund der Änderung der vorab zu zahlenden Kanalbaubeiträge nicht in die Kasse kommt, soll dann also mit Zins und Zinseszins über die Nutzungsbeiträge und Gebühren eingezogen werden.

Die meisten Hausbesitzer – in ihrer Mehrzahl Arbeiter und Bauern – sind sich darüber klar, daß der Abwasserkanal gebraucht wird. Sie sind sich ebenfalls darüber klar, daß die Kostenbelastung zu hoch ist. Viele Einwohner haben Antrag auf Stundung der Beiträge gestellt. Aber um den Antrag zu begründen, müssen sie ihre gesamte Finanzlage, Lohn, Schulden usw. offenlegen. Viele werden aus diesem Grunde auch gar nicht erst bei der Gemeindeverwaltung einen Antrag gestellt haben und sich stattdessen mit Privatkrediten das Geld zu beschaffen versucht haben, was natürlich ihre Verschuldung erhöht.

Für die Bauern hat sich aber eines deutlich herausgestellt: Durch gemeinsames Handeln auf Grundlage der gemeinsamen Interessen der Arbeiter und Bauern lassen sich Erfolge gegen die Plünderungsmaßnahmen des Staates erzielen. Der Bauernverband hat dabei die Bauern unterstützt, indem er die Widerspruchsbegründungen formulierte und Rechtsberatung gewährte. Eine Stärkung dieser Entwicklung wird für die Fortsetzung des Kampfes gegen die Gebühren und Beiträge zum Abwasserkanal – aber gerade auch in anderen Frage – von großem Nutzen sein.

Kampf gegen Ausplünderung durch Wasseruhren

r.get. Anfang 1976 hat der Samtgemeinderat Dransfeld beschlossen, in der Mitgliedsgemeinde Scheden Wasseruhren einzubauen. Anstatt 70000 DM sollen die Schedener jetzt 280000 DM insgesamt für Wasser bezahlen, *viermal* so viel. Die gesetzliche Grundlage für diese Entscheidung ist die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO). Mit der Änderung der NGO 1974 hatten die Samtgemeinden alle öffentlichen Einrichtungen der Mitgliedsgemeinden wie Kanalisation, Wasserversorgung usw. in der Hand. Gleichzeitig besteht seitdem Benutzungs- und Anschlußzwang für alle öffentlichen Einrichtungen, womit der Staatsapparat die Marschroute für die Ausplünderung der Landbevölkerung festgelegt hat.

Ein großer Teil der über die Gebührenausplünderung der Volksmassen eingezogenen Gelder wandert vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt und damit dem Finanzkapital direkt in die Tasche. Über 700000 DM sackte das Finanzkapital 1977 aus dem Vermögenshaushalt der Samtgemeinde Dransfeld an Zinsen und fälligen Tilgungen ein.

Für 444000 DM kaufte und erschloß der Samtgemeinderat von den Geldern der Volksmassen ein Grundstück für die neuen Fabrikhallen des Kapitalisten Täfler.

Jahr	Gebühreneinnahmen von Wasser und Abwasser	davon in den Vermögenshaushalt
1974	720000	285500
1975	870000	285500
1976	910000	402000
1977	990000	650000

Die Schedener Arbeiter und Bauern führen den Kampf gegen die Ausplünderung mittels Wasseruhren. Als bei dem Gastwirt Lünemann in Scheden eine Wasseruhr eingebaut werden sollte, versammelten sich 200 Arbeiter und Bauern und verscheuchten den Gemeindedirektor samt seinem Stellvertreter. Die Staatsgewalt reagierte mit Androhung von Bußgeldern bis zu 5000 DM, um den Widerstand zu brechen.

Die Schedener haben aus dieser Niederlage vor Gericht gelernt, daß sie anders als im Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staatsapparat nichts erreichen. Deswegen wollen sie den Zusammenschluß der Volksmassen der ganzen Samtgemeinde gegen die Ausplünderung durch den Samtgemeinderat organisieren.

Südfleisch mit Atlas: Monopol auf dem Viehmarkt und Expansion

z.zik. ,,Schon seit 20 Jahren warten wir auf eine derartig gute Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen einem potenten Partner aus dem Genossen-

einer der größten privaten Fleischhändler" in der BRD. ,,Etwa ein Viertel des Geschäftsvolumens wird im Auslandsgeschäft getätigt. Schwer-

in der Hand zum Bauernlegen.
Innerhalb der EG werden für die Produkte Richtpreise errechnet, die den Großhandelspreisen entsprechen,

tung, die durch Konzentration des Kapitals und damit verbundener Rationalisierung erreicht wird, die Produktions- und Transportkosten für Fleisch

es nach der ursprünglichen Berechnung der Fall gewesen wäre. Grundsätzlich wird der Kanalbaubeitrag, den die Anlieger zu zahlen haben, wie folgt errechnet: Länge des Grundstückes an der Hauptleitung in Metern, multipliziert mit der Tiefe des Grundstückes in Metern (bis maximal 50 m), multipliziert mit der Geschoßflächenzahl, multipliziert mit 7 DM pro Quadratmeter. Bei dieser Berechnungsmethode kommt für einen durchschnittlichen Bauernhof zumeist eine Summe von weit über 5000 DM heraus. Konkret errechnet sich für eine durchschnittliche Hofgröße folgende Summe: 65 m Länge mal 50 m Tiefe = 3250 qm, mal Geschoßflächenzahl (0,3) = 975 m³, mal 7 DM/m³ = 6825 DM. Bei der neuen Berechnungsmethode wird nun die heranzuziehende Grundstücksfläche auf maximal 1500 m³ begrenzt, was dann in unserem Durchschnitts-Beispiel 3150 DM zu zahlenden Beitrag bedeuten würde. Also weniger als die Hälfte.

Begründet wird diese deutliche Senkung des vorab zu zahlenden Kanalbaubeitrages vom Gemeinderat mit ,,überraschend hohen Zuschüssen", die er erhalten habe. Der wirkliche

450000 DM Zuschüsse und 1,3 Mio. DM Kredite aus ABM-Mitteln, also aus den Geldern der Arbeitslosenversicherung, fließen in das Gesamtprojekt von 3,5 Mio. DM geplanten Kosten. 1,1 Mio. DM sollen die Hausbesitzer direkt zahlen. 650000 DM kommen aus Zuschüssen der Regierung, also aus Steuern. Die weitere Plünderung ist schon dadurch organisiert, daß die Kreditrückzahlung über die Kanalbeiträge geschieht. Was jetzt aufgrund der Änderung der vorab zu zahlenden Kanalbaubeiträge nicht in die Kasse kommt, soll dann also mit Zins und Zinseszins über die Nutzungsbeiträge und Gebühren eingezogen werden.

Die meisten Hausbesitzer – in ihrer Mehrzahl Arbeiter und Bauern – sind sich darüber klar, daß der Abwasserkanal gebraucht wird. Sie sind sich ebenfalls darüber klar, daß die Kostenbelastung zu hoch ist. Viele Einwohner haben Antrag auf Stundung der Beiträge gestellt. Aber um den Antrag zu begründen, müssen sie ihre gesamte Finanzlage, Lohn, Schulden usw. offenlegen. Viele werden aus diesem Grunde auch gar nicht erst bei der Gemeindeverwaltung einen Antrag gestellt haben und sich stattdessen mit Privatkrediten das Geld zu beschaffen versucht ha-

Kampf gegen Ausplünderung durch Wasseruhren

r.get. Anfang 1976 hat der Samtgemeinderat Dransfeld beschlossen, in der Mitgliedsgemeinde Scheden Wasseruhren einzubauen. Anstatt 70000 DM sollen die Schedener jetzt 280000 DM insgesamt für Wasser bezahlen, viermal so viel. Die gesetzliche Grundlage für diese Entscheidung ist die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO). Mit der Änderung der NGO 1974 hatten die Samtgemeinden alle öffentlichen Einrichtungen der Mitgliedsgemeinden wie Kanalisation, Wasserversorgung usw. in der Hand. Gleichzeitig besteht seitdem Benutzungs- und Anschlußzwang für alle öffentlichen Einrichtungen, womit der Staatsapparat die Marschroute für die Ausplünderung der Landbevölkerung festgelegt hat.

Ein großer Teil der über die Gebührenausplünderung der Volksmassen eingezogenen Gelder wandert vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt und damit dem Finanzkapital direkt in die Tasche. Über 700000 DM sackte das Finanzkapital 1977 aus dem Vermögenshaushalt der Samtgemeinde Dransfeld an Zinsen und fälligen Tilgungen ein.

Für 444000 DM kaufte und erschloß der Samtgemeinderat von den Geldern der Volksmassen ein Grundstück für die neuen Fabrikhallen des Kapitalisten Täfler.

Jahr	Gebühreneinnahmen von Wasser und Abwasser	davon in den Vermögenshaushalt
1974	720000	285500
1975	870000	285500
1976	910000	402000
1977	990000	650000

Die Schedener Arbeiter und Bauern führen den Kampf gegen die Ausplünderung mittels Wasseruhren. Als bei dem Gastwirt Lünemann in Scheden eine Wasseruhr eingebaut werden sollte, versammelten sich 200 Arbeiter und Bauern und verscheuchten den Gemeindedirektor samt seinem Stellvertreter. Die Staatsgewalt reagierte mit Androhung von Bußgeldern bis zu 5000 DM, um den Widerstand zu brechen.

Die Schedener haben aus dieser Niederlage vor Gericht gelernt, daß sie anders als im Zusammenschluß gegen den bürgerlichen Staatsapparat nichts erreichen. Deswegen wollen sie den Zusammenschluß der Volksmassen der ganzen Samtgemeinde gegen die Ausplünderung durch den Samtgemeinderat organisieren.

Präsident Jawara, auf der Tagung der CILSS vom 25. – 29. September in der Hauptstadt Nigers, Niamey. Die Sahelstaaten Mali, Mauretanien, Niger, Tschad, Senegal, Obervolta, Gambia und Kapverde haben 1972 die CILSS gegründet, um gemeinsam die Hinterlassenschaften des kolonialistischen Raubbaus an der Natur zu bekämpfen und die landwirtschaftliche Nutzbarmachung der Sahelregion zu organisieren (s. KVZ 32/78). Auf der Tagung wurde ein Schwerpunktprogramm mit 70 regionalen und einzelstaatlichen Projekten beschlossen. Vor allem wird die Getreideproduktion entwickelt, um bis 1982 die Selbstversorgung bei Hirse, Sorghum und Reis zu sichern. Ausbildungsstätten für landwirtschaftliches Personal werden eingerichtet, um die Ressourcen ohne fremde Einmischung zu fördern. Grundlegend für die Entwicklung der Getreideproduktion ist die umfassende Nutzung der Wasserreserven. Brunnen zur Ausschöpfung des Grundwassers werden angelegt. Nach dem Vorbild der von Mali, Senegal und Mauretanien gemeinsam organisierten Nutzbarmachung des Senegalflusses haben im Sommer Senegal und Gambia die gemeinsame Nutzung des Gambiaflusses vereinbart. Im August hat sich Guinea, wo der Gambiafluß entspringt, der Organisation angeschlossen. Drei Staudämme werden errichtet, wodurch mehr als 1 Mio. ha. Ackerland bewässert werden und die Elektrizitätsversorgung der Sahelstaaten gesichert wird.

Südfleisch mit Atlas: Monopol auf dem Viehmarkt und Expansion

z.zik. ,,Schon seit 20 Jahren warten wir auf eine derartig gute Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen einem potenten Partner aus dem Genossenschafts- und aus dem privaten Bereich in unserer Branche", äußerte sich Reindl, Vorstandsmitglied der Südfleisch/Südvieh-Gruppe nach erfolgtem Zusammenschluß zwischen der Atlas-Frigaliment-Gruppe (München-Grünwald) und der Südfleisch/Südvieh/Lutz-Gruppe Ende September. (Handelsblatt, 1.10.)

Ziel des Zusammengehens sei ,,vor allem ihr Auslandsgeschäft an(zu)kurbeln". Reindl hat Grund zum Feiern. Mit dieser Konzentration ist ein Kapital zusammen, das sich sehen lassen kann.

Die Südfleisch/Südvieh/Lutz-Gruppe ist mit 2,2 Milliarden DM Umsatz (1977) der größte westdeutsche Konzern in der Branche, und umfaßt sowohl den Viehhandel, den Schlachthofbereich als auch die Fleisch-Weiterverarbeitung. Die Südvieh ist mit 35% Marktanteil der größte Viehhändler in Bayern, Baden, der Pfalz und Saarland und unterhält in Tirol und Padua eigene Tochtergesellschaften.

Die Südfleisch ist zweitgrößter Schlachthofkonzern in der BRD mit einem Umsatz von 1,3 Milliarden Mark 1977. Die Lutz KG ist eine der größten Fleisch- und Wurstfabriken in Westdeutschland. Die Gruppe ist Teil der Zentralgeschäftsanstalten des Bayerischen Raiffeisenverbandes und steht in einer Reihe mit BayWa (4,7 Milliarden Umsatz 1977) und der Bayerischen Raiffeisen-Zentralbank (Umsatz 7,5 Milliarden). Zusammen kontrollieren sie den Agrarkredit und den gesamten Agrarwarenhandel Bayerns.

Die ,,Atlas Frigaliment ist mit einem Jahresumsatz von 350 Millionen Mark einer der größten privaten Fleischhändler" in der BRD. ,,Etwa ein Viertel des Geschäftsvolumens wird im Auslandsgeschäft getätigt. Schwerpunkte sind dabei Drittländer, wie z.B. der Nahe Osten." (Handelsblatt, 1.10.) Die Atlas Frigaliment ist mit 51% an der YANO beteiligt, dem Alleinvertreter für Vieh, Fleisch und Fleischkonserven aus Polen. Die anderen 49% werden von der staatlichen polnischen Handelsgesellschaft Animex gehalten.

Für die Expansion auf dem Fleischmarkt von Drittländern, die nicht in der EG sind, ist grundlegend neben der Erhöhung der Schlagkraft im Handel und in der Verarbeitung die weitere Konzentration der landwirtschaftlichen Produktion selbst mittels Ruinierung der kleinen und mittleren Bauern. Dazu müssen die Erzeugerpreise gewaltig gesenkt werden.

Bereits von 1977 auf 78 sind die Erzeugerpreise für Rind- und Schweinefleisch zwischen 0,7% und 1,3% gesunken. Im Verhältnis zu den Preisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel sind die Erzeugerpreise für tierische Produkte bereits beträchtlich zurückgefallen. 1977 war der Erzeugerpreisindex mit durchschnittlich 136,1 Punkten um 15 Indexpunkte hinter den Einkaufspreisen für landwirtschaftliche Betriebsmittel (auf der Basis von 1970 = 100 Punkten) zurück.

Aber im Verhältnis zu den Weltmarktpreisen sind die Erzeugerpreise in der BRD für Fleisch noch um über ein Drittel höher. So kosteten 1977 100 kg Rind (Lebendgewicht) zum Welthandelspreis ca. 256 DM, während auf den bayerischen Schlachtviehmärkten dafür im Schnitt 344 DM bezahlt wurden.

Mit der EG-Agrarpreispolitik haben die Fleischmonopole das Hauptmittel in der Hand zum Bauernlegen.

Innerhalb der EG werden für die Produkte Richtpreise errechnet, die den Großhandelspreisen entsprechen, gegenüber Drittländern werden bei Importen Schwellenpreise errechnet, die auf die Richtpreise hinauslaufen. Darüber werden Länder wie Italien, das nur knapp über 40% den Bedarf an Rindfleisch selbst decken kann, einer gewaltigen Ausplünderung unterworfen. Es muß zum Schwellenpreis kaufen und die Differenz zum Weltmarktpreis an die EG-Kasse abführen. Dagegen hat Italien zusammen mit den Ländern der Dritten Welt auf der Weltfleischkonferenz die Öffnung des EG-Marktes für Fleischimporte gefordert.

Gegenüber den Bauern wird für jedes Produkt ein Interventionspreis festgelegt, der niedriger ist als der Richtpreis und der als Gesamtpreis für die EG-Bauern zählt. Über die Erhöhung oder Senkung der Interventionspreise betreiben die EG-Imperialisten die Ausrichtung der landwirtschaftlichen Produktion in der EG. Erhöhung der Interventionspreise für ein Produkt hat zur Folge, daß den Bauern ein gesichertes Einkommen in Aussicht gestellt wird und sie dazu gebracht werden, für die Produktion solcher Produkte zu investieren. Regelmäßige Folge ist nach einer gewissen Zeit ein Überangebot dieser Produkte, woraufhin der Interventionspreis wieder gesenkt wird und die Bauern massenhaft ruiniert werden können. Das ist zur Zeit bei der Schweineproduktion der Fall. Die Interventionspreise für Rinder wurden Anfang 1978 erneut erhöht und sollen genau diese Wirkung haben.

Gleichzeitig werden alle Schritte unternommen, um durch Zentralisierung der Schlachtviehmärkte und der Schlachthöfe und durch Erhöhung der Produktivkraft in der Fleischverarbeitung, die durch Konzentration des Kapitals und damit verbundener Rationalisierung erreicht wird, die Produktions- und Transportkosten für Fleisch zu senken, den bäuerlichen Produzenten ein Monopol gegenüberzustellen und so Druck auf den Erzeugerpreis auszuüben.

Die Südvieh/Südfleisch-Gruppe hat bereits 1977 für 26 Millionen Mark investiert und plant für 1978 und 79 weitere 75 Millionen an Investitionen, hauptsächlich für Rationalisierung. Schwerpunkt dabei ist der Ausbau der Schlachthöfe. 8 Millionen werden in die Erweiterung des Schlachthofes Augsburg investiert, 2 Millionen in Cham, 4,5 Millionen für die Erweiterung des Schlachthofes in Kempten, der ,,als erster kommunaler Schlachthof in Bayern privatisiert" wurde. Die Bauern werden den Preis nehmen müssen, den ihnen der Fleischkonzern zahlt, sind erst einmal die kleinen Schlachthöfe geschlossen. Dazu werden ihnen die Kosten für die längeren Anfahrtswege aufgehalst. Die bayerische Staatsregierung hat seit 1976 versucht, die Schlachthöfe zu zentralisieren, ist dabei aber am Widerstand der Bauern gescheitert. ,,Die bisherige Entwicklung hat gezeigt, daß die Gemeinden... nicht zur Stillegung ihrer Schlachtanlagen bereit sind. In Bayern bestanden vor 10 Jahren 86 öffentliche Schlachthöfe; nur 4 davon wurden bisher endgültig geschlossen". (Bayerischer Agrarbericht 1978)

Die Zentralisierung und Konzentration in der Fleischbranche beschleunigt gleichzeitig den Ruin des Fleischerhandwerks, das in der Konkurrenz mit der industriellen Fleischverarbeitung unterliegt. Die Zahl der Handwerksbetriebe im bayerischen Nahrungsmittelhandwerk ist seit 1976 um 16% zurückgegangen.

USA: Holz- und Forstarbeiter im Streik

z.gek. Über 28000 Arbeiter in der Holz- und Papierindustrie und Waldarbeiter im gesamten Nordwesten der USA stehen seit Anfang Juli im Streik für Lohnerhöhungen. 28 Sägewerke und Fabriken der ,,großen Sechs", der sechs Monopole in der Holzindustrie an der Westküste, liegen seither still. Da die Kapitalisten bisher kein Angebot unterbreitet haben, das verhandelt werden kann, haben die Holz- und Forstarbeiter Ende September beschlossen, mit ,,fliegenden Streikposten" andere kleine Werke, die gegenwärtig nicht in Tarifverhandlungen stehen, zu schließen. Das ist gelungen. Entsprechend einer eisernen Regel der Arbeiterbewegung in den USA haben die Arbeiter dieser Fabriken die Ketten der ,,fliegenden Streikposten" nicht überschritten und sind damit aus Solidarität ebenfalls in den Streik getreten. Weitere 40 Werke mit über 9000 Arbeitern liegen seither still. Die Kapitalisten haben daraufhin alle Verhandlungen abgebrochen und wollen durch ein Gericht klären lassen, daß ,,die Weigerung der Arbeiter, die Streikposten-Ketten zu überqueren, illegal ist".

Sahelstaaten: Bis 1982 Selbstversorgung mit Getreide

z.rua. ,,Wir wollen nur finanzielle Hilfe, die uns befähigt, uns selbst zu helfen." Dies erklärte der Vorsitzende des Interstaatlichen Komitees des Kampfes gegen die Dürre in der Sahel (CILSS), Gambias Präsident Jawara, auf der Tagung der CILSS vom 25. – 29. September in der Hauptstadt Nigers, Niamey. Die Sahelstaaten Mali, Mauretanien, Niger, Tschad, Senegal, Obervolta, Gambia und Kapverde haben 1972 die CILSS gegründet, um gemeinsam die Hinterlassenschaften des kolonialistischen Raubbaus an der Natur zu bekämpfen und die landwirtschaftliche Nutzbarmachung der Sahelregion zu organisieren (s. KVZ 32/78). Auf der Tagung wurde ein Schwerpunktprogramm mit 70 regionalen und einzelstaatlichen Projekten beschlossen. Vor allem wird die Getreideproduktion entwickelt, um bis 1982 die Selbstversorgung bei Hirse, Sorghum und Reis zu sichern. Ausbildungsstätten für landwirtschaftliches Personal werden eingerichtet, um die Ressourcen ohne fremde Einmischung zu fördern. Grundlegend für die Entwicklung der Getreideproduktion ist die umfassende Nutzung der Wasserreserven. Brunnen zur Ausschöpfung des Grundwassers werden angelegt. Nach dem Vorbild der von Mali, Senegal und Mauretanien gemeinsam organisierten Nutzbarmachung des Senegalflusses haben im Sommer Senegal und Gambia die gemeinsame Nutzung des Gambiaflusses vereinbart. Im August hat sich Guinea, wo der Gambiafluß entspringt, der Organisation angeschlossen. Drei Staudämme werden errichtet, wodurch mehr als 1 Mio. ha. Ackerland bewässert werden und die Elektrizitätsversorgung der Sahelstaaten gesichert wird.

Den Bauern gehört nicht, was unter ihren Äckern ist

z.evd. Der Preis des Uran ist mittlerweile so hoch, daß die Kapitalisten die Suche in Westdeutschland nach Uran seit ungefähr zwei Jahren intensivieren. Der Uranpreis war 1973 rund 34 DM pro kg, heute 150 bis 180 DM pro kg. In Bayern suchen zur Zeit Esso, Deutsche BP, Saarland Interplan, Gewerkschaft Brunhilde, Urangesellschaft mbH nach Uranvorkommen. In Tirschenreuth (Oberpfalz) wird bereits industriemäßig Uran abgebaut. Für die Suche erteilt der Staat Konzessionen, wobei es keine Vortrittsrechte gibt. Die Bauern, denen das Land gehört, ,,müssen das Schürfen auf (ihrem) Grund und Boden gestatten." (Bayerisches Berggesetz Art. 106) Das Landratsamt kann Enteignung des Grund und Bodens durchführen. Die Entschädigungssumme wird durch Sachverständige ermittelt. Der Rechtsweg gegen die Enteignung ist ausgeschlossen. (BBergG Art. 191, 198, 200) ,,Das Eigentumsrecht an Grund und Boden erstreckt sich nicht auf die nachbezeichneten Materialien..., Gold, Silber..., Uran..., Solquellen." (BBergG Art. 1) ,,Die Aufsuchung und Gewinnung bleibt dem Staate vorbehalten. (...) Die Staatsregierung ist jedoch befugt, die Erlaubnis hierzu einzelnen oder Gemeinschaften zu erteilen." (Art. 2) Bis in den Vorgarten hinein erstreckt sich die Erlaubnis. Gesucht wird in Bayern seit 1950. Die Fördermittel auf dem Rohstoffsektor der Landesregierung Bayern wurden von 350000 DM 1977 auf 2 Mio. DM 1978 angehoben. Die EG unterhält einen gesonderten Fonds dafür. Die Kriegsvorbereitungen durch Sicherung aller profitablen Energiequellen springt ins Auge.

Demonstration von 10000 Gymnasiasten am 5.10. in Paris



Ein Koordinationsausschuß der streikenden und besetzten Gymnasien im Raum Paris hatte zu dieser Demonstration aufgerufen. Das Gymnasium in Noisy-le-Sec ist seit Schulbeginn am 15. September besetzt, das Gymnasium Paul Eluard in St. Denis seit Anfang Oktober. Ein großer Teil der Lehrer und Eltern unterstützt die Streiks und Besetzungen und nimmt selbst an ihnen teil. Die meisten Forderungen richten sich gegen das Fehlen von Lehrern und den Raummangel. Die Hauptparolen der Demonstration richteten sich gegen die Auslese und Unterdrückung in der neuen Bildungsreform.

Neues Schulmitwirkungsgesetz in Nordrhein-Westfalen

z.wos. Mit einem Netz von Beamtenpflichten sollen die Vertretungsorgane der Schüler und der Eltern in Nordrhein-Westfalen durch das ,,Schulmitwirkungsgesetz" überzogen werden und selbst in Instrumente der Staatsaufsicht verwandelt werden. Vertreter der Eltern und der Schüler sowie des Lehrpersonals werden auf einer ,,Schulkonferenz" (§5) unter der Fuchtel des Schulleiters zusammengezogen. Dies sichere endlich auch ,,Eltern und Schülern mehr Mitsprache in Schulangelegenheiten" (aus einer Reklamebroschüre der Landesregierung NRW).

In Wirklichkeit werden Eltern und Schüler in dieser ,,Schulkonferenz" auf die Gesetze und Bestimmungen der Staatsgewalt festgelegt. Unter der Überschrift ,,Die Grenzen der Mitbestimmung" legt die Regierung fest: ,,Die Aufsicht des Landes über das Schulwesen bleibt unberührt". Und: ,,Die an der Mitwirkung Beteiligten sind bei ihrer Tätigkeit verpflichtet, die Rechtsvorschriften und Verwaltungsvorschriften zu beachten. Zu den Verwaltungsvorschriften gehören insbesondere die Richtlinien über den Unterricht, die Lehrpläne, die Stundentafeln..." Und im Rahmen der Gesetze, Erlasse und Richtlinien der staatlichen Schulaufsicht können die Eltern und Schüler auf der ,,Schulkonferenz" dann bei ,,Einrichtung zusätzlicher Kurse", ,,Planungen von Veranstaltungen außerhalb der Schulzeit" mitwirken – die Staatsaufsicht immer im Rücken.

Im Schulmitwirkungsgesetz ist den Schülern das politische Mandat ausdrücklich genommen. In dem §12 des Gesetzes hat die Regierung festgeschrieben: ,,Inhalt und Umfang der Mitwirkung der Schülervertretung ergeben sich aus dem Auftrag der Schule." Danach dürfen sich die Vertretungsorgane der Schüler nur noch ,,im Rahmen des Auftrags der Schule zu schulpolitischen Belangen" äußern (§12 (1)). Veranstaltungen der Schüler ,,auf dem Schulgelände oder außerhalb des Schulgebäudes" sind der Genehmigungspflicht durch den Schulleiter unterworfen, der auch die Zensur der Schülerzeitung ausübt (§12).

Mit dem ,,Schulmitwirkungsgesetz" sollen die Kämpfe der Eltern, Schüler und der Lehrer gegen das bürgerliche Schulwesen in die Bahnen der ,,Schulkonferenz" geleitet und insgesamt besser unterdrückt werden. In allen größeren Städten des Landes gab es Demonstrationen und Kampfmaßnahmen der Eltern und Schüler, die seither nicht mehr abreißen.

z.wos. Mit einem Netz von Beamtenpflichten sollen die Vertretungsorgane der Schüler und der Eltern in Nordrhein-Westfalen durch das ,,Schulmitwirkungsgesetz" überzogen werden und selbst in Instrumente der Staatsaufsicht verwandelt werden. Vertreter der Eltern und der Schüler sowie des Lehrpersonals werden auf einer ,,Schulkonferenz" (§5) unter der Fuchtel des Schulleiters zusammengezogen. Dies sichere endlich auch ,,Eltern und Schülern mehr Mitsprache in Schulangelegenheiten" (aus einer Reklamebroschüre der Landesregierung NRW).

In Wirklichkeit werden Eltern und Schüler in dieser ,,Schulkonferenz" auf die Gesetze und Bestimmungen der Staatsgewalt festgelegt. Unter der Überschrift ,,Die Grenzen der Mitbestimmung" legt die Regierung fest: ,,Die Aufsicht des Landes über das Schulwesen bleibt unberührt". Und: ,,Die an der Mitwirkung Beteiligten sind bei ihrer Tätigkeit verpflichtet, die Rechtsvorschriften und Verwaltungsvorschriften zu beachten. Zu den Verwaltungsvorschriften gehören insbesondere die Richtlinien über den Unterricht, die Lehrpläne, die Stundentafeln..." Und im Rahmen der Gesetze, Erlasse und Richtlinien der staatlichen Schulaufsicht können die Eltern und Schüler auf der ,,Schulkonferenz" dann bei ,,Einrichtung zusätzlicher Kurse", ,,Planungen von Veranstaltungen außerhalb der Schulzeit" mitwirken – die Staatsaufsicht immer im Rücken.

Im Schulmitwirkungsgesetz ist den Schülern das politische Mandat ausdrücklich genommen. In dem §12 des Gesetzes hat die Regierung festgeschrieben: ,,Inhalt und Umfang der Mitwirkung der Schülervertretung ergeben sich aus dem Auftrag der Schule." Danach dürfen sich die Vertretungsorgane der Schüler nur noch ,,im Rahmen des Auftrags der Schule zu schulpolitischen Belangen" äußern (§12 (1)). Veranstaltungen der Schüler ,,auf dem Schulgelände oder außerhalb des Schulgebäudes" sind der Genehmigungspflicht durch den Schulleiter unterworfen, der auch die Zensur der Schülerzeitung ausübt (§12).

Mit dem ,,Schulmitwirkungsgesetz" sollen die Kämpfe der Eltern, Schüler und der Lehrer gegen das bürgerliche Schulwesen in die Bahnen der ,,Schulkonferenz" geleitet und insgesamt besser unterdrückt werden. In allen größeren Städten des Landes gab es Demonstrationen und Kampfmaßnahmen der Eltern und Schüler, die seither nicht mehr abreißen.

Neues Hochschulgesetz in Niedersachsen
11 Tage in Kraft – Pestel will novellieren

z.ans. Am 11. Mai 1978 wurde ,,nach langjähriger Arbeit" (Pestel) das niedersächsische Hochschulgesetz verabschiedet. Gemeint hat Pestel: nach langjährigem Hin- und Hergezerre zwischen zwei Vorlagen der ehemaligen SPD-Regierung, einem Entwurf der FDP und schließlich einem Entwurf der CDU/FDP-Regierung. Die FDP hatte daran die ,,Koalitionsfrage" gestellt. Alle Entwürfe wurden von den niedersächsischen Studentenschaften abgelehnt und bekämpft.

Seit 11 Tagen ist das neue Gesetz in Kraft. Im Dezember soll es geändert werden. Ändern will die CDU die Zusammensetzung der Hochschulkonzile von einem Verhältnis 3 Professoren : 3 Studenten : 2 wissenschaftliche Mitarbeiter : 2 sonstiges Personal, auf 7 : 2 : 2 : 2. Das politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft soll ,,ausdrücklich gestrichen" werden. (Nach: Göttinger Tageblatt) Es ändert sich nichts am reaktionären Charakter dieses Hochschulgesetzes. Das politische Mandat der Studentenschaft ist nach diesem Gesetz verboten, und die Grenze des ,,hochschulpolitischen Mandats" ist ausdrücklich von Pestel in der Präambel des Gesetzes betont. Aufgabe der Konzile ist es, ,,Empfehlungen zu allen Aufgaben der Hochschule zu beschließen". (NHG) Entscheiden tut ausschließlich der Minister. Daran ändern weder 3 noch 7 Professoren im Konzil etwas. Warum soll es dann ,,novelliert" werden?

Pestel: ,,Soll das Reformwerk zum Nutzen aller gelingen, müssen Bereitschaft und Fähigkeit wachsen, gemeinsame Lösungen gerade auch da zu finden, wo die Interessen als gegensätzlich empfunden werden." – Gelegenheit für die Schaukelpolitik von Reformisten soll geschaffen werden. Die SPD zur Ankündigung Pestels: ,,Die Änderung ist ein Fußtritt gegen die FDP, nachdem sie aus dem Landtag ist." Gezeter der Jusos und der ,,Liberalen" soll beginnen, daß man die ,,schwarze Reaktion" mit der SPD und FDP bekämpfen müsse, für Mitbestimmung! Beteiligung der Verfaßten Studentenschaft an der Ausarbeitung der imperialistischen Studienreform benötigt Pestel.

Deswegen die Ankündigung der ,,Novellierung" bis Dezember. Fraglich ist, ob das Manöver gelingt. Die Konferenz niedersächsischer Studentenschaften hat schon vor Inkrafttreten des NHG beschlossen, daß den gegensätzlichen Interessen zwischen den Studentenmassen und dem imperialistischen Staatsapparat entsprochen wird: Nichtbeteiligung an den Abstimmungen in den Kommissionen, imperatives Mandat für den studentischen Vertreter.

BAFöG-Pläne der Regierung

BAFöG-Zahlung im Berufsgrundbildungsjahr, Einfrieren des BAFöG-Höchstsatzes und des Elternfreibetrages bis Herbst 1979

z.gug. In dem bundesweiten Streik der Studenten im Wintersemester 1977/78 ist es den Studenten nicht gelungen, die Forderungen nach einem Ausbildungs- und Tarifvertrag, nach Erhöhung des Elternfreibetrages des BAFöG auf 1500 DM und die Anhebung des ausgezahlten BAFöG um 100 DM durchzusetzen. Sie müssen aber durchgesetzt werden angesichts der Lage der den BAFöG-Bestimmungen unterliegenden Jugendlichen und den Plänen der Bourgeoisie.

Am 28. September hat der Bundestag das von der Bundesregierung vorgelegte 5. BAFöG-Änderungsgesetz in erster Lesung beraten; zu dem in Kürze zu erwartenden 6. Änderungsgesetz hat Bildungsminister Schmude einige vorbereitende Ausführungen gemacht.

Mit dem 5. BAFöG-Änderungsgesetz sollen Jugendliche im Berufsgrundbildungsjahr rückwirkend ab dem 1. August 1978 dem BAFöG unterworfen werden. Es ist ein von den Sozialdemokraten ausgelegter Köder, mit dem neben der Ausdehnung der BAFöG-Anwendung das verhaßte Berufsgrundbildungsjahr, mit dessen Hilfe die Berufsschulpflicht beseitigt, der Jugendliche zum preiswerten Lohnarbeiter ,,ausgebildet" und den Kapitalisten kostenlose Arbeitskraft während des Berufsgrundbildungsjahres garantiert wird, durchzusetzen.

Die Jugendlichen sind gegen das Berufsgrundbildungsjahr, weshalb die Regierung und die Kapitalisten nicht die Zahl der Jugendlichen da hineinpressen konnten, wie sie es gewünscht hatten. Viele Jugendliche brechen darüberhinaus diese ,,Grundbildung" ab (vergl. KVZ Nr. 39). Mit der BAFöG-Zahlung erhofft die Regierung die Haltung ,,Besser Berufsgrundbildungsjahr und ein paar Kröten auf der Hand, als gar nichts tun und keinen Pfennig auf der Naht" unter den Jugendlichen zu bewirken. Greift der Gedanke, dann werden die Zahlungen eingestellt. Das Gesetz ist bis 1981 begrenzt. Dazu die Abgeordneten Daweke und Wehner in einem Wortgeplänkel im Bundestag:

,,Daweke (CDU/CSU): ‚Außerdem ist ja 1980 die Bundestagswahl. Dann hat man erst einmal bis dahin eine Förderung gemacht. Dann kommt 1981 und dann reden wir neu darüber.‘

Wehner (SPD): ‚Sie merken aber doch auch alles!‘

‚Ich bedanke mich für die Einschätzung. Die wurde mir gestern im Ausschuß übrigens von Ihren Parteifreunden schon bestätigt, Herr Wehner, daß ich das gemerkt habe. Die kriegten dann auch solche Köpfe dabei.‘

(Wehner: ‚Und jetzt sind sie schon wieder unvorsichtig.‘)"

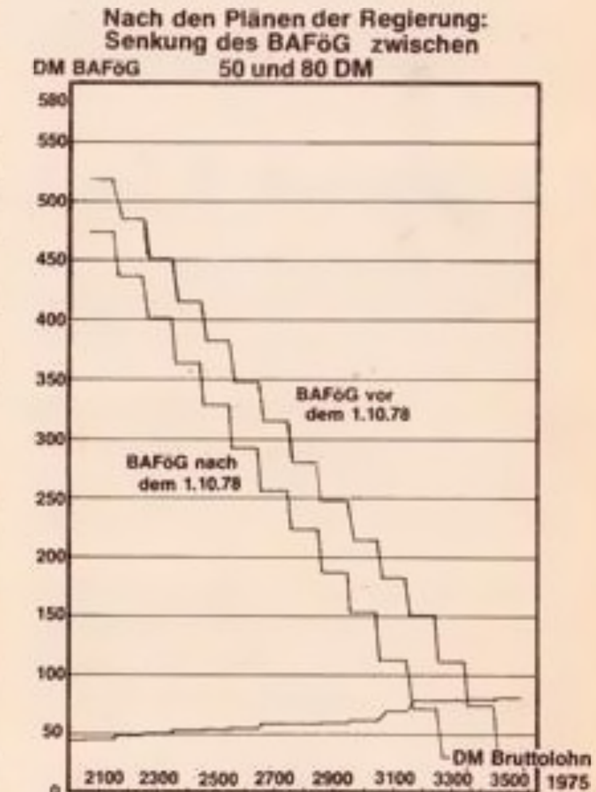
Diesen von den Sozialdemokraten ausgelegten Köder für das Berufsgrundbildungsjahr hat die Regierung, was die Geldseite betrifft, sich schon im voraus zusammengeraubt durch die geringfügige Anhebung des Elternfreibetrages im letzten Jahr auf 1130 DM. Dazu nochmals der BAFöG-Spezialist der CDU/CSU-Fraktion Daweke:

,,... daß Sie, weil diese Freibetragsregelung so ist, wie sie jetzt noch gestaltet ist, ständig sehr hohe Haushaltsreste haben. Das geht in die -zig Millionen, die in Ihrem Etat ständig übrigbleiben. Sie hätten also aus diesen Resten, wenn Sie die Freibetragsregelung nicht ändern wollen, spielend auch das BGJ z.B. im BAFöG finanzieren können."

Hat die Bourgeoisie diese großartige BAFöG-Änderung unter Dach und Fach – im Bundesrat soll sie am 20. Oktober verabschiedet werden – folgt, was Bildungsminister Schmude, der im Parlament vom ,,Macher" als ,,Steher" bezeichnet wird, ausführt:

,,Ich möchte nun die Gelegenheit benutzen, um kurz auf die weitere Entwicklung im Bereich der Ausbildungsförderung einzugehen... Ohne der Beschlußfassung der Bundesregierung vorzugreifen, kann ich schon jetzt erklären: Die Bundesregierung wird in ihrem Bemühen um Verbesserung des Rechts der Ausbildungsförderung und der Leistungen fortfahren. Mit der 6. Novelle wird die Bundesregierung versuchen, notwendige *strukturelle Änderungen in der Ausbildungsförderung* mit der *Anpassung der Leistungen zum Herbst 1979* zu verbinden, um dem Gesetzgeber die Entscheidungen zu erleichtern. Es wird also nicht eine 6. und dann noch eine 7. Novelle, sondern nur eine 6. Novelle geben, die beide Bereiche zusammenfaßt."

Neben der Senkung des BAFöG ab 1. Oktober 1978, die die Verschiebung der Anpassung auf den Herbst 1979 bedeutet, trachtet die Bourgeoisie danach, ein System zu schaffen, das mit vielerlei Hebeln versehen, ähnlich wie die Rentengesetzgebung, die ständige Ausweitung in der Ausplünderung der lohnabhängigen Massen und die Senkung der Bezahlung der in Ausbildung stehenden Arbeitskraft ermöglicht und die zwangsweise und weitaus zu niedrige vom Staat diktierte Bezahlung der Arbeitskraft gegen die Tarifhoheit verewigen soll. Die konkreten Pläne dazu will der dafür stehende Bildungsminister noch in diesem Jahr vorlegen.



Das Schaubild zeigt, was der Student an BAFöG bisher erhalten hat (obere Kurve), was er erhält, wenn die Regierung nicht, wie sie es geplant hat, den Elternfreibetrag und das BAFöG erhöht (untere Kurve), und sie zeigt die absolute Senkung des BAFöG nach dem 1. Oktober 1978, wenn die BAFöG-Sätze unverändert bleiben. Die Berechnung ist durchgeführt nach den Bestimmungen des BAFöG-Gesetzes, die eingetragenen Bruttolöhne für 1976 legen die Lohnerhöhung von Metall Baden-Württemberg zugrunde, Steuerklasse III, und in der Familie befinde sich ein weiteres Kind unter 15 Jahren. Daß die Senkung bei den höheren Löhnen höher wird, ergibt sich daraus, daß prozentige Lohnerhöhungen in den höheren Lohnstufen höher ausfallen als in den unteren.

Schüler des Abendgymnasiums Frankfurt seit 2 Wochen im Streik
Schulaufsicht brütet über ,,dauerhafter Lösung"
z.her. Seit zwei Wochen stehen die Schüler des Abendgymnasiums Frankfurt Elisabethenschule im Streik. Sie kämpfen für die Forderungen nach einer gemeinsamen Schule für alle Abendgymnasiasten, nach Aufhebung des Aufnahmestopps, Beibehaltung des Nachmittagsunterrichts, Entfernung der Lehrer Bloemker und Preiss-

die Zahl der Jugendlichen da hineinpressen konnten, wie sie es gewünscht hatten. Viele Jugendliche brechen darüberhinaus diese ,,Grundbildung" ab (vergl. KVZ Nr. 39). Mit der BAFöG-Zahlung erhofft die Regierung die Haltung ,,Besser Berufsgrundbildungsjahr und ein paar Kröten auf der Hand, als gar nichts tun und keinen Pfennig auf der Naht" unter den Jugendlichen zu bewirken. Greift der Gedanke, dann werden die Zahlungen eingestellt. Das Gesetz ist bis 1981 begrenzt. Dazu die Abgeordneten Daweke und Wehner in einem Wortgeplänkel im Bundestag:
,,Daweke (CDU/CSU): ‚Außerdem ist ja 1980 die Bundestagswahl. Dann hat man erst einmal bis dahin eine Förderung gemacht. Dann kommt 1981 und dann reden wir neu darüber.‘
wicklung im Bereich der Ausbildungsförderung einzugehen... Ohne der Beschlußfassung der Bundesregierung vorzugreifen, kann ich schon jetzt erklären: Die Bundesregierung wird in ihrem Bemühen um Verbesserung des Rechts der Ausbildungsförderung und der Leistungen fortfahren. Mit der 6. Novelle wird die Bundesregierung versuchen, notwendige strukturelle Änderungen in der Ausbildungsförderung mit der Anpassung der Leistungen zum Herbst 1979 zu verbinden, um dem Gesetzgeber die Entscheidungen zu erleichtern. Es wird also nicht eine 6. und dann noch eine 7. Novelle, sondern nur eine 6. Novelle geben, die beide Bereiche zusammenfaßt."
Neben der Senkung des BAFöG ab 1. Oktober 1978, die die Verschiebung
Das Schaubild zeigt, was der Student an BAFöG bisher erhalten hat (obere Kurve), was er erhält, wenn die Regierung nicht, wie sie es geplant hat, den Elternfreibetrag und das BAFöG erhöht (untere Kurve), und sie zeigt die absolute Senkung des BAFöG nach dem 1. Oktober 1978, wenn die BAFöG-Sätze unverändert bleiben. Die Berechnung ist durchgeführt nach den Bestimmungen des BAFöG-Gesetzes, die eingetragenen Bruttolöhne für 1976 legen die Lohnerhöhung von Metall Baden-Württemberg zugrunde, Steuerklasse III, und in der Familie befinde sich ein weiteres Kind unter 15 Jahren. Daß die Senkung bei den höheren Löhnen höher wird, ergibt sich daraus, daß prozentige Lohnerhöhungen in den höheren Lohnstufen höher ausfallen als in den unteren.

Schüler des Abendgymnasiums Frankfurt seit 2 Wochen im Streik

Schulaufsicht brütet über ,,dauerhafter Lösung"

z.her. Seit zwei Wochen stehen die Schüler des Abendgymnasiums Frankfurt Elisabethenschule im Streik. Sie kämpfen für die Forderungen nach einer gemeinsamen Schule für alle Abendgymnasiasten, nach Aufhebung des Aufnahmestopps, Beibehaltung des Nachmittagsunterrichts, Entfernung der Lehrer Bloemker und Preissler von der Schule und Rücknahme aller Disziplinierungen gegen Lehrer und Schüler.



Auf den Streikbeschluß der Schüler hatte die Schulaufsicht mit Schließung der Schule durch die Polizei und Ankündigung eines ,,Ersatzunterrichtes für die Lernwilligen" reagiert. Sie hat damit die Streikfront der Schüler nicht zerbrechen können.

Wogegen richtet sich der Streik der Schüler?

Bei den letzten Abiturprüfungen war es der Schulaufsicht nicht gelungen, ihr erklärtes Ziel durchzusetzen; über Senkungen der Noten der schriftlichen Abiturarbeiten in Nachkorrekturen und Anordnung von 87 mündlichen Prüfungen hatte sie beabsichtigt, einen Schritt voranzukommen in der Spaltung und Auslese der Schüler. Die Schüler haben das verhindert. Bis zu fünfzig sind jeweils in die mündlichen Prüfungen gezogen und haben die Prüfer unter Druck gesetzt. Nicht ein einziger Schüler konnte so durch die Prüfung fallengelassen werden.

Alle Maßnahmen der Schulaufsicht und des Kultusministeriums gehen dahin, die Konkurrenz der Schüler untereinander voll zur Entfaltung zu bringen, die volle Wirkung des Notensystems auszukosten. Dem hatten die Schüler in vielen Streiks über die letzten Jahre hinweg gewisse Schranken gesetzt.

Auf Erlaß des Kultusministeriums wurde daraufhin ein Aufnahmestopp für die Schule verhängt, um darüber den Nachmittagsunterricht am Abendgymnasium abzuschaffen. Tagsüber volle Vernutzung der Arbeitskraft der Schüler durch die Kapitalisten, abends Ausbildung – bezahlt aus dem Lohn der Schüler, ist die dahinterstehende Absicht. Die Kurse für Anfänger am Abendgymnasium wurden an andere Schulen verlegt. In den Kursen wurde versucht, strengste Anwesenheitspflicht und schriftliche Leistungsüberprüfungen durchzusetzen. Inzwischen sind die Schüler des Abendgymnasiums an drei verschiedene Schulen im Stadtgebiet verteilt. Bei der Hetze gegen die ,,zu guten Noten am Abendgymnasium" haben sich besonders die Lehrer Bloemker und Preissler hervorgetan, weswegen sie bei den Schülern verhaßt sind.

Kultusminister Krollmann und Schuldezernent Mihm hatten auf Zermürbung des Streiks durch Hinhalten gesetzt. Über den Ersatzunterricht mit Lehrern von anderen Schulen, durchgeführt an anderen Schulen, hoffen sie sich noch durchsetzen zu können. ,,Vorrangig richte sich das Angebot an Kurse, die kurz vor dem Abitur stehen... Die Teilnahme ist dann obligatorisch", drohen sie in der ,,Frankfurter Rundschau". Es ist eine Aufforderung zum Streikbruch.

Gerade weil sich der Kampf der Schüler gegen das Notensystem und seine Auswirkungen richtet, findet er jedoch die Unterstützung an den anderen Abendgymnasien wie an den Schulen überhaupt. Fast alle Abendgymnasien in Hessen haben Solidaritätsaktionen beschlossen. Von vielen Schulen liegen Solidaritätsadressen vor und haben Schüler an der Demonstration am Samstag, 7. Oktober, teilgenommen (siehe Bild), zu der die streikenden Schüler aufgerufen hatten und zu der über 1500 gekommen waren. Am Donnerstag sind 180 Schüler vom Abendgymnasium Frankfurt, unterstützt von Schülern des Hessenkollegs Frankfurt, einer Einrichtung des Zweiten Bildungswegs, zum Stadtschulamt gezogen und haben die Forderungen der Schüler überbracht.

Die Schüler stellen sich auf einen langandauernden Kampf ein. Für Montag rufen sie zu einer Vollversammlung auf, um eine Abstimmung gegen die Durchführung des Ersatzunterrichts durchzuführen und ein Streikprogramm für die nächste Woche festzulegen.

„Ein Oberst hat Sorgenkinder“

Gejammer über die desolate Lage der NATO-Stützpunkte

z.mas. Die US-Imperialisten haben in den letzten NATO-Manövern die Bundeswehrführung regelrecht auflaufen lassen und getan, was sie wollten. Als Entschädigung für diese Blamage servierte die „Neue Osnabrücker Zeitung“ (NOZ) ihren Lesern eine Artikelserie über die Bundeswehr im Ausland. Nach dem Motto: „Wir haben aber auch einige Länder unter der Fuchtel“. Innerhalb dieser Serie verhandelt die „NOZ“ ausschließlich NATO-Stützpunkte im Mittelmeerraum. Der erste Artikel behandelt den NATO-Flugzeugstützpunkt auf Sardinien bei Decimomannu auf der Capo della Frasca. Dort braust der NATO und insbesondere der Bundeswehr, die mit 60% Nutzung des Stützpunkts am stärksten vertreten ist, starker Widerstand der sardischen Volksmassen entgegen. Nachdem sich die Bourgeoisie im ersten Teil des Artikels über die Gefährlichkeit der „Jobs“ der Soldaten ausläßt, schreiben sie, daß die NATO nebenbei beim Übungsschießen ab und zu die Kühe der sardischen Bauern abschießt. Darauf wird erklärt, daß die NATO seinerzeit das „karge“ Land von den Bauern gekauft habe. Jetzt mußte die NATO den Bauern offiziell genehmigen, ihr Vieh mit eigenem Risiko auf dem „kargen“ Land grasen zu lassen.

Entweder sind die Bauern dumm, weil sie „kargen“ Boden erst verkaufen, um dann ihr Vieh auf diesen Weiden grasen zu lassen, oder der bürgerliche Schreiberling Bringmann will uns für dumm verkaufen. Für diesen Schmierfink sind jedenfalls die Volksmassen mehr als dumm.

„Pfiffige Sarden kamen auf die Idee, daß den unliebsamen NATO-Abgesandten vielleicht dadurch beizukommen sei, indem man die Peripherie ihrer militärischen Niederlassungen besiedle. Also kaufen sich solvente Insulaner inzwischen bis an das Schießgelände heran. Und nun bedrängen sie permanent Politiker, sich für die Schließung der Range stark zu machen.“ (NOZ, 21.9.)

Die Sarden sind also flüssig und frech. Denn sie besitzen die Frechheit, auf ihre nationalen Rechte zu pochen und darauf zu bestehen, daß die NATO in ihrem Land nichts zu suchen hat.

„Den deutschen Soldaten, die für drei bis vier Jahre nach Decimomannu kommandiert werden, wird schnell bewußt, daß die Sonneninsel Sardinien ihre Schattenseiten hat. Viele Soldaten fallen der Resignation anheim. Sie verweigern die Anpassung, sie betrachten ihr Kommando als Übergangszeit, die man halt ‚abreißt‘ und damit basta. Solche Haltungsschäden sind äußerst schwer zu beheben.“ (NOZ 21. 9. 78)

Zu diesen Haltungsschäden gehört, daß die Zeitfreiwilligen, die vermittels Demagogie und Versprechungen durch die Imperialisten auf diesen NATO-Stützpunkt gekommen sind, sich nicht einmal in Uniform auf die Straße wagen können. Das wird weniger an der Sprachlosigkeit der Soldaten gegenüber den Einheimischen liegen, sondern daran, daß dem sardischen Volk wie allen Völkern nichts an der Durchsetzung der expansionistischen Ziele der Imperialisten gelegen ist. Denn wozu sind im Mittelmeerraum NATO-Stützpunkte? Um die Vorneverteidigung im Mittelmeerraum durchzusetzen?

In dem zweiten Artikel schwelgt die Zeitung von der Geschichte der deutschen Imperialisten im 2. Weltkrieg, die in Griechenland und in Kreta 1941 4465 Soldaten in einem Himmelfahrtskommando verheizen ließen. Die „NOZ“ bezeichnet dies als Tragödie und nutzloses Opfer. Damit meint sie aber nicht das Verheizen der Soldaten, sondern die Niederlagen der deutschen Imperialisten in beiden Weltkriegen. Am Ball bleiben wollen die westdeutschen Imperialisten noch immer. Denn auf Kreta haben sie über die NATO eine Raketenbasis.

Die Aussagen, die aus den Artikeln hervorstechen, wie z.B. daß die Aktivitäten der Truppen auf den Stützpunkten eingeschränkt sind, zielen darauf, die Souveränität dieser Staaten ganz zu brechen. Das versuchen die Imperialisten schon, seit es den Imperialismus gibt. Strategisch ist das Mittelmeer für die Imperialisten von größter Bedeutung, um die Schlacht um Europa, die entscheidend ist im Kampf um die Neuaufteilung der Welt, unter günstigen Bedingungen führen zu können. Das Mittelmeer ist für die Imperialisten quasi eine riesige Autobahn, auf der sie ihren Nachschub organisieren können. Den Nachschub, also Öl, Eisen und andere Rohstoffe wollen sie dabei aus den Völkern der Dritten Welt herauspressen. Für die Imperialisten ist die Erhaltung ihrer Stützpunkte von größter Wichtigkeit. Den westdeutschen Imperialisten wie allen anderen Imperialisten gelingt es immer weniger, die Völker zu spalten und zu unterdrücken. Die Mittelmeeranlieger schließen sich ja gerade um die Forderungen nach Abzug aller fremden Truppen und Auflösung aller Militärstützpunkte zusammen. Daher das Gejammer.

sen.
Entweder sind die Bauern dumm, weil sie „kargen“ Boden erst verkaufen, um dann ihr Vieh auf diesen Weiden grasen zu lassen, oder der bürgerliche Schreiberling Bringmann will uns für dumm verkaufen. Für diesen Schmierfink sind jedenfalls die Volksmassen mehr als dumm.
„Pfiffige Sarden kamen auf die Idee, daß den unliebsamen NATO-Abgesandten vielleicht dadurch beizukommen sei, indem man die Peripherie ihrer militärischen Niederlassungen besiedle. Also kaufen sich solvente Insulaner inzwischen bis an das Schießgelände heran. Und nun bedrängen sie permanent Politiker, sich für die Schließung der Range stark zu machen.“ (NOZ, 21.9.)
Die Sarden sind also flüssig und frech. Denn sie besitzen die Frechheit, auf ihre nationalen Rechte zu pochen und darauf zu bestehen, daß die NATO in ihrem Land nichts zu suchen hat.
„Den deutschen Soldaten, die für drei bis vier Jahre nach Decimomannu kommandiert werden, wird schnell bewußt, daß die Sonneninsel Sardinien ihre Schattenseiten hat. Viele Soldaten fallen der Resignation anheim. Sie verweigern die Anpassung, sie betrachten ihr Kommando
tenbasis.
Die Aussagen, die aus den Artikeln hervorstechen, wie z.B. daß die Aktivitäten der Truppen auf den Stützpunkten eingeschränkt sind, zielen darauf, die Souveränität dieser Staaten ganz zu brechen. Das versuchen die Imperialisten schon, seit es den Imperialismus gibt. Strategisch ist das Mittelmeer für die Imperialisten von größter Bedeutung, um die Schlacht um Europa, die entscheidend ist im Kampf um die Neuaufteilung der Welt, unter günstigen Bedingungen führen zu können. Das Mittelmeer ist für die Imperialisten quasi eine riesige Autobahn, auf der sie ihren Nachschub organisieren können. Den Nachschub, also Öl, Eisen und andere Rohstoffe wollen sie dabei aus den Völkern der Dritten Welt herauspressen. Für die Imperialisten ist die Erhaltung ihrer Stützpunkte von größter Wichtigkeit. Den westdeutschen Imperialisten wie allen anderen Imperialisten gelingt es immer weniger, die Völker zu spalten und zu unterdrücken. Die Mittelmeeranlieger schließen sich ja gerade um die Forderungen nach Abzug aller fremden Truppen und Auflösung aller Militärstützpunkte zusammen. Daher das Gejammer.

US-Gericht muß Bau von Besatzer-Wohnungen stoppen



Der US-amerikanischen Besatzermacht ist es in Westberlin bislang weder mit Polizeiknüppel, noch durch Anordnung per Besatzerbefehl gelungen, den Bau von Wohnungen für mehrere hundert Besatzersoldaten auf dem Düppeler Feld durchzusetzen. Der Westberliner Söldnerchef Benedict, der sich gern als Leiter der „Schutzmacht USA“ bezeichnen läßt, muß mit einer Blamage rechnen, da jetzt das amerikanische Justizministerium aufgrund eines Urteils eines Washingtoner Gerichts ihn anwies, den vorläufigen Baustopp zu verfügen. Mehr aber noch ist der Vorgang für die „Schutzmacht USA“ eine Blamage, die amerikanische Gerichte zur Regelung des Baus von Söldnerwohnungen in Europa einsetzen muß.

Kriminalpolizei handelt mit Schitt

z.anl. Die unbrauchbare Blechrasierklinge mit der Inschrift „Gewalt ist Schitt“ ist in den 6 DM einbegriffen, die man für die Schallplatte „Mach dich nicht mit Gewalt kaputt“ hinlegen muß. Die Projektleitung Kriminalpolizeiliches Vorbeugungsprogramm des Bundes und der Länder läßt Georg Danzer singen: „und solltest du ein unrecht spür'n, kämpf mit dem kopf, nicht mit der faust“. Die Jugend der Arbeiterklasse und des Volkes soll aufhören zu rebellieren, vor allem soll sie eingetrichtert kriegen, daß es zwecklos ist, an der Vorbereitung der sozialen Revolution ihrer Klasse teilzunehmen.

Darauf zielen auch die acht Anzeigen der Kriminalpolizei im DGB-Jugendmagazin „'ran“. Die Jugend der unterdrückten Klassen soll sich der Gewalt z.B. des Lehrherrn unterwerfen. Anzeige Nr. 2: „Wenn ich Knies mit dem Meister hatte, tret' ich schon mal zu. Hinterher. Den Ball. Beim Bolzen auf dem Fußballplatz.“ Mit Anzeige Nr. 3 werben die vorbeugenden staatlichen Animierdamen für den Schutz des Privateigentums: „Ich hab' Reifen gestochen. Einfach so. Jetzt, wo ich'n eigenes Gerät hab', weiß ich, wie beschissen es ist, ewig 'n Platten zu haben.“

„Ich bin kein netter polizist“, singt Danzer rostig. Das stimmt, denn er droht unverhüllt mit den Jungs von der GSG 9:

„mit einer waffe in den händen
bist du noch lang' kein großer held
du wirst durch eine waffe enden
und das verändert nicht die welt“

Eine bewußte Falschaussage des Hilfssheriffs Danzer. Richtig ist: „Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.“ (Programm des KBW)

Vogel warnt: Krieg ist kein Spiel

Die Hersteller von Kriegsspielzeug haben Bundesjustizminister Vogel zu sich gebeten, denn sie ertragen es nicht, daß auf ihre Waren zwar 12% vom Umsatz entfallen, für die westdeutschen Kapitalisten aber nur 1%. Wie also der Konkurrenz – „das meiste aus Italien, England, Fernost“ – beikommen? Etwas gewunden versprach Vogel ihnen den nächsten Krieg. Die Würde des Menschen dulde nicht „das Spiel mit Leben und Tod“. Vogel spielt nicht. Für den Ernstfall hat er die bürgerliche Presse ausgerichtet. Die „Frankfurter Allgemeine“ versichert, es habe sich „in *allen* Massenmedien eine pazifistische Meinungsstruktur durchgesetzt“. Der Vorschlag der „Süddeutschen Zeitung“: „Läßt sich statt ‚Schiffe-Versenken‘ das Spiel ‚Schiffbrüchige retten‘ verbreiten?“ Um dem „Geist jener Verfassungsbestimmung, die Angriffskriege verbietet“, zu genügen, wird Vogel, wenn Vorster oder Smith SOS über den Ozean funken, die „Rettung“ mit ein paar Fregatten sichern wollen.

Aus der Familie ins Arbeitshaus

z.bil. Der zweite Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der elterlichen Sorge ist heraus. Ein dritter Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz liegt seit ein paar Monaten vor. Es geht um das „Recht des Kindes“, sagen die Sozialdemokraten, die „elterliche Gewalt müsse gezähmt werden“. Die Christlichen halten empört am trauten Verhältnis zwischen Eltern und Kindern fest. Bekanntlich hat die kapitalistische Produktionsweise seit langem alle Familienbande zerrissen, indem sie Kinder in einfache Handels- und Arbeitsinstrumente verwandelt. Die neuen Gesetzentwürfe erleichtern diese Zurverfügungstellung der jugendlichen Arbeitskraft für die Kapitalisten in der Form der Zwangsarbeit. Dazu müssen sie den staatlichen Eingriff und die Unterdrückung der Eltern und der Kinder durch den imperialistischen Staatsapparat ausweiten.

„Das Kind soll ein förmliches Mitspracherecht erhalten“, heißt es im Entwurf zur Neuregelung der elterlichen Sorge. Tatsächlich *soll* ein Berufs- oder Bildungsberater (1. Gesetzentwurf), eine „geeignete Person oder ein Lehrer“ (2. Gesetzentwurf) die Beratung des Arbeiterjugendlichen erzwingen, wenn es um die Frage geht, wer ihn zukünftig ausbeuten darf. Der Referentenentwurf sieht die entsprechende *Durchführung* vor: Es sind die „Jugendbildungsstätten, Jugendwohnheime, Werkstätten und Labors, Übungs- und Erfahrungskurse“, in denen Gewöhnung an die Ausbeutung eingeübt wird. Was die zwangsweise Trennung der Familienbande anbelangt, so wird die Bestimmung des Aufenthaltsortes des Kindes natürlich zum „Wohl des Kindes“ ausgeübt.

„Gegen den Willen des Jugendlichen kann das Vormundschaftsgericht die Unterbringung des Jugendlichen zur Durchführung der Untersuchung anordnen... das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Unterbringungsort nicht mitgeteilt wird... der öffentliche Träger der Jugendhilfe kann die Entfernung des Jugendlichen aus der Familie herbeiführen... zum Zweck der Inobhutnahme können Beamte die Wohnung zur Tageszeit, bei Gefahr auch während der Nachtzeit betreten.“ (§§ 7, 8, 67, 32 Referentenentwurf)

Revolution ihrer Klasse teilzunehmen.
Darauf zielen auch die acht Anzeigen der Kriminalpolizei im DGB-Jugendmagazin „'ran“. Die Jugend der unterdrückten Klassen soll sich der Gewalt z.B. des Lehrherrn unterwerfen. Anzeige Nr. 2: „Wenn ich Knies mit dem Meister hatte, tret' ich schon mal zu. Hinterher. Den Ball. Beim Bolzen
du wirst durch eine waffe enden
und das verändert nicht die welt“
Eine bewußte Falschaussage des Hilfssheriffs Danzer. Richtig ist: „Solange die Bourgeoisie über bewaffnete Formationen zur Verteidigung des kapitalistischen Eigentums verfügt, wird das Proletariat die politische Macht mit Waffengewalt erkämpfen müssen.“ (Programm des KBW)
Massenmedien eine pazifistische Meinungsstruktur durchgesetzt“. Der Vorschlag der „Süddeutschen Zeitung“: „Läßt sich statt ‚Schiffe-Versenken‘ das Spiel ‚Schiffbrüchige retten‘ verbreiten?“ Um dem „Geist jener Verfassungsbestimmung, die Angriffskriege verbietet“, zu genügen, wird Vogel, wenn Vorster oder Smith SOS über den Ozean funken, die „Rettung“ mit ein paar Fregatten sichern wollen.
Aus der Familie ins Arbeitshaus
z.bil. Der zweite Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Neuregelung der elterlichen Sorge ist heraus. Ein dritter Referentenentwurf für ein neues Jugendhilfegesetz liegt seit ein paar Monaten vor. Es geht um das „Recht des Kindes“, sagen die Sozialdemokraten, die „elterliche Gewalt müsse gezähmt werden“. Die Christlichen halten empört am trauten Verhältnis zwischen Eltern und Kindern fest. Bekanntlich hat die kapitalistische Produktionsweise seit langem alle Familienbande zerrissen, indem sie Kinder in einfache Handels- und Arbeitsinstrumente verwandelt. Die neuen Gesetzentwürfe erleichtern diese Zurverfügungstellung der jugendlichen Arbeitskraft für die Kapitalisten in der Form der Zwangsarbeit. Dazu müssen sie den staatlichen Eingriff und die Unterdrückung der Eltern und der Kinder durch den imperialistischen Staatsapparat ausweiten.
„Das Kind soll ein förmliches Mitspracherecht erhalten“, heißt es im Entwurf zur Neuregelung der elterlichen Sorge. Tatsächlich soll ein Berufs- oder Bildungsberater (1. Gesetz entwurf), eine „geeignete Person oder ein Lehrer“ (2. Gesetzentwurf) die Beratung des Arbeiterjugendlichen erzwingen, wenn es um die Frage geht, wer ihn zukünftig ausbeuten darf. Der Referentenentwurf sieht die entsprechende Durchführung vor: Es sind die „Jugendbildungsstätten, Jugendwohnheime, Werkstätten und Labors, Übungs- und Erfahrungskurse“, in denen Gewöhnung an die Ausbeutung eingeübt wird. Was die zwangsweise Trennung der Familienbande anbelangt, so wird die Bestimmung des Aufenthaltsortes des Kindes natürlich zum „Wohl des Kindes“ ausgeübt.
„Gegen den Willen des Jugendlichen kann das Vormundschaftsgericht die Unterbringung des Jugendlichen zur Durchführung der Untersuchung anordnen... das Vormundschaftsgericht kann anordnen, daß der Unterbringungsort nicht mitgeteilt wird... der öffentliche Träger der Jugendhilfe kann die Entfernung des Jugendlichen aus der Familie herbeiführen... zum Zweck der Inobhutnahme können Beamte die Wohnung zur Tageszeit, bei Gefahr auch während der Nachtzeit betreten.“ (§§ 7, 8, 67, 32 Referenten entwurf)

„Aggressoren haben keine Chance“

Konzept der jugoslawischen Landesverteidigung gegen die Hegemonialpläne der Supermächte

z.rua. Wien. Am 7. und 8.10. fanden in der jugoslawischen Republik Kroatien umfassende militärische Übungen statt, an denen insgesamt 2,7 Mio. Menschen beteiligt waren. Die Übungen sind praktischer Teil des 1969 erlassenen Gesetzes zur allumfassenden Landesverteidigung. Sie finden seit vier Jahren regelmäßig statt. Sie stehen unter dem Leitsatz: „Nichts darf uns überraschen!“ Zweck ist die Überprüfung der Bereitschaft und Fähigkeit der Volksmassen, im Falle eines Aggressionskrieges, subversiver Angriffe oder von Naturkatastrophen wirksam zusammen zu operieren. Teilnehmer aus 3500 Ortsgemeinschaften und insgesamt 9000 Betrieben, Schulen und öffentlichen Einrichtungen nahmen an diesen Übungen teil. Von Pioniervereinigungen bis zu Pensionistenverbänden waren alle Teile der Volksmassen beteiligt. Jeder hatte seinen Platz und wußte, welche Aufgabe er zu erfüllen hat. In der kroatischen Hauptstadt Zagreb wurde die Versorgung von Verletzten sowie die Versorgung und Unterbringung alter und gebrechlicher Menschen geprobt. In Split wurde mit 700000 Beteiligten die Rationierung von Brennstoffen sowie die Organisierung des Blutspendedienstes zur Versorgung Verwundeter geprobt. In allen Teilen des Landes hatten die Übungen den Zweck, die Betreuung und Versorgung der Volksmassen mit Nahrungsmitteln, die Beschaffung und den Transport von Nahrungsmitteln und Brenn- sowie anderen Rohstoffen sicherzustellen. Der Stab der Aktion in Zagreb war ständig mit allen operierenden Einheiten per Telex und aufgrund des Zusammenwirkens von Amateurfunkern per Radio über den Verlauf der Übungen informiert. Die Übungen mit der bisher größten Beteiligung wurden planmäßig erfolgreich abgeschlossen.

Jugoslawien verfolgt konsequent die Politik der Blockfreiheit und bekämpft das Hegemoniestreben der Supermächte, die sich in ihrer Kriegsvorbereitung um Europa unbedingt die Herrschaft über den Balkan sichern wollen.

Die Sozialimperialisten haben über den Warschauer Pakt allein in Ungarn und Bulgarien an der jugoslawischen Grenze 28 Divisionen und acht Brigaden stationiert. In der südlichen UdSSR stehen 24 Divisionen im Einsatz. US-Präsident Carter erklärte im März, er denke nicht daran, im Falle einer Intervention der UdSSR ebenfalls in Jugoslawien einzufallen. Aber vielleicht früher? Die Konzentration der 6. US-Flotte im Mittelmeer, die Wiederinbetriebnahme der Stützpunkte in der Türkei, die Bedrängung Griechenlands, wieder NATO-Vollmitglied zu werden, sprechen eine offene Sprache.

Nichts ist den jugoslawischen Volksmassen verhaßter, als erneut unter imperialistische Fremdherrschaft gebracht zu werden. Sie haben 1941 den langanhaltenden Partisanenkampf begonnen und die faschistischen deutschen, italienischen und bulgarischen Truppen geschlagen. Die Verteidigung ihrer Unabhängigkeit ist Voraussetzung, um die noch bestehenden Widersprüche zu lösen. In diesem Kampf schließen sich die jugoslawischen Volksmassen der verschiedenen Nationen zusammen. In der Verfassung der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien wird die Verteidigung des Landes als Recht und Pflicht jedes Bürgers festgehalten, ebenso wie die Tatsache, daß niemand berechtigt ist, die Kapitulation oder Okkupation des Landes zu unterzeichnen oder anzuerkennen.

Als 1968 mit der Intervention in der CSSR der sozialimperialistische Charakter der UdSSR offenbar wurde, entwickelte Jugoslawien das Konzept der allumfassenden Volksverteidigung, das am 11.2.1969 als Gesetz in Kraft trat. Grundlage ist der bewaffnete Kampf des ganzen Volkes, um die ausländische Aggression zu schlagen. Anknüpfend an den Erfahrungen im Volkskrieg gegen die faschistischen Besatzer wurden die Streitkräfte als einheitliches ganzes aus der regulären Jugoslawischen Volksarmee (JVA) und den territorialen Verteidigungseinheiten gebildet. Während die JVA auf gesamtstaatlicher Ebene organisiert ist, werden die territorialen Verteidigungseinheiten in den einzelnen Republiken auf der Ebene der Betriebe, Schulen, Dorfgemeinschaften usw. aufgebaut. Sie bestimmen je nach ihren Fähigkeiten und Möglichkeiten ihre Kampfaufgaben selbst und besorgen sich die benötigten Waffen. Jeder Arbeiter, Bauer, Schüler, Student ist gleichzeitig in einer Militäreinheit seines Bezirks organisiert und nimmt an den gemeinsam beschlossenen Kampfübungen teil. Nach dem Gesetz über die allumfassende Landesverteidigung wird jeder Bürger Jugoslawiens zwischen 16 und 65 Jahren obligatorisch im Gebrauch der Waffen ausgebildet und regelmäßig über die Aufgaben der Landesverteidigung geschult.



Panzerkräfte haben es schwer in dem gebirgigen Gelände. Die jugoslawischen Streitkräfte werden in erster Linie mit für den Partisanenkampf zweckmäßigen Handfeuerwaffen aus eigener Produktion ausgerüstet. Auf den Aggressor lauern tausend Gefahren. Die Partisanen kennen sich aus im Gelände. Sie werden von den Volksmassen unterstützt und mit Nahrung, Kleidung, Waffen und Informationen versorgt.

In regelmäßigen Militärübungen wird das Zusammenwirken der Einheiten der JVA mit den Einheiten der Territorialverteidigung sowohl in den einzelnen Republiken als auch in Zusammenarbeit der Einheiten aus verschiedenen Republiken erprobt. Das erste große Manöver, das nach dem Konzept der allumfassenden Landesverteidigung stattfand, war das Manöver „Svoboda“ (Freiheit) 1971. Annahme war, daß ein technisch überlegener Aggressor blitzartig einen Panzerüberfall aus Ungarn nach Mittelslowenien und Nordkroatien durchführt. Nachdem er bereits einige Städte einnehmen konnte, wird er durch den Kampfeinsatz der Partisaneneinheiten in langanhaltenden und gleichzeitig erfolgenden Operationen an den Flanken und im Rücken angeschlagen und in Zusammenarbeit mit den Einheiten der JVA eingekreist und von der Nachschubversorgung abgeschnitten, um so vernichtend geschlagen zu werden.

Mexikos Indianer errichten eigene Universität

z.scc. In Xonocuatla, in den Bergen von Sierra Norte de Puebla, entsteht die erste Indianeruniversität Lateinamerikas. Die 6 Millionen mexikanischer Indianer, die dort in 22 autonomen Indianergebieten leben, errichten sie aus eigener Kraft; die finanziellen Mittel, das Baumaterial und die Arbeitskräfte werden von den rund 50000 Indianern aus den Gemeinden rund um Xonocuatla zur Verfügung gestellt. Wir errichten diese Universität, erklärte Stammeshäuptling Bonilla, „um unsere Identität als Individuen und als Volk zurückzugewinnen."

Vor wenigen Wochen spuckte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über dieses Projekt Gift und Galle. Eine Universität für Indianer? Tatsächlich dürfen nur Indianer die Universität, deren Hauptgebäude inzwischen fertiggestellt ist, besuchen. Nur Indianer werden als Direktoren und Lehrer eingestellt. Die bürgerlichen Nachschlagewerke erklären die alten Sprachen der Indianer für längst ausgetilgt, ihre Kultur für vernichtet.

Tatsächlich werden sie zu neuer Blüte entfaltet. Schon in den nächsten Jahren soll Nahuatl, die meistgesprochene indianische Sprache Mexikos, zur einzigen Lehrsprache werden. Auf dem Lehrplan stehen Kurse über die Maya-Nahuatl-Philosophie, über die indianischen Technologien, den Pyramidenbau, über die alte mexikanische Zeitberechnung und die Wettervorhersage, über die alten Handwerkskünste und die indianische Medizin. Hauptschwerpunkt aber soll die „gründliche Untersuchung und Neuschreibung der Geschichte" sein, vor allem der Geschichte vor 1519, dem Beginn der Kolonialisierung durch Spanien. Unsere Geschichte, sagen die Indianer, ist „von Anfang an durch die katholischen Pater falsch dargestellt". (Zitiert nach De Standaard, 3.10.)

Seit 1519 haben die mexikanischen Indianer den Kampf für ihre nationale Unabhängigkeit niemals aufgegeben, haben sie trotz millionenfacher Verluste den Eroberungs- und Ausrottungsfeldzügen ebenso getrotzt wie den begleitenden „Christianisierungs"versuchen. Die großen Indianeraufstände von 1810 setzten, obwohl blutig niedergeschlagen, ein Zeichen für die nationalrevolutionäre Bewegung der Indianer Mexikos. Mit der Errichtung der ersten eigenen Universität verbucht sie heute einen großen Erfolg.

Polen: Rückerstattung von Studienkosten bis zu sieben Jahreslöhnen

z.nop. Die polnische Bourgeoisie verschärft den Druck auf Hochschulabsolventen, um sie vollständig ihren Profitinteressen unterwerfen zu können. Jetzt hat sie eine drastische Erhöhung der Sätze für die Rückerstattung von Studienkosten beschlossen, die ab Oktober in Kraft tritt. Bereits im Jahre 1964 wurde ein Gesetz erlassen, wonach bei bestimmten Fachrichtungen der Absolvent einen Teil der ihm vom Staat gewährten Ausbildungszuschüsse zurückzuerstatten hat, wenn er nach Beendigung des Studiums nicht in seinem Fachgebiet in den zugewiesenen staatlichen Betrieben mindestens drei Jahre lang tätig ist. Durch Erhöhung der Rückzahlungssätze bis auf das Dreifache der bisherigen Beträge ist dieses Instrument jetzt erst richtig scharf gemacht worden. Zwischen 100000 und 350000 Zloty (je nach Fachrichtung) müssen ehemalige Studenten bezahlen, wenn der zugewiesene Arbeitsplatz innerhalb der drei Jahre gekündigt wird. Bei einem durchschnittlichen Netto-Monatsverdienst eines polnischen Arbeiters von 4500 Zloty können die Rückzahlungsverpflichtungen also bis zu sieben Jahresge-

gezwungen, seine Arbeitskraft zu den Bedingungen zu verausgaben, die die Bourgeoisie ihm diktiert. Diese Bedingungen sind schlecht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die in einem Artikel vom 6.10. der eigenen Bourgeoisie die neue polnische Regelung als bedenkenswertes Beispiel vorstellt, vergißt nicht zu erwähnen, daß in Polen „jüngere Akademiker zu den unteren Einkommensklassen gehören".

Hand in Hand mit dem materiellen Druch auf die Studenten und Hochschulabgänger geht die verschärfte ideologische Ausrichtung an den Universitäten. ZK-Sekretär Edward Gierek traf sich Anfang Oktober in Katowice mit den Rektoren der Hochschulen, um sich mit ihnen „den Problemen der weiteren Vervollkommnung der Arbeit an den Hochschulen Polens" zu widmen. Für das Geschäft der Unterdrückung und Ausrichtung der Studenten brauchen sie Spezialisten, die gut geschmiert sein wollen. So wurden nach einem Bericht der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy" vom 6.10.78 „Fragen erörtert, die mit der Hebung

Polen: Rückerstattung von Studienkosten bis zu sieben Jahreslöhnen

z.nop. Die polnische Bourgeoisie verschärft den Druck auf Hochschulabsolventen, um sie vollständig ihren Profitinteressen unterwerfen zu können. Jetzt hat sie eine drastische Erhöhung der Sätze für die Rückerstattung von Studienkosten beschlossen, die ab Oktober in Kraft tritt. Bereits im Jahre 1964 wurde ein Gesetz erlassen, wonach bei bestimmten Fachrichtungen der Absolvent einen Teil der ihm vom Staat gewährten Ausbildungszuschüsse zurückzuerstatten hat, wenn er nach Beendigung des Studiums nicht in seinem Fachgebiet in den zugewiesenen staatlichen Betrieben mindestens drei Jahre lang tätig ist. Durch Erhöhung der Rückzahlungssätze bis auf das Dreifache der bisherigen Beträge ist dieses Instrument jetzt erst richtig scharf gemacht worden. Zwischen 100000 und 350000 Zloty (je nach Fachrichtung) müssen ehemalige Studenten bezahlen, wenn der zugewiesene Arbeitsplatz innerhalb der drei Jahre gekündigt wird. Bei einem durchschnittlichen Netto-Monatsverdienst eines polnischen Arbeiters von 4500 Zloty können die Rückzahlungsverpflichtungen also bis zu sieben Jahresgehälter ausmachen. Es ist klar, daß kein Hochschulabgänger solche Beträge aufbringen kann. Er ist daher gezwungen, seine Arbeitskraft zu den Bedingungen zu verausgaben, die die Bourgeoisie ihm diktiert. Diese Bedingungen sind schlecht. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", die in einem Artikel vom 6.10. der eigenen Bourgeoisie die neue polnische Regelung als bedenkenswertes Beispiel vorstellt, vergißt nicht zu erwähnen, daß in Polen „jüngere Akademiker zu den unteren Einkommensklassen gehören".

Hand in Hand mit dem materiellen Druch auf die Studenten und Hochschulabgänger geht die verschärfte ideologische Ausrichtung an den Universitäten. ZK-Sekretär Edward Gierek traf sich Anfang Oktober in Katowice mit den Rektoren der Hochschulen, um sich mit ihnen „den Problemen der weiteren Vervollkommnung der Arbeit an den Hochschulen Polens" zu widmen. Für das Geschäft der Unterdrückung und Ausrichtung der Studenten brauchen sie Spezialisten, die gut geschmiert sein wollen. So wurden nach einem Bericht der polnischen Zeitung „Zycie Warszawy" vom 6.10.78 „Fragen erörtert, die mit der Hebung des Lebensstandards der Hochschullehrer und Mitarbeiter an den Hochschulen verbunden sind".

Belgische Studenten gegen 10000 bfr Einschreibgebühren



z.sie.Brüssel. Über 10000 Studenten aus allen belgischen Hochschulen demonstrierten am 12.10. in Brüssel gegen die Erhöhung der Einschreibgebühren. Es war die größte Studentendemonstration seit 10 Jahren. Im Rahmen des „Anti-Krisen-Gesetzes" hatte die Bourgeoisie die Einschreibgebühren in den Semesterferien um 100% auf umgerechnet 600 DM hochgesetzt. Mit Demonstrationen, Streikaktionen und Rektoratsbesetzungen führen die Studenten seit Wochen den Kampf dagegen. Die Studenten der „Freien Universität Brüssel" (VUB) wie anderer Universitäten organisieren die Einschreibung bei Zahlung des alten Betrages. Auf der Streikversammlung am 13.10. beschlossen über 1400 Studenten der VUB, ihren seit neun Tagen währenden Streik vorläufig auszusetzen. Gleichzeitig bekräftigen sie ihren Willen, über das „Nationale Komitee gegen die 10000" die nationale Streikfront aufzubauen.

„Für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft kämpfen"

Revisionisten wollen Lohnkampf der französischen Metaller „Frankreichs Größe" opfern

z.jon.Paris. Seit Anfang September hat die französische Bourgeoisie neue schwere Angriffe gegen die Arbeiterklasse eingeleitet. Das zusammen mit dem Staatshaushalt vorgelegte Programm der Regierung „zugunsten" der Beschäftigung" sieht die Ausdehnung der Zwangsarbeit für jugendliche Arbeitslose, der Schicht und Überstundenarbeit vor. Mit ihrem Plan zur Sanierung der Profite der französischen Stahlindustrie hat die Regierung die Entlassung von 20-30000 Stahlarbeitern angekündigt. Premierminister Barre wiederholt fast täglich seine Aufforderung, „den Anstieg der Einkommen zu verlangsamen". Die französische Arbeiterklasse beantwortet die Pläne für Massenentlassungen und kapitalistische Rationalisierung vor allem in der Stahlindustrie und der Werftindustrie Marseilles mit großen langanhaltenden Streiks und Demonstrationen. Daneben finden tagtäglich in hunderten Betrieben der Metallindustrie wie der anderen Industrien Aktionen und Streiks für höheren Lohn statt.

Die revisionistische KPF, die die größte französische Gewerkschaft CGT beherrscht, setzt alles daran, zu verhindern, daß die Kämpfe für den Lohn sich mit den Kämpfen gegen kapitalistische Rationalisierung und Betriebsstillegung verbinden. Die Arbeiterklasse versucht sie unter der Parole „Erhaltung der nationalen Produktion" und „gegen die nationale Erniedrigung durch die amerikanischen und westdeutschen Multis" mit dem wildesten Chauvinismus zu fesseln. Der herrschenden Klasse versucht sie sich nach den verlorenen Wahlen im März erneut als die Kraft anzubiedern, die am besten die Arbeiterklasse einem Programm der nationalen Stärke und der Vorherrschaft in Europa unterwerfen kann. „Wenn es heute in Frankreich Menschen gibt, die für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft kämpfen", erklärte KPF-Generalsekretär George Marchais am 11.10. vor der Nationalversammlung, „dann darf man sie nicht an der Seite der Regierung und ihrer Mehrheit suchen, sondern an der Seite der Arbeiter, die dafür kämpfen, die schädlichsten Konsequenzen Ihrer Politik Seite an Seite mit ihren Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Kommunistischen Partei zu verhindern."

Einer knappen Meldung der revisionistischen „Humanité" am 5.10. ist zu entnehmen, daß zwischen dem 25. und 30. September in 62 Betrieben der Metallindustrie im Raum Paris Streiks, Demonstrationen und kurze Arbeitsniederlegungen stattgefunden haben, an denen sich 42000 Arbeiter und Angestellte beteiligten. „Hier und da sind diese Aktionen von Erfolg gekrönt", bemerkt die „Humanité" süffisant.

terklasse versucht sie unter der Parole „Erhaltung der nationalen Produktion" und „gegen die nationale Erniedrigung durch die amerikanischen und westdeutschen Multis" mit dem wildesten Chauvinismus zu fesseln. Der herrschenden Klasse versucht sie sich nach den verlorenen Wahlen im März erneut als die Kraft anzubiedern, die am besten die Arbeiterklasse einem Programm der nationalen Stärke und der Vorherrschaft in Europa unterwerfen kann. „Wenn es heute in Frankreich Menschen gibt, die für die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft kämpfen", erklärte KPF-Generalsekretär George Marchais am 11.10. vor der Nationalversammlung, „dann darf man sie nicht an der Seite der Regierung und ihrer Mehrheit suchen, sondern an der Seite der Arbeiter, die dafür kämpfen, die schädlichsten Konsequenzen Ihrer Politik Seite an Seite mit ihren Gewerkschaftsorganisationen und ihrer Kommunistischen Partei zu verhindern."

Einer knappen Meldung der revisionistischen „Humanité" am 5.10. ist zu entnehmen, daß zwischen dem 25. und 30. September in 62 Betrieben der Metallindustrie im Raum Paris Streiks, Demonstrationen und kurze Arbeitsniederlegungen stattgefunden haben, an denen sich 42000 Arbeiter und Angestellte beteiligten. „Hier und da sind diese Aktionen von Erfolg gekrönt", bemerkt die „Humanité" süffisant. So werden in der Fabrik Diffusil in Gennevilliers die 110 Beschäftigten ab 1. Oktober 3% mehr erhalten. In der gleichen Stadt werden die dreißig Arbeiter der Fa. Raffaut 6% mehr ab 1. September erhalten, 2% mehr für den 13. Monat und vier zusätzliche Urlaubstage ...". Jede dieser Aktionen entzündet sich an unterschiedlichen Forderungen, jede endet mit einem anderen Ergebnis, die meisten mit einer Niederlage. Zu Recht stellt die CGT eine „hohe Kampfbereitschaft" der Metallarbeiter fest. Aber obwohl im September Tarifverhandlungen mit den Kapitalisten geführt wurden, ist es seit dem Ende der Sommerpause zu keinen einheitlichen Lohnkämpfen in der Metallindustrie mehr gekommen.

Nach den großen selbständigen Streiks bei Renault-Flins und Moulinex im Juni und Juli hat die CGT-Führung zusammen mit anderen Gewerkschaften mit den Metallkapitalisten ein Rahmenabkommen über einen Jahresmindestlohn abgeschlossen, über eine „garantierte" Lohnsumme für ein ganzes Jahr, die alle Bestandteile des versteuerbaren Bruttolohns umfaßt – also mit Ausnahme z.B. der Überstundenzuschläge – und die deshalb den Kapitalisten alle Möglichkeiten zur Spaltung mit Hilfe verschiedener Lohnbe-



Besetzung der Maschinenfabrik Cordebart bei Angoulême im Kampf gegen Entlassungen

standteile läßt. Ihre Forderung nach 31200 F Mindestlohn (= 2400 F oder 1090 DM auf 13 Monate) konnte die CGT nicht durchsetzen. Bei den regionalen Tarifverhandlungen am 25.9. boten die Kapitalisten in den einzelnen Regionen zwischen 22500 und 26000 F Jahresmindestlohn an und blieben damit in der Mehrheit der Fälle noch unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Die Verhandlungen wurden ergebnislos vertagt. Die Forderung nach 2400 F mindestens ist nach wie vor die Forderung, mit der die CGT in die Tarifverhandlungen ging. Tatsächlich wurden in den Kämpfen der einzelnen Zweige der Metallindustrie gegen Massenentlassungen und kapitalistische Rationalisierung konkrete Lohnforderungen gar nicht mehr aufgestellt. Stattdessen werden Pläne unterbreitet, wie „im nationalen Interesse" die Produktivität der Arbeit und damit die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert werden kann. In der Antwort des Metallarbeiterverbandes der CGT auf den Stahlplan der französischen Regierung wird zunächst das Verbot weiterer Entlassungen und

durch. Sie fordern mit der Nationalisierung das Eingreifen des bürgerlichen Staates und bieten sich als Fürsprecher der Massen im bürgerlichen Staat an. Als Vertreter des „Sozialismus in den Farben Frankreichs" versuchen sie die Arbeiterbewegung chauvinistisch zu fesseln, sie schüren die Illusion, als könnte unter ihrer parlamentarischen Führung sich die kapitalistische Produktion nach der „Befriedigung der Bedürfnisse" richten. Vorläufiger Höhepunkt dieser revisionistischen Kampagne war eine Demonstration von einigen tausend KPF-Mitgliedern am 11.10. zum Parlament, als Georges Marchais dort versuchte, eine Debatte über die Arbeitslosigkeit zu erzwingen.

Eine einheitliche, große Teile der Arbeiterklasse umfassende Lohnbewegung hat in diesem Konzept keinen Platz, weil in ihr die beiden Klassen einander direkt gegenüberstehen. Die Streiks der Renault- und Moulinex-Arbeiter im Sommer haben sich unabhängig von den revisionistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen entwickelt, die alles daran



Besetzung der Maschinenfabrik Cordebart bei Angoulême im Kampf gegen Entlassungen

standteile läßt. Ihre Forderung nach 31200 F Mindestlohn (= 2400 F oder 1090 DM auf 13 Monate) konnte die CGT nicht durchsetzen. Bei den regionalen Tarifverhandlungen am 25.9. boten die Kapitalisten in den einzelnen Regionen zwischen 22500 und 26000 F Jahresmindestlohn an und blieben damit in der Mehrheit der Fälle noch unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Die Verhandlungen wurden ergebnislos vertagt. Die Forderung nach 2400 F mindestens ist nach wie vor die Forderung, mit der die CGT in die Tarifverhandlungen ging. Tatsächlich wurden in den Kämpfen der einzelnen Zweige der Metallindustrie gegen Massenentlassungen und kapitalistische Rationalisierung konkrete Lohnforderungen gar nicht mehr aufgestellt. Stattdessen werden Pläne unterbreitet, wie „im nationalen Interesse" die Produktivität der Arbeit und damit die Ausbeutung der Arbeiter gesteigert werden kann. In der Antwort des Metallarbeiterverbandes der CGT auf den Stahlplan der französischen Regierung wird zunächst das Verbot weiterer Entlassungen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich gefordert. So weit so gut. Ferner die Einrichtung einer fünften Schicht bei Contischichtbetrieb zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Über den Lohn heißt es dann nur: „Der CGT-Verband fordert im übrigen eine sofortige Lohnerhöhung und eine vollständige Entschädigung für Kurzarbeit". Das ganze Programm wird unter anderem unter folgende Prinzipien gestellt:

„1. Als Ziel die gesellschaftliche Nützlichkeit der Stahlprodukte und die Befriedigung der Bedürfnisse nehmen, 2. die Produktionstätigkeit auf die Initiative der Arbeiter in Verbindung mit der Entwicklung moderner Techniken gründen ... 5. die unumgängliche demokratische Nationalisierung" (L'Humanité, 26.9.78).

Nach dem Scheitern der „Linksunion" mit den Sozialdemokraten und ihrer Wahlniederlage im März setzen die Revisionisten jetzt alles daran, um über die Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Rationalisierung und die Betriebsstillegungen ihre Herrschaft über die Arbeiterbewegung erneut zu festigen. Sie kämpfen verbissen um die Führung jedes einzelnen Streiks und führen im ganzen Land zahllose Aktionen „gegen die Arbeitslosigkeit" durch. Sie fordern mit der Nationalisierung das Eingreifen des bürgerlichen Staates und bieten sich als Fürsprecher der Massen im bürgerlichen Staat an. Als Vertreter des „Sozialismus in den Farben Frankreichs" versuchen sie die Arbeiterbewegung chauvinistisch zu fesseln, sie schüren die Illusion, als könnte unter ihrer parlamentarischen Führung sich die kapitalistische Produktion nach der „Befriedigung der Bedürfnisse" richten. Vorläufiger Höhepunkt dieser revisionistischen Kampagne war eine Demonstration von einigen tausend KPF-Mitgliedern am 11.10. zum Parlament, als Georges Marchais dort versuchte, eine Debatte über die Arbeitslosigkeit zu erzwingen.

Eine einheitliche, große Teile der Arbeiterklasse umfassende Lohnbewegung hat in diesem Konzept keinen Platz, weil in ihr die beiden Klassen einander direkt gegenüberstehen. Die Streiks der Renault- und Moulinex-Arbeiter im Sommer haben sich unabhängig von den revisionistischen und sozialdemokratischen Gewerkschaftsführungen entwickelt, die alles daran gesetzt haben, um eine Ausbreitung der Bewegungen zu verhindern. Die jetzige Welle der Streiks in den öffentlichen Diensten hat für die klassenbewußten Metallarbeiter erneut die Frage aufgeworfen, wie sie ihre Gewerkschaften trotz des Widerstandes der Führungen zur Organisierung des Lohnkampfes in der ganzen Branche nutzen können.

„Wunsch nach Vertiefung der sozialistischen Integration"

z.mih. Vom 27. September bis 1. Oktober fand in Ulan-Bator die 87. Sitzung des Exekutivrates des RGW statt. Die Sozialimperialisten prägten das Treffen mit dem „Wunsch nach Vertiefung der sozialistischen Integration". Der Herrschaft der neuen Zaren über die Beziehungen des RGW zur EG im allgemeinen und die Beziehungen der EG zu den einzelnen Mitgliedsstaaten im besonderen sollte näher gekommen werden. Das vorgeschlagene Rahmenabkommen wurde jedoch noch nicht verabschiedet. Außerdem standen die Mongolei, Vietnam, Angola und Äthiopien auf dem Programm. Einverleibung dieser Länder über die Integration in die „sozialistische Arbeitsteilung" ist im Abschlußkommuniqué festgelegt. Für die „brüderliche Unterstützung" der Bruderländer beim Aufbau der „eigenständigen" Wirtschaft, beim Bau großer Industrie- und Landwirtschaftsbetriebe, wissenschaftlicher sowie sozialer und kultureller Einrichtungen (Neues Deutschland, 4.10.78, S. 6) sollen diese Länder in der „sozialistischen Integration" mit der Plünderung ihrer Reichtümer bezahlen. Die Erkundung, Planung und der Bau entlang den Bedürfnissen der neuen Zaren besonders in der Mongolischen Volksrepublik wird durch den RGW vorgenommen. Die Größe, den Standort und die Planziele legen die Sozialimperialisten fest. „Weitere Unterstützung galt (und gilt) geologischen Erkundungsarbeiten, der Ausarbeitung perspektivischer Entwicklungsrichtungen wichtiger Volkswirtschaftszweige... und der Ausbildung neuer nationaler Kader."

Von wegen „mehr" Urlaub in der DDR

z.mih. „Alles zu tun für das Wohl des Volkes, das ist der Sinn des Sozialismus. Diese Maxime liegt unserem Programm des Wachstums, des Wohlstandes und der Stabilität zugrunde." (Neues Deutschland, 3.10.78, S. 2) So hat die neue Bourgeoisie der DDR dick aufgetragen die „neue Verordnung über den Erholungsurlaub vom 28. September '78" präsentiert. „Die bedeutendste Maßnahme seit Einführung der 5-Tage-Woche", schallt es aus ihrer Presse. Nach der neuen Verordnung erhalten „660000 Berufstätige drei Arbeitstage... 940000 Werktätige differenziert vier bis sechs Tage mehr..." (ebenda) mehr Urlaub.

„Allerdings", drohen die FDGB-Führer aus ihrer Zeitung „Tribüne", „die mit der Urlaubsverlängerung verbundene Verminderung des Arbeitszeitfonds entspricht dem Arbeitsvermögen von ca. 106000 Werktätigen... So werden wir es als unsere Verpflichtung ansehen, die staatlichen Auflagen für 1979 gestellten Produktions- und Leistungsziele durch Initiativen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität, zur Senkung der Arbeitszeit und der Grundfonds zu sichern." (Tribüne, 3.10.78, S. 2) Also von wegen mehr Urlaub, mehr Ausbeutung soll das Programm bringen. Wer das Planziel nicht erreicht, guckt in die Röhre. Der Urlaub wird noch deutlicher Prämie und Mittel zur Erpressung. Sogar der Grundurlaub wird bei Nichterfüllung des Tagesziels und Unpünktlichkeit zusammengestrichen. Jeder Tag mehr krank, der das 17-Tage-Jahreslimit überschreitet, kostet eine Stunde vom Grundurlaub.

100-Prozent-Monopol für Zeitungspapier

z.ulg.Rom. Das größte italienische Papiermonopol Fabocart-Burgo schickt sich an, die Zeitungspapierproduktion des Landes vollständig zu monopolisieren. Im letzten Jahr hatte der Fabocart-Kapitalist Fabbri eine Beteiligung an seinem Haupt„konkurrenten" Burgo erworben. Jetzt will er auch die beiden Papierfabriken der Staatsmonopole aufkaufen, nicht ohne eine kräftige „Sanierungszahlung" für die fast ban-

Sozialimperialistische Spaltungs- und Plünderabsichten gegen die OPEC

RGW-Staaten müssen Sibirien-Erschließung finanzieren

z.rua. Aserbaidschan, ,,das Land des Erdöls, des Leids und der Tränen", wie die aserbaidschanischen Volksmassen ihr Land bezeichneten, nachdem seit Ende des vorigen Jahrhunderts dort die damals weltgrößten Erdöllagerstätten entdeckt und von durch die russischen Zaren zwangsangesiedelten Arbeitern abgebaut wurden, ist weitgehend ausgeschöpft. Die billigen und leicht förderbaren Erdölquellen im europäischen Teil der UdSSR, wo noch immer 80% der Industrie angesiedelt ist, erbringen nicht mehr den von der Sowjetunion benötigten Energiebedarf. Seit Mitte der 60er Jahre erschließen die Sozialimperialisten die Rohstoffvorkommen Sibiriens.

Die Erschließung der sibirischen Rohstoffvorkommen ist teuer. 21,5 Mrd. Rubel werden im 10. Planjahrfünft (1976-80) allein in die Erdöllagerstätten Westsibiriens im Gebiet von Tjumen und Tomsk investiert. 80% der sowjetischen Energieressourcen lagern in Sibirien. Die Förderung der Erdölvorkommen aus diesem Gebiet ist für die Sozialimperialisten dringend notwendig. Mehr als 50% der sowjetischen Erdölproduktion wird dort gefördert. Bis 1980 soll der gesamte Zuwachs der Erdölproduktion in diesem Gebiet erzielt werden. Seit 1974 hat die sozialimperialistische Supermacht die USA in der Erdölproduktion überrundet. Ihren Vorsprung will sie zügig ausbauen, um ihre Position im imperialistischen Handelskrieg zu stärken. Die Erdölproduktion soll bis 1980 auf 620-640 Mio. t. gegenüber 1975 (491 Mio. t.) um fast 30% gesteigert werden, davon sollen allein im Gebiet Tjumen 300-320 Mio. t. gefördert werden.

Die Transportkosten für die in Sibirien geförderten Rohstoffe sind teuer. Ein Kilometer Autobahn kostet zwischen 600000 und 800000 Rubel, ein Kilometer Bahnlinie ist zwischen 50 und 100% teurer als im europäischen Teil der UdSSR. Während die Sozialimperialisten im 10. Planjahrfünft schwerpunktmäßig die Industrieansiedlung durch die Errichtung territorialer Produktionskomplexe nach Sibirien verlagern, sind sie gleichzeitig gezwungen, die Transportverbindungen in den europäischen Landesteil und zur Pazifikküste auszubauen, um ihre Waren in die Industriezentren zu liefern und exportieren zu können. Für den Ausbau der Transportwege nehmen sie hauptsächlich Kredite bei westlichen Konsortien für die Lieferung von Rohren, Maschinen und Anlagen auf, weil sie selbst aufgrund der Rückständigkeit in der Entwicklung der Produktivkräfte nicht über die benötigten Materialien verfügen.

Die Sozialimperialisten exportieren in erster Linie Rohstoffe in die imperialistischen Länder. Die Exporterlöse aus Erdölverkäufen betrugen 1976 5,5 Mrd. Dollar und machten fast die

stischen Handelskrieg zu stärken. Die Erdölproduktion soll bis 1980 auf 620-640 Mio. t. gegenüber 1975 (491 Mio. t.) um fast 30% gesteigert werden, davon sollen allein im Gebiet Tjumen 300-320 Mio. t. gefördert werden.

Die Transportkosten für die in Sibirien geförderten Rohstoffe sind teuer. Ein Kilometer Autobahn kostet zwischen 600000 und 800000 Rubel, ein Kilometer Bahnlinie ist zwischen 50 und 100% teurer als im europäischen Teil der UdSSR. Während die Sozialimperialisten im 10. Planjahrfünft schwerpunktmäßig die Industrieansiedlung durch die Errichtung territorialer Produktionskomplexe nach Sibirien verlagern, sind sie gleichzeitig gezwungen, die Transportverbindungen in den europäischen Landesteil und zur Pazifikküste auszubauen, um ihre Waren in die Industriezentren zu liefern und exportieren zu können. Für den Ausbau der Transportwege nehmen sie hauptsächlich Kredite bei westlichen Konsortien für die Lieferung von Rohren, Maschinen und Anlagen auf, weil sie selbst aufgrund der Rückständigkeit in der Entwicklung der Produktivkräfte nicht über die benötigten Materialien verfügen.

Die Sozialimperialisten exportieren in erster Linie Rohstoffe in die imperialistischen Länder. Die Exporterlöse aus Erdölverkäufen betrugen 1976 5,5 Mrd. Dollar und machten fast die
Hälfte der gesamten Deviseneinnahmen aus. Sie wollen ihre Erdölexporte in die imperialistischen Länder weiter steigern, um mit der Erdölwaffe ihre Position auf dem Weltmarkt zu stärken.

Aber noch gehen 70% der sowjetischen Erdölproduktion für den Eigenbedarf drauf. Zur Entwicklung aller Zweige der Industrie ist die Energieversorgung grundlegend. Gleichzeitig mit der Erkundung von Erdöllagerstätten in allen Landesteilen und der Steigerung der Erdölförderung wollen die Sozialimperialisten alle anderen Energiequellen ausschöpfen. Neben der Errichtung von Wind- und Sonnenenergieanlagen in der Arktis und dem Ausbau der Kernenergie wollen sie hauptsächlich die herkömmlichen Zweige der Energieversorgung aus Kohle und Wasser ausbauen. 90% der sowjetischen Erdgasreserven, 70% der Wasser- und Kohlereserven lagern in Sibirien. Ihre Nutzbarmachung ist oberstes Ziel des 10. Planjahrfünfts. Aber die hochgestochenen Pläne werden nicht erfüllt. Bereits 1977 lag die Erdölproduktion um 4 Mio. t. unter dem Plan. Das Kernenergieprogramm ist nur zu einem Bruchteil erfüllt. Die für 1982 geplante Inbetriebnahme der Baikal-Amur-Magistrale wurde auf 1985 verschoben, die Erdgasleitung Orenburg-Westgrenze der UdSSR, deren vollständige Inbetriebnahme für das dritte Quartal 1978 vorgesehen war, ist immer noch im Bau. Die Industrieprojekte können nicht weitergebaut werden, weil aufgrund der mangelnden Transportverbindungen die nötigen Materialien nicht geliefert werden.

Die RGW-Staaten (außer Rumänien) sind gezwungen, fast 90% ihres Energiebedarfs aus der Sowjetunion zu beziehen. Die Sozialimperialisten nutzen diese Fessel. 50% der Kosten für die Erschließung der Rohstoffvorkommen Sibiriens müssen von den RGW-Staaten erbracht werden. Um die geforderten Anteile zahlen zu können, müssen sie sich bei den westlichen Imperialisten immer stärker verschulden. Sie müssen große Teile ihrer Industrieprodukte und Arbeiter zur Durchführung der Bauvorhaben in die UdSSR entsenden. Als ,,Gegenleistung" schicken die Sozialimperialisten Rohstoffexperten in die Länder des RGW, um Erdöl- und andere Energiequellen aufzustöbern und sich die Kontrolle darüber zu sichern. In Ungarn z.B., das über große Vorkommen an Uran zur Entwicklung der Kernenergie verfügt, haben sie das Monopol über die Uranförderung. Ungarn darf lediglich die Arbeitskräfte stellen. Die Förderung des Urans ist Staatsgeheimnis, Veröffentlichung über geförderte Vorkommen verboten. In der DDR, der CSSR, Polen und Bulgarien soll im Lauf dieses Planjahrfünfts und im Zuge des ,,langfristigen Zielprogramms" bis 1990 die erdölverarbeitende Industrie vorrangig ausgebaut werden. Das zu drastisch gesteigerten Preisen von der UdSSR bezogene Erdöl soll hier weiterverarbeitet und zu festen Preisen in die UdSSR exportiert werden. Allein

nien) sind gezwungen, fast 90% ihres Energiebedarfs aus der Sowjetunion zu beziehen. Die Sozialimperialisten nutzen diese Fessel. 50% der Kosten für die Erschließung der Rohstoffvorkommen Sibiriens müssen von den RGW-Staaten erbracht werden. Um die geforderten Anteile zahlen zu können, müssen sie sich bei den westlichen Imperialisten immer stärker verschulden. Sie müssen große Teile ihrer Industrieprodukte und Arbeiter zur Durchführung der Bauvorhaben in die UdSSR entsenden. Als ,,Gegenleistung" schicken die Sozialimperialisten Rohstoffexperten in die Länder des RGW, um Erdöl- und andere Energiequellen aufzustöbern und sich die Kontrolle darüber zu sichern. In Ungarn z.B., das über große Vorkommen an Uran zur Entwicklung der Kernenergie verfügt, haben sie das Monopol über die Uranförderung. Ungarn darf lediglich die Arbeitskräfte stellen. Die Förderung des Urans ist Staatsgeheimnis, Veröffentlichung über geförderte Vorkommen verboten. In der DDR, der CSSR, Polen und Bulgarien soll im Lauf dieses Planjahrfünfts und im Zuge des ,,langfristigen Zielprogramms" bis 1990 die erdölverarbeitende Industrie vorrangig ausgebaut werden. Das zu drastisch gesteigerten Preisen von der UdSSR bezogene Erdöl soll hier weiterverarbeitet und zu festen Preisen in die UdSSR exportiert werden. Allein
bis 1980 haben die Sozialimperialisten eine weitere Steigerung ihrer Erdölpreise gegenüber den RGW-Staaten um 30% vorgesehen.

Gegen die Abhängigkeit von den Erdöllieferungen aus der UdSSR erhöhen die RGW-Staaten ihre Importe aus den OPEC-Staaten und verstärken ihre Zusammenarbeit mit der OPEC. Rumänien baut gemeinsam mit Kuwait eine Raffinerie an der Schwarzmeerküste, aus der auch die anderen osteuropäischen Länder versorgt werden. Ungarn und die CSSR beziehen seit 1977 je 5 Mio. t. Erdöl jährlich aus den OPEC-Staaten über die durch Jugoslawien führende Adria-Pipeline.

Seit Anfang der 60er Jahre betreiben die Sozialimperialisten die ,,Erkundung" der Erdölquellen der Länder der Dritten Welt, in der Absicht, sich dort festzusetzen. Die sowjetische Gesellschaft ,,Technoexport" hat bis 1975 Erkundungen von 137 Erdöllagerstätten in Kuba, Syrien, Indien, Algerien, dem Irak, Afghanistan, Vietnam und Pakistan durchgeführt, an denen 6000 Geologen beteiligt waren. Weitere Erkundungen werden in Angola, Mozambique, Ghana und der VR Kongo durchgeführt. Bis 1977 hatte die Sowjetunion in den Ländern der Dritten Welt 27 Anlagen zur Förderung von Erdöl mit einer Jahresleistung von insgesamt 60 Mio. Tonnen errichtet. Die Kosten dafür sollen von den betroffenen Ländern mit Erdöl- und Erdgaslieferungen abgetragen werden. Bis 1974 bezog die Sowjetunion aus Syrien Erdöl aus den von ihren Geologen erschlossenen Quellen für einen Preis von 64 Dollar pro Tonne, – weit unter dem damaligen Weltmarktpreis von 85 Dollar pro Tonne. 1975 hat Syrien diese Lieferungen eingestellt. Nachdem Afghanistan im vergangenen Jahr seine Erdgaslieferungen an die Sowjetunion eingeschränkt hatte, inszenierten die Sozialimperialisten im Frühjahr einen Putsch gegen die Regierung Daud.

Im Sommer dieses Jahres hat die Sowjetunion mit Libyen ein Abkommen über den Ausbau der Erdöl- und Erdgaslagerstätten, der Industrie und der Erdölhäfen abgeschlossen. Der Handel Libyens mit der UdSSR war in den letzten Jahren unbedeutend. Libyen exportierte nichts in die Sowjetunion. Mit dem neuen Abkommen wollen sich die Sozialimperialisten einen strategischen Stützpunkt innerhalb der OPEC aufbauen. Die Sache wird nicht anders ausgehen als beim OPEC-Mitglieds land Irak, aus dem die Sowjetunion bisher den größten Teil ihrer Erdölimporte bezogen hat. Nachdem es den Sozialimperialisten dort nicht gelungen war, den Preis für ihre Erdölimporte unter den Weltmarktpreis zu drücken, und sie daraufhin einen Putschversuch angezettelt hatten, kündigte der Irak den sowjetischen ,,Experten".

Mit dem Zugriff auf die Erdölquellen der Länder der Dritten Welt wollen die Sozialimperialisten ihren Anteil am Weltmarkt erhöhen und den Kampf der OPEC für einen höheren Ölpreis sabotieren. 1965 betrugen die Erdölimporte der UdSSR aus den Ländern der

1975 hat Syrien diese Lieferungen eingestellt. Nachdem Afghanistan im vergangenen Jahr seine Erdgaslieferungen an die Sowjetunion eingeschränkt hatte, inszenierten die Sozialimperialisten im Frühjahr einen Putsch gegen die Regierung Daud.

Im Sommer dieses Jahres hat die Sowjetunion mit Libyen ein Abkommen über den Ausbau der Erdöl- und Erdgaslagerstätten, der Industrie und der Erdölhäfen abgeschlossen. Der Handel Libyens mit der UdSSR war in den letzten Jahren unbedeutend. Libyen exportierte nichts in die Sowjetunion. Mit dem neuen Abkommen wollen sich die Sozialimperialisten einen strategischen Stützpunkt innerhalb der OPEC aufbauen. Die Sache wird nicht anders ausgehen als beim OPEC-Mitglieds land Irak, aus dem die Sowjetunion bisher den größten Teil ihrer Erdölimporte bezogen hat. Nachdem es den Sozialimperialisten dort nicht gelungen war, den Preis für ihre Erdölimporte unter den Weltmarktpreis zu drücken, und sie daraufhin einen Putschversuch angezettelt hatten, kündigte der Irak den sowjetischen ,,Experten".

Mit dem Zugriff auf die Erdölquellen der Länder der Dritten Welt wollen die Sozialimperialisten ihren Anteil am Weltmarkt erhöhen und den Kampf der OPEC für einen höheren Ölpreis sabotieren. 1965 betrugen die Erdölimporte der UdSSR aus den Ländern der
Dritten Welt nur 0,3 Mio. t., 1975 waren es bereits 7,1 Mio. t. Ihre Erdölexporte haben die Sozialimperialisten in diesem Zeitraum von 64,4 Mio. t. auf 130,3 Mio. t. verdoppelt und ihre Deviseneinnahmen aus Erdölexporten von 230 Mio. Dollar auf 3,2 Mrd. Dollar um das 14fache gesteigert. Dabei haben sie die Erhöhung des Ölpreises durch die OPEC genutzt, um *ihre* Preise wesentlich stärker anzuheben. Während die OPEC 1973 den Ölpreis vervierfachte, steigerten die Sozialimperialisten ihre durchschnittlichen Preise von 1970 bis 1974 um das 6,5fache. Dabei ist es erklärlich, daß sie gegenwärtig die OPEC zu Preiserhöhungen von mindestens 25% auffordern, um ihre Profite weiter in die Höhe treiben zu können und gleichzeitig mit der Hetze gegen einzelne OPEC-Länder wie Saudi-Arabien und den Iran wegen ,,proamerikanischer Preispolitik" versuchen, die Einheit der OPEC zu zerstören.

Die OPEC-Länder, die ihre Einheit im Kampf gegen die Ausplünderung ihrer Erdölressourcen durch die US-Imperialisten geschmiedet haben, wissen sich auch gegen die Angriffe der sozialimperialistischen Supermacht zur Wehr zu setzen. Im Juli hat der saudiarabische Erdölminister Yamani ,,die sowjetische Präsenz in Äthiopien und im Südjemen – auf beiden Seiten des Schiffahrtsweges durch das Rote Meer" angegriffen, die ,,darauf abzielt, die Erdölproduzierenden Länder im Nahen Osten einzukreisen und die Kontrolle über die Erdölversorgung zu erlangen."

USA: Indianer kämpfen um ihr Land und Selbstbestimmungsrecht

z.gek. Am 27. August hat die Naturschutzbehörde von Nord-Kalifornien den Yurok- und den Hoopa-Indianern das Fischen auf dem Klameth-Fluß, der durch ihr ,,Reservat" führt, untersagt. Noch 1975 hatte ein Gericht den Indianern ihre Fischereirechte, die vertraglich verbrieft sind, bestätigen müssen. Die Lachse und Salme im Fluß sind in den letzten Jahren immer weniger geworden, weil ein kapitalistisches Fischereiunternehmen sie im Unterlauf des Flusses abfischt, wenn sie aus dem Meer zurückkommen. Die Kapitalisten ihrerseits haben die Indianer beschuldigt und die Naturschutzbehörde in Marsch gesetzt. Am 30. August wollten mehrere Patrouillenboote der Staatspolizei die mit Fischen gefüllten Netze der Indianer beschlagnahmen. Die Indianer waren vorbereitet: 20 Boote voll Kriegern schlugen die Polizisten zurück. In den Tagen darauf wurden mehrere Indianer verhaftet, es kam zu weiteren Zusammenstößen. Daraufhin hat am 13.9. der Stammesrat den Ausnahmezustand erklärt und das Reservat abgeriegelt.

In Neu-Mexico im Südwesten der USA plant die Union Carbide nach neuen großen Uranfunden die Anlage einer ganzen Kette von Gruben im Übertagebau. Das Land soll von unten nach oben gegraben werden, eine Senkung des Grundwasserspiegels ist zu befürchten wie die Verseuchung einer Reihe von Zuflüssen zum Rio Grande. Der Rio Grande ist die Lebensader für die Bewohner Neu-Mexikos, vor allem für die Indianer-Pueblos, die am Fluß aufgereiht liegen. Die meisten der Indianer sind kleine Bauern. ,,Seit undenklichen Zeiten ist das Wasser des Rio Grande von Norden nach Süden geflossen. Es war schön, und wir tranken daraus... aber jetzt fürchten wir uns schon, daraus zu trinken", sagte

des Flusses abfischt, wenn sie aus dem Meer zurückkommen. Die Kapitalisten ihrerseits haben die Indianer beschuldigt und die Naturschutzbehörde in Marsch gesetzt. Am 30. August wollten mehrere Patrouillenboote der Staatspolizei die mit Fischen gefüllten Netze der Indianer beschlagnahmen. Die Indianer waren vorbereitet: 20 Boote voll Kriegern schlugen die Polizisten zurück. In den Tagen darauf wurden mehrere Indianer verhaftet, es kam zu weiteren Zusammenstößen. Daraufhin hat am 13.9. der Stammesrat den Ausnahmezustand erklärt und das Reservat abgeriegelt.

In Neu-Mexico im Südwesten der USA plant die Union Carbide nach neuen großen Uranfunden die Anlage einer ganzen Kette von Gruben im Übertagebau. Das Land soll von unten nach oben gegraben werden, eine Senkung des Grundwasserspiegels ist zu befürchten wie die Verseuchung einer Reihe von Zuflüssen zum Rio Grande. Der Rio Grande ist die Lebensader für die Bewohner Neu-Mexikos, vor allem für die Indianer-Pueblos, die am Fluß aufgereiht liegen. Die meisten der Indianer sind kleine Bauern. ,,Seit undenklichen Zeiten ist das Wasser des Rio Grande von Norden nach Süden geflossen. Es war schön, und wir tranken daraus... aber jetzt fürchten wir uns schon, daraus zu trinken", sagte
einer von ihnen auf einer Versammlung Ende September. Diese Versammlung war vom Stammesrat der India ner-Pueblos von Santo Domingo, wo die erste Grube gebaut werden soll, einberufen worden, gemeinsam mit einem Komitee weiterer Anwohner, die meisten Chicanos (Mexikaner).

In einer Ansprache in Keres, der Sprache der Indianer dieser Region, sagte der Vorsitzende des Stammesrates: ,,Wir stehen geschlossen gegen diese gedankenlose Zerstörung unserer Mutter Erde."

Beide Vorgänge werfen ein Licht auf die Politik der Carter-Regierung, die Indianer den Proletariern der USA ,,gleichzuberechtigen", indem ihnen ihr letztes verbliebenes Land und alle verbrieften Rechte genommen werden.


Von März bis Juli führte die Bewegung Amerikanischer Indianer (AIM) einen Marsch von San Francisco quer durch die USA bis New York durch zur Bekräftigung ihres Rechts auf das Land und zur Organisation ihres Kampfes gegen eine ganze Reihe neuer Entrechtungsgesetze.

Ihre Auslöschung als Nation ist das Ziel.

Demgegenüber nimmt der Kampf der Indianer in den USA deutlicher die Stoßrichtung des Kampfes um das vollständige Selbstbestimmungsrecht als Nation auf eigenem Land an. Mit großer Mehrheit ist erstmals einer der Führer der Indianer-Bewegung AIM, Vernon Bellecourt, zum Sekretär und Schatzmeister des Weiße-Erde-Reser

verbrieften Rechte genommen werden.


Von März bis Juli führte die Bewegung Amerikanischer Indianer (AIM) einen Marsch von San Francisco quer durch die USA bis New York durch zur Bekräftigung ihres Rechts auf das Land und zur Organisation ihres Kampfes gegen eine ganze Reihe neuer Entrechtungsgesetze.

Ihre Auslöschung als Nation ist das Ziel.

Demgegenüber nimmt der Kampf der Indianer in den USA deutlicher die Stoßrichtung des Kampfes um das vollständige Selbstbestimmungsrecht als Nation auf eigenem Land an. Mit großer Mehrheit ist erstmals einer der Führer der Indianer-Bewegung AIM, Vernon Bellecourt, zum Sekretär und Schatzmeister des Weiße-Erde-Reser
vats in Nord-Minnesota gewählt worden. Bellecourt hat auf einer Plattform des Kampfs um die vollständige Selbstverwaltung im Reservatsgebiet, einschließlich eigener Polizei und Rechtsprechung und eigener Schulen sowie der Verfügung über die natürlichen Ressourcen des Gebietes, kandidiert.

krotten Fabriken aus der Steuer mitzunehmen. Der Aufkaufvertrag soll bereits fertig vorliegen. Von jetzt über 90 Prozent bei Zeitungen und über 50 Prozent bei Zeitschriften würde der ,,Marktanteil" des Monopols damit bei Zeitungspapier auf glatte 100 Prozent steigen. Seit kurzem gehören Fabbri auch 29 Prozent des Verlagshauses Mondadori, das neben Büchern zahlreiche Zeitschriften und einige Zeitungen herausgibt. Klappt das Geschäft, ist also für die nötige Einheitlichkeit der Bourgeoispresse in jeder Hinsicht eine solide Grundlage gelegt. Damit nicht ausländische Konkurrenz das Geschäft verdirbt, hat die italienische Regierung ein Kartell organisiert und z.B. von den von der EG-Kommission zur zollfreien Einfuhr zugelassenen fast 2,3 Mio. Tonnen Zeitungspapier für Italien eine Quote von nur ganzen 1000 Tonnen ,,gesichert". Um in den italienischen Markt einzudringen, haben jetzt die anderen westeuropäischen Papiermonopole die EG-Kommission zum Einschreiten gegen das italienische Kartell gedrängt. Aber von ,,Kartell" kann natürlich keine Rede mehr sein, wenn eh alles Fabbri gehört.

Unterdrückung der ausländischen Arbeiter in Frankreich

z.jon.Paris. Die französische Bourgeoisie rekrutiert in wachsendem Umfang Arbeiter aus ihren ehemaligen afrikanischen Kolonien zur Ausbeutung im ,,Mutterland" (siehe Tabelle). Mit der Begründung des ,,Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit" und um diese Arbeiter einzuschüchtern und die klassenbewußtesten abzuschieben, hat die

Ausländische Wohnbevölkerung in 1000

	1968	1975
Ausländer insges.	2621,1	3442,4
Spanier	607,2	497,5
Italiener	571,7	462,9
Portugiesen	296,4	758,9
Algerier	473,8	710,7
Marokkaner	84,2	260,0
Tunesier	61,0	139,7
Andere Afrikaner ..		81,8
Übrige	526,8	537,7

Quelle: Insee, Donnees Sociales, 1973, 1978

Regierung jetzt eine umfassende polizeiliche Überprüfung der Aufenthaltsgenehmigungen angekündigt. Stoleru, Staatssekretär für Arbeiterfragen, ist eigens nach Algier gereist, um die algerische Regierung zum Stillhalten zu zwingen. Er hat versucht, Algerien mit Krediten für die ,,Repatriierung" zu ködern. In der letzten Woche hat die Regierung mit einer Serie von Polizeiüberfällen vergeblich versucht, den Kampf der ausländischen Arbeiter in den Sonacotra-Wohnkasernen für ihre Rechte zu brechen. Die Kampferfahrungen und der Klassenhaß dieser Arbeiter ist im Kampf für die nationale Unabhängigkeit ihrer Länder gewachsen.

Heiße Liebe zum ,,EG-Meer"

z.sie.Brüssel. Als eine große Errungenschaft der EG feiern die französischen, britischen und besonders die westdeutschen Imperialisten das ,,EG-Meer". Die unter ihrer Führung für 1978 durchgesetzten Fischfangquoten im ,,EG-Meer" zeigen, warum:

	Gesamtfangmenge, in t	außerhalb eigener Gewässer, in %
BRD	279654	64,25%
F	238432	50,00%
GB	877742	17,00%
Anteil am Gesamtfang ...	45,16%	85,38%

Quelle: Amtsblatt der EG, C 167

In den fischreichen Gewässern des kleineren imperialistischen Konkurrenten Dänemark, im Skagerrak/Kattegat, beträgt der Anteil der Fischfangquote für die BRD inzwischen schon 14,3%. Besondere Zielpunkte der imperialistischen Gier sind Gewässer der kolonial unterdrückten Länder:

	Färingische Gewässer	Grönland
BRD	11222 t	67900 t
GB	15423 t	3 t
F	20355 t	800 t
DK		60500 t

Gegen den anhaltenden Widerstand der färingischen Bevölkerung fischen die drei imperialistischen Haupträuber 98,32% der EG-Fangquoten in diesem Gebiet.

Afrikanische Staaten beseitigen Analphabetentum

z.pek. Seit der Erkämpfung ihrer Unabhängigkeit betreiben die afrikanischen Staaten gemeinsam den Aufbau ihres eigenen Bildungswesens, um die produktiven Fähigkeiten ihrer Völker zu entwickeln und den Aufbau ihrer nationalen Wirtschaft zu beschleunigen. Die Befreiungsbewegungen der Völker, die noch unter Kolonialherrschaft stehen, bauen als Bestandteil ihres Kampfes ihre eigenen Schulen auf. Die Kolonialherrschaft hat den Gebrauch der afrikanischen Sprachen unterdrückt und über 70% der Afrikaner zu Analphabeten gemacht. 1961 haben die Erziehungsminister der afrikanischen Staaten in Addis Abeba einen Plan beschlossen, in dem die Verwirklichung des kostenlosen Besuchs der Grundschule für alle Kinder bis 1980 und die Durchführung von Programmen zur Erwachsenenbildung in den nationalen und lokalen Sprachen zur vollständigen Beseitigung des Analphabetentums festgelegt wurde. Von 1960 bis 1972 stieg die Zahl der Schüler in den Grundschulen von 16 Mio. auf 32 Mio., in den Sekundarschulen von 1,4 Mio. auf 5 Mio. und in den höheren Schulen von 138000 auf über 500000. 59,5% aller Kinder besuchten 1972 bereits die Grundschule, 1960 waren es erst 41,5%. 1976 beschlossen die Erziehungsminister der afrikanischen Staaten weitere Maßnahmen zur Zusammenarbeit bei der Entwicklung von Erziehungssystemen und der Erreichung der Selbstversorgung in der Produktion von Büchern und Lehrmaterialien und betonten ,,die dringende Notwendigkeit einer radikalen Umwälzung im Bildungssystem der afrikanischen Staaten, um ihre Unabhängigkeit zu stärken und die Mißstände, die durch den Kolonialismus verursacht wurden, zu beseitigen". Algerien, Mali, Tansania und Somalia haben das Analphabetentum bisher weitgehend beseitigt. In Uganda haben seit 1973 425000 Arbeiter und Bauern an Kursen im Rahmen der Kampagne gegen das Analphabetentum teilgenommen. Die Regierung Ugandas hat dazu Lehrbücher in 18 lokalen Sprachen herausgegeben.

Supermachtarroganz in der UNO – Eine US- Presseschau

Echten Zoo gibt's nur noch in der UNO

Aus Gott weiß wieviel guten Gründen wird über das Geschehen in der UNO nicht gerade breit berichtet. Einmal, weil es meistens bedeutungslos ist. Aber hauptsächlich wegen der beleidigenden Heuchelei, die einem vor allem aufstößt, wenn man sich einmal genauer damit befaßt. Nur alle Jubeljahre gibt es eben einen wie Daniel Patrick Moynihan (der vormalige UNO-Botschafter der USA, Anm. d. Übers.), der den kleinen Kriechern in der UNO mitteilte, daß bei ihm nichts zu machen sei, und der ihnen ein paar glorreiche Wochen lang auch das Maul stopfte. ... Aber so als Geste, hin und wieder, sollte man mal über ein Unternehmen in der UNO berichten, und zu diesem Zweck habe ich die Verhandlungen des UN-Ausschusses für Dekolonisierung über Puerto Rico ausgewählt. Dieser Ausschuß hat mit einem Votum von 10 Stimmen für, 0 dagegen und 12 Enthaltungen eine Resolution verabschiedet, die der Regierung der USA Aktionen in bestimmter Richtung vorschreiben will. Wir sind demzufolge also nun gehalten, „den Verfolgungen, Einschüchterungen und repressiven Maßnahmen ein Ende zu setzen, denen Organisationen und Personen, welche für die Unabhängigkeit kämpfen, fortdauernd ausgesetzt werden, und die die nationalen Rechte des Volks von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit verletzen". ... Die Erklärung, wenn man es so nennen kann (für diese Abstimmung) liegt darin, daß immer weniger Länder bereit sind, sich der Dritten Welt und dem kommunistischen Block entgegenzustellen. Sie haben gerade noch den Mut, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Aber, wie ich anfangs sagte, glücklicherweise hört ja niemand hin, außer ein paar verirrten Wanderern im Zoologischen Garten des Planetenparlaments". (William F. Buckley, New York Post, 7. Oktober)

USA begleichen Rechnung für PLO-Terrorfilm

Das Sekretariat der Vereinten Nationen hat eine 500000 Dollar-Werbekampagne gestartet, um die Sache der palästinensischen Befreiungsorganisation in der westlichen Welt zu propagieren, mit Pamphleten, einem Nachrichtendienst und einem Film, in dem Yasser Arafat der Star ist. Der führende finanzielle Mäzen hinter diesem Unternehmen ist niemand als der amerikanische Steuerzahler, der 25 Prozent aller UNO-Ausgaben trägt. (Michael J. Berlin, New York Post, 6. Oktober)

Raus aus Afrika ...

ausgesetzt werden, und die die nationalen Rechte des Volks von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit verletzen". ... Die Erklärung, wenn man es so nennen kann (für diese Abstimmung) liegt darin, daß immer weniger Länder bereit sind, sich der Dritten Welt und dem kommunistischen Block entgegenzustellen. Sie haben gerade noch den Mut, ihre Hände in Unschuld zu waschen. Aber, wie ich anfangs sagte, glücklicherweise hört ja niemand hin, außer ein paar verirrten Wanderern im Zoologischen Garten des Planetenparlaments". (William F. Buckley, New York Post, 7. Oktober)

USA begleichen Rechnung für PLO-Terrorfilm

Das Sekretariat der Vereinten Nationen hat eine 500000 Dollar-Werbekampagne gestartet, um die Sache der palästinensischen Befreiungsorganisation in der westlichen Welt zu propagieren, mit Pamphleten, einem Nachrichtendienst und einem Film, in dem Yasser Arafat der Star ist. Der führende finanzielle Mäzen hinter diesem Unternehmen ist niemand als der amerikanische Steuerzahler, der 25 Prozent aller UNO-Ausgaben trägt. (Michael J. Berlin, New York Post, 6. Oktober)

Raus aus Afrika ...

Die UNO verlangt die Verlegung der Wahlen (in Namibia), wie es die SWAPO verlangt. Dies würde den Guerillas mehr Zeit geben, um die Bevölkerung einzuschüchtern ... Die UNO will ebenso ihre militärischen Kräfte auf 7500 Mann aufstocken, mehr als das doppelte, was man die Südafrikaner vorher glauben gemacht hat. Und alles das wurde von der UNO angekündigt, ohne, wie versprochen, die Südafrikaner vorher zu konsultieren. Man kann sich über die Bedeutung dieser Einzelheiten streiten, aber die Bedenken der Südafrikaner, so jemandem Dinge in die Hand zu geben, die für die Sicherheit Südafrikas vital sind, sind gut verständlich. Zumal UN-Behörden die SWAPO bereits als alleinigen Repräsentanten Namibias anerkennen. ... Die USA sind dabei, ihre eigenen Interessen in dieser Region aus dem Auge zu verlieren, strategisch und ökonomisch. ... Eine Politik, die diesen Interessen folgt, würde so aussehen: erstens, ignoriere die UNO, die von anderen Interessen und Ideologien als unseren dominiert wird. Zweitens, ermutige Südafrika, sein unbarmherziges System zu verbessern, aber behalte immer im Auge, daß andere Staaten auf dem Kontinent ebenfalls abscheuerregende Mängel aufweisen. ... Diese Politik wäre unvergleichlich besser als unsere jetzige, der UNO-Mehrheit hinterherzurennen, eine Politik, die reale Interessen der USA verletzt, nur um ... eine Form des Rassismus durch eine andere zu ersetzen. (Redaktioneller Kommentar, Wall Street Journal, 29. September)

Die internationale Lage und Chinas Außenpolitik

Rede von Huang Hua, Außenminister der VR China und Delegationsleiter bei der UNO-Generalversammlung

Huang Hua, Leiter der Delegation der Volksrepublik China bei der 33. Sitzung der UNO-Generalversammlung und Außenminister, hielt am 28. September die folgende Rede (eigene Übersetzung):

Zu Beginn meiner Rede möchte ich Eurer Exzellenz Indalecio Lievano zu Ihrer Wahl zum Präsidenten der diesjährigen Tagung der UNO-Generalversammlung gratulieren. Gleichzeitig möchte ich bei dieser Gelegenheit den Solomon-Inseln herzlich zu ihrer Aufnahme als Mitglied in die Vereinten Nationen gratulieren und ihnen weitere Erfolge auf ihrem künftigen Weg der Unabhängigkeit und des Fortschritts wünschen.

Neue Entwicklungen und Veränderungen

Seit der 32. Tagung der UNO-Generalversammlung im letzten Jahr haben neue Entwicklungen und Veränderungen der internationalen Lage stattgefunden. Der Kampf der Völker der Welt zur Erringung und Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit, zur Wahrung des internationalen Friedens und zu ihrer Sicherung gegenüber Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus wurde verstärkt. Neue Siege wurden errungen. In diesem Kampf spielen die Länder der Dritten Welt die entscheidende Rolle.

Einige asiatische und afrikanische Länder haben erfolgreich ihre nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität verteidigt, die von einer Supermacht eingefädelte militärische Einmischung zurückgeschlagen und ihre Pläne der Subversion und Sabotage vereitelt. Die afrikanischen Länder sind entschieden gegen fremde Einmischung in afrikanische Angelegenheiten aufgetreten. Die Kämpfe der Völker des südlichen Afrika gegen Rassismus und für nationale Unabhängigkeit haben an Tiefe gewonnen. Die Völker der arabischen Länder und Palästinas bekämpfen unermüdlich und entschlossen den Zionismus und die Rivalität der beiden Supermächte im Nahen Osten. Die Völker der lateinamerikanischen Länder haben wichtige Erfolge bei der Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität erzielt, ihre nationale Wirtschaft entwickelt und die regionale Zusammenarbeit verstärkt. Die Blockfreien-Bewegung hat dem Druck der Supermächte widerstanden und an ihrer grundlegenden Orientierung festgehalten. Sie ist zu einer bedeutenden Kraft des Kampfes der Völker der Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus geworden. Unter den westlichen Ländern Europas und anderen Ländern der zweiten Welt

perialismus, Kolonialismus und Hegemonismus wurde verstärkt. Neue Siege wurden errungen. In diesem Kampf spielen die Länder der Dritten Welt die entscheidende Rolle.

Einige asiatische und afrikanische Länder haben erfolgreich ihre nationale Unabhängigkeit und territoriale Integrität verteidigt, die von einer Supermacht eingefädelte militärische Einmischung zurückgeschlagen und ihre Pläne der Subversion und Sabotage vereitelt. Die afrikanischen Länder sind entschieden gegen fremde Einmischung in afrikanische Angelegenheiten aufgetreten. Die Kämpfe der Völker des südlichen Afrika gegen Rassismus und für nationale Unabhängigkeit haben an Tiefe gewonnen. Die Völker der arabischen Länder und Palästinas bekämpfen unermüdlich und entschlossen den Zionismus und die Rivalität der beiden Supermächte im Nahen Osten. Die Völker der lateinamerikanischen Länder haben wichtige Erfolge bei der Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität erzielt, ihre nationale Wirtschaft entwickelt und die regionale Zusammenarbeit verstärkt. Die Blockfreien-Bewegung hat dem Druck der Supermächte widerstanden und an ihrer grundlegenden Orientierung festgehalten. Sie ist zu einer bedeutenden Kraft des Kampfes der Völker der Welt gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus geworden. Unter den westlichen Ländern Europas und anderen Ländern der zweiten Welt
wächst eindeutig die Tendenz, die Einheit zu stärken, die Zusammenarbeit zu erweitern und sich gegen Einmischung und Bevormundung durch die Supermächte zu wenden. All das zeigt, daß sich die internationale Lage weiterhin zugunsten der Völker der Welt entwickelt hat.

Man darf jedoch nicht die große Unruhe in der Welt während des vergangenen Jahres und die Gefährdung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit übersehen. Die beiden Supermächte haben ihren Kampf um die Weltherrschaft verstärkt, wobei die eine ihre hergebrachten Ansprüche zu verteidigen sucht, während die andere unbedingt ihren Machtbereich erweitern will. Der strategische Schwerpunkt ihrer Rivalität liegt in Europa, wo sich beide Seiten weiterhin direkt erbittert gegenüberstehen. Um Europa von den Flanken her einzukreisen, hat der Sozialimperialismus seine Aggression und Expansion in Afrika, im Nahen Osten und im Golfgebiet verstärkt, um Gebiete und Ressourcen mit strategischer Bedeutung einzunehmen und in dem Versuch, die Transportwege zu kontrollieren. Das ist ein wichtiger Bestandteil seiner Strategie zur Erringung der Weltherrschaft. Um seine Position zu stärken und die Vorherrschaft im asiatisch-pazifischen Raum zu erringen, hat der Sozialimperialismus dort Expansion und Infiltration verstärkt und Spannungen und Konflikte herbeigeführt. Er ist so zu einer direkten Bedrohung der Sicherheit der betroffenen Länder geworden. Die hervorstechenden Merkmale der von dieser Supermacht in der letzten Zeit verfolgten Taktik bestanden in folgendem:

In immer stärkerem Maß und in flagranter Weise werden Agenten benutzt und Söldner eingesetzt, Afrikaner gegen Afrikaner und Asiaten gegen Asiaten gehetzt, damit sie ihr die Kastanien aus dem Feuer holen. Skrupellos setzt sie solch terroristische Mittel wie Attentate ein, betreibt Subversion und stiftet Unruhe. Die zügellosen Aggressions- und Expansionsakte des Sozialimperialismus stellen eine neue Entwicklung in der internationalen Arena dar, die beachtet werden muß. Sie beweisen erneut, daß der Sozialimperialismus die aggressivere der beiden Supermächte ist und die Hauptbedrohung für Frieden und Sicherheit in der Welt darstellt.

Wie kann der Ausbruch des Krieges hinausgeschoben werden?

Infolge der verschärften Rivalität der beiden Hegemonialmächte und der zunehmenden weltweiten Umtriebe des Sozialimperialismus mit strategischen Zielen haben weitere lokale Kriege stattgefunden, und die Gefahr eines Weltkrieges hat sich verstärkt. Deswegen ist es zu einer wichtigen Aufgabe der Völker geworden, den Weltkrieg hinauszuschieben und den Weltfrieden zu erhalten. Angesichts der Drohung eines neuen Krieges sind die Völker der Welt im letzten Jahr zunehmend erwacht und haben Kämpfe auf vielen Gebieten geführt. Viele Länder haben zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Sicherheit Anstrengungen zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit unternommen. Auf der ganzen Welt haben die Völker die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen der Supermächte verurteilt und entschieden die Forderung nach einem Einhalt des Wettrüstens erhoben. Eine wachsende Zahl weitsichtiger Persönlichkeiten hat angesichts der Kriegsgefahr größere Wachsamkeit gefordert. All dies ist zweifellos günstig für die Wahrung des Friedens und die Verzögerung des Krieges. Die Supermächte verbreiten eifrig Friedensillusionen, um die Völker der Welt einzulullen und ihre Kriegspläne zu vertuschen. Die Sozialimperialisten plappern „Entspannung ist zu einem vorherrschenden Merkmal" im internationalen Klima geworden. Aber warum geben sie dann jedes Jahr riesige Geldbeträge zur hektischen Aufstockung ihres Waffenarsenals aus? Warum suchen sie dann verzweifelt nach einem Vorsprung bei Atomwaffen, nachdem sie bereits bei konventionellen Waffen einen Vorsprung erzielt haben? Offenbar haben die Sozialimperialisten mehr im Sinn, wenn sie betrügerisch Entspannung predigen. Man muß den richtigen Weg ein-

gen ist es zu einer wichtigen Aufgabe der Völker geworden, den Weltkrieg hinauszuschieben und den Weltfrieden zu erhalten. Angesichts der Drohung eines neuen Krieges sind die Völker der Welt im letzten Jahr zunehmend erwacht und haben Kämpfe auf vielen Gebieten geführt. Viele Länder haben zur Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Sicherheit Anstrengungen zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit unternommen. Auf der ganzen Welt haben die Völker die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen der Supermächte verurteilt und entschieden die Forderung nach einem Einhalt des Wettrüstens erhoben. Eine wachsende Zahl weitsichtiger Persönlichkeiten hat angesichts der Kriegsgefahr größere Wachsamkeit gefordert. All dies ist zweifellos günstig für die Wahrung des Friedens und die Verzögerung des Krieges. Die Supermächte verbreiten eifrig Friedensillusionen, um die Völker der Welt einzulullen und ihre Kriegspläne zu vertuschen. Die Sozialimperialisten plappern „Entspannung ist zu einem vorherrschenden Merkmal" im internationalen Klima geworden. Aber warum geben sie dann jedes Jahr riesige Geldbeträge zur hektischen Aufstockung ihres Waffenarsenals aus? Warum suchen sie dann verzweifelt nach einem Vorsprung bei Atomwaffen, nachdem sie bereits bei konventionellen Waffen einen Vorsprung erzielt haben? Offenbar haben die Sozialimperialisten mehr im Sinn, wenn sie betrügerisch Entspannung predigen. Man muß den richtigen Weg ein-
schlagen, um den Weltfrieden zu erreichen und zu sichern und den Ausbruch des Krieges hinauszuschieben. Wir vertreten die Auffassung:

Erstens ist es notwendig, den Völkern wahrheitsgemäß die wachsende Kriegsgefahr darzulegen, damit sie ihre Wachsamkeit erhöhen und Vorbereitungen treffen können, um gegen den Aggressor zu kämpfen.

Zweitens müssen Anstrengungen unternommen werden, um den Kampf gegen die Kriegstreiber zu verstärken, jeden Akt ihrer Aggression und Expansion zu vereiteln und frühzeitig ihren Aufmarsch für den Krieg zunichte zu machen.

Drittens muß man weiterhin gegen die Beschwichtigungspolitik auftreten, die zu Kompromissen und Konzessionen gegenüber dem Aggressor führt. Wer einen Tiger aufzieht, wird später die Folgen zu tragen haben. Genauso schädlich ist eine derartige Politik, die bloß die Kriegsgefahr verschärft.

Diese drei Prinzipien hat China bisher befolgt und wird das auch weiterhin tun. Die Supermächte sind äußerlich stark, innerlich aber schwach. Je aggressiver sie sind, desto stärker ist der Widerstand der Völker, der sich ihnen entgegenstellt. Verschärfung von Aggression und Expansion durch den Sozialimperialismus hat dazu geführt, daß er für die Völker aller Länder zum Lehrer durch negatives Beispiel geworden ist und daß ihn die Völker immer entschlossener bekämpfen, wodurch die internationale antihegemonistische Einheitsfront gestärkt und verbreitert wurde. Das ist die Logik der Geschichte. Die Stärke der Völker ist groß. Es ist durchaus möglich, den Ausbruch eines Weltkrieges hinauszuschieben, wenn sich die Völker der Welt zusammenschließen, die Kriegspläne der Supermächte Schlag auf Schlag bekämpfen und sie unentwegt durchkreuzen.

Eine dringende Aufgabe

Die Rivalität zwischen den Supermächten gefährdet den Weltfrieden und stellt eine direkte Bedrohung der Unabhängigkeit und Sicherheit verschiedener Länder dar. Es ist daher eine dringende Aufgabe der Völker aller Länder geworden, ihre nationale Unabhängigkeit und staatliche Souveränität zu verteidigen. Gegenwärtig befindet sich der Kampf der Länder der Dritten Welt für die Sicherung ihrer nationalen Unabhängigkeit in einer neuen und komplizierten Situation. Um Aggression und Expansion besser vorantreiben zu können, versucht der Sozialimperialismus, die Völker zum Narren zu halten, indem er unter dem Banner des „natürlichen Verbündeten der Entwicklungsländer", der „die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützt", auftritt. Gleichzeitig setzt er alles daran, Zwietracht zwischen den Ländern der Dritten Welt zu säen. Heute verleiht er einem den Titel „fortschrittlich", morgen bezeichnet er ihn dann als „reaktionär". Erst unterstützt er den einen gegen den anderen, dann handelt er genau umgekehrt.

Er scheut kein Mittel, um Zwietracht zu säen und die Einheit der Länder der Dritten Welt zu untergraben. Durch eigene Erfahrungen haben die Völker der Welt erkannt, daß die Wahrung ihrer Einheit und der gemeinsame Kampf gegen den Feind ein wichtiger Garant für den Sieg im Kampf zur Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit ist. Im letzten Jahr haben sie in Auseinandersetzungen mit ihrem Erzfeind ihre gemeinsamen Interessen hochgehalten und gemeinsame Grundlagen in wichtigen Fragen gesucht, während sie untergeordnete Differenzen zurückgestellt haben. Sie haben ihre Einheit gewahrt und sind der Spaltung und fremder Einmischung entgegengetreten.

Auf diese Weise haben sie den Kampf gegen den Hegemonismus beharrlich fortgesetzt. Die 15. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit und die Außenministerkonferenz der Blockfreien Staaten im Juni hat – ungeachtet der Intervention und Sabotage durch die Supermächte – befrie-

Sozialimperialismus, die Völker zum Narren zu halten, indem er unter dem Banner des „natürlichen Verbündeten der Entwicklungsländer", der „die nationalen Befreiungsbewegungen unterstützt", auftritt. Gleichzeitig setzt er alles daran, Zwietracht zwischen den Ländern der Dritten Welt zu säen. Heute verleiht er einem den Titel „fortschrittlich", morgen bezeichnet er ihn dann als „reaktionär". Erst unterstützt er den einen gegen den anderen, dann handelt er genau umgekehrt.

Er scheut kein Mittel, um Zwietracht zu säen und die Einheit der Länder der Dritten Welt zu untergraben. Durch eigene Erfahrungen haben die Völker der Welt erkannt, daß die Wahrung ihrer Einheit und der gemeinsame Kampf gegen den Feind ein wichtiger Garant für den Sieg im Kampf zur Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit ist. Im letzten Jahr haben sie in Auseinandersetzungen mit ihrem Erzfeind ihre gemeinsamen Interessen hochgehalten und gemeinsame Grundlagen in wichtigen Fragen gesucht, während sie untergeordnete Differenzen zurückgestellt haben. Sie haben ihre Einheit gewahrt und sind der Spaltung und fremder Einmischung entgegengetreten.

Auf diese Weise haben sie den Kampf gegen den Hegemonismus beharrlich fortgesetzt. Die 15. Gipfelkonferenz der Organisation für Afrikanische Einheit und die Außenministerkonferenz der Blockfreien Staaten im Juni hat – ungeachtet der Intervention und Sabotage durch die Supermächte – befrie-
digende Ergebnisse erzielt. Auf der Gipfelkonferenz in Khartum wurde „jede fremde Einmischung in die inneren Angelegenheiten des afrikanischen Kontinents" scharf zurückgewiesen, und es wurde festgelegt, daß die afro-arabische Zusammenarbeit verstärkt wird. Die Wichtigkeit der friedlichen Bereinigung von Streitigkeiten zwischen Mitgliedsstaaten und der Stärkung der Einheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde hervorgehoben. Auf der Belgrader Konferenz wurde die Einheit der Blockfreienbewegung gegen die Spaltungsversuche der Supermächte verteidigt. Die Konferenz bekräftigte und verteidigte Charakter und Prinzipien der Bewegung, hob die Bedeutung des Kampfes gegen „alle Formen von Fremdherrschaft und Hegemonie" hervor und hielt an ihrer Orientierung gegen Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus fest. Beide Konferenzen haben vollständig die große Lebenskraft der Blockfreienbewegung und der OAU und ihre große Bedeutung für die internationalen Beziehungen zum Ausdruck gebracht. Sie wurden zu einem wichtigen Anzeichen für die weitere Entwicklung des Kampfes der Völker der Welt gegen den Hegemonismus.

Die schwerwiegende Gefahr sozialimperialistischer Aggression und Einverleibung hat auch die Länder der zweiten Welt dazu veranlaßt, der Verteidigung ihrer nationalen Unabhängigkeit größere Aufmerksamkeit zu schenken. Angesichts der militärischen Drohung und der spalterischen Absichten dieser Supermacht haben die westeuropäischen Länder und einige andere Länder der zweiten Welt ihre nationale Verteidigung weiter ausgebaut, die gegenseitigen Beziehungen in Einklang gebracht und ihr wirtschaftliches, politisches und militärisches Bündnis gefestigt. Das entspricht nicht nur dem Interesse dieser Länder an Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Sicherheit, sondern liegt auch im Interesse der Völker aller Länder.

Zur Lage im Nahen Osten

Die Lage im Nahen Osten erfordert große Aufmerksamkeit. Die israelischen Zionisten weigern sich halsstarrig, sich aus den besetzten arabischen Gebieten zurückzuziehen und die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Sie stoßen neue Kriegsdrohungen gegen die arabischen Völker und das palästinensische Volk aus. Die Kriegslüsternheit Israels hängt eng zusammen mit der Anstiftung durch die beiden Supermächte, und sie wird durch beide Supermächte unterstützt. Die eine Supermacht hat schon immer Israel gedeckt. Die andere Supermacht versucht beständig, einen Zustand von weder Krieg noch Frieden im Nahen Osten aufrechtzuerhalten. Sie stiftet Unruhe und Zwietracht unter den arabischen Ländern, um ihre Eintracht zu untergraben, ihren Kampf zu schwächen, und dadurch im Trüben fischen zu können.

Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben immer die Auffassung vertreten, daß die arabischen Völker und das palästinensische Volk die unmittelbaren Opfer der erbitterten Rivalität der beiden Supermächte und der israelischen Aggression und Expansion sind.

Nur durch die Rückgabe der verlorenen Gebiete an die arabischen Völker und die Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes kann die Nahostfrage gelöst werden, und nur so ist Frieden im Nahen Osten möglich. Der Kampf der arabischen Völker gegen den israelischen Zionismus ist vollständig gerecht. Er ist eng mit dem Kampf gegen den Hegemonismus verbunden. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen seit jeher entschieden die arabischen Völker und das palästinensische Volk in ihrem Kampf zur Wiedererlangung ihrer verlorenen Gebiete und zur Wiederherstellung der nationalen Rechte Palästinas, und wir sind entschiedene Gegner des Ringens der beiden Supermächte um Vorherrschaft im Nahen Osten und ihrer groben Verletzung der Interessen der ara-

Zustand von weder Krieg noch Frieden im Nahen Osten aufrechtzuerhalten. Sie stiftet Unruhe und Zwietracht unter den arabischen Ländern, um ihre Eintracht zu untergraben, ihren Kampf zu schwächen, und dadurch im Trüben fischen zu können.

Die chinesische Regierung und das chinesische Volk haben immer die Auffassung vertreten, daß die arabischen Völker und das palästinensische Volk die unmittelbaren Opfer der erbitterten Rivalität der beiden Supermächte und der israelischen Aggression und Expansion sind.

Nur durch die Rückgabe der verlorenen Gebiete an die arabischen Völker und die Wiederherstellung der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes kann die Nahostfrage gelöst werden, und nur so ist Frieden im Nahen Osten möglich. Der Kampf der arabischen Völker gegen den israelischen Zionismus ist vollständig gerecht. Er ist eng mit dem Kampf gegen den Hegemonismus verbunden. Die chinesische Regierung und das chinesische Volk unterstützen seit jeher entschieden die arabischen Völker und das palästinensische Volk in ihrem Kampf zur Wiedererlangung ihrer verlorenen Gebiete und zur Wiederherstellung der nationalen Rechte Palästinas, und wir sind entschiedene Gegner des Ringens der beiden Supermächte um Vorherrschaft im Nahen Osten und ihrer groben Verletzung der Interessen der ara-
bischen Völker. Wir verurteilen die Aggressions- und Expansionspolitik Israels aufs schärfste. Wir erkennen Israel nicht an und wollen nichts mit ihm zu tun haben. Wir hoffen ernsthaft, daß die arabischen Völker und das palästinensische Volk durch geduldige Beratung ihre Differenzen ausräumen, unablässig ihre Einheit stärken, allmählich die Schwierigkeiten auf dem Weg des Fortschritts überwinden und schließlich einen großen Sieg in ihrem Kampf gegen die Aggression erringen.

Südliches Afrika

Das südliche Afrika ist nach wie vor das größte Kolonialgebiet der heutigen Welt. Gedeckt und unterstützt von den Imperialisten, verfolgen die reaktionären Regime in Südafrika und Rhodesien immer noch fanatisch ihre kolonialistische und rassistische Politik. Diese Situation darf nicht weiterbestehen, sondern muß gründlich geändert werden. Unter den heftigen Schlägen der Völker von Zimbabwe und Namibia, die sich im bewaffneten Kampf erheben, gehen die reaktionären Regime ihrem Untergang entgegen, aber sie führen noch einen Verzweiflungskampf mit politischen Manövern wie der sogenannten „inneren Lösung". Unaufhörlich unternehmen sie Überfälle auf benachbarte afrikanische Staaten, um ihre reaktionäre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Die beiden Supermächte setzen ihre Rivalität in diesem Gebiet unablässig fort. Besonders die später gekommene Supermacht betreibt mit allen Mitteln Infil-



tration und Expansion. Wir sind von jeher der Auffassung, daß alle Länder, die für Gerechtigkeit eintreten, die Völker von Zimbabwe, Namibia und Azania in ihrem Befreiungskampf unterstützen müssen. Zimbabwe und Namibia müssen wirkliche nationale Unabhängigkeit frei von jeder ausländischen Einmischung und auf der Grundlage der territorialen Integrität und Einheit erreichen. Die Apartheidspolitik Südafrikas muß beseitigt werden. Die Vereinten Nationen müssen der historischen Entwicklung folgen und ihre Pflicht erfüllen, um der kolonialen und rassistischen Herrschaft in Südafrika in Übereinstimmung mit dem dringenden Wunsch und den gerechten Forderungen der afrikanischen Völker ein Ende zu bereiten. China unterstützt entschieden den gerechten Kampf der Völker Azanias, Zimbabwes und Namibias. Wir sind sicher, daß die großen afrikanischen Völker das letzte Bollwerk des Kolonialismus und Rassismus zerschmettern und vollständige Unabhängigkeit und Freiheit für ganz Afrika erringen werden.

Korea

Der gerechte Kampf des Volkes von Korea für die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung seines Vaterlandes hat die Sympathie und Unterstützung der Völker der Welt gewonnen. Gegenwärtig liegt der Schlüssel für die Lösung der Koreafrage darin, daß die Vereinigten Staaten all ihre Truppen und Waffen aus Südkorea abziehen müssen und daß das sogenannte „UNO-Kommando“ aufgelöst werden muß. Die Vereinigten Staaten und die Pak Jung Hi-Clique von Südkorea müssen all ihre Machenschaften zur Schaffung von „zwei Koreas“ fallenlassen. Wir unterstützen entschieden die Haltung und die Bemühungen der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea für die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung Koreas. Die Resolution zur Unterstützung der unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung von Korea, die die UNO-Generalversammlung auf ihrer 30. Sitzung angenommen hat, muß ernsthaft und ohne Verzögerung verwirklicht werden. Die Koreafrage muß von dem Volk von Korea selbst ohne jede fremde Einmischung gelöst werden.

und Rassismus zerschmettern und vollständige Unabhängigkeit und Freiheit für ganz Afrika erringen werden.

Korea

Der gerechte Kampf des Volkes von Korea für die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung seines Vaterlandes hat die Sympathie und Unterstützung der Völker der Welt gewonnen. Gegenwärtig liegt der Schlüssel für die Lösung der Koreafrage darin, daß die Vereinigten Staaten all ihre Truppen und Waffen aus Südkorea abziehen müssen und daß das sogenannte „UNO-Kommando“ aufgelöst werden muß. Die Vereinigten Staaten und die Pak Jung Hi-Clique von Südkorea müssen all ihre Machenschaften zur Schaffung von „zwei Koreas“ fallenlassen. Wir unterstützen entschieden die Haltung und die Bemühungen der Regierung der Demokratischen Volksrepublik Korea für die unabhängige und friedliche Wiedervereinigung Koreas. Die Resolution zur Unterstützung der unabhängigen und friedlichen Wiedervereinigung von Korea, die die UNO-Generalversammlung auf ihrer 30. Sitzung angenommen hat, muß ernsthaft und ohne Verzögerung verwirklicht werden. Die Koreafrage muß von dem Volk von Korea selbst ohne jede fremde Einmischung gelöst werden.

Kampf um Abrüstung

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt dieser Tagung ist die Abrüstung. Die kürzlich auf Vorschlag der blockfreien Länder einberufene Sondertagung der UNO-Generalversammlung war die erste Tagung dieser Art in der Geschichte der Vereinten Nationen.

Viele Länder haben auf dieser Sitzung entschieden die imperialistische und hegemonistische Aggressions- und Kriegspolitik verurteilt. Diese Länder wiesen zu Recht darauf hin, daß der wirkliche Grund des beschleunigten Wettrüstens der beiden Supermächte in ihrer wachsenden Rivalität um die Weltherrschaft liegt, und forderten, daß die Supermächte wirklich abrüsten müssen. Darüberhinaus haben sie eine Reihe vernünftiger Vorstellungen und Vorschläge vorgetragen. Die Sondertagung über Abrüstung hat die Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen der Supermächte enthüllt und die Forderung aufgestellt, daß sie diejenigen sein müssen, die als erste abrüsten. Dadurch hat sie eine positive Rolle gespielt. Die Supermächte waren aber äußerst halsstarrig. Sie haben jegliche wirkliche konventionelle oder nukleare Abrüstung von sich gewiesen. Die Tatsachen beweisen, daß der Kampf für wirkliche Abrüstung große Anstrengungen erfordert.

Durch die Forderungen der Völker der Welt unter Druck gesetzt, haben die Supermächte alle möglichen Tricks angewandt, um durch vorgetäuschte Abrüstung die Öffentlichkeit zu betrügen. Unlängst hat die Sowjetunion erneut dieser Tagung einen Vorschlag mit der Bezeichnung „Abschluß einer internationalen Konvention über verbesserte Sicherheitsgarantien für nichtnukleare Staaten“ vorgelegt. Unter dem Aushängeschild „Sicherheitsgarantien für nichtnukleare Staaten“ verfolgt dieser Vorschlag das Ziel, der großen Zahl kleiner und mittelgroßer Länder die Hände zu binden und sie der Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu berauben. Unzufrieden mit ihrer großen Zahl nuklearer Waffen, betreibt die Sowjetunion mit rasender Geschwindigkeit nukleare Aufrüstung. Anstatt sich zu verpflichten, unter keinerlei Umständen Atomwaffen gegen die große Zahl von Staaten ohne Atomwaffen anzuwenden, will die Sowjetunion ihnen das Recht streitig machen, Atomwaffen zum Zweck der Selbstverteidigung zu besitzen. Die schlichte Absicht dieses Vorschlags besteht darin, daß bloß die Sowjetunion das Recht haben soll, eine große Zahl von Atomwaffen zu besitzen, um dadurch die Staaten ohne Atomwaffen zwingen zu können, sich in jeder Beziehung ihrem Diktat zu unterwerfen. Andernfalls wären sie jederzeit der Gefahr eines nuklearen Angriffs der Sowjetunion ausgesetzt. Ist das nicht eine pure Gangsterlogik, offene nukleare Erpressung und nukleare Bedrohung? Wir haben immer die Auffassung vertreten, daß das wirksamste Mittel, um die Gefahr eines Atomkrieges auszuschalten und die Sicherheit aller Länder zu garantieren, in dem vollständigen Verbot und der völligen Vernichtung aller Kernwaffen besteht. Darüberhinaus haben wir bei vielen Gelegenheiten versichert, daß wir zu keiner Zeit und unter keinen Umständen Atomwaffen gegen Länder ohne Atomwaffen einsetzen werden. Wenn es dem Verfasser der „Internationalen Konvention“ auch nur im geringsten um die Sicherheit der Staaten ohne Atomwaffen und um den internationalen Frieden ginge, müßte er sich mindestens verpflichten, unter keinen Umständen Atomwaffen gegen Staaten ohne Atomwaffen anzuwenden, anstatt diesen oder jenen Trick anzuwenden.

Auf dieser Tagung muß ebenfalls eine Entscheidung über die Methode der Abrüstung gefällt werden. Die von zahlreichen kleinen und mittelgroßen Ländern nachdrücklich erhobene Forderung, daß mit der Manipulation der Abrüstungsverhandlungen durch die Supermächte Schluß sein muß und daß die Methode der Abrüstung reformiert werden muß, ist vollständig legitim. Der Beschluß der UNO-Sondertagung über die Reform der Methode der Abrüstung drückt in gewissem Grade die Bestrebungen dieser Länder aus. Trotzdem kommt die neue Verhandlungskommission bei weitem den Forderungen vieler Länder noch nicht nach, und sie wird sich schwerlich von der Kontrolle der beiden Supermächte vollständig befreien können und die

überhinaus haben wir bei vielen Gelegenheiten versichert, daß wir zu keiner Zeit und unter keinen Umständen Atomwaffen gegen Länder ohne Atomwaffen einsetzen werden. Wenn es dem Verfasser der „Internationalen Konvention“ auch nur im geringsten um die Sicherheit der Staaten ohne Atomwaffen und um den internationalen Frieden ginge, müßte er sich mindestens verpflichten, unter keinen Umständen Atomwaffen gegen Staaten ohne Atomwaffen anzuwenden, anstatt diesen oder jenen Trick anzuwenden.

Auf dieser Tagung muß ebenfalls eine Entscheidung über die Methode der Abrüstung gefällt werden. Die von zahlreichen kleinen und mittelgroßen Ländern nachdrücklich erhobene Forderung, daß mit der Manipulation der Abrüstungsverhandlungen durch die Supermächte Schluß sein muß und daß die Methode der Abrüstung reformiert werden muß, ist vollständig legitim. Der Beschluß der UNO-Sondertagung über die Reform der Methode der Abrüstung drückt in gewissem Grade die Bestrebungen dieser Länder aus. Trotzdem kommt die neue Verhandlungskommission bei weitem den Forderungen vieler Länder noch nicht nach, und sie wird sich schwerlich von der Kontrolle der beiden Supermächte vollständig befreien können und die

Verwirklichung der vernünftigen Vorschläge verschiedener Länder sichern können. Natürlich hängt der Fortschritt des Kampfes für Abrüstung nicht nur von der Verhandlungskommission ab, sondern im wesentlichen davon, ob die Supermächte gezwungen werden können, ihren unnachgiebigen Standpunkt aufzugeben. Der Kampf um Abrüstung muß eng verbunden sein mit dem Kampf für die Sicherung der nationalen Unabhängigkeit, für die Verteidigung der staatlichen Souveränität und territorialen Integrität und mit dem Kampf gegen den Hegemonismus. Wir sind bereit, die Zusammenarbeit mit der großen Zahl kleiner und mittelgroßer Staaten für wirkliche Abrüstung fortzusetzen.

Der Kampf für eine neue Weltwirtschaftsordnung

Im vergangenen Jahr haben die Länder der Dritten Welt ihren beharrlichen Kampf für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung fortgesetzt. Sie haben sich fest zusammengeschlossen und große Anstrengungen unternommen, um ihre gerechten Vorschläge zu verwirklichen, unbeirrt durch die Drohungen und Versprechungen der Supermächte. Sie haben in großem Umfang ihre ökonomische und technische Zusammenarbeit erweitert, und eine große Zahl von Zusammenschlüssen rohstoffproduzierender Länder und regionalen Wirtschaftsvereinigungen wurden gebildet und beständig gefestigt. Die Länder der Dritten Welt haben auch ihre ökonomische und technische Zusammenarbeit mit vielen Ländern der zweiten Welt ausgedehnt. Einige entwickelte Länder haben Schritte unternommen, einen Teil der Schulden von Entwicklungsländern teilweise oder vollständig zu streichen. All das hat einen positiven Einfluß auf die Reform der alten internationalen Wirtschaftsbeziehungen und die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung und auf die Entwicklung der nationalen Wirtschaft der Länder der Dritten Welt.

Trotzdem wurde auf Grund der Obstruktion und Sabotage der beiden Supermächte kein wirklicher Fortschritt bei der Zerstörung des Alten und der Verwirklichung des Neuen auf dem Gebiet der internationalen Wirtschaftsbeziehungen erzielt.

Die eine Supermacht redet von einer „Neuen Ordnung“, während sie in Wirklichkeit hartnäckig die alte Ordnung verteidigt. Die andere Supermacht hat den Slogan „Demokratische Reform“ aufgebracht. In Wirklichkeit versucht sie, die internationalen ökonomischen Beziehungen ihrem Streben nach Weltherrschaft zu unterwerfen, um so Ausbeutung und Kontrolle der Entwicklungsländer auszudehnen und zu verschärfen.

Das ist das Haupthindernis für die Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung.

Das dringende Verlangen der Entwicklungsländer nach der Errichtung einer neuen Weltwirtschaftsordnung ist eine große historische Strömung geworden. Gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß noch große und komplizierte Kämpfe ausgefochten werden müssen, bevor dieses große Ziel erreicht werden kann. Wir sind davon überzeugt, daß die Länder der Dritten Welt alle Schwierigkeiten überwinden und Sieg auf Sieg erringen werden, wenn sie an den richtigen Prinzipien und an der richtigen Orientierung der 6. Sondertagung der UNO-Generalversammlung festhalten, Solidarität üben, sich mit allen Kräften zusammenschließen, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, und einen langen und unermüdlichen Kampf führen. Die chinesische Regierung unterstützt diesen gerechten Kampf vollständig. Sie unterstützt vollständig die vernünftigen Vorschläge der Entwicklungsländer wie zum Beispiel ein integriertes Rohstoffprogramm und einen gemeinsamen Fonds, die Kürzung oder Annullierung von Schulden, Aufstockung der Entwicklungsfonds, bessere Bedingungen des Technologietransfers zur Unterstützung der Produktion und des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in den Entwicklungsländern. Ebenso hoffen wir, daß die Länder der zweiten Welt eine korrekte Haltung einnehmen, ihre Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung verstärken und einen Beitrag leisten zur Entwicklung der neuen Weltwirtschaftsordnung.

gewiesen werden, daß noch große und komplizierte Kämpfe ausgefochten werden müssen, bevor dieses große Ziel erreicht werden kann. Wir sind davon überzeugt, daß die Länder der Dritten Welt alle Schwierigkeiten überwinden und Sieg auf Sieg erringen werden, wenn sie an den richtigen Prinzipien und an der richtigen Orientierung der 6. Sondertagung der UNO-Generalversammlung festhalten, Solidarität üben, sich mit allen Kräften zusammenschließen, mit denen ein Zusammenschluß möglich ist, und einen langen und unermüdlichen Kampf führen. Die chinesische Regierung unterstützt diesen gerechten Kampf vollständig. Sie unterstützt vollständig die vernünftigen Vorschläge der Entwicklungsländer wie zum Beispiel ein integriertes Rohstoffprogramm und einen gemeinsamen Fonds, die Kürzung oder Annullierung von Schulden, Aufstockung der Entwicklungsfonds, bessere Bedingungen des Technologietransfers zur Unterstützung der Produktion und des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in den Entwicklungsländern. Ebenso hoffen wir, daß die Länder der zweiten Welt eine korrekte Haltung einnehmen, ihre Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern auf der Grundlage der Gleichberechtigung verstärken und einen Beitrag leisten zur Entwicklung der neuen Weltwirtschaftsordnung.

Chinas Außenpolitik

China hat eine neue Periode seiner Entwicklung eröffnet. Den Weisungen unseres großen Führers, Vorsitzenden Mao Tsetung, und unseres geliebten Premierministers Tschou En-lai folgend, hat das chinesische Volk einen neuen langen Marsch begonnen und ist entschlossen, China in ein fortgeschrittenes sozialistisches Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, nationaler Verteidigung, Wissenschaft und Technik bis zum Ende dieses Jahrhunderts zu verwandeln. Das chinesische Volk arbeitet hart und ist fest entschlossen, dieses großartige Ziel zu erreichen.

In allen internationalen Angelegenheiten wird China wie bisher die revolutionäre Linie der Außenpolitik des Vorsitzenden Mao fortsetzen.

Wir werden an der Theorie der Drei Welten des Vorsitzenden Mao festhalten und unsere Einheit mit den unterdrückten Völkern und Nationen der Welt und mit allen Ländern der Dritten Welt stärken, uns mit allen Ländern zusammenschließen, die der Aggression, Subversion, Einmischung, Kontrolle und Schikane der beiden Supermächte ausgesetzt sind, um die breitest mögliche Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte zu bilden. Wir nehmen Beziehungen zu anderen Ländern auf und festigen sie auf der Basis der fünf Prinzipien der gegenseitigen Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichheit und beiderseitiger Vorteil und friedliche Koexistenz. Wir unterstützen alle Völker und Nationen in ihren revolutionären Kämpfen und wir unterstützen alle Länder in ihrem Kampf für die Sicherung ihrer Unabhängigkeit und Souveränität für die Verteidigung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Wir sind gegen alle Formen von Fremdherrschaft, Vorherrschaft und Hegemonie.

In den letzten Jahren haben wir grosse Fortschritte in der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen mit vielen Ländern gemacht. Wir haben zahlreiche Staatsoberhäupter herzlich empfangen. Diese Freundschaftsbesuche haben uns sehr ermutigt und unterstützt und viel Übereinstimmung gezeigt. In der gegenwärtigen neuen Lage haben die Mitglieder unserer Regierung, erfüllt von dem Wunsch nach Freundschaft, Frieden, gegenseitigem Verständnis und Zusammenarbeit, die Initiative ergriffen und eine Reihe von Ländern in Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa besucht. Unsere Freundschaft mit vielen Ländern und unser gegenseitiges Verständnis wurde durch die offenen und freimütigen Gespräche auf der Basis des gegenseitigen Respekts gestärkt. Durch gemeinsame Forschung und Anstrengungen wurden die ökonomischen Beziehungen, die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit und der Kulturaustausch verbessert. Unsere freundschaftlichen Kontakte mit anderen Völkern sind häufiger geworden. Das chinesische Volk ist ebenso wie die Völker der anderen Länder sehr erfreut über die gute Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen. Wir werden unsere Anstrengungen in dieser Richtung fortsetzen.

Der Diesjährige Besuch unseres grossen Führers und Vorsitzenden Hua Guo-feng in Korea, Rumänien, Jugoslawien und im Iran hat zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Diese Besuche sind ein wichtiges Ereignis in Chinas Beziehungen zu anderen Ländern. Sie wurden überall aufmerksam verfolgt und begrüßt. Diese historischen Besuche haben das gegenseitige Verständnis zwischen China und den betreffenden Ländern bedeutend gestärkt und eine breite Perspektive für die zweiseitige freundschaftliche Zusammenarbeit eröffnet. Sie sind ein Beitrag zum Weltfrieden.

Auf Grund langwieriger Anstrengungen und nach der Überwindung verschiedener Schwierigkeiten haben China und Japan kürzlich einen Friedens- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag hält den Willen des chinesischen und japanischen Volkes fest, für Generationen in Frieden zu leben. Er enthält die ausdrückliche Vereinbarung, daß keine der beiden Seiten „im asiatisch-pazifischen Raum oder in irgendeinem anderen Gebiet nach Hegemonie strebt und daß jede Seite den Bestrebungen eines dritten Landes oder Gruppen von Ländern nach Hegemonie entgegentre-

über die gute Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen. Wir werden unsere Anstrengungen in dieser Richtung fortsetzen.

Der Diesjährige Besuch unseres grossen Führers und Vorsitzenden Hua Guo-feng in Korea, Rumänien, Jugoslawien und im Iran hat zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Diese Besuche sind ein wichtiges Ereignis in Chinas Beziehungen zu anderen Ländern. Sie wurden überall aufmerksam verfolgt und begrüßt. Diese historischen Besuche haben das gegenseitige Verständnis zwischen China und den betreffenden Ländern bedeutend gestärkt und eine breite Perspektive für die zweiseitige freundschaftliche Zusammenarbeit eröffnet. Sie sind ein Beitrag zum Weltfrieden.

Auf Grund langwieriger Anstrengungen und nach der Überwindung verschiedener Schwierigkeiten haben China und Japan kürzlich einen Friedens- und Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag hält den Willen des chinesischen und japanischen Volkes fest, für Generationen in Frieden zu leben. Er enthält die ausdrückliche Vereinbarung, daß keine der beiden Seiten „im asiatisch-pazifischen Raum oder in irgendeinem anderen Gebiet nach Hegemonie strebt und daß jede Seite den Bestrebungen eines dritten Landes oder Gruppen von Ländern nach Hegemonie entgegentre-

ten wird.“ Das ist das erste Mal, daß solch eine Festlegung in einem internationalen Vertrag vereinbart wurde. Dieser Vertrag ist von großer Bedeutung sowohl für die Entwicklung friedlicher und freundschaftlicher Beziehungen zwischen China und Japan als auch für die Verteidigung von Frieden und Sicherheit in dem asiatisch-pazifischen Raum.

Das chinesische Volk wünscht energisch den Frieden und ist gegen einen neuen Weltkrieg. Für den Aufbau seines Landes benötigt China eine dauerhaft friedliche internationale Umgebung. Entsprechend den Lehren des Vorsitzenden Mao wird China niemals nach Hegemonie streben oder wie eine Supermacht handeln, weder gegenwärtig noch wenn China ein starkes modernes sozialistisches Land ist.

Aber angesichts der wachsenden Kriegsgefahr sind wir entschlossen, unser Land friedlich aufzubauen und gleichzeitig zusammen mit den Völkern aller anderen Länder den Frieden zu sichern und den Krieg aufzuschieben.

Bei der Betrachtung der internationalen Entwicklung der letzten Jahre stellt man mit Blick auf die Zukunft fest: Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und Völker wollen Revolution – diese historische Strömung ist unaufhaltsam, obwohl der Weg voller Windungen und Wendungen und der Himmel von Zeit zu Zeit verhangen ist. Die Welt gehört den Völkern, und die Zukunft der ist licht. Davon sind wir zutiefst überzeugt.

„Besser blockfrei“

z.ulg.Rom. Eine Wiederbelebung des Cento-Pakts (USA, Großbritannien, Türkei, Iran, Pakistan) hat das US-amerikanische Nachrichtenmagazin „Time“ Mitte September in einem „Hintergrundartikel“ zu den Aufständen im Iran angeregt. „Es wäre ein Fehler“, meint „Time“, „wenn Washington das Bündnis, wie sehr es auch zu einem Anachronismus geworden sein mag, zumachen würde, besonders im Kielwasser des Rückzugs nach dem Vietnamkrieg und nach dem Hinscheiden der SEATO“.

Mit der Cento (wörtlich: „Mittelpakt“) hatten die US-Imperialisten die „Lücke“ zwischen NATO und SEATO schließen wollen. Pakistan gehörte bis 1973 gleichzeitig der SEATO an, die Türkei ist NATO-Mitglied. Zunächst hatten die US- und die britischen Imperialisten 1955 die Türkei und den Irak in den „Bagdad-Pakt“ gegen die arabische nationale Befreiungsbewegung gezwungen. Damit die wahren Herren dieses Pakts buchstäblich immer das Sagen hatten, wurde festgelegt, im Zweifel sollte immer die englische Fassung des Vertragstexts den Ausschlag geben, obwohl bekanntlich weder in der Türkei noch im Irak Englisch gesprochen wird. Noch 1955 wurden Iran und Pakistan in den neuen Pakt bugsiert. Die britischen Imperialisten waren schon vorher „beigetreten“, während die US-Imperialisten zunächst den „Beobachter“ spielten. 1958 versuchten sie vergeblich, mit Hilfe des Pakts einen Überfall auf das revolutionäre Syrien gemäß der „Eisenhower-Doktrin“ in Szene zu setzen. 1959 trat Irak aus, das Hauptquartier des Pakts mußte verlegt, das Unternehmen selbst in Cento umbenannt werden.

Jetzt, wo die nicht abreißenden Kämpfe der iranischen Volksmassen auch ihre Herrschaft über den Iran ins Wanken gebracht haben, sehen die US-Imperialisten nur noch ein „Bündnis in Fetzen“, wie „Time“ seinen Artikel überschrieben hat. Im Iran haben die USA das Schahregime ein riesiges Militärarsenal anlegen lassen, das sie sich aus den Öleinnahmen des Landes teuer bezahlen lassen. Bis 1977 hat Iran für mehr als 18 Mrd. Dollar Waffen in den USA bestellt und für mehr als 6,5 Mrd. Dollar geliefert erhalten. Die Aufsicht über die Waffen führen die US-Imperialisten selbst mit – nach offiziellen US-Angaben – jetzt fast 2000 Militärs und weiteren an die 30000 „zivilen Beratern“ der verschiedenen US-Rüstungskonzerne. Über eine Milliarde Dollar hat Iran dafür allein 1977 an Schuldendienst zahlen müssen, abgesehen vom Sold für die „US-Berater“, der „einschließlich Altersversorgung“ ebenfalls bis auf den letzten Cent von Iran zu zahlen ist.

Daß die USA die Cento nicht „zu-

gemäß der „Eisenhower-Doktrin“ in Szene zu setzen. 1959 trat Irak aus, das Hauptquartier des Pakts mußte verlegt, das Unternehmen selbst in Cento umbenannt werden.

Jetzt, wo die nicht abreißenden Kämpfe der iranischen Volksmassen auch ihre Herrschaft über den Iran ins Wanken gebracht haben, sehen die US-Imperialisten nur noch ein „Bündnis in Fetzen“, wie „Time“ seinen Artikel überschrieben hat. Im Iran haben die USA das Schahregime ein riesiges Militärarsenal anlegen lassen, das sie sich aus den Öleinnahmen des Landes teuer bezahlen lassen. Bis 1977 hat Iran für mehr als 18 Mrd. Dollar Waffen in den USA bestellt und für mehr als 6,5 Mrd. Dollar geliefert erhalten. Die Aufsicht über die Waffen führen die US-Imperialisten selbst mit – nach offiziellen US-Angaben – jetzt fast 2000 Militärs und weiteren an die 30000 „zivilen Beratern“ der verschiedenen US-Rüstungskonzerne. Über eine Milliarde Dollar hat Iran dafür allein 1977 an Schuldendienst zahlen müssen, abgesehen vom Sold für die „US-Berater“, der „einschließlich Altersversorgung“ ebenfalls bis auf den letzten Cent von Iran zu zahlen ist.

Daß die USA die Cento nicht „zu-

machen“ wollen, kann man getrost als verbindliche Zusage auf verstärkte Einmischung in diesen Ländern der Dritten Welt werten. Einen vielversprechenden Anfang meint diese Menschenrechtsmeute jüngst in Pakistan gemacht zu haben. Auf Druck der USA haben die französischen Imperialisten einen bereits geschlossenen Vertrag über die Lieferung einer Wiederaufbereitungsanlage an Pakistan gebrochen. Die US-Regierung hat sich darob „befriedigt“ geäußert und die Wiederaufnahme der unterbrochenen „Wirtschaftshilfe“ angedroht. Pakistan, das mehrfach erklärt hat, keine Nuklearwaffen bauen zu wollen und im Gegenteil die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone in der Region fordert, hat den Vertragsbruch zurückgewiesen und besteht auf der Lieferung der Anlage.

Mit einer „Wiederbelebung“ der Cento wollen die US-Imperialisten auch dem Versuch der Sozialimperialisten begegnen, über Afghanistan und Pakistan an den Indischen Ozean vorzudringen. Erst kürzlich hat die UdSSR Pakistan einen neuen Kredit über 250 Mio. Dollar angedreht. Pakistan denkt aber nicht daran, sich gegen die eine Supermacht auf die andere zu stützen. Der Militärrechtsadministrator Zia Ul Haq hat dem „Time“-Korrespondenten erklärt, daß die „Cento zu einem Hindernis für Pakistans Sicherheit wird. Heutzutage ist es besser, blockfrei zu sein.“ Pakistan gehört bereits seit längerem als Gast der Gruppe der blockfreien Staaten an. Einen entsprechenden Antrag hat jetzt auch die Türkei gestellt.

Betriebsversammlungen in den VW-Werken

r.pee. Wolfsburg. Die Redebeiträge der Arbeiter auf den VW-Betriebsversammlungen in Salzgitter und Braunschweig am 6.10.1978 und am 10.10. in Wolfsburg richteten sich gegen das Programm des Vorstandsvorsitzenden Schmücker, womit er durch verschärfte Ausbeutung die Konkurrenz niederringen will. Sieben Arbeiter in Braunschweig und sechs von zehn Arbeitern in Wolfsburg griffen in ihren Reden die Akkord- und Schichtarbeit, wie die daraus entstehenden Folgen für die Gesundheit der Arbeiter an. Gegen die Ruinierung der Gesundheit wurden die Forderungen nach dem Siebenstundentag und mehr Urlaub zu den Manteltarifverhandlungen, die am 24.11.1978 abgeschlossen werden sollen, erhoben. So wurde von Arbeitern aus den Werken die Verschärfung der Ausbeutung durch schlechtes Material wie in Braunschweig, Verkürzung der Taktzeiten und Stückzahlerhöhungen an den Motorenbändern in Salzgitter, oder die Modellvielfalt, die unbezahlte Mehrarbeit bedeutet, angegriffen. In Salzgitter wurden unter großem Beifall die IG Metall und der Betriebsrat aufgefordert, sich zusammen mit der ÖTV gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz, gegen weitere Rationalisierungen auf Kosten der Belegschaft und Patienten in den Krankenhäusern, sowie gegen das geplante Krankenhausfinanzierungsgesetz auszusprechen und die „Ehrenbergprozesse" zu verurteilen. In Wolfsburg rief ein Arbeiter dazu auf, der Bundesregierung mitzuteilen, daß die Steuerreform abgelehnt wird und forderte 2000 DM Steuerfreibetragserhöhung und einen Monatssteuerfreibetrag von 1500 DM, was mit Beifall begrüßt wurde. Die Tarifkommission wurde aufgefordert, zu den Tarifkämpfen eine Forderung um 150 DM aufzustellen. Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers kündigte an, daß mit dem Vorstand über eine Einmalzahlung verhandelt wird, deren Höhe noch nicht fest stehe, aber der Vorstand sei „bereit" zu zahlen, was von Schmücker bestätigt wurde.

Zentrale Demonstration des DGB NRW in Dortmund

r.rav. Etwa 25000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten beteiligten sich am Samstag in Dortmund an einer zenralen Demonstration des DGB Nordrhein-Westfalen. Neben den Delegationen aus den Betrieben und Gewerkschaften, die die übergroße Mehrheit der Demonstration bildeten, waren vor allem die ASten aus NRW vertreten. Die Beteiligung der Schuljugend war nicht groß. Insbesondere die Belegschaften der öffentlichen Dienste sind mit ihren Forderungen: Politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst! Verbot der Nacht- und Schichtarbeit! vorangegangen. Die bestimmende Forderung der Demonstration war die nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Die Kundgebungsreden des DGB bekamen kaum Beifall für ihre Anbiederungsversuche an die Bundes- und Landesregierung und für die „Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates". Konkrete Forde-

zuteilen, daß die Steuerreform abgelehnt wird und forderte 2000 DM Steuerfreibetragserhöhung und einen Monatssteuerfreibetrag von 1500 DM, was mit Beifall begrüßt wurde. Die Tarifkommission wurde aufgefordert, zu den Tarifkämpfen eine Forderung um 150 DM aufzustellen. Der Betriebsratsvorsitzende Ehlers kündigte an, daß mit dem Vorstand über eine Einmalzahlung verhandelt wird, deren Höhe noch nicht fest stehe, aber der Vorstand sei „bereit" zu zahlen, was von Schmücker bestätigt wurde.

Zentrale Demonstration des DGB NRW in Dortmund

r.rav. Etwa 25000 Arbeiter, Angestellte, Schüler und Studenten beteiligten sich am Samstag in Dortmund an einer zenralen Demonstration des DGB Nordrhein-Westfalen. Neben den Delegationen aus den Betrieben und Gewerkschaften, die die übergroße Mehrheit der Demonstration bildeten, waren vor allem die ASten aus NRW vertreten. Die Beteiligung der Schuljugend war nicht groß. Insbesondere die Belegschaften der öffentlichen Dienste sind mit ihren Forderungen: Politische und gewerkschaftliche Freiheiten im öffentlichen Dienst! Verbot der Nacht- und Schichtarbeit! vorangegangen. Die bestimmende Forderung der Demonstration war die nach der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich. Die Kundgebungsreden des DGB bekamen kaum Beifall für ihre Anbiederungsversuche an die Bundes- und Landesregierung und für die „Verteidigung des demokratischen Rechtsstaates". Konkrete Forde-

rungen des Kampfes gegen die steigende Ausbeutung, sinkenden Lohn und die politischen Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Arbeiterklasse waren in den Reden nicht zu hören. Der KBW hat in einem Aufruf die Demonstration unterstützt, dafür mobilisiert und sich entsprechend beteiligt.

Ex-Minister Maihofer – Zurück zum Lehrstuhl

r.thk. Bielefeld. Seit Beginn des Wintersemesters hält der Ex-Polizeiminister Professor Maihofer an der Bielefelder Jura-Fakultät wieder Vorlesungen: „Einführung in die rechtsphilosophischen und sozialwissenschaftlichen Grundlagen des Rechts" für Erstsemester, insgesamt vier Wochenstunden. Obwohl Maihofer auch einen Lehrstuhl für Strafrecht hat, wird er zur Zeit „nur" als Ideologe gegen die Studenten eingesetzt, der allgemein die Verteidigung der Kapitalistengesetze einzutrichtern versucht. Vermutlich soll er erstmal aus der Schußlinie herausgehalten werden. Maihofer beschwört die Sozialwissenschaften. Er präsentiert sich als ein Vertreter der sogenannten „sozialen Handlungslehre", wonach eine Handlung „das vom menschlichen Willen beherrschte oder beherrschbare *sozial-erhebliche* Verhalten" ist. Ob eine Handlung strafbar ist, hängt hiernach auch von ihrem „sozialen Sinn" ab. Dies gibt den Richtern der Bourgeoisie die Möglichkeit, bei gleichbleibendem Gesetzestext der sich verändernden Klassenkampfsituation gerecht zu werden, da sich der „soziale Sinn" verändert. Ist der „soziale Sinn" einer Handlung gegen die Kapitalistenklasse gerichtet, so ist die Handlung bereits strafbar, und es fällt dem Staatsapparat nicht schwer, eine passende Strafnorm dazu zu finden und eine Verurteilung anzustreben.

„Westküste keine vergessene Region"

Dem Finanzkapital geht es um Expansion / Vorbereitung der schleswig-holsteinischen Landtagswahlen

r.std. Der schleswig-holsteinische Landtag debattierte zwei Tage über den westlichen Landesteil, die Kreise Dithmarschen und Nordfriesland. Dabei ging es im wesentlichen um die wirtschaftliche Entwicklung dieses Gebietes, das vor allem agrarisch ist; für die bürgerlichen Politiker also „rückständig", ein „Entwicklungsgebiet". Keine der bürgerlichen Parteien wollten dieses Gebiet „vergessen", stehen doch die Landtagswahlen Anfang des nächsten Jahres an. Dafür muß der Stimmenfang vorbereitet werden.

Die Parlamentsdebatte geht auf eine Große Anfrage der FDP zurück. Die Anfrage handelt von den Aussichten der Kapitalisten, in diesem Gebiet zu investieren. Sie ist geschickt aufgebaut. Ein Interesse an Naturschutz und Ökologie wird nach vorne gerückt. „Wie stellt sich die ökologische Gesamtsituation an der schleswig-holsteinischen Westküste aus der Sicht der Landesregierung dar?" Dieser Art sind die Fragen der FDP-Fraktion, bevor sie systematisch die Profitmöglichkeiten auszuloten beginnt. „Wie hat sich die Situation in den verschiedenen Bereichen des Arbeitsmarktes in den letzten fünf Jahren an der Westküste entwickelt?" „Welche Gebiete an der Westküste sind von der Arbeitslosigkeit besonders betroffen ...?" und erlauben daher die Ausbeutung besonders billiger Arbeitskraft? „In welcher Weise unterscheidet sich das Lohnniveau an der Westküste von dem anderer Kreise und wie ist die Differenz zu erklären" vor allem zu nutzen? Sie giert dabei nach den jugendlichen Arbeitskräften, die ihr das fortschreitende Bauernlegen und die vergleichsweise höhere Geburtenrate in den ländlichen Landesteilen liefern. Das Refugium der Bourgeoisie soll nicht angetastet werden. „Wieviel Bürger haben in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen einen zweiten Wohnsitz ... und in welchen Gemeinden ist der Anteil an Zweitwohnsitzen besonders hoch?" wird nach den Feriengebieten der Bourgeoisie gefragt.

Die Westküste gewinnt für das Kapital wachsende Bedeutung. Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat sich 1977 mit einer Zuwachsrate von 13% nahezu doppelt so stark entwickelt wie der Gesamtexport der Bunderepublik. Damit wurde eine deutliche Steigerung erreicht gegenüber 1976, wo die Steigerung 9% betrug. Besonders hat sich der schleswig-holsteinische Agrarexport entwickelt und hier vor allem nach Großbritannien. In den ersten neun Monaten von 1977 ist er um 40% auf 684 Mio. DM gestiegen. Er erreichte einen Ausfuhranteil von 16,1%. Ebenfalls gestiegen sind die Bereiche Elektrotechnik Optik / Feinmechanik und EBM-Erzeugnisse. Hier sind Steigerungen von 6 bis 25% erreicht worden. Gleichzeitig steigt der Anteil des Exports in die Länder der Dritten Welt, vor allem Afrikas und Asiens, so daß sich der Exportanteil der Länder Asiens im Laufe eines Jahres von 6,7 auf 8,6% und der Anteil der Länder Afrikas sich von 5,3 auf 13,1% erhöhte. Von den EG-Ländern nimmt Großbritannien überhaupt den stärksten Platz ein. Zur Verkürzung der Kapitalumschlagszeit gewinnt die Westküste als Industriestandort an Bedeutung. Ebenso die Nordseehäfen. Entsprechend hat sich der Umschlag in den wichtigsten Häfen in den letzten Jahren entwickelt. An der Spitze aller Häfen steht Brunsbüttel, das den Umschlag von 1971 auf 1976 erhöhte von 3,5 Mio. t auf 5,2 Mio. t und 1974 seinen größten Umschlag mit fast 7 Mio. t erreichte. Es hat damit die Ostseehäfen Lübeck und Kiel überrundet. Das größte Wachstum verzeichnet der kleinere Nordseehafen Husum, wo der Umschlag von 133000 t auf 286000 t mehr als verdoppelt wurde, und damit am raschesten gestiegen ist. Die Expansion wird vom Finanzkapital gefördert. Schleswig-Holstein erhält einen überproportionalen Anteil der Förderungsmittel des Bund-Länder-Programms. Die neubenannten Schwerpunktorte liegen an der Nordsee. Der Nordseehafen Tönnig wurde auf 15% Maximalförderung angehoben, Husum als übergeordneter Schwerpunktort auf 20%. Der größte Streitpunkt in der Parlamentsdebatte war die Eindeichung der Nordstrandbucht nördlich Husums. Hier werden zwei Lösungen vorgesehen. Die Verstärkung der alten Deiche, wofür die SPD eintritt oder die „Große Lösung", die Eindeichung der Bucht mit den Inseln Nordstrand, Pellworm und Hooge. 5300 ha Land würden dadurch entstehen. Nach Auskunft der Landesregierung zur landwirtschaftlichen Nutzung und zum Naturschutz. Die Vernutzung liegt nahe: Zur Industrieansiedlung und zur Anlandung von Truppen zum Vorstoß auf den Osten.

Die CDU hat in ihrem Wahlprogramm schon angekündigt, wie sie dies Expansiosprogramm durchsetzen will, durch Lohnsenkung. „Treten wir ein für gezielte steuerliche Entlastung der Selbständigen und Arbeitnehmer. Wir wollen damit zugleich den Tarifpartnern stabilität und beschäftigtunsgerechte Lohnabschlüsse erleichtern", heißt es in ihrem Entwurf eines „Schleswig-Holstein-Plans". Sie will die „produktiven Kräfte stärken und Investitionshemmnisse abbauen". Die bürgerlichen Parteien kündigen eine verstärkte Gangart an. Sie muß von der Arbeiterklasse zurückgeschlagen werden.



r.gör. Die Arbeiter bei VW of America in New Stanton (Pennsylvania) setzen ihren Streik fort. Sie kämpfen für höheren Lohn, da der VW-Konzern sie weit unter Durchschnitt bezahlt. Während der Durchschnittsstundenlohn in Detroit für als ungelernt eingestufte Arbeitskraft bei 8,2 Dollar liegt, zahlt VW bloß 5,25 Dollar. Der mit der Gewerkschaft ausgehandelte Tarifvertrag (drei Jahre Laufzeit, 6,2 Dollar Stundenlohn, im dritten Jahr Anhebung auf 8,2 Dollar) wurde von den Arbeitern mit 1235 gegen 94 Stimmen abgelehnt. Ein Tarifvertrag mit dreijähriger Laufzeit würde bedeuten, daß die VW-Arbeiter von den Lohnverhandlungen des nächsten Jahres ausgeschlossen wären, also eine weitere Senkung ihrer Löhne unter den Durchschnitt. Die Kampfbedingungen für die VW-Arbeiter sind gut. Im VW-Werk in New Stanton wird der Golf produziert, 60% des gesamten VW-Verkaufsvolumens in den USA. Auf der Betriebsversammlung im VW-Werk Wolfsburg am 10.10.1978 wurde der Betriebsrat aufgefordert, die Solidarität mit dem Streik in einem Schreiben auszudrücken.

Der Widerstand gegen den Bau der Siebertalsperre zwingt die Landesregierung zu Manövern

die Ausbeutung besonders billiger Arbeitskraft? „In welcher Weise unterscheidet sich das Lohnniveau an der Westküste von dem anderer Kreise und wie ist die Differenz zu erklären" vor allem zu nutzen? Sie giert dabei nach den jugendlichen Arbeitskräften, die ihr das fortschreitende Bauernlegen und die vergleichsweise höhere Geburtenrate in den ländlichen Landesteilen liefern. Das Refugium der Bourgeoisie soll nicht angetastet werden. „Wieviel Bürger haben in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen einen zweiten Wohnsitz ... und in welchen Gemeinden ist der Anteil an Zweitwohnsitzen besonders hoch?" wird nach den Feriengebieten der Bourgeoisie gefragt.

Die Westküste gewinnt für das Kapital wachsende Bedeutung. Die Ausfuhr Schleswig-Holsteins hat sich 1977 mit einer Zuwachsrate von 13% nahezu doppelt so stark entwickelt wie der Gesamtexport der Bunderepublik. Damit wurde eine deutliche Steigerung erreicht gegenüber 1976, wo die Steigerung 9% betrug. Besonders hat sich der schleswig-holsteinische Agrarexport entwickelt und hier vor allem nach Großbritannien. In den ersten neun Monaten von 1977 ist er um 40% auf

r.gör. Die Arbeiter bei VW of America in New Stanton (Pennsylvania) setzen ihren Streik fort. Sie kämpfen für höheren Lohn, da der VW-Konzern sie weit unter Durchschnitt bezahlt. Während der Durchschnittsstundenlohn in Detroit für als ungelernt eingestufte Arbeitskraft bei 8,2 Dollar liegt, zahlt VW bloß 5,25 Dollar. Der mit der Gewerkschaft ausgehandelte Tarifvertrag (drei Jahre Laufzeit, 6,2 Dollar Stundenlohn, im dritten Jahr Anhebung auf 8,2 Dollar) wurde von den Arbeitern mit 1235 gegen 94 Stimmen abgelehnt. Ein Tarifvertrag mit dreijähriger Laufzeit würde bedeuten, daß die VW-Arbeiter von den Lohnverhandlungen des nächsten Jahres ausgeschlossen wären, also eine weitere Senkung ihrer Löhne unter den Durchschnitt. Die Kampfbedingungen für die VW-Arbeiter sind gut. Im VW-Werk in New Stanton wird der Golf produziert, 60% des gesamten VW-Verkaufsvolumens in den USA. Auf der Betriebsversammlung im VW-Werk Wolfsburg am 10.10.1978 wurde der Betriebsrat aufgefordert, die Solidarität mit dem Streik in einem Schreiben auszudrücken.

Der Widerstand gegen den Bau der Siebertalsperre zwingt die Landesregierung zu Manövern

Das imperialistische Wasserwirtschaftsprogramm im Harz

r.vib. Obwohl seit Jahren geplant, hat die Landesregierung nicht mit dem Bau der größten Harz-Talsperre beginnen können. Hieß es vor kurzem noch: 1979 wird gebaut, so verkündete Landwirtschaftsminister Glup am 3. Oktober: „Auf den Bau der oberen Siebertalsperre soll *verzichtet* werden!"

Gegen die Ausradierung der Ortschaft Sieber durch Überflutung und gegen die tägliche Bedrohung durch einen über 90 m hohen Staudamm, sowie gegen die Austrocknung des Pöhlder Beckens am Fuß des Siebertals hat es großen Widerstand gegeben. 2000 Unterschriften gegen den Bau der Siebertalsperre sind gesammelt worden. Über 600 Postkarten wurden ans Ministerium geschickt. Ziel der Landesregierung bzw. der Harzwasserwerke ist es, die Wasserentnahme aus dem Harz von 62,25 Mio. m^3/Jahr um weitere 111 Mio. m^3 zu steigern. Der Industriebedarf an Trink- und Brauchwasser soll sich bis zum Jahr 2000 um 130% erhöhen.

Aber die Landesregierung hält am Ziel ihres „Generalplans für Wasserwirtschaft Niedersachsen" fest: „Für die Wasserversorgung Niedersachsens gilt als oberste Zielsetzung (...), der Industrie das benötigte Brauchwasser in der erforderlichen Menge und Qualität zur Verfügung zu stellen."

Schrittweise soll jetzt diese „wasserwirtschaftliche Aufgabe" gelöst werden: 1. soll ein 1 km langer Überleitungsteich aus dem Siebertal zur Sösetalsperre gebaut werden. Die Staumauer der Sösetalsperre muß dann um 5 m erhöht werden. 2. ist eine Verlängerung vorhandener Stollen auf 14,4 km von dort zur Granetalsperre geplant. Deren Staumauer muß um 15 m erhöht werden, so daß sich der Stauraum nahezu verdoppelt. 3. *kann* eine untere Siebertalsperre gebaut werden. Vom Wasservolumen her ist das das gleiche Ergebnis, der Verzicht auf den Bau der oberen Siebertalsperre, spart konstantes Kapital.

Durch das Verbundsystem und die Erhöhung des Stauraumes insgesamt wird die Versorgung der Bevölkerung mit Wasser verschlechtert und verteuert, dem Pöhlder Becken und dem Harzrand das Wasser entgültig entzogen. Über die Qualität des Wassers heißt es schon jetzt: „Die Sieber hat infolge der starken Einleitungen aus der holzverarbeitenden Industrie (Herzberger Papierfabrik, Anm. d. Verf.) ab Herzberg Güteklasse IV, übermäßig verschmutzt. Sie zählt damit zu den schlechtesten Gewässerstrecken in Niedersachsen überhaupt." (Wasserwirtschaftliche Planungen im Westharz) Die „Goslarsche Zeitung" (5.10.) berichtet, daß die untere Siebertalsperre dazu gedacht ist, später noch zusätzlich Wasser in die Söse- und Granetalsperre abzuleiten.

Die örtlichen bürgerlichen Parteien versuchen, den Massen die untere Siebertalsperre nun auch noch als großes und lohnendes Geschenk unterzujubeln: ein attraktiver See für den Fremdenverkehr! Vorher, angeblich gegen das Programm der Landesregierung, haben sie versucht, sich Kredit bei den Massen zu verschaffen. Nun halten sie die Fahne, auf die das Programm der Landesregierung geschrieben ist, hoch. Sind sie es doch, die die Gebührenerhöhungen, aus denen das Programm finanziert werden soll, beschließen und durchsetzen. (Einige Zahlen aus dem Landkreis Osterode: Erhöhung der Wasserpreise in Bad Sachsa ab 1.1.78 von 1,10 DM und in Neuhof von 0,85 DM auf 1,30 DM, Steigerung der Wasserpreise in Tettenborn um 600%; geplant sind in Herzberg drastische Steigerung der Kanalbaubeiträge, u.a. Schmutzwasserkanal je m von 49 DM auf 80 DM).

Das imperialistische Wasserwirtschaftsprogramm richtet sich zwangsläufig gegen die Lebensinteressen der Massen. Auf einer gemeinsamen Sitzung des Stadtrates, Ortsrates und der Harzwasserwerke im November will man das Schlangenei unterbringen. Das opportunistische Schleifchen am Geschenk, das die Massen binden soll, trägt die Aufschrift: „Umwelt- und Naturschutz. Rettet Sieber." Es konnte nicht gelingen, die Ortschaft Sieber auszuradieren. Es wird auch nicht gelingen, den Kampf gegen das Wasserwirtschaftsprogramm zunichtezumachen.

Eine passende Antwort an Albrecht

Sofortige Rücknahme der Zahlungsaufforderungen!

r.eve. Eine fortschrittliche Fratze hat Albrecht versucht sich anzulegen. Gorleben soll erst „nach gewissenhafter Prüfung" gebaut werden. Aber wen versucht er zu täuschen? Wir denken eher, daß er Zeit braucht. Gefängnisstrafen und Bußgeldbescheide sollen den Boden bereiten, sind Bestandteile einer abgefeimten Taktik. Jeder soll nachrechnen, ob er es sich leisten kann, gegen die Wiederaufbereitungsanlage zu demonstrieren. Die Erklärung macht der Landesregierung einen Strich durch die Rechnung. Am Freitagabend haben 1200 Leute auf einer Veranstaltung gegen die Prozesse gegen Kernkraftwerksgegner in Hamburg diese Erklärung einstimmig unterstützt. Die Bürgerinitiative Celle hat sich in einer Resolution gegen die Zahlungsbescheide ausgesprochen.

„Traditionspflege“

b.ulh. Wochenende der „Offenen Tür“ beim 3. Minensuchgeschwader Kiel. „Das 3. Minensuchgeschwader pflegt, in Anerkennung der Leistungen und Taten und im Gedenken der Männer und Boote, die Tradition der 3. Räumbootsflotille“, lautet die Überschrift einer Schautafel, die während der Schiffsbesichtigung am 7.10. auf der Blücherbrücke ausgestellt war. Was ist diese Tradition, die gepflegt werden soll? Die Schautafel zeigt es deutlich, unter anderem: „Anfang 1939: Aufstellung der Flotille in Pillau mit acht Räumbooten und dem Begleitschiff ‚von der Groeben‘. Als Flottillewappen wird der Elchkopf am Bug gefahren.

August 1939: Im Polenfeldzug Einsatz in der westlichen bis östlichen Ostsee... April 1940: Einsatz bei der Dänemarkbesetzung und Landung im Hafen Tyboroen. Anschließend laufender Geleitdienst nach Norwegen... April 1942: Verlegen der Flotille über die Elbe, Autobahnen und die Donau nach dem Schwarzen Meer...

Erfolge während des Krieges: 24 Flugzeuge abgeschossen, 25 Kriegsfahrzeuge vernichtet, 207 Minen geräumt, 13 Minensperren gelegt, ca. 3000000 BRT Handelsschiffsraum geleitet.“

Eine zweite Schautafel zeigte die „Chronik des 3.Minensuchgeschwaders der deutschen Bundesmarine“. Dort heißt es am Anfang: „Oktober/November 1956: Neuaufstellung des 3.Minensuchgeschwaders mit 10 alten deutschen Räumbooten aus der Labour-Service-Unit in Wilhelmshaven. Der Elchkopf wird das Geschwaderwappen...“

Daß die „Tradition“, wie sie gepflegt werden soll, der imperialistische Raubkrieg ist, meinten auch einige Soldaten des Geschwaders, mit denen Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees darüber sprachen. Es würde sie interessieren, was ihr Kommandeur dazu sagt. Der Herr wurde herbeizitiert: „Alles Unsinn, keine Propaganda für den imperialistischen Krieg, reine Darstellung geschichtlicher Fakten. Wie der Name schon sagt, sind Minensuchboote für einen Raubkrieg gar nicht geeignet.“ Wie ein Grammophon leierte er dies bis Besuchsende herunter, gestützt auf eine zunehmende Zahl seiner Offiziere. Keiner der anwesenden Soldaten hat ihm geglaubt.

In der „Volksmiliz“, der Zeitung der Soldaten- und Reservistenkomitees, ist an Hand der durchgeführten Manöver und der entsprechenden Bewaffnung

Sofortige Zurücknahme der Entlassung von H.Berger!

32 Assistenzärzte und zwei Stationen unterstützen die Forderung

b.ols. Am 1.11. muß der Senat der Stadt Rendsburg versuchen, vor dem Arbeitsgericht in Kiel seine Kündigung gegen den Assistenzarzt am Stadtkrankenhaus, H.Berger, zu bestätigen. Das wird nicht einfach werden.

Mit der Hauptbegründung, das Vertrauensverhältnis sei gestört, weil H.Berger auf einer Personalversammlung die Tatsache angegriffen hat, daß Patienten auf Grund von Personalmangel gefährdet und auch zu Tode gekommen sind, kann sich der Senat jedenfalls auf die Belegschaft nicht stützen. Das Personal beider Stationen, auf denen H.Berger arbeitet, hat in einem Brief an den Senat die Rücknahme der Kündigung verlangt, 32 Assistenzärzte, das heißt einmütig alle Kollegen von H.Berger, haben sich ebenfalls gegen die Kündigung ausgesprochen. Verlassen kann sich der Senat nur auf Bürgermeister Beisenkötter auf zwei Chefärzte und Bergers unmittelbaren Vorgesetzten Hansen, die sich schließlich dazu versteigen, zu behaupten, zwischen dem Personalbestand im Krankenhaus und der Sicherheit der Patienten sähen sie keinen wesentlichen Zusammenhang.

Leicht läßt sich allein schon an der urologischen Abteilung das Gegenteil beweisen. In der Woche, in der es zu dem angeführten Vorfall gekommen war, hatte an allen Tagen in der Nachmittagszeit von 13 bis 16 Uhr nur eine Schwester Dienst. Über 20 Patienten hatte sie zu versorgen. Dabei mußte sie dann nicht nur für diese Patienten Kaffee austeilen, den Puls zählen und Fieber messen, sondern auch noch auf mehrere Patienten aufpassen, die an diesen Tagen frisch operiert waren. Eine regelmäßige Beobachtung dieser Patienten, regelmäßige Kontrolle von Puls und Blutdruck, woran man unter anderem ein entstehendes Kreislaufversagen erkennen kann, regelmäßige Kontrolle der bei vielen dieser Patienten angelegten Blasenspülung sind unter diesen Umständen nicht drin. Die Erfüllung irgendwelcher Wünsche dieser Patienten, die erst vor kurzem aus der Narkose aufgewacht sind, die oft noch Schmerzen haben usw. erst recht nicht.

Eine Ausnahmesituation ist dieser Personalmangel in keiner Weise. So haben seit mindestens einem Jahr Schülerinnen und Schüler, die dies von ihrer Ausbildung her gar nicht dürfen, alleine auf dieser Station Nachtwache gemacht, weil nicht genügend Pflegepersonal da ist, um erfahrene Kräfte einzuteilen. Daß auf dieser Station einmal eine Extrawache genehmigt worden wäre, um eine gute Betreuung auch mehrerer gerade operierter Patienten zu gewährleisten, (manchmal sind es bis zu zehn Patienten, die an einem Tag operiert worden sind) ist ein bis zwei Jahren nicht mehr vorgekommen. In anderen Abteilungen ist es ähnlich. Auf der inneren Abteilung zum Beispiel reichen die Pflegekräfte für die Verhütung des Dekubitus (Wundliegens) bei Patienten, die bewußtlos oder gelähmt sind, nur aus, wenn wenige solcher Patienten da sind.

Regelmäßiges Umlagern dieser Patienten alle 20 bis 30 oder auch 60 Minuten, sowie verschiedene andere Maßnahmen können nicht vorgenommen werden. Die Dekubitus-Matratze (es gibt nur eine im ganzen Haus) wird sowieso nicht eingesetzt, weil zu teuer. Ähnlich ist es mit der Zeit dafür, Umschläge um die Brust zu machen, sie aufzusetzen oder mit ihnen aufzustehen, um einer Lungenentzündung vorzubeugen. Krankengymnastinnen, die hier wichtige Aufgaben haben, sind am Wochenende grundsätzlich nicht im Dienst, weil das von der Verwaltung nicht vorgesehen ist. Noch schlimmer ist alles im Nachtdienst. Da ist eine Schwester alleine auf einer Station.

Der einzigen Normal-Pflegestation auf der Inneren Abteilung, die kürzlich zwei bis drei Monate eine zusätzliche Nachtwache zur Betreuung sehr pflegebedürftiger alter Frauen hatte, ist diese gestrichen worden. Eine Schwester aus der Tagschicht soll dafür früher anfangen. So wollen es der Verwaltungsleiter Ahrens und der Senat, die an allen Ecken und Enden die Aufwendungen für die Krankenpflege senken wollen, als wollten sie einen Sonderpreis in der Durchführung des Ehrenberg schen Kostendämpfungsprogramms. Kann sein, daß sie ihn schon im Arbeitsgerichtsprozeß gegen H. Berger verliehen bekommen. Aber dann von der anderen Seite. Die Belegschaft bereitet sich darauf vor.



Die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Eritrea durch die westdeutsche Arbeiterklasse hat Tradition. Gegenwärtig unternimmt die EPLF große Anstrengungen, alle Kinder im schulfähigen Alter zu unterrichten und die Analphabetentum zu beseitigen. Zur Führung dieser Kampagne fehlt es vor allem an Schulmaterial. Der KBW ruft dazu auf, die Sammlung für die Beschaffung dieser Materialien zu unterstützen. Am Samstag den 7.10 veranstaltete der KJB-Kiel bereits ein Fußballturnier zur Unterstützung dieser Sammlung. 25 Jugendliche nahmen daran teil, 13 DM konnten aufgebracht werden. Außerdem haben in der letzten Woche eine Bewohnerin des Altenzentrums Diedrichsdorf 50 DM und 2 KVZ-Leser 60 DM gespendet.

Veranstaltungen und Termine

Donnerstag, 19.10.78
Prozeß gegen F.Siedenburg
Ahrensburg. 9 Uhr Amtsgericht

Öffentliche Mitgliederversammlung der Bürgerinitiative Kiel
„Kein KKW an der Eckernförder Bucht und anderswo“
Thema: Energiepolitik und imperialistische Kriegsvorbereitung
Kiel. 20 Uhr Gaststätte zum Patzenhofer, Dreiecksplatz

Mittwoch, 1.11.78
Prozeß gegen H.Berger
Kiel. 11Uhr Arbeitsgericht, Gartenstraße

„Wir lehnen die Steuerreform der SPD-FDP Koalition ab.“

b. Brief an den Bundesfinanzminister Matthöfer,
die SPD-FDP Bundestagsfraktion,
den Kreisverband Kiel der SPD,
den ÖTV Bundesvorstand und
den ÖTV Kreisvorstand.

„Wir lehnen die Steuerreform der SPD-FDP-Koalition ab. Der „Reformertrag“ am 1.1.79 bringt in Steuerklasse 1 bis 1700 DM ganze 7 DM. Mit der Mehrwertsteuererhöhung am 1.7.79 haben diese Kollegen einen großen Lohnverlust. Ebenso in Steuerklasse 2, verheiratet 1 Kind bis ca. 2000 DM. Auch in Steuerklasse 3, verheiratet, 2 Kinder zahlen die Kollegen bis ca. 3300 DM mit einem „Reformertrag“ von 14 DM mit der Mehrwertsteuererhöhung drauf.

In Steuerklasse 1 und 2 steigt der Reformertrag ab 1800 bis 2000 DM deutlich an. Diese Kollegen haben also vor der Tarifrunde schon einen höheren Nettolohn. Die Progression, von der diese Kollegen mit jeder Lohnerhöhung mehr spürten, wird aber überhaupt nicht aufgehoben. Sie wird nur ein Stück aufgeschoben, um in den folgenden Jahren um so härter zuzuschlagen. Interessant wird die Reform für die hohen Gehaltsklassen, so kommen bei 4000 DM, Steuerklasse 3, zwei Kinder über 50 DM, bei 5000 DM über 100 DM heraus.

Offensichtlich soll diese Reform so wirken, daß ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten in den untersten Lohn- und Gehaltsklassen (an der Universität schätzungsweise 30% der Belegschaft) im Lohn scharf gedrückt wird. Ein anderer Teil ab ca. 2000 DM brutto soll ruhig gehalten werden durch einen ansteigenden Reformertrag. Erkenntlich ist die Absicht der Spaltung der Belegschaft durch diese „Steuerreform“ vor der Tarifrunde, um einen niedrigen prozentualen Tarifabschluß durchzusetzen.

Um diese Spaltungsabsichten zu durchkreuzen, ist unserer Auffassung nach eine Erhöhung des Freibetrages auf 5690 DM, also 2000 DM mehr als der Plan am 1.1.79 es vorsieht, nötig. Wir erinnern uns an Willy Brandt 1969. Zu seinen Verheißungen gehörte die Verdoppelung des Steuerfreibetrages und die Abschaffung der Progression für die Arbeiterlöhne. Der „Arbeitnehmerfreibetrag“ wurde Januar 1975 auf 480 DM – im Jahr – ver-

Handelsschiffsraum geleitet.“

Eine zweite Schautafel zeigte die „Chronik des 3.Minensuchgeschwaders der deutschen Bundesmarine“. Dort heißt es am Anfang: „Oktober/November 1956: Neuaufstellung des 3.Minensuchgeschwaders mit 10 alten deutschen Räumbooten aus der Labour-Service-Unit in Wilhelmshaven. Der Elchkopf wird das Geschwaderwappen...“

Daß die „Tradition“, wie sie gepflegt werden soll, der imperialistische Raubkrieg ist, meinten auch einige Soldaten des Geschwaders, mit denen Mitglieder des Soldaten- und Reservistenkomitees darüber sprachen. Es würde sie interessieren, was ihr Kommandeur dazu sagt. Der Herr wurde herbeizitiert: „Alles Unsinn, keine Propaganda für den imperialistischen Krieg, reine Darstellung geschichtlicher Fakten. Wie der Name schon sagt, sind Minensuchboote für einen Raubkrieg gar nicht geeignet.“ Wie ein Grammophon leierte er dies bis Besuchsende herunter, gestützt auf eine zunehmende Zahl seiner Offiziere. Keiner der anwesenden Soldaten hat ihm geglaubt.

In der „Volksmiliz“, der Zeitung der Soldaten- und Reservistenkomitees, ist an Hand der durchgeführten Manöver und der entsprechenden Bewaffnung

chen Zusammenhang.

Leicht läßt sich allein schon an der urologischen Abteilung das Gegenteil beweisen. In der Woche, in der es zu dem angeführten Vorfall gekommen war, hatte an allen Tagen in der Nachmittagszeit von 13 bis 16 Uhr nur eine Schwester Dienst. Über 20 Patienten hatte sie zu versorgen. Dabei mußte sie dann nicht nur für diese Patienten Kaffee austeilen, den Puls zählen und Fieber messen, sondern auch noch auf mehrere Patienten aufpassen, die an diesen Tagen frisch operiert waren. Eine regelmäßige Beobachtung dieser Patienten, regelmäßige Kontrolle von Puls und Blutdruck, woran man unter anderem ein entstehendes Kreislaufversagen erkennen kann, regelmäßige Kontrolle der bei vielen dieser Patienten angelegten Blasenspülung sind unter diesen Umständen nicht drin. Die Erfüllung irgendwelcher Wünsche dieser Patienten, die erst vor kurzem aus der Narkose aufgewacht sind, die oft noch Schmerzen haben usw. erst recht nicht.

Eine Ausnahmesituation ist dieser Personalmangel in keiner Weise. So haben seit mindestens einem Jahr Schülerinnen und Schüler, die dies von



Die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes des Volkes von Eritrea durch die westdeutsche Arbeiterklasse hat Tradition. Gegenwärtig unternimmt die EPLF große Anstrengungen, alle Kinder im schulfähigen Alter zu unterrichten und die Analphabetentum zu beseitigen. Zur Führung dieser Kampagne fehlt es vor allem an Schulmaterial. Der KBW ruft dazu auf, die Sammlung für die Beschaffung dieser Materialien zu unterstützen. Am Samstag den 7.10 veranstaltete der KJB-Kiel bereits ein Fußballturnier zur Unterstützung dieser Sammlung. 25 Jugendliche nahmen daran teil, 13 DM konnten aufgebracht werden. Außerdem haben in der letzten Woche eine Bewohnerin des Altenzentrums Diedrichsdorf 50 DM und 2 KVZ-Leser 60 DM gespendet.

wertsteuererhöhung drauf.

In Steuerklasse 1 und 2 steigt der Reformertrag ab 1800 bis 2000 DM deutlich an. Diese Kollegen haben also vor der Tarifrunde schon einen höheren Nettolohn. Die Progression, von der diese Kollegen mit jeder Lohnerhöhung mehr spürten, wird aber überhaupt nicht aufgehoben. Sie wird nur ein Stück aufgeschoben, um in den folgenden Jahren um so härter zuzuschlagen. Interessant wird die Reform für die hohen Gehaltsklassen, so kommen bei 4000 DM, Steuerklasse 3, zwei Kinder über 50 DM, bei 5000 DM über 100 DM heraus.

Offensichtlich soll diese Reform so wirken, daß ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten in den untersten Lohn- und Gehaltsklassen (an der Universität schätzungsweise 30% der Belegschaft) im Lohn scharf gedrückt wird. Ein anderer Teil ab ca. 2000 DM brutto soll ruhig gehalten werden durch einen ansteigenden Reformertrag. Erkenntlich ist die Absicht der Spaltung der Belegschaft durch diese „Steuerreform“ vor der Tarifrunde, um einen niedrigen prozentualen Tarifabschluß durchzusetzen.

Um diese Spaltungsabsichten zu durchkreuzen, ist unserer Auffassung nach eine Erhöhung des Freibetrages auf 5690 DM, also 2000 DM mehr als der Plan am 1.1.79 es vorsieht, nötig. Wir erinnern uns an Willy Brandt 1969. Zu seinen Verheißungen gehörte die Verdoppelung des Steuerfreibetrages und die Abschaffung der Progression für die Arbeiterlöhne. Der „Arbeitnehmerfreibetrag“ wurde Januar 1975 auf 480 DM – im Jahr – ver-

doppelt, der Grundfreibetrag von 1680 auf 3000 DM erhöht. Dies war aber insgesamt so hinterhältig angelegt, daß der Steuerabzug seitdem auf einen neuen Rekordstand gestiegen ist. Eine Erhöhung des Freibetrages auf 5690 DM würde für einen Kollegen mit mittlerem Einkommen die 2% Verlust durch die Progression seit 1970 wettmachen. Das ist das mindeste, was bei der jetzigen Reform herauskommen muß.

Der zunehmenden Steuerausplünderung sowohl durch die Lohnsteuer als auch die noch stärker ansteigenden indirekten Steuern kann jedoch nur ein Riegel vorgeschoben werden durch die Erfüllung der Forderung nach Streichung der indirekten Steuern und 1500 DM Lohnsteuerfreibetrag.“

Sieben Beschäftigte der Universität Kiel.

gründlich nachgewiesen worden, daß die Bundeswehr eine imperialistische Armee ist – wie könnte es auch anders sein in einem imperialistischen Land – und daß die Soldaten auf die Führung eines imperialistischen Raubkriegs vorbereitet werden sollen. Dieser Nachweis ist eine der Begründungen dafür, daß Kiels Oberbürgermeister Banzer ein Raumverbot für das SRK aussprechen ließ (siehe KVZ 41), weil er laut Gerichtsbeschluß „wahrheitswidrig“ sei. Soll man glauben, daß das Raumverbot mit dem Wochendende der „Offenen Tür“ beim 3.Minensuchgeschwader nichts zu tun hat?

Berufsschule Elmshorn: Kampf um den Aufbau einer Schülervertretung

b.bam. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein hat zwar ihr Schulgesetz im Landtag verabschiedet, das ist ihr trotz der Streikkämpfe der Schülerbewegung gelungen. Durchgesetzt hat sie es jedoch nicht, ob es praktisch wirken kann, wird der weitere Kampf der Schülerbewegung zeigen.

Mitglieder der SV der Berufsschule Elmshorn haben einen Vorschlag zu den SV-Wahlen vorgeschlagen, in dem es heißt: „Wir meinen, daß man die SV-Wahlen nutzen muß, um die Schüler zu wählen, die für die Interessen der Schüler gegenüber Schulleitung, Kultusministerium und Staat eintreten.

Unserer Meinung nach ist das Schulgesetz der wichtigste Punkt, der bekämpft werden muß, denn mit in Kraft treten dieses Machwerks werden unsere letzten gesetzlichen Rechte verschwunden sein. Die Bedingungen für die Schüler sind besser, wenn dies nicht geschieht oder die Durchsetzung des Gesetzes nicht machbar ist. Denken kann man sich, daß die Landesregierung über ihre Mittelsmänner versuchen wird, für sie ‚richtige SV'en‘ wählen zu lassen. Das müssen wir verhindern. Nach der SV-Verordnung sind z.B. die Klassensprecher nur ihrem Gewissen verantwortlich, sie brauchen sich nicht an Klassenmehrheiten, bzw. Schulmehrheiten zu halten. Wir schlagen vor, nur solche Vertreter zu wählen, die jederzeit Rechenschaft ablegen und das tun, was die Schüler verlangen. Am besten wird das gehen, wenn sich die Schüler mit ihren Vertretern auf ein Programm einigen, das durchgesetzt werden soll. Das werden wir übrigens auch von der SV tun. Wir halten es für richtig, nach einer Liste einheitlich auf einem Programm zu kandidieren.“

Das Programm umfaßt sämtliche Forderungen der Landesschülervertretung Berufliche Schulen. Es soll auf einer Vollversammlung diskutiert werden. Um diesen Vorschlag gab es heftige Debatten in der SV. Verschiedene Leute, Sozialdemokraten, vertraten, daß man keine Liste brauchen könne, bzw. wenn schon, nur heimlich eine Liste aufstellen könne. Warum? Weil die Schüler sonst keine Wahl hätten, keine Demokratie entfaltet werden würde, sonst die Einheitsmeinung durchgesetzt würde.

Damit sind sie schnell nicht durchgekommen. Das zweite Manöver war, einen Vollzeitschüler als Schulsprecher an einer Schule mit 2500 Berufsschülern vorzuschlagen, mit der Begründung, daß dieser mehr Zeit hätte und die Berufsschüler eh nur einen Tag in der Schule sind. Die Sache ist klar entschieden worden, das Programm beschlossen und als Flugblatt verteilt worden.

Passiert sind zweierlei Sachen! Der Schulleiter Carolus, Stadtrat der CDU und stellvertretender Bürgermeister in Pinnberg, hat das Flugblatt verboten, weil Einheitsliste. Er hat zugleich die Lehrer angewiesen, im Gemeinschaftskundeunterricht das Flugblatt zu behandeln. Das war nur gut so, es ist äußerst schnell in Umlauf gekommen und außerdem noch klassenweise, also jeweils mit ca. 30 Mann beraten worden. Die Lehrer haben im wesentlichen gehetzt, manche haben es unterstützt, ein bißchen zaghaft zwar noch , aber immerhin. Ca. acht Klassensprecher sind sofort zur nächsten SV-Sitzung gekommen, haben das Flugblatt anerkannt und die Verteilung übernommen.

Wie ist jetzt die Lage an der Schule? Einerseits sieht jedermann deutlich die Schwäche der Schulleitung und damit der Landesregierung. Wie kann sie nur erwarten, daß lohnabhängige Lehrer dieses reaktionäre Gesetz unter den Schülern durchpeitschen wollen? Und die Schüler? Sie organisieren den Kampf um die SV-Wahlen schwungvoll. Andererseits gibt es Schwierigkeiten, die Vertretungskörperschaften allesamt zu besetzen und die Schülervollversammlung zu organisieren.

Diese Schwierigkeiten jedoch kann man überwinden, denn die Grundlagen dafür sind da.

Manfred Lohnstein freigesprochen

Pinneberg. Am 29.9.78 mußte der Arzt M. Lohnstein vom Amtsgericht Pinneberg vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen werden. Arbeiter und Jugendliche hatten auf Aufruf des KBW im Dezember letzten Jahres im Pinneberger Kreistag gegen die Entlassung des Arztes aus dem dortigen Krankenhaus demonstriert. Die Anklagezeugen um den Kreistagspräsidenten Stummer schworen zunächst Stein und Bein, Lohnstein habe durch eine Rede den Abbruch der Kreistagssitzung erzwungen. Durch ein Tonbandprotokoll der Sitzung wurden sie allesamt widerlegt. Die Staatsanwaltschaft brach darauf von sich aus die Beweisaufnahme ab und beantragte Freispruch, um ihre Zeugen vor Meineidsverfahren zu schützen.

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstr. 15, 3000 Hannover, Telefon: 0511/814045
Regionalredaktion Köln: Neusser Straße 27-29, 5000 Köln 1, Telefon 0221/720876/77
Regionalredaktion München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089/531348
Geschäftsstelle Hamburg: Chemnitzstraße 78, 2000 Hamburg 50, Telefon 040/382168
Geschäftsstelle Bremen: Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Telefon 0421/6160455
Geschäftsstelle Westberlin: Oranienstraße 159, 1000 Westberlin 61, Telefon 030/6145099
Geschäftsstelle Frankfurt: Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Telefon 0611/730231
Geschäftsstelle Saarbrücken: Beethovenstraße 24, 6600 Saarbrücken
Geschäftsstelle Mannheim: J7, 14, 6800 Mannheim, Telefon 0621/16279
Geschäftsstelle Stuttgart: Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Telefon 0711/611805
Geschäftsstelle München: Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Telefon 089 531348

18 Monate Gefängnis wegen Plakatierens und Kampf gegen die imperialistische Armee

Pinneberg. Am 4.10.78 verurteilte das Amtsgericht Pinneberg den Frührentner Otto Rohde zu 18 Monaten Gefängnis wegen wiederholten Plakatierens. Otto Rohde hatte bis zu einem schweren Arbeitsunfall als Mechaniker erst in der Scharnhorstkaserne Lüneburg und dann in der Eggerstedtkaserne Pinneberg gearbeitet. In dieser Zeit hat er an Kämpfen der Soldaten gegen Unterdrückung und überlange Arbeitszeit teilgenommen und ist deswegen der Bourgeoisie verhaßt. Für einmal Plakatieren verurteilte sie ihn zu 11 Monaten auf 5 Jahre Bewährung. 1977 wurde er erneut von der Polizei beim Plakatieren gestellt. Wegen „Rückfälligkeit" und „Widerstand gegen die Staatsgewalt" bei der Festnahme wurde er zu sieben Monaten verurteilt und die Bewährung wurde gestrichen. Der Staatsanwalt: Otto Rohde sei nicht gewillt, sich zu den Grundwerten der Verfassung zu bekennen.

Da hat der Staatsanwalt recht, allerdings wird das Gericht auch mit solchen Terrorurteilen Otto Rohde nicht vom Kampf gegen die Kapitalistenklasse und den bürgerlichen Staat abbringen können. Schon gar nicht läßt sich der Kampf der Soldaten und die Unterstützung, die er durch die Massen außerhalb der Kaserne hat, durch Geerichtsurteile unterbinden. Das hat in Pinneberg auch die Aktion der Soldaten und Reservistenkomitees zum Rekruteneinzug gezeigt, die gegen Polizei und Offiziere durchgesetzt wurde. Gegen das Urteil ist Widerspruch eingelegt worden, dieser Prozeß wird bekämpft.

H.P.Drude als Rechtsanwalt abgelehnt: Staatstreue Rechtsanwälte sind das Ziel

b.ped. Die kapitalistische Staatsmacht hat sich genötigt gesehen, den Anwaltsassessor Drude aus dem Anwaltsbüro Otten nicht als Rechtsanwalt zuzulassen. Dies Berufsverbot ist der letzte Fall einer Anhäufung von Nichtzulassungen zur Referendarausbildung, Strafurteilen und Berufsverboten gegen Juristen. Das schleswig-holsteinische Justizministerium hat sich bereits in den Fällen Heiner Sämisch und Peter Boysen zum Vorreiter des Berufsverbots für Referendare gemacht. Nun macht es sich zum Vorreiter der Säuberung von Anwälten, die die gerechten Kämpfe der Arbeiterklasse und der anderen besitzlosen Klassen gegen Ausbeutung, Unterdrückung, Expansionismus und Kriegsvorbereitung unterstützen. Die Kapitalistenklasse will ihren Staatsapparat gefechtsklar machen.

Assessor Drude hat eine Presseerklärung veröffentlicht, die wir nachstehend abdrucken. Die Arbeiterklasse hat ein Interesse an Juristen, die ihren Kampf unterstützen. Wir schlagen vor, die Erklärung überall zur Grundlage von Beratungen, insbesondere unter den Juristen selber, zu machen und Beschlüsse an das Justizministerium und die Schleswig-Holsteinische Rechtsanwaltskammer zu richten.

Presseerklärung

Am 19.9.1978 hat das schleswig-holsteinische Justizministerium den Assessor Hans-Peter Drude nicht als Rechtsanwalt zugelassen. Beim Ehrengericht in Schleswig ist inzwischen Klage auf Zulassung erhoben.

Gestützt wird die Ablehnung auf die Unwürdigkeitsklausel des §7 Nr.5 Bundesrechtsanwaltsordnung. Begründet wird sie mit zwei Strafverurteilungen wegen Nötigung. Das Landgericht Kiel hat gegen Hans-Peter Drude drei Monate Gefängnis auf Bewährung verhängt, weil er an der Verhinderung der Gründung eines reaktionären Verbandes des „Studenten für das Grundgesetz" teilgenommen hat. Vom Landgericht Oldenburg ist er zu 1800 DM Geldstrafe verurteilt worden, weil er an Busblockaden gegen Fahrpreiserhöhungen des dortigen Magistrats teilgenommen hat. Begründet wird die Nichtzulassung schließlich mit einer Kandidatur für den KBW zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen in Schleswig-Holstein. Unwürdig soll die Übereinstimmung zwischen revolutionären Auffassungen und Teilnahme an gerechten politischen Kämpfen sein.

Würdig soll allein der staatstreue Rechtsanwalt sein. Im Berufsverbote-Verfahren gegen den Anwalt Gildemeier hat der Bundesgerichtshof verlangt, daß sich die Anwälte auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung verpflichten, deren Kern der Schutz des Privateigentums an den Produktionsmitteln ist.

Es erweist sich damit das Berufsverbot des schleswig-holsteinischen Justizministeriums als Teil der Maßnahmen, mit denen die Kapitalistenklasse auf die Verschärfung der Klassenwidersprüche reagiert, um die Kämpfe der Arbeiter, Bauern, Schüler und Studenten bis in den Gerichtssaal hinein umfassend zu unterdrücken. So wird mit dem jüngsten „Strafverfahrensänderungsgesetz" das Recht des Beschuldigten auf eigene Beweisführung weitgehend beseitigt. So sind die gegenüber politischen Untersuchungshäftlingen durchgesetzten Durchsichten der Verteidigerpost, Trennscheiben, Isoliertrakte, Sichtkontrollen und Kontaktsperren durch das neue „Strafvollzugsgesetz" generell anwendbar geworden.

Stück für Stück beseitigt die Reaktion das Recht auf eine wirksame und umfassende Verteidigung. In diesem Zusammenhang versucht sie die Ausschaltung von Anwälten, die die gerechten Kämpfe der Volksmassen gegen die Staatsmacht unterstützen. Diejenigen, die diesen Kampf führen, wollen keine staatstreuen Anwälte. Sie fordern:

Sofortige Zulassung von Hans-Peter Drude zum Rechtsanwalt!

gez. H.-P. Drude

Berufsbildungszentrum Ahrensbök: Zuchtstätte profitabel ausbeutbarer Bauarbeiter

b.reb. In der letzten Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung berichteten wir über die Kämpfe, die gegenwärtig im Ausbildungszentrum des Wirtschaftsverbandes Bauindustrie in Ahrensbök stattfinden. Die Lehrlinge wenden sich dabei vor allem gegen die Einkasernierung in das Internat, das an das Ausbildungszentrum angegliedert ist. Diese Einkasernierung ist jedoch Bestandteil eines Programms der Baukapitalisten, das auf die Senkung des Ausbildungsniveaus und damit auf den Lohn der Bauarbeiter, auf eine Verdichtung des Arbeitstages und eine tiefe Spaltung und Schwächung der Bauarbeiter abzielt.

Dieses Programm heißt „Stufenausbildung", es existiert in der Bauwirtschaft seit 1974 und wird in Schleswig-Holstein seit dem 1.8.1976 praktiziert. In einer „Informationsschrift" nennt der „Wirtschaftsverband Bauindustrie Schleswig-Holstein" vier Punkte, auf die es ihm bei der Stufenausbildung ankommt:

„Eine Verkürzung der Ausbildungszeit von 3 auf 2 ⅔ Jahre,
die Gliederung in zwei Stufen,
eine Erhöhung der Ausbildungszeiten im Ausbildungszentrum und in der Berufsschule, also

Ausbildungsvertrag festgelegt, ein großer Teil fällt durch Auslese aus der Spezialfacharbeiterausbildung heraus. Die Verkürzung und Aufspaltung in der Ausbildung entspricht der Teilung der herkömmlichen Baufacharbeiter in „Facharbeiter", „gehobene Facharbeiter" und „Spezialfacharbeiter." Einen Gesellenbrief hat aber nur die Gruppe der „Spezialfacharbeiter". Der weitaus größte Teil der Facharbeiter und gehobenen Facharbeiter ist unter das Ausbildungs- und Lohnniveau des herkömmlichen Facharbeiters und jetzigen Spezialfacharbeiters gedrückt worden.

Mit der „Erhöhung der Ausbildungszeit" im „Ausbildungszentrum" und der damit verbundenen „breiten Grundausbildung" ist den Baukapitalisten ein weiterer Schlag gelungen. Die Ausbilder im Ahrensböker Ausbildungszentrum sind von den Kapitalisten ausgesuchte und dementsprechend abgerichtete ehemalige Facharbeiter. Sie arbeiten mit der Leitung des Zentrums eng zusammen. So hat beispielsweise Heimleiter Heydeck wenige Minuten nach Arbeitsbeginn einen kompletten Bericht, welcher Lehrling fehlt und zu spät gekommen ist. Pro angefangene 5 Minuten Verspätung 15 Mi-

in das Ausbildungszentrum aus sind. Gleichzeitig haben sie sich die Möglichkeit geschaffen, Lehrlinge nach Maß zu schneidern.

Im ersten Lehrjahr bekommen die Lehrlinge die notwendigsten Kenntnisse praktisch sämtlicher im Hoch-, Tief- und Ausbau existierender Produktionsarten beigebracht. Erst im 2. Lehrjahr wird in dem vom Lehrling gewählten Beruf weiter ausgebildet. Damit wollen die Kapitalisten gleich 2 Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen können sie die Arbeiter leichter hin- und herschieben, beispielsweise hat ein Straßenbauarbeiter in Ahrensbök auch das Mauern „gelernt", warum soll er nicht als Schachtmaurer einspringen. Andererseits erhoffen sie sich damit eine erhebliche Verdichtung des Arbeitstages, da mit Hilfe dieser „breiten Grundausbildung" ein Facharbeiter zwischen seinen eigentlichen Arbeitsgängen in einem bestimmten Produktionsablauf die verschiedensten anderen Dinge zusätzlich machen soll.

Schließlich ist es den Kapitalisten mittels dieses Ausbildungszentrums möglich, die Lehrlinge praktisch 24 Stunden am Tag unter Kontrolle zu halten. Die Lehrlinge, die zur Zeit in

wird selbst im Zeugnis benotet.

Wie das Verhalten aussehen soll und was benotet wird, zeigt die Hausordnung. Es ist die Ordnung eines Gefängnisses. So heißt es im Punkt 9: „Im gesamten Ausbildungszentrum besteht absolutes Alkoholverbot." Punkt 11: „Auf den Zimmern dürfen keine Besucher empfangen werden." Selbst das Abholen des Essens ist vorgeschrieben. Man hat sich in einer Schlange aufzustellen und Nachschlag darf jeder für sich selbst holen. Hausruhe ist um 21.45 Uhr, Bettruhe 22 Uhr. Die Heimleitung wird wissen, warum der letzte Punkt in der Hausordnung heißt: „Das Mitbringen und Aufbewahren von Schuß- und Stichwaffen jeder Art ist strengstens untersagt."

In diesem Internat soll den Lehrlingen das Genick gebrochen werden, sollen sie für die spätere Ausbeutung durch die Baukapitalisten gefügig gemacht werden. Verstöße gegen die Hausordnung werden mit Ordnungsdiensten, Ausgangsverbot bis hin zur Ausweisung bedroht. Vor zwei Wochen war es den Lehrlingen gelungen, das für mittwochs bestehende Ausgangsverbot wegzukämpfen. Inzwischen hat Zentrumsleiter Heydeck, jetzt auch unter dem Namen Obersturmbannführer bekannt, das Aus-

Akkordarbeit und unterschiedliche Spaltung unter den Lehrlingen

uwb. Auf der Hugo Peters Werft in Wewelsfleth arbeiten die Lehrlinge in der Ausbildung mit Akkord. Sie kriegen mindestens 2 Stunden Akkord berechnet pro Tag. Gezahlt wird nur, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen, sie müssen erstens über 18 Jahre alt und im zweiten Lehrjahr sein. Genauso sieht die Spaltung dann im Monatsverdienst aus, zwei Lehrlinge haben ihren Lohnzettel verglichen. Sie hatten im Zeugnis im Durchschnitt gleiche Noten, was einmal honoriert wird, der eine ist aber einen Monat länger im Betrieb und im zweiten Lehrjahr, während dem einen noch ein Monat fehlt. Die Differenz auf dem Lohnzettel war dann 329 DM zu 540 DM beim zweiten.

Prozeß gegen Gegner des §218 ausgesetzt

b.sih. Am 13.10. sollte im Amtsgericht Kiel der Prozeß gegen S. Haalck wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für

eingelegt worden, dieser Prozeß wird bekämpft.

Akkordarbeit und unterschiedliche Spaltung unter den Lehrlingen

uwb. Auf der Hugo Peters Werft in Wewelsfleth arbeiten die Lehrlinge in der Ausbildung mit Akkord. Sie kriegen mindestens 2 Stunden Akkord berechnet pro Tag. Gezahlt wird nur, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen, sie müssen erstens über 18 Jahre alt und im zweiten Lehrjahr sein. Genauso sieht die Spaltung dann im Monatsverdienst aus, zwei Lehrlinge haben ihren Lohnzettel verglichen. Sie hatten im Zeugnis im Durchschnitt gleiche Noten, was einmal honoriert wird, der eine ist aber einen Monat länger im Betrieb und im zweiten Lehrjahr, während dem einen noch ein Monat fehlt. Die Differenz auf dem Lohnzettel war dann 329 DM zu 540 DM beim zweiten.

Prozeß gegen Gegner des §218 ausgesetzt

b.sih. Am 13.10. sollte im Amtsgericht Kiel der Prozeß gegen S. Haalck wegen presserechtlicher Verantwortlichkeit für einen Offenen Brief des Komitees gegen den §218 geführt werden. In diesem Brief wurde Herr Baier, der Leiter der §218-Zwangsberatungsstelle in Mettenhof, einem Stadtteil Kiels, als Leiter der Spitzelstelle bezeichnet.

Mit Akten, in denen Photos, die zur Identifizierung der Angeklagten von der Polizei angefertigt worden waren, fehlten, wollte das Gericht zu einer schnellen Verurteilung kommen. Auf Antrag des Verteidigers und unter Druck der Öffentlichkeit mußte der Prozeß bis zur Vervollständigung der Akte ausgesetzt werden.

Strafrechtlich verfolgen will die herrschende Klasse und die Staatsanwaltschaft Kiel damit den Kampf gegen den §218 und die Zwangsberatungsstellen. Baier hat sich beleidigt gefühlt, weil er als Leiter einer Spitzelstelle bezeichnet wurde. Tatsächlich handelt es sich dabei aber um den Versuch, den Kampf in Mettenhof für die Schließung der §218-Spitzelstelle zu zerschlagen.

Daß die Spitzelstelle in Mettenhof verhaßt ist, zeigte sich auch in den „Mettenhofer Tagen", wo der Tag der Offenen Tür im Haus der Familie kaum besucht wurde und eine Veranstaltung dieser Stätte zum §218 kläglich baden ging, weil die Mettenhofer Bevölkerung, die bespitzelt werden soll, erst gar nicht erschien.

Das Komitee führt zur Zeit eine Unterschriftensammlung für die Schließung der §218-Zwangsberatungsstelle durch, die schon 20 Mettenhofer unterstützt haben. Außerdem fordern 31 Teilnehmer der Mitgliederversammlung des Komitees gegen den §218 die sofortige Einstellung des Prozesses gegen S. Haalck.

b.reb. In der letzten Ausgabe der Kommunistischen Volkszeitung berichteten wir über die Kämpfe, die gegenwärtig im Ausbildungszentrum des Wirtschaftsverbandes Bauindustrie in Ahrensbök stattfinden. Die Lehrlinge wenden sich dabei vor allem gegen die Einkasernierung in das Internat, das an das Ausbildungszentrum angegliedert ist. Diese Einkasernierung ist jedoch Bestandteil eines Programms der Baukapitalisten, das auf die Senkung des Ausbildungsniveaus und damit auf den Lohn der Bauarbeiter, auf eine Verdichtung des Arbeitstages und eine tiefe Spaltung und Schwächung der Bauarbeiter abzielt.

Dieses Programm heißt „Stufenausbildung", es existiert in der Bauwirtschaft seit 1974 und wird in Schleswig-Holstein seit dem 1.8.1976 praktiziert. In einer „Informationsschrift" nennt der „Wirtschaftsverband Bauindustrie Schleswig-Holstein" vier Punkte, auf die es ihm bei der Stufenausbildung ankommt:

„Eine Verkürzung der Ausbildungszeit von 3 auf 2 ⅔ Jahre,
die Gliederung in zwei Stufen,
eine Erhöhung der Ausbildungszeiten im Ausbildungszentrum und in der Berufsschule, also
die Vermittlung einer breiten Grundausbildung im ersten Ausbildungsjahr."

Zum einen verschaffen sich die Baukapitalisten mit der Stufenausbildung die Möglichkeit, generell drei Monate früher an die volle Arbeitskraft der Jugendlichen heranzukommen, einen Großteil können sie ohne großes Federlesen schon nach 2 Jahren abziehen. Dies wird für einige bereits im

Ausbildungsvertrag festgelegt, ein großer Teil fällt durch Auslese aus der Spezialfacharbeiterausbildung heraus. Die Verkürzung und Aufspaltung in der Ausbildung entspricht der Teilung der herkömmlichen Baufacharbeiter in „Facharbeiter", „gehobene Facharbeiter" und „Spezialfacharbeiter." Einen Gesellenbrief hat aber nur die Gruppe der „Spezialfacharbeiter". Der weitaus größte Teil der Facharbeiter und gehobenen Facharbeiter ist unter das Ausbildungs- und Lohnniveau des herkömmlichen Facharbeiters und jetzigen Spezialfacharbeiters gedrückt worden.

Mit der „Erhöhung der Ausbildungszeit" im „Ausbildungszentrum" und der damit verbundenen „breiten Grundausbildung" ist den Baukapitalisten ein weiterer Schlag gelungen. Die Ausbilder im Ahrensböker Ausbildungszentrum sind von den Kapitalisten ausgesuchte und dementsprechend abgerichtete ehemalige Facharbeiter. Sie arbeiten mit der Leitung des Zentrums eng zusammen. So hat beispielsweise Heimleiter Heydeck wenige Minuten nach Arbeitsbeginn einen kompletten Bericht, welcher Lehrling fehlt und zu spät gekommen ist. Pro angefangene 5 Minuten Verspätung 15 Mi-nuten länger arbeiten ist eine der Methoden, um die Lehrlinge zur Arbeit zu treiben. Ab und zu schleicht Heydeck selbst durch die Werkhallen und verteilt Noten.

Ausbildung direkt unter der Fuchtel der Baukapitalisten und völlige Abkapselung der Lehrlinge von den Kampferfahrungen der Arbeiterklasse ist der Grund, warum die Kapitalisten auf eine weitere Verlagerung der Lehre

in das Ausbildungszentrum aus sind. Gleichzeitig haben sie sich die Möglichkeit geschaffen, Lehrlinge nach Maß zu schneidern.

Im ersten Lehrjahr bekommen die Lehrlinge die notwendigsten Kenntnisse praktisch sämtlicher im Hoch-, Tief- und Ausbau existierender Produktionsarten beigebracht. Erst im 2. Lehrjahr wird in dem vom Lehrling gewählten Beruf weiter ausgebildet. Damit wollen die Kapitalisten gleich 2 Fliegen mit einer Klappe schlagen. Zum einen können sie die Arbeiter leichter hin- und herschieben, beispielsweise hat ein Straßenbauarbeiter in Ahrensbök auch das Mauern „gelernt", warum soll er nicht als Schachtmaurer einspringen. Andererseits erhoffen sie sich damit eine erhebliche Verdichtung des Arbeitstages, da mit Hilfe dieser „breiten Grundausbildung" ein Facharbeiter zwischen seinen eigentlichen Arbeitsgängen in einem bestimmten Produktionsablauf die verschiedensten anderen Dinge zusätzlich machen soll.

Schließlich ist es den Kapitalisten mittels dieses Ausbildungszentrums möglich, die Lehrlinge praktisch 24 Stunden am Tag unter Kontrolle zu halten. Die Lehrlinge, die zur Zeit in Ahrensbök sind, kommen praktisch aus allen Richtungen Schleswig-Holsteins. Sie haben keine andere Möglichkeit, als in dem am Ausbildungszentum angegliederten Internat zu wohnen. Bezeichnenderweise wird bei dem größten Teil der Lehrlinge, die aus dem Ausbildungszentrum vorzeitig rausgeschmissen werden, als Grund Verstöße gegen die Internatsordnung angeführt. Das Verhalten im Internat

wird selbst im Zeugnis benotet.

Wie das Verhalten aussehen soll und was benotet wird, zeigt die Hausordnung. Es ist die Ordnung eines Gefängnisses. So heißt es im Punkt 9: „Im gesamten Ausbildungszentrum besteht absolutes Alkoholverbot." Punkt 11: „Auf den Zimmern dürfen keine Besucher empfangen werden." Selbst das Abholen des Essens ist vorgeschrieben. Man hat sich in einer Schlange aufzustellen und Nachschlag darf jeder für sich selbst holen. Hausruhe ist um 21.45 Uhr, Bettruhe 22 Uhr. Die Heimleitung wird wissen, warum der letzte Punkt in der Hausordnung heißt: „Das Mitbringen und Aufbewahren von Schuß- und Stichwaffen jeder Art ist strengstens untersagt."

In diesem Internat soll den Lehrlingen das Genick gebrochen werden, sollen sie für die spätere Ausbeutung durch die Baukapitalisten gefügig gemacht werden. Verstöße gegen die Hausordnung werden mit Ordnungsdiensten, Ausgangsverbot bis hin zur Ausweisung bedroht. Vor zwei Wochen war es den Lehrlingen gelungen, das für mittwochs bestehende Ausgangsverbot wegzukämpfen. Inzwischen hat Zentrumsleiter Heydeck, jetzt auch unter dem Namen Obersturmbannführer bekannt, das Aus-gangsverbot für Mittwoch wieder eingeführt. Die Begründung: Den Ausbildern sind die Berichtshefte nicht ordentlich genug und außerdem würde sonst die 40-Stundenwoche nicht eingehalten werden. Es ist notwendig, daß sich die Lehrlinge gegen die gesamte Stufenausbildung und für eine umfassende und einheitliche Ausbildung bis zum 18. Lebensjahr zusammenschließen.

Hungerlöhne und Akkord sind die Grundlagen des „größten Baumschulengebietes Europas"

b.dim. Auf die Frage eines unorganisierten Gartenbauarbeiters in einer Versammlung der Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten, warum die Lohnabschlüsse in diesem Jahr so miserabel waren, antwortet einer der Gewerkschaftsführer des Bezirks Hamburg-Pinneberg-Steinburg sinngemäß: Erstens habt ihr im Schnitt 5% bekommen, zweitens ist die Arbeitszeit um eine Stunde pro Woche verkürzt worden. Arbeiten tut ihr praktisch ja doch länger, also rechnet den Stundenlohn plus 25% zu den 5% zu, dann seht ihr, die Lohnerhöhung ist doch ganz beachtlich.

Dergleichen Unverschämtheiten der mit der Bourgeoisie verschwägerten Sozialdemokratie treffen für die Baumschulkapitalisten den Nagel auf den Kopf. Schließlich rühmen sie sich nicht umsonst, das größte geschlossene Baumschulgebiet der Welt unter ihrer Fuchtel zu haben. 3000 ha umfaßt das Gebiet mit 300 Betrieben. Größere Betriebe wie „Rosen Tantau" in Uetersen produzieren mit 150 Arbeitern 5 Millionen Rosen im Jahr, die Rose für 5 bis 7 DM. Da können die Kapitalisten sich schon in Werbebroschüren rühmen über „unsere sprichwörtliche Schnelligkeit – und unsere Versanderfahrung..." Oder die Baumschule „Pein&Pein" in Pinneberg: „Die deutschen Forstbaumschulen dürften heute mit Sicherheit die modernsten und bestrationalisierten Betriebe dieser Art sein (...) Heute wird in den bestgeführten Betrieben noch ½ Arbeitskraft je ha/Jahr beschäftigt!"

Jedermann kann schon sehen, daß die Ausbeutung der Arbeiter ungeheuer sein muß. Akkordveredler veredeln bis zu 400 Rosen in der Stunde, 10 Stunden am Tag, d.h., sie kommen mit dem Kopf nie hoch, der Rücken ist immer gebückt. Für die Rose bekommen sie 8 Pf. Ein Teil fällt dann wieder weg, wenn die Anwachsrate der Rosen gering ist. Anderer Arbeiter oder Lehrlinge stechen gebückt mit kleinen Handschaufeln 500 bis 700 Heidekrautgewächse pro Stunde aus. Die Überstunden sind enorm, in den Versandzeiten kommt kaum einer unter 50 Stunden pro Woche weg. Fahrer haben 70 bis 80 Stunden, viele ausländische Kollegen arbeiten bis 400 Stunden im Monat, wie bei „Schrader" in Halstenbek.

Die Kollegen sind zu dieser ungeheuren Überstundenzahl gezwungen, ohne sie kann man noch nicht mal allein leben, geschweige denn mit Familie, wie aus der neuesten abgedruckten Lohntabelle eindeutig hervorgeht. Auch wenn man 10% übertarifliche Bezahlung hinzuzieht, das macht den Kohl auch nicht fett.

Nicht daß es ohne Kampf abgeht, schon die große Fluktuation in den Betrieben zeigt, daß keiner dort länger arbeitet, als unbedingt notwendig. Vor allen Dingen die Arbeiterjugend organisiert den Kampf. Die Jugendgruppe der GGLF hat Forderungen wie „Keine Überstunden", „Für ausreichende Festgeldforderungen bei den nächsten Lohnkämpfen" erhoben. Darum wird praktisch gekämpft, gerade vor kurzer Zeit haben sich 20 türkische Kollegen aus einem Betrieb entschlossen, gemeinsam in die Gewerkschaft einzutreten. Die Überstundenverweigerung wird größer, viele Lehrlinge arbeiten nicht mehr samstags, viele arbeiten stattdessen langsamer.

Es wird in der nächsten Zeit darum gehen, den 8-Stunden Normalarbeitstag durchzusetzen, sowie einen ausreichenden Lohn zu erkämpfen. Das hat auch die Jugendgruppe beschlossen. Sie berät sich jetzt gerade mit der Hamburger Jugendgruppe, um gemeinsam den Kampf zu führen.

Reformillusionen als geschickt aufgestellte Falle

Das Programm der SPD zu den Landtagswahlen

b.clm. Wahlen sind immer ein großangelegter ideologischer Feldzug der Bourgeoisie gegen die arbeitenden Massen, um ihre ideologische und politische Herrschaft zu festigen und die Kampfkraft der Massenbewegung zu fesseln.

Zu den Landtagswahlen im Frühjahr 1979 treten CDU und SPD in deutlich verschiedenen, einander ergänzenden Rollen auf. Während die CDU hofft, daß christliche Nächstenliebe die klebrigste Leimrute sei, ist der Programmentwurf der SPD zwar auch christlich durchtränkt, baut aber im wesentlichen auf Schaffung von Reformillusionen: „Unsere Überzeugung ist: die Menschen werden nicht frei durch hemmungslose Konkurrenz um Arbeit und Ausbildung, gnadenlosen Wettbewerb, inhumane Arbeitsplätze oder lückenlose staatliche Kontrolle. Sie werden frei durch eine Politik, die die Nachteile der Herkunft und Vermögen ausgleicht, Angst und Hysterie abbaut, Mitbestimmung und Teilhabung in der Gesellschaft durchsetzt."

„Es geht darum, den Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung langfristig zu lösen, damit die Gesellschaft die Mittel und Möglichkeiten erhält, ihre Probleme zu bewältigen. Viele und humane Arbeitsplätze können neu geschaffen werden, wenn Wirtschaft und Produktion nach den Interessen der Mehrheit geplant und gelenkt werden." Wie soll das gehen? „Wir müssen auf Landes- und Bundesebene neue wirtschaftliche Lenkungsinstrumente entwickeln."

Die „linke SPD Schleswig-Holsteins" versucht, den unvermeidlichen Angriff auf das Privateigentum umzulenken zum Schutz des Privateigentums und zur Stärkung des bürgerlichen Staates. Dazu sind große theoretische Anstrengungen unternommen worden. Ein Willi Eichler vom Parteivorstand der SPD hat sich in dem Buch „100 Jahr Sozialdemokratie" eigens mit den bisherigen Programmen der Arbeiterbewegung auseinandergesetzt. Er beginnt mit einer Verfälschung des Kommunistischen Manifestes von Karl Marx: „Die Freiheit aller, die durch die unkontrollierte Macht der Produktionsmittelbesitzer illusorisch geworden war, sollte also mit der gleichen Chance in Besitz der Produktionsmittel in einer Demokratie endlich verwirklicht werden." Wohlahnend, daß die plumpe Ersetzung des Ziels „Aufhebung des Privateigentums" durch „gleiche Chance im Besitz der Produktionsmittel" nicht reicht, erfindet er

me zu bewältigen. Viele und humane Arbeitsplätze können neu geschaffen werden, wenn Wirtschaft und Produktion nach den Interessen der Mehrheit geplant und gelenkt werden." Wie soll das gehen? „Wir müssen auf Landes- und Bundesebene neue wirtschaftliche Lenkungsinstrumente entwickeln."

Die „linke SPD Schleswig-Holsteins" versucht, den unvermeidlichen Angriff auf das Privateigentum umzulenken zum Schutz des Privateigentums und zur Stärkung des bürgerlichen Staates. Dazu sind große theoretische Anstrengungen unternommen worden. Ein Willi Eichler vom Parteivorstand der SPD hat sich in dem Buch „100 Jahr Sozialdemokratie" eigens mit den bisherigen Programmen der Arbeiterbewegung auseinandergesetzt. Er beginnt mit einer Verfälschung des Kommunistischen Manifestes von Karl Marx: „Die Freiheit aller, die durch die unkontrollierte Macht der Produktionsmittelbesitzer illusorisch geworden war, sollte also mit der gleichen Chance in Besitz der Produktionsmittel in einer Demokratie endlich verwirklicht werden." Wohlahnend, daß die plumpe Ersetzung des Ziels „Aufhebung des Privateigentums" durch „gleiche Chance im Besitz der Produktionsmittel" nicht reicht, erfindet er
„zwei widersprüchliche Ansätze bei Marx: der erste bestand in dem Nachweis, daß die unbeschränkte Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel zur Ausbeutung führt, und weiter in der Vorstellung, daß dieser Zustand durch den „unvermeidlichen" Prozeß der Geschichte zum Kommunismus hin beseitigt werden würde. Die Freiheit der Menschen kann wie gehabt nach dieser Auffassung *nur* durch die Vergesellschaftung der Produktionsmittel erreicht werden. Der zweite Ansatz besteht in einer ‚Politik der Voraussicht und der Einsicht' und der Möglichkeit eines Sieges der politischen Ökonomie der Arbeiterklasse über die politische Ökonomie der Bourgeoisie."

„Wenn der zweite Ansatz stimmte, was die Geschichte bewies, mußte die Unvermeidlichkeit der Aufhebung des Privateigentums falsch sein." Wer schlägt eine solche „Politik der Voraussicht und der Einsicht" ein? Der bürgerliche Staat: „Die öffentliche Hand, die heute mehr als ein Drittel des Sozialprodukts verwaltet, kann regelnd in den Wirtschaftsprozeß eingreifen. Und die Wissenschaft hat Mittel und Wege ausfindig gemacht, Krisen weitgehend zu verhindern. Ein Arbeitsrecht und eine Sozialpolitik haben viele elementare Hilflosigkeiten des arbeitenden Menschen beseitigt. Seinem Anspruch auf Bildung wird mehr und mehr entsprochen, seine Befähigung, in besser bezahlte Stellen zu kommen und seine Möglichkeiten, am kulturellen Leben aktiv teilzunehmen, werden damit erhöht. Die Kartellkontrolle soll ökonomisch nicht begründete Machtzusammenballungen der Industrie verhindern."(Eichler)

„Durch Verschmelzung des demokratischen mit dem sozialen und dem Rechtsgedanken soll der Staat zum Kulturstaat werden, der seine Inhalte von den gesellschaftlichen Kräften empfängt und dem schöpferischen Geist der Menschen dient," heißt es im Godesberger Programm der SPD.

Verherrlichung des bürgerlichen Staates als Wohltäter der Menschheit, als Mittel des Klassenausgleichs. Vertuschung des Gewaltcharakters des Staates und Ablenken von der Aufgabe, diese Maschinerie zu zerbrechen, das ist Aufgabe dieser Propaganda. „Da der Staat entstanden ist, aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittels seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse." „In der Demokratischen Republik übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber umso sicherer aus, und zwar erstens durch die direkte Beamtenkorruption und zweitens durch die Allianz von Regierung und Börse. Die Allmacht des Reichtums ist deshalb sicherer, weil sie nicht von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik diese Macht erschüttern kann."(Lenin, Staat und Revolution)

Die SPD Schleswig-Holsteins führt den Wahlkampf mit „den Grundwerten Arbeit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität."

„Der demokratische Sozialismus ist in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt," heißt es im Godesberger Programm. Die „Grundwerte" stammen daraus, kein Wunder, daß die Grundwerte der SPD sich von denen der CDU nicht unterscheiden. Was anderes als Humanismus und christliche Nächstenliebe kann der ideologische Kern der Reformgeduselei

Beamtenkorruption und zweitens durch die Allianz von Regierung und Börse. Die Allmacht des Reichtums ist deshalb sicherer, weil sie nicht von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß kein Wechsel weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlich-demokratischen Republik diese Macht erschüttern kann."(Lenin, Staat und Revolution)

Die SPD Schleswig-Holsteins führt den Wahlkampf mit „den Grundwerten Arbeit, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität."

„Der demokratische Sozialismus ist in Europa in christlicher Ethik, im Humanismus und in der klassischen Philosophie verwurzelt," heißt es im Godesberger Programm. Die „Grundwerte" stammen daraus, kein Wunder, daß die Grundwerte der SPD sich von denen der CDU nicht unterscheiden. Was anderes als Humanismus und christliche Nächstenliebe kann der ideologische Kern der Reformgeduselei
sein, wenn die Wahrung der „denkbar besten Hülle des Kapitalismus" verteidigt werden soll?

Von diesem Ausgangspunkt her hat die SPD ihre eigene Geschichtsbetrachtung. Als tragischste Wirkung der Sozialistengesetze Bismarcks sieht sie, „daß es eine für absehbare Zeit offenbar unüberwindbare Kluft zwischen Arbeiterschaft und dem Bürgertum aufgerissen hat," daß das Mißtrauen der Arbeiter sich nicht nur gegen den Bismarkschen Staat, sondern gegen den bürgerlichen Staat überhaupt wendet. Dieses Mißtrauen in Vertrauen zu verwandeln, ist die Hauptaufgabe der Sozialdemokratie. Der Hauptvorwurf, den die SPD der CDU in ihrem Programmentwurf macht, ist, daß sie verantwortlich für die wachsende Staatsverdrossenheit der Bürger ist: „Wo der Rechtsstaat beschnitten, wo die Freiheit eingeschränkt, wo Liberalität und Toleranz in Frage gestellt werden, entstehen Angst und Scheu vor politischem Engagement aus Furcht vor beruflichen Nachteilen und vor dem Verlust des Arbeitsplatzes." Und sie stellt als einen der vier Schwerpunkte ihrer Wahlplattform heraus, „die notwendigen Schritte, um Liberalität und Rechtsstaatlichkeit in Schleswig-Holstein wiederherzustellen, zu sichern und auszubauen."

Das Gerede von Klose, man dürfe durch den „Radikalenerlaß" nicht eine ganze Generation verunsichern, Jugendsünden dürften nicht erfaßt werden, wird von der schleswig-holsteinischen SDP zum Programm erhoben. „Kritik an den gegenwärtigen Gesellschaftsverhältnissen erfüllt deshalb einen Verfassungsauftrag. Solche notwendige Kritik darf nicht diffamiert werden", gemeint ist „konstruktive Kritik". Kritik, die Festigung der Herrschaft der Bourgeoisie zum Ziel hat. Auf jeden Fall soll die Verunsicherung der jüngeren Lehrer aufhören. Opportunismus soll treibhausmäßig unter ihnen gezüchtet werden, umso eher läßt sich die Jugend einfangen, ist der Gedanke dieser geschickten Betrüger. Warum besinnt die SPD Schleswig-Holsteins sich jetzt wieder auf „die Grundwerte des demokratischen Sozialismus"?

In der Jagd nach Profiten und in der Vorbereitung der Expansion hat die westdeutsche Bourgeoisie einen gewissen Vorsprung gegenüber ihren Konkurrenten aus den Arbeitern Westdeutschlands herausgepreßt. Ein niedrigeres Lebensniveau der Arbeiter ist schon allgemein durchgesetzt und gilt inzwischen als normal. Das gibt Raum für reformistische Manöver und macht sie zugleich nötig. Die SPD soll Positionen in der Massenbewegung festigen, um sie bei einem Neuaufschwung der Kämpfe von innen heraus zu zersetzen. Genau darauf zielt der konkrete Teil des Programms ab.

Mit dem Schlachtruf: „Recht auf Arbeit" sollen alle noch bestehenden Schranken der Ausbeutung eingerissen werden. Erste Voraussetzung dafür ist, daß der Zwang zur Lohnarbeit für *alle* Arbeiter durchgesetzt wird. Wichtiger Hebel dafür ist die Unterwerfung der Frauen unter die Nacht- und Schichtarbeit, so daß sie dann allgemein durchgesetzt und der Widerstand der männlichen Arbeiter dagegen gebrochen werden kann. Das bezweckt das Ziel: „Aufhebung des zwischen Männer und Frauen geteilten Arbeitsmarktes. Besonders Frauen müssen zunehmend auf Arbeitsplätzen außerhalb des traditionellen weiblichen Berufs-und Tätigkeitsspektrums vermittelt werden." Wenn die Arbeiter bei der „Sicherung des Rechts auf Arbeit" auf manches verzichten müssen, Schuld ist nicht die Gier der Kapitalisten nach Höchstprofit, sondern die Länder der 3.Welt. In der Werftindustrie könnte man sich ja vielleicht auf international verbindliche Kapazitätsabstimmungen einigen. „Aber immer mehr Länder der 3.Welt drängten auf den Weltmarkt. „Daß diese eine eigene Werftindustrie und eigene Transporteinheiten aufbauen, ist schon schlimm genug. Daß sie auch eigene bewaffnete Seestreitkräfte zur Verteidigung ihrer Souveränität aufbauen, ist „politisch besonders bedenklich. Daher ist der

Mit dem Schlachtruf: „Recht auf Arbeit" sollen alle noch bestehenden Schranken der Ausbeutung eingerissen werden. Erste Voraussetzung dafür ist, daß der Zwang zur Lohnarbeit für *alle* Arbeiter durchgesetzt wird. Wichtiger Hebel dafür ist die Unterwerfung der Frauen unter die Nacht- und Schichtarbeit, so daß sie dann allgemein durchgesetzt und der Widerstand der männlichen Arbeiter dagegen gebrochen werden kann. Das bezweckt das Ziel: „Aufhebung des zwischen Männer und Frauen geteilten Arbeitsmarktes. Besonders Frauen müssen zunehmend auf Arbeitsplätzen außerhalb des traditionellen weiblichen Berufs-und Tätigkeitsspektrums vermittelt werden." Wenn die Arbeiter bei der „Sicherung des Rechts auf Arbeit" auf manches verzichten müssen, Schuld ist nicht die Gier der Kapitalisten nach Höchstprofit, sondern die Länder der 3.Welt. In der Werftindustrie könnte man sich ja vielleicht auf international verbindliche Kapazitätsabstimmungen einigen. „Aber immer mehr Länder der 3.Welt drängten auf den Weltmarkt. „Daß diese eine eigene Werftindustrie und eigene Transporteinheiten aufbauen, ist schon schlimm genug. Daß sie auch eigene bewaffnete Seestreitkräfte zur Verteidigung ihrer Souveränität aufbauen, ist „politisch besonders bedenklich. Daher ist der
Export von Kriegsschiffen in Nicht--NATO-Staaten abzulehnen." Der scheinheilige Pazifismus ist direkt gegen die wachsende Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfens der Völker der 3.Welt gerichtet und hat auch seine gewünschte Wirkung. Die Kampagne „Fußball ja – Folter nein" ist ja auch nicht auf dem Mist des KB Nord gewachsen.

Das Programm preist die SPD als entschiedenen Kernkraftwerksgegner, aber nur, um den Kampf gegen das imperialistische Energieprogramm von drei Seiten her anzugreifen: „Bei der Standortplanung haben Unternehmer und Landesregierung nicht allein zu entscheiden, sondern Bürger und Parlament sind an dieser Entscheidung zu beteiligen. Dieses Verfahren ist gesetzlich zu regeln." Wenn der Staat in seiner Dreifaltigkeit eine Sache erst einmal anpackt, ist der Kampf nicht mehr nötig. „Alle Möglichkeiten der Energieeinsparung sind konsequent zu nutzen." Die Leute sollen sich einschränken, die Energie wird für Wichtigeres gebraucht. Die Schaffung ausreichender Energiereserven gehört allemal zu den wichtigsten Kriegsvorbereitungen. Außerdem haben die Arbeiter die Ruinierung der Natur und deren Folgen selber zu verantworten: „Wir laufen Gefahr, von den sozialen Folgen unseres privaten Wohlstands überrollt zu werden. Mit der unbedachten Verschwendung von Rohstoffen und Energie gefährden wir, wovon wir alle leben: Die Natur und unsere Umwelt."

Der Bewegung gegen die Unterdrückung an den Schulen und um den Zusammenschluß um Einheitsschule unter Volkskontrolle zu zersetzen, hält das Programm die kinderfreundliche Gesamtschule entgegen. Mit fünf sollen die Kinder der Schule schon unterworfen werden, mehr Lehrer werden benötigt und gleiche Chancen sollen herrschen, denn: „Wir wissen, daß ein Höchstmaß an Bildung und Ausbildung die beste Gewähr für eine stabile Demokratie ist."

Wir haben oben schon gesehen, daß Hauptsorge der SPD das Vertrauen der Massen in den bürgerlichen Staat ist. Es versteht sich, daß unter Ausbildung Indoktrinierung gemeint ist. Ein Jahr eher zur Schule bedeutet ein Jahr eher ausgebeutet werden.

Den Kindern und Heranwachsenden, den „alten Mitbürgern", den Kranken und Behinderten, den Völkern der 3.Welt, allen kündigt die SPD die Solidarität der Bourgeoisie an. Sie alle haben Erfahrung damit gemacht, insbesondere die Rentner mit dem Rentenbeseitigungsprogramm des Sozialdemokraten Ehrenberg. Sie alle können das getrost als Drohung auffassen, als Ankündigung uneingeschränkter Bespitzelung und Kontrolle und Ausplünderung. Mißt man die Politik der schleswig-holsteinischen SPD an ihren Ansprüchen und konfrontiert man ihre Reformenmacherei mit ihrer Politik, werden diese feingesponnenen

Zusammenschluß um Einheitsschule unter Volkskontrolle zu zersetzen, hält das Programm die kinderfreundliche Gesamtschule entgegen. Mit fünf sollen die Kinder der Schule schon unterworfen werden, mehr Lehrer werden benötigt und gleiche Chancen sollen herrschen, denn: „Wir wissen, daß ein Höchstmaß an Bildung und Ausbildung die beste Gewähr für eine stabile Demokratie ist."

Wir haben oben schon gesehen, daß Hauptsorge der SPD das Vertrauen der Massen in den bürgerlichen Staat ist. Es versteht sich, daß unter Ausbildung Indoktrinierung gemeint ist. Ein Jahr eher zur Schule bedeutet ein Jahr eher ausgebeutet werden.

Den Kindern und Heranwachsenden, den „alten Mitbürgern", den Kranken und Behinderten, den Völkern der 3.Welt, allen kündigt die SPD die Solidarität der Bourgeoisie an. Sie alle haben Erfahrung damit gemacht, insbesondere die Rentner mit dem Rentenbeseitigungsprogramm des Sozialdemokraten Ehrenberg. Sie alle können das getrost als Drohung auffassen, als Ankündigung uneingeschränkter Bespitzelung und Kontrolle und Ausplünderung. Mißt man die Politik der schleswig-holsteinischen SPD an ihren Ansprüchen und konfrontiert man ihre Reformenmacherei mit ihrer Politik, werden diese feingesponnenen
Fesseln nicht halten. Die Volksbewegung unter Führung der Arbeiterklasse muß den von SPD so wohl behüteten Staatsapparat angreifen und ihn zerschlagen.

Die Regierungstätigkeit der SPD in Schleswig-Holstein von 1947 bis 1950

Die schleswig-holsteinische SPD macht besonders viel Wind um Reformen. Dazu ist sie geeignet. Seit 1950 ist sie nicht mehr an der Regierung gewesen. Sie gehört zu den lautesten „Kritikern" der Schmidt-Genscher-Regierung. Sie profiliert sich in der Kritik der „reaktionären Politik Stoltenbergs."

Dagegen ist es nützlich, sich der Regierungstätigkeit dieser Partei von 1947-1950 zu erinnern. Damals wurde der Grundstein für die jetzige Politik der Landesregierung gelegt.

Das Polizeigesetz von 1949 „sollte zu einem engen Verhältnis zwischen Bevölkerung und Polizei beitragen."

1950 wurde die Gemeinde- und Kreisordnung beschlossen, welche „den Anschluß an deutsche Rechtsüberlieferung herstellten."

Das „Landesverwaltungsgesetz" sollte „eine billigere und rationellere Verwaltung erreichen."

„Besondere Aufmerksamkeit widmete die Regierung Lüdemann der Ausbildung und Weiterbildung der Beamten." „Im August 1948 wurden wieder Schöffen- und Geschworenengerichte gebildet. Das erschütterte Vertrauen in die Strafjustiz sollte durch das Laienelement verbessert werden."

„Für Jugendliche ohne Lehrstelle wurde das in ganz Deutschland als vorbildlich anerkannte Jugendaufbauwerk eingerichtet, an dem bis zum Jahre 1950 über 5000 Jugendliche ohne Lehrstelle freiwillig teilnahmen." „In der Minderheitenerklärung vom 26.9.49 heißt es: „Wir haben die Rückverwandlung der dänischen Bewegung in eine echte Minderheit eingeleitet." „Alle Mann auf die Deiche der Demokratie" war die Losung bei der Restauration des Kapitalismus. In der Zerschlagung der Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen hatte sie ganze Arbeit geleistet. Daß dafür ein bewaffneter Gewaltapparat unabdingbar ist, hat der damalige Vorsitzende Gayk als Vermächtnis hinterlassen: „Wer es für unmöglich hält, in Deutschland eine lebendige Demokratie und damit auch eine demokratische Wehrmacht aufzubauen, und den alten Gegensatz zwischen der Feudalen Armee und der Arbeiterschaft aufzuheben, der soll die Finger von der Politik lassen."

(alle Zitate aus „100 Jahre Sozialdemokratie in Schleswig-Holstein", Landesverband der SPD Schleswig-Holstein)

Protest gegen faschistische Filmveranstaltung

b.rül. Kundgebung gegen eine Filmveranstaltung des faschistischen Buchladens „Sturmwind" und des „Freundeskreises Filmkunst e.V. Hamburg" am Sonntag, den 8.10. in Kiel. Ca. 200 waren dem Aufruf des KBW und einer „Gruppe Kieler Antifaschisten", hinter der sich die versammelte Kieler Opportunistenschickeria verbarg, zur Verhinderung dieser Veranstaltung gefolgt. Diese Absicht konnte nicht durchgesetzt werden. Ca. 200 Polizisten hatte der Kieler Magistrat aufgefahren, die das Kino für die Dauer der Filmveranstaltung abriegelten. Daß die Veranstaltung nicht verhindert werden konnte, ist der Spaltung durch die Opportunisten geschuldet. Unter Losungen wie „Faschisten raus aus Kiel" und „Keine Nazifilme in Kiel" hatte sie sich im wesentlichen versammelt, um von ferne „gegen die Provokation der Faschisten zu protestieren" (aus ihrem Flugblatt). Inzwischen hat der Kinobesitzer im Fernsehen verlauten lassen, daß er keine weiteren Filmveranstaltungen zulassen will.

Sofortige Übernahme der PJ-Studenten in die ÖTV!

b.ull.Kiel. Am Freitag letzter Woche fand auf Einladung des Kreisvorstandes der ÖTV ein Gespräch mit der Fachvertretung Klinik statt. Vorausgegangen war ein Schreiben des Vertretungsorgans, in dem die ÖTV aufgefordert wurde, die PJler in ihrer Forderung zu unterstützen, daß die Versicherung der Studenten im PJ (Praktisches Jahr) vom Dekanat bzw. Sozialministerium als zuständige Behörde finanziell übernommen werden sollte.

Da die Studenten sich unbedingt versichern müssen und dies ebenfalls Bestandteil eines Ausbildungs- und Tarifvertrages sein muß, gleichzeitig aber kein besitzloser Student in der Lage ist, sie aus eigener Tasche zu zahlen, benutzen der Marburger Bund genau so wie der Hartmann-Bund diese Zwangslage. Sie bestreiten die Versicherung, wenn man Mitglied wird. Viele Studenten sind gegen Spalterorganisationen wie den Marburger Bund und sind für die ÖTV.

Bei dem Gespräch zeigte sich jedoch, daß die Gewerkschaftssozialdemokraten keinerlei Interesse an der Organisierung der PJ-ler haben, was eine Voraussetzung wäre, die Forderungen gewerkschaftlich durchzusetzen. Selbst der Verweis, daß andere Bezirke PJ-ler in die ÖTV aufnehmen, beeindruckte Herrn Fricke nicht. Er meinte, die Mediziner wären sowieso später nicht an gewerkschaftlicher Arbeit interessiert. Mit dieser Ansicht steht er gegenüber den ÖTV-Mitgliedern isoliert da. Sein Hinweis, der Vorstand könne sich nur an Beschlüsse der Mitgliederversammlung halten, muß man jetzt nutzen. Die Fachvertretung und Fachschaftsgruppe Medizin wird sich in dieser Sache an die Kollegen in der ÖTV wenden, damit auf der nächsten Mitgliederversammlung gegenüber Leuten wie Fricke durchgesetzt werden kann, was praktisch in den Krankenhäusern und gewerkschaftlichen Betriebsorganen die Regel ist: Einheit und Zusammenschluß gegen den Dienstherrn

Da die Studenten sich unbedingt versichern müssen und dies ebenfalls Bestandteil eines Ausbildungs- und Tarifvertrages sein muß, gleichzeitig aber kein besitzloser Student in der Lage ist, sie aus eigener Tasche zu zahlen, benutzen der Marburger Bund genau so wie der Hartmann-Bund diese Zwangslage. Sie bestreiten die Versicherung, wenn man Mitglied wird. Viele Studenten sind gegen Spalterorganisationen wie den Marburger Bund und sind für die ÖTV.

Bei dem Gespräch zeigte sich jedoch, daß die Gewerkschaftssozialdemokraten keinerlei Interesse an der Organisierung der PJ-ler haben, was eine Voraussetzung wäre, die Forderungen gewerkschaftlich durchzusetzen. Selbst der Verweis, daß andere Bezirke PJ-ler in die ÖTV aufnehmen, beeindruckte Herrn Fricke nicht. Er meinte, die Mediziner wären sowieso später nicht an gewerkschaftlicher Arbeit interessiert. Mit dieser Ansicht steht er gegenüber den ÖTV-Mitgliedern isoliert da. Sein Hinweis, der Vorstand könne sich nur an Beschlüsse der Mitgliederversammlung halten, muß man jetzt nutzen. Die Fachvertretung und Fachschaftsgruppe Medizin wird sich in dieser Sache an die Kollegen in der ÖTV wenden, damit auf der nächsten Mitgliederversammlung gegenüber Leuten wie Fricke durchgesetzt werden kann, was praktisch in den Krankenhäusern und gewerkschaftlichen Betriebsorganen die Regel ist: Einheit und Zusammenschluß gegen den Dienstherrn
im Kampf gegen das Krankenversicherungskostendämpfungsgesetz und den Einsatz der PJ-ler zwecks Vernutzung unbezahlter Arbeit und Spaltung durch einen völlig entrechteten Teil der Belegschaft.

Prozeß in Ahrensburg gegen die Offenlegung reaktionärer Gesetzesmaßnahmen

b.frs. Am Donnerstag, den 19.10. findet im Amtsgericht Ahrensburg um 9 Uhr ein Prozeß gegen Frauke Siedenburg statt. Vorgeworfen wird ihr das Verkleben eines Plakates, das von seinem Inhalt her die Ehre des Ex-Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Filbinger, verletze. Es handelt sich um ein Plakat, das inhaltlich auf die bisher weitgehenste Unterdrückung politischer Häftlinge in westdeutschen Gefängnissen bezüglich ihrer physischen Vernichtung durch die Isolationshaft und das Kontaktsperregesetz eingeht und Filbingers politische Verantwortung für die Haftbedingungen in Stammheim benennt. In diesem Prozeß geht es keineswegs um die in letzter Zeit sowieso schon lädierte Ehre eines Filbinger. Angeklagt werden soll, wer diese Thematik all dieser reaktionären Gesetzesmaßnahmen der Bundesregierung zur politischen Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes offenlegt, um den Angriff darauf zu führen. Um zu einer Verurteilung zu kommen, ist der Staatsanwaltschaft jedes Mittel recht, sei es das der Denunziation wie in Ahrensburg. Um diesen Prozeß in Gang zu bringen, reichte schon, daß ein gewisser Herr Johann Heribert Baier, wohnhaft in Ahrensburg, Ahrensfelder Weg 2a, bezeugt, Frauke Siedeburg habe dieses Plakat verklebt.


Bemalte Kalksteinbüste der Nofretete aus dem Jahre 1360 v.Chr. Sie steht heute im Berliner Museum.


„Der hockende Schreiber“ aus einem ägyptischen Grab. Heute im Louvre, Paris.


Ägyptische Malerei aus dem Jahre 1365 v.Chr. Heute im New Yorker Brooklin Museum.


Büste des Griechen Perikles aus dem Jahre 435 v.Chr. Heute im British Museum London.


Die „Federkrone Montezumas“, des Oberhauptes der Azteken. Angeblich ein „Gastgeschenk“ Montezumas an seinen spanischen Mörder Cortez. Heute im Museum für Völkerkunde, Wien.

Die Völker der Dritten Welt fordern die Rückgabe geraubter Kunstschätze

Sie befinden sich in den Museen der Imperialisten

z.hev. Als der Generaldirektor der UNESCO Amadou Mahtar M'Bow in der neuesten Ausgabe des „UNESCO-Kurier“ noch einmal die Herausgabe der von den Kolonialisten und Imperialisten geraubten Kunstschätze an die Völker verlangte, widmete die Zeitung „Die Welt“ eine ganze Seite für den gequälten Aufschrei etappter Diebe. Sie, die die Kunstschätze des Altertums und der barbarischen Völker vor dem sicheren Untergang, vor dem Zugriff unverständiger Wilder bewahrt hätten, seien Ausbeuter und Unterdrücker! Unglaublich!

Der Generaldirektor der UNESCO stützt sich bei seinem Vorgehen auf die Entschließung 3391 (XXX) der UNO-Generalversammlung vom 19.11.1975, in der es heißt:

„Die Generalversammlung...
– unter Hervorhebung der Tatsache, daß die Entfaltung der künstlerischen Werte und die Gesamtentwicklung eines Volkes, in denen seine Eigenständigkeit zum Ausdruck kommt, von seinem Kulturerbe abhängig sind,
– in der Überzeugung, daß die Förderung der nationalen Kultur die Fähigkeit eines Volkes zum Verstehen von Kultur und Zivilisation anderer Völker erhöhen und sich damit vorteilhaft auf die internationale Zusammenarbeit auswirken kann,
1. stellt fest, daß die unverzügliche, kostenlose Rückgabe der Kunstgegenstände, Denkmäler, Museumsstücke und Handschriften eines Landes durch ein anderes Land insofern geeignet ist, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, als sie eine gerechte Entschädigung für zugefügten Schaden bildet;
2. anerkennt in diesem Zusammenhang die besonderen Verpflichtungen der Länder, die entweder über die Be-

sie, die Kunstschätze des Altertums und der barbarischen Völker vor dem sicheren Untergang, vor dem Zugriff unverständiger Wilder bewahrt hätten, seien Ausbeuter und Unterdrücker! Unglaublich!
Der Generaldirektor der UNESCO stützt sich bei seinem Vorgehen auf die Entschließung 3391 (XXX) der UNO-Generalversammlung vom 19.11.1975, in der es heißt:
„Die Generalversammlung...
– unter Hervorhebung der Tatsache, daß die Entfaltung der künstlerischen Werte und die Gesamtentwicklung eines Volkes, in denen seine Eigenständigkeit zum Ausdruck kommt, von seinem Kulturerbe abhängig sind,
– in der Überzeugung, daß die Förderung der nationalen Kultur die Fähigkeit eines Volkes zum Verstehen von Kultur und Zivilisation anderer Völker erhöhen und sich damit vorteilhaft auf die internationale Zusammenarbeit auswirken kann,
1. stellt fest, daß die unverzügliche, kostenlose Rückgabe der Kunstgegenstände, Denkmäler, Museumsstücke und Handschriften eines Landes durch ein anderes Land insofern geeignet ist, die internationale Zusammenarbeit zu stärken, als sie eine gerechte Entschädigung für zugefügten Schaden bildet;
2. anerkennt in diesem Zusammenhang die besonderen Verpflichtungen der Länder, die entweder über die Be-
anspruchung besonderer Rechte oder mit anderen Vorwänden aufgrund ihrer Beherrschung oder Besetzung eines fremden Hoheitsgebietes Zugang zu derartigen Werten erhielten...“

Die unter Punkt 2 gemeinten Länder hatten sich in der Abstimmung allesamt enthalten; bis auf wenige Ausnahmen finden sich alle alten Kolonialmächte und westlichen imperialistischen Staaten darunter wie die BRD, Frankreich, Großbritannien, Belgien, Niederlande, Japan, USA. Sie denken nicht daran, diesen UNO-Beschluß einzuhalten, sondern betreiben weiter den Ausverkauf der Kulturen der Länder der Dritten Welt.

Wir müssen nur einmal ein westdeutsches Geschichtsbuch, etwa „Zeiten und Menschen“, Band 1, Ausgabe B, durchblättern, dann erhält man einen Eindruck davon, welche Schätze von Kolonialisten und Imperialisten besonders im Verlauf der letzten hundertfünfzig Jahre zusammengeraubt wurden. Die schönsten Zeugnisse altägyptischer Kulturleistungen finden sich im Louvre in Paris, im Britischen Museum London und in Ost- und Westberliner Museen. Ganz ähnlich verhält es sich mit Kunstwerken, Handschriften und Monumenten der Kulturen der Assyrer und Sumerer, der Perser, Inder, Azteken, Mayas, der Völker des Pazifik und Afrikas. Sie schmücken heute die Museen der imperialistischen Länder und gelten als rechtmäßig erworben.

C.W. Ceram hat 1949 das Buch „Götter, Gräber und Gelehrte“ geschrieben, das seit nunmehr fast 30 Jahren Generationen von Jugendlichen in Westdeutschland das „Abenteuer der Archäologie“ vermittelt und, weil es spannend geschrieben ist, zahlreich gelesen wurde und wird. Wie es sich für einen richtigen Journalisten und Propagandisten des kulturell verklärten Imperialismus gehört, hat er dem Buch einen Spruch von Goethe vorangestellt:

„Es gibt keine patriotische Kunst und keine patriotische Wissenschaft. Beide gehören, wie alles hohe Gute, der ganzen Welt an, und können nur durch allgemeine freie Wechselwirkung aller zugleich Lebenden, in steter Rücksicht auf das, was uns vom Vergangenen übrig und bekannt ist, gefördert werden.“

Eine waschechte Aufforderung, alles an kulturellen Werten zu rauben, was nicht niet- und nagelfest ist. Doch selbst aus den Zeilen dieser Räuberstory schimmert hin und wieder die Wahrheit durch. Heinrich Schliemann z.B.,

es sich mit Kunstwerken, Handschriften und Monumenten der Kulturen der Assyrer und Sumerer, der Perser, Inder, Azteken, Mayas, der Völker des Pazifik und Afrikas. Sie schmücken heute die Museen der imperialistischen Länder und gelten als rechtmäßig erworben.
C.W. Ceram hat 1949 das Buch „Götter, Gräber und Gelehrte“ geschrieben, das seit nunmehr fast 30 Jahren Generationen von Jugendlichen in Westdeutschland das „Abenteuer der Archäologie“ vermittelt und, weil es spannend geschrieben ist, zahlreich gelesen wurde und wird. Wie es sich für einen richtigen Journalisten und Propagandisten des kulturell verklärten Imperialismus gehört, hat er dem Buch einen Spruch von Goethe vorangestellt:
„Es gibt keine patriotische Kunst und keine patriotische Wissenschaft. Beide gehören, wie alles hohe Gute, der ganzen Welt an, und können nur durch allgemeine freie Wechselwirkung aller zugleich Lebenden, in steter Rücksicht auf das, was uns vom Vergangenen übrig und bekannt ist, gefördert werden.“
Eine waschechte Aufforderung, alles an kulturellen Werten zu rauben, was nicht niet- und nagelfest ist. Doch selbst aus den Zeilen dieser Räuberstory schimmert hin und wieder die Wahrheit durch. Heinrich Schliemann z.B.,
der nach Troja buddelte, war als Kaufmann und Besitzer eines Handelshauses in Petersburg reich geworden, spekulierte während des Goldrausches in Kalifornien mit der Gründung einer Bank für Goldhandel und wurde wegen seines großen Erfolges vom Präsidenten der Vereinigten Staaten empfangen. Das war in den fünfziger Jahren des letzten Jahrhunderts. Später wurde er noch „Direktor der Kaiserlichen Staatsbank zu St. Petersburg“. Ein solcher Mann, der es sich leisten konnte, seinen geistigen Neigungen zu frönen und dies aufs Vorteilhafteste mit gesundem Erwerbssinn zu verbinden, grub natürlich nicht selbst, er ließ graben. „Hundert Arbeiter etwa standen ihm zur Verfügung. Ruhelos war er tätig, und nichts hielt ihn ab; das Fieber nicht, das auf Mückenleibern aus den Sümpfen quoll, tückisch und gefährlich, nicht der Mangel an gutem Wasser, weder die Aufsässigkeit der Arbeiter noch die Langsamkeit der Behörden...“ Der Handelskapitalist Schliemann war geschult im Klassenkampf, den Methoden der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder und deren Ausplünderung. C.W. Ceram hält vor Bewunderung Maulaffen feil. Die Ergebnisse des Schliemann-Raubzuges von „unschätzbarem Wert“ gelangten schließlich nach Berlin. Schliemann wurde Ehrenbürger der Stadt Berlin, „zusammen mit Bismarck und Moltke“. Ehre, wem Ehre gebürt.

Die größten Räuber waren die Konsuln des Britischen Empire. Davon zeugt der Reichtum des Britischen Museums in London, in dem die britischen Kolonialisten und Imperialisten ihre eindeutigen Spuren hinterlassen haben. Von Indien bis Ägypten, von Lateinamerika bis Südafrika, kaum ein Land, das sie nicht bestohlen hätten. Ihre französischen Konkurrenten hatten ähnlich gewütet. Im Troß Napoleons auf dem Feldzug nach Ägypten befanden sich 175 Wissenschaftler, die den Reichtum Frankreichs mehren sollten. Aber nach der Niederlage Napoleons in Ägypten fiel der ganze Raub dem britischen General Hutchinson in die Hände, alles landete im Britischen Museum. Doch die französischen Imperialisten haben später diesen Verlust reichlich wettgemacht. Nur vier Jahre nach Verkündung der „Monroe-Doktrin“, mit der sich die USA die europäischen Konkurrenten auf dem gesamten amerikanischen Kontinent verbaten, im Jahre 1839 begann ein Mr. Stephen, ausgerüstet mit einem Diplomatenpaß des US-Präsidenten und von der Regierung finanziert, den Raub an den alten Indianerkulturen der Azte-

rung Maulaffen feil. Die Ergebnisse des Schliemann-Raubzuges von „unschätzbarem Wert“ gelangten schließlich nach Berlin. Schliemann wurde Ehrenbürger der Stadt Berlin, „zusammen mit Bismarck und Moltke“. Ehre, wem Ehre gebürt.
Die größten Räuber waren die Konsuln des Britischen Empire. Davon zeugt der Reichtum des Britischen Museums in London, in dem die britischen Kolonialisten und Imperialisten ihre eindeutigen Spuren hinterlassen haben. Von Indien bis Ägypten, von Lateinamerika bis Südafrika, kaum ein Land, das sie nicht bestohlen hätten. Ihre französischen Konkurrenten hatten ähnlich gewütet. Im Troß Napoleons auf dem Feldzug nach Ägypten befanden sich 175 Wissenschaftler, die den Reichtum Frankreichs mehren sollten. Aber nach der Niederlage Napoleons in Ägypten fiel der ganze Raub dem britischen General Hutchinson in die Hände, alles landete im Britischen Museum. Doch die französischen Imperialisten haben später diesen Verlust reichlich wettgemacht. Nur vier Jahre nach Verkündung der „Monroe-Doktrin“, mit der sich die USA die europäischen Konkurrenten auf dem gesamten amerikanischen Kontinent verbaten, im Jahre 1839 begann ein Mr. Stephen, ausgerüstet mit einem Diplomatenpaß des US-Präsidenten und von der Regierung finanziert, den Raub an den alten Indianerkulturen der Azte-
ken und Mayas zu organisieren. Vielmehr eben das, was die Spanier von ihnen noch übriggelassen hatten. Diese hatten so gründlich aufgeräumt, daß die hochstehenden Kulturen der Mayas und Azteken jahrhundertelang „vergessen“ worden waren. Den Rest nahmen die USA in Besitz, kurz und bündig, wie C.W. Ceram schreibt: „Wem gehörten die Ruinen wirklich? Und, schon im Halbschlaf, entschied er kategorisch: ‚Sie gehören mit Fug und Recht uns an...‘“

Und UNESCO-Generaldirektor M'Bow: „Die Menschen dieser Länder haben ein Anrecht auf die Rückgabe dieser Kulturgüter als eines Teils ihres Seins.“ Die Fronten sind ganz eindeutig und lassen sich von den Imperialisten heute auch mit Enthaltungen bei UNO-Entschließungen nicht mehr verwischen.

Denn der Beschluß steht nicht nur auf dem Papier. Gerade die Länder der Dritten Welt benutzen ihn, um die Imperialisten und deren Statthalter weiter zu isolieren. Als im November 1974 der Vorsitzende der PLO Arafat auf Beschluß der UNO-Generalversammlung im Plenum der Versammlung sprach, wurde parallel dazu auf der ebenfalls im November 1974 stattfindenden UNESCO-Generalversammlung beschlossen, die Praxis der Ausgrabungen Israels in Jerusalem zu verurteilen und die finanzielle Förderung der archäologischen Arbeiten durch die UNESCO einzustellen, die Tätigkeit der Erziehungs- und Kultureinrichtungen in den von Israel besetzten Gebieten zu überwachen und mit den arabischen Staaten und der PLO auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten. Die Generalkonferenz verurteilte die Haltung Israels, „die historisch-charakteristischen Züge der Stadt Jerusalem zu verändern und archäologische Ausgrabungen vorzunehmen, die eine Gefahr für die Denkmäler darstellen“. (Vereinte Nationen Nr. 6/1975) Die israelischen Besatzer hatten die bisher auf 26 Meter zugängliche Klagemauer auf 484 Meter freigelegt und den Platz davor von 3 auf 100 Meter erweitert. Die Quartiere der arabischen Bevölkerung wurden gegen deren Widerstand geräumt.

Damals ging ein Raunen durch die sogenannte „linke“ Szene bundesdeutscher und französischer Schriftsteller. An der Spitze der einen natürlich wieder Heinrich Böll, an der Spitze der anderen Jean-Paul Sartre. In totaler Verkennung ihrer Bedeutung beschloß diese Gruppe, „die Zusammenarbeit mit der UNESCO solange verweigern zu wollen, bis die Organisation im Falle Israels bewiesen hat, daß sie ihre eigenen Ziele nicht verrät“. Deutsch-professorale Empörung ließ ebenfalls nicht lange auf sich warten. Es waren derer 492 von der „Gesellschaft zur Förderung judaistischer Schriften“, die Ähnliches kundtaten. Und „Die Welt“ schlug kräftig drauf, weshalb Springer kürzlich ja auch von den israelischen Besatzern geehrt wurde.

Natürlich trifft es die Imperialisten schmerzlich, wenn die Länder der Dritten Welt die Herausgabe der Kunstschätze fordern und sich dabei mit einer Anzahl von Ländern der Zweiten Welt zusammenschließen können. Aber es ist nicht nur der mögliche materielle Verlust an Kunstwerken, der ihnen bange macht. Es ist die Angst der Ausbeuter vor den Ausgebeuteten, die sich zusammenschließen und an allen Fronten zum Angriff auf die imperialistischen Positionen übergehen. Mit dem wachsenden Bewußtsein ihrer historischen Rolle und dem Stolz auf die eigene Geschichte wächst auch die Fähigkeit der Völker der Dritten Welt zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit und zum Sieg über den Imperialismus. Dieses Verlangen der Völker der Dritten Welt zu unterstützen, ist eine vornehme Aufgabe der Arbeiterklasse in Westdeutschland und entspricht ihrem eigenen Interesse.

im November 1974 stattfindenden UNESCO-Generalversammlung beschlossen, die Praxis der Ausgrabungen Israels in Jerusalem zu verurteilen und die finanzielle Förderung der archäologischen Arbeiten durch die UNESCO einzustellen, die Tätigkeit der Erziehungs- und Kultureinrichtungen in den von Israel besetzten Gebieten zu überwachen und mit den arabischen Staaten und der PLO auf diesem Gebiet zusammenzuarbeiten. Die Generalkonferenz verurteilte die Haltung Israels, „die historisch-charakteristischen Züge der Stadt Jerusalem zu verändern und archäologische Ausgrabungen vorzunehmen, die eine Gefahr für die Denkmäler darstellen“. (Vereinte Nationen Nr. 6/1975) Die israelischen Besatzer hatten die bisher auf 26 Meter zugängliche Klagemauer auf 484 Meter freigelegt und den Platz davor von 3 auf 100 Meter erweitert. Die Quartiere der arabischen Bevölkerung wurden gegen deren Widerstand geräumt.
Damals ging ein Raunen durch die sogenannte „linke“ Szene bundesdeutscher und französischer Schriftsteller. An der Spitze der einen natürlich wie-
nicht lange auf sich warten. Es waren derer 492 von der „Gesellschaft zur Förderung judaistischer Schriften“, die Ähnliches kundtaten. Und „Die Welt“ schlug kräftig drauf, weshalb Springer kürzlich ja auch von den israelischen Besatzern geehrt wurde.
Natürlich trifft es die Imperialisten schmerzlich, wenn die Länder der Dritten Welt die Herausgabe der Kunstschätze fordern und sich dabei mit einer Anzahl von Ländern der Zweiten Welt zusammenschließen können. Aber es ist nicht nur der mögliche materielle Verlust an Kunstwerken, der ihnen bange macht. Es ist die Angst der Ausbeuter vor den Ausgebeuteten, die sich zusammenschließen und an allen Fronten zum Angriff auf die imperialistischen Positionen übergehen. Mit dem wachsenden Bewußtsein ihrer historischen Rolle und dem Stolz auf die eigene Geschichte wächst auch die Fähigkeit der Völker der Dritten Welt zur Erringung der nationalen Unabhängigkeit und zum Sieg über den Imperialismus. Dieses Verlangen der Völker der Dritten Welt zu unterstützen, ist eine vornehme Aufgabe der Arbeiterklasse in Westdeutschland und entspricht ihrem eigenen Interesse.


Der spanische Eroberer Cortez und seine Nachfolger haben mit der Kultur der Inkas und Azteken so gründlich aufgeräumt, daß sich die Kunsträuber aus Europa und dem Norden Amerikas im letzten Jahrhundert ihrer „Entdeckung“ rühmen konnten. Hochnäsig berichtet der vom US-Präsidenten finanzierte Mr. Stephen um 1840, daß er die Ruinen einer ganzen Stadt von Indios für 50 Dollar gekauft habe. Das Bild zeigt die brutalen Massaker der spanischen Eroberer in Mexiko.

Kommunistische Volkszeitung